

Heinrich Fahrenholz – ein (un)vergessener Senator der Stadt Hildesheim von 1919 bis 1933

Hartmut Häger

Inhalt

Einleitung	2
Zur Quellenlage	3
Zur Person Heinrich Fahrenholz	4
Militärdienst	9
Schuldienst im Andreas-Realgymnasium	11
Fahrenholz als Senator	12
Unbesoldeter Senator	13
Besoldeter Senator	15
Auf dem Weg ins Amt	15
Zuständigkeiten	18
Aktivitäten	19
Parteitätigkeit	35
Schulungen	35
Parteiredner	36
Delegierter	39
Agitator	42
Wahlredner	45
Reichstagswahl, 7. Dezember 1924	47
Reichspräsidentenwahl, 24. März und 26. April 1925	48
Provinziallandtagswahl, 29. November 1925	48
Reichstagswahl, 20. Mai 1928	48
Gemeindewahl, 17. November 1929	49
Reichstagswahl, 14. September 1930	49
Reichspräsidentenwahl, 13. März 1932	50
Landtagswahl, 24. April 1932	50
Reichstagswahl, 31. Juli 1932	51
Reichstagswahl, 6. November 1932	53
Festredner	53
Sonstiges	54
Der Parlamentarier	56
Kandidaturen	57
Reden und Debattenbeiträge	58
Deutscher Republikanischer Reichsbund	62
Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold	75
Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)	79
Kleingartenfunktionär	79
Das Ende in Hildesheim	80
Der kurze Neuanfang in Achim	90
Zusammenfassung und Würdigung	92

Einleitung

Wer war Heinrich Fahrenholz? Kaum jemand erinnert sich an ihn, obwohl er in der Weimarer Republik von ihrem Anfang bis zu ihrem Ende als Senator im Magistrat der Stadt Hildesheim an verantwortlicher Stelle tätig war. Hugo Braun, Franz Eger und Johannes Köhler sind als einzige Senatoren aus dieser Zeit im kollektiven Gedächtnis präsent – in der Manifestation von Straßenbezeichnungen. Dass an den damaligen Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher mehrmals im öffentlichen Raum erinnert wird, sei nur vollständigkeithalber erwähnt.¹ Er stand von 1909 bis 1937 an der Spitze des Magistrats, war Mitglied des Preußischen Herrenhauses und des Hannoverschen Provinziallandtags und hatte sich dabei zweifellos erinnerungswürdige Verdienste um die Stadt erworben.

Aber gilt das nicht auch für Heinrich Fahrenholz? Der Vorsitzende der Geschichtswerkstatt Achim, Karlheinz Gerhold, regte am 25. März 1998 an, nach Fahrenholz in Hildesheim eine Straße zu benennen. Das Ergebnis seiner Recherchen zum Leben und Wirken des Achimer Kommunalpolitikers Heinrich Fahrenholz hatte er gerade in einer Biographie im Heft X der Achimer Geschichts-Hefte² veröffentlicht. Dabei war ihm deutlich geworden, dass sich der vielseitig engagierte und interessierte Achimer einen Namen gemacht habe als sozialdemokratischer Antifaschist und Humanist (er war Vormund des einzigen aus dem KZ zurückgekehrten Achimer Juden Kurt Anspacher), als Wissenschaftler (Entomologe, insbesondere Läuse- und Milbenforscher), Pädagoge, Publizist (Herausgeber republikanischer Liederbücher), Mitglied des Hannoverschen Provinziallandtags (1930–1933), Senator für Soziales im Magistrat von Hildesheim (1922–1933) und Landrat des Kreises Rotenburg (September bis 28. Oktober 1945). Sein Fazit (und Vorschlag): „Fahrenholz‘ aufrechtes unerschütterliches demokratisches Wirken verdient es meines Erachtens, daß nach ihm – wie in Achim bereits geschehen – auch in Hildesheim und Rotenburg eine Straße benannt wird, um das Gedächtnis an diese Persönlichkeit auch der Nachwelt zu bewahren.“³

Das Stadtarchiv Hildesheim griff die Achimer Anregung sofort, aber vergeblich auf: Am 12. Juli 1999 folgte der Hildesheimer Rat der Entscheidung des Ochtersumer Ortsrats, die vom Stadtarchiv vorgeschlagene Heinrich-Fahrenholz-Straße nach einer Flurbezeichnung „Ochterstraße“ zu benennen.⁴ In Itzum scheiterte der Versuch im Frühjahr 2006 schon auf dem Weg zum Ortsrat. Die SPD-Fraktion hatte vorgeschlagen, mit einem Straßennamen im Baugebiet Hohe Rode an Fahrenholz zu erinnern.⁵ Das Stadtarchiv wollte aber Männer ehren, die sich am Ende des Zweiten Weltkriegs um die Bewahrung Hildesheimer Kulturgüter verdient gemacht hatten. Der Ortsrat einigte sich dann – wie die Kollegen in Ochtersum – auf Flurnamen, die der Rat dann auch am 17. Juli 2006 beschloss.⁶

Diese Vorgänge veranlassten zu einer gründlicheren Befassung mit Heinrich Fahrenholz, insbesondere mit seinem Wirken in Hildesheim. Das wird in der Achimer Aufzählung nur mit „Senator für Soziales im Magistrat von Hildesheim (1922–1933)“ überschrieben. Gerhold widmet dieser Zeit in seinem Aufsatz ein kurzes Kapitel, in dem es lediglich um seine Amtseinführung 1919 und seine Dienstentfernung 1933 geht.⁷ Im Zusammenhang mit seiner Lehrertätigkeit schreibt Gerhold, dass die Familie am 10. Oktober 1914 von Hannover nach Hildesheim in die Humboldtstraße 14 umzog und ab 1. September 1917 im Haus Weinberg 65 wohnte. Heinrich Fahrenholz habe ab Ende 1914 als Gymnasiallehrer am Andreas-Realgymnasium („Andreanum“) in Hildesheim unterrichtet. Hier schon wird deutlich, dass es nicht nur eine Lücke zu schließen, sondern auch Fehler und Missverständnisse zu korrigieren gibt: Der Umzug zum Weinberg erfolgte nicht 1917, sondern 1927, das Andreas-Realgymnasium ist nicht das heutige Andreanum, sondern das heutige Scharnhorstgymnasium, dort kam 1914 zwar seine Personalakte an, in persona war er schon als Soldat in den Krieg gezogen. Schließlich gab es in der Magistratsverfassung unbesoldete und besoldete Senatoren. Fahrenholz war beides: seit September 1919 unbesoldeter Senator, ab 1. September 1922 besoldeter Senator. Und zwar

¹ Ehrlicherstraße, Ernst-Ehrlicher-Park, Porträt im Rathaus.

² Gerhold, Karlheinz, Läuseforscher – Landrat – Lebemann: Heinrich Fahrenholz: Ein interessanter Achimer, Achimer Geschichts-Hefte, Regionalhistorisches Magazin der Geschichtswerkstatt Achim, Jubiläumsheft 10, Dezember 1997, S. 3–28.

³ Schreiben der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Achim v. 25.3.1998 an den SPD-Ortsverein Hildesheim. Gerhold unterzeichnete als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Hartmut Häger erhielt den Brief als SPD-Ratsfraktionsvorsitzender in Hildesheim und leitete es dem Stadtarchiv zu. Privatachiv Häger.

⁴ Häger, Hildesheimer Straßen.

⁵ Undatierte Auskunft des damaligen Ortsratsfraktionsvorsitzenden Günter Baacke; Privatachiv Häger.

⁶ An der Viehweide, Vogelbrink, Spitzhut, Hohe Rode.

⁷ Gerhold, S. 11–12.

in Hildesheim und nicht, wie aus einer Publikation des SPD-Ortsvereins Achim hervorgeht, in Bremen.⁸

Zur Quellenlage

Im Hildesheimer Stadtarchiv geben neben den Meldeakten vor allem die Magistratsakten Auskunft über Heinrich Fahrenholz. Es handelt sich dabei um Personal- und Disziplinarakten im Zusammenhang mit der Wahl zum unbesoldeten Senator, der Einstellung als besoldeter Senator, der Entfernung aus dem Dienst durch den nationalsozialistischen Staatskommissar und der durch ihn bewirkten Einleitung eines Disziplinarverfahrens. Dabei will es die Ironie der Geschichte, dass die Nazi-Akten Einblicke in das Privatleben und in die Persönlichkeit von Fahrenholz ermöglichen, die sonst verschlossen geblieben wären. Von Fahrenholz liegt kein eigenhändig geschriebener Lebenslauf vor. Über seine Lebensumstände äußerte er sich aber als Beschuldigter und als Zeuge gegenüber dem Ermittlungsführer im Disziplinarverfahren. Andere Zeugen, insbesondere seine Haushälterin Johanne Kahrens, bestätigten und ergänzten seine Schilderungen.⁹ Im Mai 1933, also kurz nach der rüden nationalsozialistischen Machtergreifung im Hildesheimer Rathaus¹⁰, sind die – für Fahrenholz entlastenden – Aussagen von besonderer Relevanz. Sie zeugen von dem persönlichen Mut von Untergebenen und sind durch das eingegangene Risiko in besonderem Maße glaubwürdig. Die ehrlichen, differenzierten Antworten, die nicht die politisch erwünschten waren, kontrastieren zugleich die Anpassungsbereitschaft von Bürgervorstehern und des Oberbürgermeisters Dr. Ehrlicher, die den nationalsozialistischen Umtrieben widerstandslos nachgaben.

Einzelne Äußerungen des Senators Fahrenholz können den Sitzungsniederschriften der Städtischen Kollegien entnommen werden, waren aber auch sehr ausführlich im „Hildesheimer Volksblatt“ zu lesen. Das gilt bedingt auch für seine Äußerungen im Hannoverschen Provinziallandtag, die wörtlich in den Sitzungsprotokollen zitiert werden, in wenigen Auszügen aber auch im „Provinz-Teil“ des „Hildesheimer Volksblatts“. Dass das sozialdemokratische „Hildesheimer Volksblatt“ in besonderer Weise über die Aktivitäten der sozialdemokratischen Mandats- und Amtsträger sowie der Funktionäre der SPD und der ihr nahestehenden Organisationen berichtete, bestätigte sich bei Durchsicht aller Ausgaben, deren erste am 1. April 1919 erschien und deren letzte im Stadtarchiv vorhandene vom 27. Februar 1933 datiert. Das Augenmerk galt den Rubriken „Aus der Stadt Hildesheim“, „Kreis Hildesheim“, „Kreis Marienburg“, „Kreis Gronau“, „Aus Stadt und Kreis Alfeld“, „Provinz und Nachbargebiete“ sowie dem Veranstaltungsanzeiger und Anzeigenteil. Inhaltlich lag der Fokus im Wesentlichen auf Berichten über Veranstaltungen der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), des Deutsch Republikanischen Reichsbunds, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Städtischen Kollegien sowie des Provinziallandtags. Ob tatsächlich alle Erwähnungen Heinrich Fahrenholz‘ erkannt wurden, müsste eine Gegenrecherche ergeben. Da die Namen in der Regel gesperrt gedruckt wurden und deshalb beim Durchblättern leicht wahrgenommen werden konnten, ist ein hoher Erfassungsgrad zu vermuten.

Leider fehlen Protokolle der SPD, des Reichsbanners und anderer Vereine und Verbände, in denen Fahrenholz sich engagierte, sowie ein persönlicher Nachlass, zumindest bezogen auf seine Zeit in Hildesheim. Das Friedrich-Ebert-Archiv und der SPD-Unterbezirk meldeten jedenfalls auf Befragen Fehlanzeige¹¹. Das gilt auch für den Regierungsbezirksverband Hildesheim im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands, dessen langjähriger Vorsitzender Fahrenholz war; die Chronisten der deutschen Kleingartenbewegung Günter Katsch und Johann-Baptist Walz verfügen nur noch über Dokumente aus der Zeit der Gründung der Bezirksverbände um 1922.¹²

⁸ Bielefeld, Edith, Gerhold, Karlheinz, Knof-Grotevent, Christiane, 125 Jahre Sozialdemokraten in Achim, Achim 1991, S. 79.

⁹ Voruntersuchung in der Disziplinarsache gegen Fahrenholz. StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 25–30.

¹⁰ Parl und Pukrop gehen zu Recht davon aus, dass dieser Begriff die Vorgänge im Hildesheimer Rathaus zutreffend bezeichnet. Parl, Dennis; Pukrop, Marco (2002): Die „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes. In: Hans-Dieter Schmid (Hg.): Hildesheim im Nationalsozialismus. Aspekte der Stadtgeschichte. Unter Mitarbeit von Dennis Parl und Marco Pukrop. Hildesheim: Verlag Gebrüder Gerstenberg (Ausstellungen des Stadtarchivs Hildesheim, Begleithefte, Nr. 3), S. 21–25..

¹¹ Christoph Nuhs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, am 14.9.2015.

¹² Telefonische Auskunft von Walz am 6.12.2015.

Tageszeitungen sind als Quelle nicht kritiklos zu nutzen, zumal, wenn es sich um Zeitungen handelt, die einer Partei gehörten oder ihr politisch nahestanden. In Hildesheim gehörte das „Hildesheimer Volksblatt“ der SPD, die es als Parteiorgan nutzte. Die „Kornackersche Zeitung“ stand dem Zentrum nahe, die „Gerstenbergsche“ (Hildesheimer Allgemeine) der Deutschen Volkspartei und das „Hildesheimer Abendblatt“ der Deutschnationalen Volkspartei und den „Völkischen“, also auch der NSDAP. Tageszeitungen berichten über Ereignisse. Als Qualitätsmerkmal gilt, dass sie dabei Nachricht und Kommentar trennen. Parteizeitungen bemühen sich dagegen darum, ihre Leserinnen und Leser zu beeinflussen. Ihr Ziel ist es, dass die von den Herausgebern und Redakteuren gewünschten Stimmungen, Beurteilungen und Verhaltensweisen in der Leserschaft nachwirken. Ein Wesensmerkmal ist die tendenziöse Berichterstattung, zum Beispiel durch herabsetzende Beschreibung von Aktivitäten des Gegners und durch eine grundsätzlich positive Beschreibung der eigenen Aktivitäten und ihrer Resonanz. Mitunter zitieren sich die Parteizeitungen gegenseitig, dann aber nicht sachlich, sondern mit Bezeichnungen und Diffamierungen.

Das „Hildesheimer Volksblatt“ bemühte sich um stenografische Wiedergabe von Wortbeiträgen, insbesondere in Berichten über Sitzungen oder Ansprachen. Die tendenziöse Kommentierung fand im Einleitungssatz oder in den Überschriften statt. Bei der Auswahl der Sachverhalte und Ereignisse, über die das „Hildesheimer Volksblatt“ berichtete, war grundsätzlich das politische Interesse der Partei an der Beeinflussung der Leserschaft maßgeblich. Berichte über Parteiveranstaltungen wirken auf den heutigen Leser wie eine Selbstevaluationen durch einen teilnehmenden Beobachter: Der Inhalt wurde referiert, teilweise auch wörtlich zitiert, die fachliche und rhetorische Kompetenz des Redners, die Qualität der Publikumsbeiträge und die Einwände politischer Gegner wurden bewertet. Dabei nannte der Berichtersteller häufig objektive Indikatoren wie die Zahl der Teilnehmer oder das Ergebnis der Tellersammlung (eingesammelte Spenden am Ende der Veranstaltung). Wirkungsbezogene Erfolgskriterien waren Reaktionen auf Berichte von Betroffenen in gegnerischen Zeitungen (die dann in der eigenen Zeitung zitiert und kommentiert wurden) oder von eigenen Lesern (in Leserbriefen), die Ergebnisse von Wahlen und Volksentscheiden, die eigenen Abonnentenzahlen sowie Gerichtsverfahren, wobei nur die gewonnenen von Belang waren. Die Redaktion war davon überzeugt, dass die Leser „durch das Hildesheimer Volksblatt die nackte Wahrheit erfahren“. In einem Appell an „unsere Leser zur Mitarbeit“ forderte die Redaktion am 15. Februar 1933 dazu auf, die gelesene Zeitung an Nachbarn weiterzureichen. Ihre Selbsteinschätzung ist typisch und gilt auch im Umkehrschluss: „Während die bürgerlichen Zeitungen aller Schattierungen mehr oder weniger die Tendenz verfolgen, die rechtsstehenden Kreise zu unterstützen, setzt sich das Hildesheimer Volksblatt allein für die Verbreitung und Stärkung der republikanischen Front ein.“

Für alle Zeitungen gilt, dass eine Nichterwähnung nicht bedeutet, dass kein Ereignis stattfand; der Grund dafür können Vertraulichkeitsvereinbarungen, Interessenverschiebungen oder schlicht fehlende Korrespondenten sein. Beim „Hildesheimer Volksblatt“ fällt auf, dass es anfangs wie eine Mitgliederzeitung auch über Interna, wie Vorstandswahlen und -sitzungen, berichtete, später dagegen solche Sitzungen zwar ankündigte, darüber aber nichts mehr schrieb.

Zur Person Heinrich Fahrenholz

Im Hildesheimer Melderegister sind über „Fahrenholz, Heinrich“ folgende Daten erfasst: „geb. am 28. Juli 1880 in Achim, letzter Aufenthaltsort Hannover, Podbielskistraße 250. Staatsangehörigkeit: Preußen. Bemerkungen: Der Mann steht im Felde. War vom 22.9.15 bis 30.11.18 Soldat.

Verheiratet seit 5.10.1909 mit Meta, geb. Reiners, geb. am 18.11.1880 in Uphusen, Kreis Achim, am 4.5.1922 in Hildesheim verstorben.

Kinder: Hermann, geb. am 13.10.1909 in Hannover.

Angemeldet am 10. Oktober 1914 in Humboldtstr. 14, am 1.9.27 Weinberg 65.

Religion bei allen: luth.

Stand oder Gewerbe: Lehrer (gestrichen), Senator“¹³

¹³ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 7427.

Während die anderen Daten einer Überprüfung standhalten, ist das Geburtsdatum zu korrigieren. In allen anderen Zusammenhängen wird es mit 27. Juli 1882 angegeben. Zu ergänzen ist, dass Hermann, der einzige Sohn von Meta und Heinrich Fahrenholz, im Melderegister als Schüler geführt wird. Er sei am 23. März 1927 nach Bremen verzogen. Ein Nachtrag weist auf eine erkennungsdienstliche Behandlung am 28. Oktober 1930 in Berlin hin.



Heinrich Fahrenholz (undatiert; Gerhold 1997, S. 1)

Den familiären Hintergrund erhellt die Achimer Geschichtswerkstatt. Heinrich Fahrenholz war der Sohn des langjährigen Volksschullehrers, Küsters und Kirchenbuchführers Hermann Fahrenholz (gestorben 18. Juni 1932 in Achim) und dessen Ehefrau Margarethe, geborene Wilkens (gestorben 18. Januar 1921 in Achim). Das Achimer Kirchenbuch verzeichnet seine Taufe auf den Namen Hinrich am 12. August 1882. „Heinrich“ heißt er, weil ihn alle Welt und er sich selbst so genannt hat. Das Stammhaus seiner Familie befand sich in Quelkorn; der Quelkhorner Bürgermeister Johann Fahrenholz war ein Verwandter. Heinrich Fahrenholz war das älteste von sechs Kindern, die alle in Achim geboren wurden: Christian Hermann, Adelheid Margarete Marie, Margarethe Marie Wilhelmine, Hermann Gevert, und Wilhelmine Louise Christiane. Die Familie lebte im Küsterhaus neben der St.-Laurentius-Kirche in der Pfarrstraße 4, sie war evangelisch-lutherisch.¹⁴ Ob in Quelkorn sein Interesse an der Kommunalpolitik wurzelt, kann nur vermutet werden. Immerhin ist bemerkenswert, dass es ihn nach seiner „Beurlaubung“ 1933 zunächst nach Quelkorn zog, dann nach Wehmingen bei Bolzum (damals Landkreis Hildesheim) und erst später – 1937 – wieder nach Achim.¹⁵

Das „Personalblatt des besoldeten Senators“ Heinrich Fahrenholz, das die Stadtverwaltung am 18. Januar 1922 nach seinen Angaben anlegte, nennt die Stationen seines Bildungs- und Berufswegs, der offenbar dem Vorbild seines Vaters folgte:

„Vorbildung:

Ostern 1888–1897: Volksschule in Achim

Ostern 1897–1899: Präparandenanstalt Diepholz

¹⁴ Gerhold 1997, S. 3–4.

¹⁵ Gerhold 1997, S. 11–12.

Herbst 1899–1902: Seminar Stade

Dezember 1904: 2. Lehrerprüfung

April 1913: Mittelschullehrerprüfung

Staats- und Kommunalämter:

Oktober 1902–Ostern 1905: Lehrer an der öffentlichen Realschule in Lesum

April 1906–Oktober 1908: Lehrer in Bierden bei Achim

Oktober 1908–Oktober 1914: Lehrer am Gerichtsgefängnis in Hannover

Oktober 1914–September 1922: Lehrer am Andreas-Realgymnasium in Hildesheim.“¹⁶

Von den acht Jahren der hier angegebenen Lehrtätigkeit verbrachte Fahrenholz vier im Kriegsdienst und vier als Mittelschullehrer in der Schule. Von April 1905 bis April 1906 leistete Fahrenholz seinen Wehrdienst in Bremen ab.



Das erhalten gebliebene Haus Humboldtstraße 14 bewohnte Fahrenholz im Erdgeschoss von 1914 bis 1927. (Foto: Häger)

Kurz vor dem Umzug nach Hildesheim hatte er sich „entgegen ärztlicher Bedenken trotz einer Zurückstellung wegen einer akuten Nierenentzündung bei der Mobilmachung freiwillig ins Feld gemeldet“. Seine Frau Meta litt zu dem Zeitpunkt bereits an Tuberkulose. Sie sei fast ständig bettlägerig und einer über 70-jährigen Bekannten überlassen gewesen. Sein Sohn habe während des Krieges seine Erziehung entbehren müssen. Es sei ihm nicht gelungen, zu seinem Sohn in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Eine psychopathische Anlage, die einzelne Erzieher bei ihm schon als Kind vermutet hätten, sei leider auch dadurch erst später voll erkannt worden.¹⁷ Als nach dem Tod Metas am 4. Mai 1922 die 35-jährige Johanne Kahrens am 14. August 1922 in die Humboldtstraße 14 zog, um fortan den Fahrenholz-Haushalt zu führen, hielten die „Entgleisungen“ Hermanns an. Das Protokoll ihrer Anhörung im Disziplinarverfahren gegen Senator Fahrenholz zitiert sie: „Der junge Fahrenholz sei

¹⁶ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 1.

¹⁷ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 25–30.

schon verdorben gewesen, als sie ins Haus kam. Er mache seinem Vater große Sorgen. Auch sie hätte viele Schwierigkeiten mit ihm gehabt. Er habe auch über sie und seinen Vater Dinge erzählt, die nicht den Tatsachen entsprachen und ihr später von anderer Seite wiedererzählt worden seien.“¹⁸

Sicher wird die kriegsbedingte Abwesenheit sich negativ auf das Familienleben ausgewirkt haben. Allerdings hat sich Heinrich Fahrenholz offenbar auch selbst seiner Familie entzogen, als er schon 1919 die zeitraubende Tätigkeit als unbesoldeter Senator neben dem Schuldienst am Andreas-Realgymnasium annahm und zusätzlich noch in der SPD aktiv wurde.



Der Kriegsdienst hatte nicht nur seine Familie stark belastet, sondern auch ihm selbst gesundheitlich zugesetzt. Ein chronisches Magenleiden, das er sich im Felde zugezogen habe und das als Dienstbeschädigung (mit Reichsbehandlungsschein) anerkannt wurde, sei Ursache für die in den letzten zehn Jahren aufgetretenen Erkrankungen, sagte er am 12. Mai 1933 dem Ermittlungsbeamten.²⁰

Tatsächlich enthält Fahrenholz' Personalakte dreizehn Hinweise auf zum Teil mehrwöchige Erkrankungen, bei denen es sich allerdings überwiegend um Erkältungen und Grippe (grippale Infekte), 1922 einmal um eine Gallenblasen-Entzündung und 1931 zweimal um eine Mandelentzündung handelte.²¹ Die Akte ist unvollständig. So fehlen regelmäßig Angaben zur Dauer der Erkrankung, außerdem mindestens eine Fehlzeit, die das „Hildesheimer Volksblatt“ als Begründung für seinen Ausfall als angekün digter Referent angab.²²

Fahrenholz hielt den Kontakt zu Achim aufrecht. Einige seiner Krankmeldungen übermittelte er der Stadtverwaltung von dort. Aus Achim bezog er größere Vorräte an Butter und Käse, vor allem als seine Frau auf ärztlichen Rat wegen der Tuberkulose viel Butter essen musste. Im Keller lagerten aber auch zeitweilig 50-Liter-Fässer mit Rübensaft, die er sich von der Zuckerfabrik in Sarstedt als Zucker-

¹⁸ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 13–14.

¹⁹ Hildesheimer Allgemeine Zeitung und Anzeigen, 6.5.1922. Die Anzeige erschien auch im Hildesheimer Volksblatt. Am 13. Mai bedankte sich „Lehrer H. Fahrenholz“ in beiden Zeitungen: „Für die vielen Beweise der Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau spreche ich hierdurch meinen herzlichsten Dank aus.“

²⁰ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 25–30.

²¹ Sämtlich in StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177.

²² 29.4.1931.

ersatz hatte kommen lassen, ein Doppelzentner Zucker oder rund zwanzig Flaschen Wein. Zu solchen Details äußerte sich Fahrenholz bei den Vorermittlungen für die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens, weil ihm vorgeworfen wurde, all das nicht ordnungsgemäß erworben oder mit dem Alkohol „laute Gelage mit Weibern“ gefeiert zu haben. Er selbst, aber auch seine Haushälterin, Mitarbeiter und Nachbarn wiesen die Anschuldigungen erfolgreich zurück. „Wenn Herr Fahrenholz mit Freunden zusammen war oder Familienfeiern stattfanden, sei das nie zu großen Trinkereien ausgeartet“, sagte Johanne Kahrens aus.²³



Weinberg 65 (Foto: Häger)

Am 1. September 1927 zogen Heinrich Fahrenholz und seine Haushälterin zum Weinberg 65 um. Dort hatte zuvor Landrat a. D. Arthur Bredt, Geheimer Reg.-Rat, das Erdgeschoss und erste Obergeschoss bewohnt. Nach seinem Tod war seine Witwe Hedwig Bredt ins Nachbarhaus umgezogen.²⁴ Fahrenholz' Sohn Hermann hatte Hildesheim laut Melderegister bereits im Mai verlassen.

Ohne das intrigante Disziplinarverfahren wäre unbekannt geblieben, dass Fahrenholz hinter seinem Haus am Weinberg eine Geflügelzucht betrieb. Fahrenholz hielt bis zu 150 Stück Federvieh, einschließlich Küken und männlicher Tiere. An legenden Tieren hatte er etwa 60 Stück. Die Zucht von Rassetieren betrieb er aus Liebhaberei, einen Gewinn warf sie nicht ab. Mit dem Eierverkauf hatte er Johanne Kahrens beauftragt, die allerdings dafür sorgen sollte, dass sie für die Eier den Großhandelspreis Berlin der entsprechenden Größenklasse bekomme.²⁵ Das Städtische Revisionsamt listete am 3. Juni 1933 die Eierlieferungen von 1928 bis 1932 an die städtische Fürsorgeanstalt akribisch auf. Insgesamt hatte die Stadt 18.770 Eier in fünf Jahren von Fahrenholz bezogen. Überwiegend seien die Preise niedriger gewesen als bei anderen Lieferanten.²⁶

Einer anderen Freizeitbeschäftigung ging Heinrich Fahrenholz offenbar nur vor und nach seiner Zeit in Hildesheim nach. Bereits mit 22 Jahren hielt er als Mitglied des „Vereins für Naturkunde für Vegesack und Umgegend“ einen Vortrag zum Thema „Aus dem Reiche der Milben“. Fahrenholz war Entomologe, Insektenforscher. Schon ein Jahr davor hatte er in den Mitteilungen des Vereins, Nr. 3, Jahresbericht 1904, einen Aufsatz über die Rädemilbe des Igels veröffentlicht. Er illustrierte ihn mit eigenhändigen Zeichnungen von seinen Forschungsgegenständen. Die wissenschaftliche Publikationstätigkeit endete 1909 und setzte erst wieder 1938 ein, offenbar nachdem er das Amt des 2. Vorsitzenden des Entomologischen Vereins Bremen innehatte. „Einige Läusearten entdeckte der Wissenschaftler erstmals und gab ihnen die wissenschaftliche Bezeichnung, so z. B. die Schimpansenlaus *Pediculus*

²³ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 13–14.

²⁴ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1928 sowie 1928/1929.

²⁵ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 80.

²⁶ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 88–89.

Schäfti Fahrenholz oder die Elefantenlaus *Hoplopleura Lineata* Fahrenholz. Sogar nach seinem Heimatort Achim soll er eine Laus ‚Achimella‘ in die wissenschaftliche Terminologie eingeführt haben. Dabei soll es sich um die Seehundslaus handeln. Fahrenholz war der erste, der erkannte, daß auch im Wasser lebende Tiere Läuse haben können. Eine Fotoausrüstung (eine Leika) muß der Forscher in den 30er Jahren bereits besessen haben, mit der man sogar solche Winzlinge von Forschungsgegenständen, wie Läuse und Milben, aufnehmen konnte. In seinen Publikationen sind jedenfalls etliche selbst gemachte Fotografien enthalten. Auch Skizzen und Zeichnungen der Gliedertiere fertigte er mit großer Genauigkeit und Akribie selbst an. Zudem besaß er eine umfangreiche Sammlung von Exponaten seiner Interessengebiete.²⁷

Militärdienst

Über seine Militärdienstzeiten musste Heinrich Fahrenholz je einmal am Anfang, am 18. Januar 1922²⁸, und am Ende seiner Zeit als besoldeter Senator, am 22. September 1933²⁹, Auskunft geben. Das Reichsarchiv bestätigte am 16. Oktober 1933³⁰ auf Anfrage der Stadt die Militärdienstzeiten. Das Büro der Kriegsstammrollen im Zentralnachweiseamt für Kriegsverluste und Kriegergräber teilte am 26. Oktober 1933 die Teilnahme an Kampfhandlungen mit³¹.

1.4.1905 bis 31.3.1906: Ausbildung und Wehrdienst im Inf. Regt. Nr. 75 Bremen (Auskunft Fahrenholz am 18. Januar 1922).

Die Kriegsdienstdaten folgen dem Reichsarchiv, die Daten der Kampfhandlungen dem Büro der Kriegsstammrollen:

Jahr	Kriegsdienst	Teilnahme an Kampfhandlungen
1914	26.9. bis 23.10.1914: Ersatz-Bataillon Inf. Regt. Nr. 75 (Heimat) 24.10.1914: Inf. Regt. Nr. 75 (Front) als Unteroffizier und Vize-Feldwebel und Leutnant	27.10.1914: Kämpfe an der Aisne
1915	bis 21.11.1915: Inf. Regt. Nr. 75 (Front) als Unteroffizier und Vize-Feldwebel und Leutnant 22.11.1915: Res. Inf. Regt. Nr. 72 (Front)	bis 12.10.1915: Kämpfe an der Aisne 15.10. –3.11.1915: Kämpfe in der Champagne 4.11.1915: Stellungskämpfe in der Champagne
1916	bis 24.1.1916: Res. Inf. Regt. Nr. 72 (Front) 25.1.1916 bis 3.4.1916 im Lazarett (Etappe) 4.4.1916 bis 15.8.1916 beim I. Ersatz-Bataillon I. R. Nr. 75 (Heimat) 16.8.1916 bis 8.9.1916 beim II. Ersatz-Bataillon I. R. Nr. 75 (Heimat) 9.9.1916 bis 31.5.1918 beim Landst. Inf.-Bataillon Bremerhaven IX./26 (Etappe)	bis 27.1.1916: Stellungskämpfe in der Champagne 9.9.1916: aus dienstlichem Anlass im Kriegsgebiet
1917	Landst. Inf.-Bataillon Bremerhaven IX./26	aus dienstlichem Anlass im Kriegsgebiet

²⁷ Gerhold, S. 6–8.

²⁸ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 71.

²⁹ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11178.

³⁰ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11178.

³¹ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11178.

	(Etappe)	
1918	bis 31.5.1918 beim Landst. Inf.-Bataillon Bremerhaven IX./26 (Etappe) 1.6.1918 bis 25.6.1918: Ers. Batl. Res. Inf. Rgt. 76 Heimat 26.6.1918 bis 9.9.1918 beim Res. Inf. Rg. Nr. 90 (Front) 10.9.1918 bis 31 (!).11.1918 im Lazarett (Etappe) Entlassen am 31(!).11.1918	bis 31.5.1918: aus dienstlichem Anlass im Kriegsgebiet 8.8. bis 3.9.1918: Abwehrschlacht zwischen Somme und Oise

Spätestens am 26. September 1914, also auf jeden Fall vor seinem Umzug nach Hildesheim und zeitgleich mit seiner Versetzung an das Andreas-Realgymnasium, trat Heinrich Fahrenholz in das Ersatz-Bataillon Inf. Regt. Nr. 75 ein, mit dem er einen Monat später, am 24. Oktober, an die Front verlegt wurde. Er begann seinen Dienst als Unteroffizier und Vize-Feldwebel und wurde offenbar im Juni 1915 zum Leutnant der Landwehr (Feldwebel-Leutnant oder Offizier-Stellvertreter) befördert. Feldwebelleutnante konnten im Ersten Weltkrieg im Innendienst oder als Zugführer verwendet werden.³² Fahrenholz war an Kampfhandlungen in Frankreich beteiligt. Als er im Oktober 1914 an die Aisne kam, war die eigentliche „Schlacht an der Aisne“, die vom 12. bis 20. September dauerte, schon geschlagen. Hier begann der Stellungskrieg, und Fahrenholz‘ Inf. Regt. Nr. 75, das der 17. Division des IX. Armeekorps unterstellt war, hatte offenbar den Auftrag, Angriffe abzuwehren und die Stellung zu halten.



Im Krieg: Fahrenholz (2.v.r. sitzend); um 1918

(Gerhold 1997, S. 6)

Am 7. Oktober 1915 griff das IX. Armeekorps in die Herbstschlacht in der Champagne ein, die zwischen dem 25. September und dem 6. November stattfand. Fahrenholz war vom 15. Oktober bis 27. Januar 1916 mit dem Inf. Regt. Nr. 72 der 7. Reserve-Division an den Kämpfen beteiligt. Danach hielt er sich vom 25. Januar 1916 bis 3. April 1916 im Lazarett auf, wobei es das Zentralnachweiseamt der „Etappe“, also dem frontnahen Bereich, er selbst es in Bremen lokalisierte. Anschließend war Fahrenholz bis Ende Mai 1918 beim Landsturm Inf.-Bataillon Bremerhaven IX./26 in der Etappe „aus dienstlichem Anlass im Kriegsgebiet“, danach drei Monate beim Res. Inf. Rg. Nr. 90 zwischen Somme und

³² <https://de.wikipedia.org/wiki/Feldwebelleutnant>; Zugriff am 21.1.2016.

Oise an der Front. Vom 10. September bis 30. November 1918 lag er wieder im Lazarett („Etappe“), wo er der das Kriegsende und die Demobilisierung erlebte.

Die Lazaretaufenthalte stehen offensichtlich nicht mit einer erlittenen Verwundung in Verbindung. Darauf hätte er selbst bei Befragungen oder öffentlichen Auftritten sicher hingewiesen, so wie er das mit seinem chronischen Magenleiden tat, das er sich „im Felde“ zugezogen hatte.³³

Im November 1934 bemühte sich Fahrenholz um die Verleihung des Ehrenkreuzes der Frontkämpfer. Es war „zur Erinnerung an die unvergänglichen Leistungen des deutschen Volkes im Weltkriege 1914–18 [...] durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Juli 1934 [...] für alle deutschen Frontkämpfer, Kriegsteilnehmer, für die Witwen und Eltern gefallener, an den Folgen von Verwundung oder in Gefangenschaft gestorbener oder verschollener Kriegsteilnehmer gestiftet“ worden.³⁴ Er bat Ehrlicher um den Auszug aus der Kriegsstammrolle, der im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren angefordert worden war. Die Verwaltung schickte ihm am 4. Dezember eine Kopie nach Wehmingen über Hannover mit der Grußformel „Heil Hitler“.³⁵ Ob er das Ehrenkreuz erhielt, ist unbekannt.

Schuldienst im Andreas-Realgymnasium

Die Verfügung, „der Lehrer am Kgl. Gerichtsgefängnis Fahrenholz in Hannover wird vom 1. Oktober 1914 als Mittelschullehrer an der Anstalt angestellt“, fertigte das Königliche Provinzial-Schulkollegium am 9. Juni 1914 aus. Schulleiter Emil Mackel zitierte sie im Schuljahresbericht Ostern 1915 im Kapitel „Mitteilungen aus Verfügungen der Behörden“. Im Verzeichnis der Lehrpersonen rangiert der Neuzugang unter der laufenden Nummer 21: „Fahrenholz, Mittelschullehrer. Seit dem 1. Oktober angestellt, aber bereits seit Anfang des Krieges zur Fahne einberufen.“ Unter der Überschrift „Zur Geschichte der Anstalt“ erwähnt ihn Mackel ein drittes Mal: „Auch trat der an unserer Anstalt zum 1. Oktober angestellte Mittelschullehrer Herr Fahrenholz seine Stelle nicht an, da er gleichfalls von Anfang an ins Heer eingetreten war (als Offiziers-Stellvertreter). Von diesen Kollegen [die seit Kriegsbeginn eingezogen wurden, H. H.] gingen zur Front die Herren Oberlehrer Dr. Held, Oberlehrer Wecken, Oberlehrer Heinrichs, Lahmann, Fahrenholz, die übrigen fanden bei der Rekrutenausbildung, im Eisenbahndienst, bei Ersatz- und Landsturmbataillonen, bei Gefangenenlager-Kommandos Verwendung.“³⁶

1919 führt ihn das Adressbuch der Stadt Hildesheim zusammen mit einem weiteren Mittelschullehrer im Verzeichnis der Lehrkräfte des Andreas-Realgymnasiums auf.³⁷ Im Adressbuch 1920 ist Fahrenholz einer von vier Mittelschullehrern.³⁸ Wie er in der Schule eingesetzt wurde, ist für das Schuljahr 1921/1922 dokumentiert. Obwohl er zu der Zeit schon unbesoldeter Senator der Stadt Hildesheim war, unterrichtete „der Gymnasiallehrer Heinrich Fahrenholz“ 24 Wochenstunden in den Klassen

4 a: (Quarta, Klasse 7): 4 Stunden Deutsch

4 b: 3 Stunden Erdkunde, 3 Stunden Turnen

5a (Quinta, Klasse 6): 2 Stunden Naturgeschichte, 1 Stunde Schreiben

5b: 2 Stunden Naturgeschichte

6a: (Sexta, Klasse 5:) 5 Stunden Rechnen, 2 Stunden Schreiben, 2 Stunden Naturgeschichte oder, verteilt auf die Fächer,

Deutsch: 4 Stunden

Schreiben: 3 Stunden

Turnen: 3 Stunden

Erdkunde: 3 Stunden

Naturgeschichte: 6 Stunden

³³ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 5.

³⁴ Stadt Hildesheim, Verwaltungsbericht für die Zeit vom 1.4.1928 bis 31.3.1937, Hildesheim 1937, S. 56. Verleihungsbehörde war in kreisfreien Städten der Oberbürgermeister. Ehrlicher verlieh 1935 831, 1936 27 Ehrenkreuze.

³⁵ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11178.

³⁶ Archiv des Scharnhorstgymnasiums; Jahresbericht des Königlichen Andreas Realgymnasiums mit Realschule zu Hildesheim, Ostern 1914, S. 10, 19 und 22.

³⁷ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1919, zusammen mit Lahmann.

³⁸ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1920, zusammen mit Lahmann, Dr. Kobelt, Gehring.

Rechnen: 5 Stunden.

Klassenleiter war er nicht.³⁹

Ein letztes Mal erinnerte sich die Schule an Fahrenholz in der Festschrift anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens. Auf Seite 31 bis 34 führte sie 69 „Lehrer des Realgymnasiums und der Andreas-Oberrealschule von 1885–1935“ auf, darunter auch welche, die nur ein Jahr an der Schule tätig waren (z. B. Studienrat Dr. Sundermeyer, von 1. April 1920 bis Ostern 1921). Fahrenholz stand als 59. in der Gruppe von 86 Namen unter dem Absatz: „Außer den im Lehrerverzeichnis aufgeführten Lehrkräften waren an der Anstalt folgende Herren tätig; größtenteils nur für kurze Zeit“.⁴⁰

Als Senator gehörte Fahrenholz bis 1933 dem Volksbildungsausschuss an und daneben verschiedenen schulischen Ausschüssen, Kuratorien oder Deputationen. In seiner parteipolitischen Tätigkeit äußerte sich Fahrenholz nur einmal schulpolitisch. Die SPD unterstützte eine Gruppe engagierter Eltern, die 1926 von ihrem in der Weimarer Reichsverfassung gewährten Recht Gebrauch machen wollten, in Hildesheim eine „weltliche Schule“ einzurichten. Das „Volksblatt“ charakterisierte ihn in diesem Zusammenhang am 29. November 1926 auch als Lehrer: „Wir brauchen uns sicher nicht zu Verteidigern des Genossen Fahrenholz aufzuschwingen, aber es dürfte auch der „Kornackerschen Zeitung“ bekannt sein, daß Fahrenholz jahrelang als Lehrer an den verschiedensten Schulen gewirkt, die verschiedenen Bevölkerungsschichten kennen gelernt hat und auch als außerordentlich befähigter Pädagoge gilt.“

Fahrenholz als Senator

Vor den partei- und verbandspolitischen Aktivitäten von Heinrich Fahrenholz soll sein Wirken als unbesoldeter und besoldeter Senator im Magistrat der Stadt Hildesheim vorgestellt werden. Es ging offenbar dem parteipolitischen Engagement voraus oder begann fast gleichzeitig. Fahrenholz datiert seinen Eintritt in die Sozialdemokratische Partei auf den 25. Mai 1919.⁴¹ Schon am Sonntag, 31. August 1919, wählten 40 Bürgervorsteherinnen und -vorsteher acht unbesoldete Senatoren, von denen der SPD nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren drei zustanden. Sie hatte bei der ersten Bürgervorsteherwahl nach dem Kriege – es war auch die erste, die allgemein, unmittelbar und geheim durchgeführt wurde – am 2. März 1919 von den zu vergebenden 48 Sitzen 17 errungen. Der verbundene Wahlvorschlag des Zentrums und der Deutsch-Hannoverschen Partei (Christliche Volkspartei), der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei erhielt 25, die Demokratische Partei 6 Mandate.⁴²

Vor 1918 trat die SPD schon deshalb nicht in Erscheinung, weil die Wahlberechtigung von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig war und ein Hausbesitzer-Privileg galt. Die Besitzbürger schlugen in Bürger-Bezirks-Vereinen ihre Kandidaten vor, die dann im Wahlbezirk von durchschnittlich 400 bis 500 Männern gewählt wurden. Frauen waren nicht wahlberechtigt. Als im November 1918 ein Nachfolger für den verstorbenen (unbesoldeten) Senator Bettels zu bestimmen war, lauteten am 7. November 1918 im revolutionären Zeitgeist alle abgegebenen 15 Wahlzettel auf den Namen des Arbeitersekretärs Hugo Braun, der kurz darauf als Vorsitzender des Hildesheimer Arbeiter- und Soldatenrats für Ruhe und öffentliche Sicherheit sorgte.⁴³ Oberbürgermeister Ehrlicher, der Braun in der Sitzung der städtischen Kollegien am 18. November 1918 als Senator herzlich willkommen hieß, begründete auch die Abweichung vom bisherigen Verfahren: „Gewaltige Umwälzungen haben sich, seitdem die städtischen Kollegien Sie gewählt haben, im Staatswesen vollzogen. Umwälzungen, die auch eine Beseitigung der schon längst veralteten, aus einem anderen Geist geborenen Hannoverschen Städteordnung herbeiführen werden und herbeiführen müssen. Aber nicht die Form ist das wesentliche, sondern der Geist, der in der Form lebt und dieser Geist ist hier in der Stadtverwaltung bereits ein sozialer, wie die mannigfachen Fürsorgeeinrichtungen für die Minderbemittelten, für unsere heranwachsende Jugend zeigen. Trotzdem das Bürgervorsteher-Kollegium nach den Bestimmungen des Ortsstatuts zu 2/3 aus Hausbesitzern zusammengesetzt ist, hat es sich doch, das möchte ich zu Ehren

³⁹ Jahresbericht des Staatlichen Andreas Realgymnasiums mit Realschule zu Hildesheim, Ostern 1922, oh. Pg.

⁴⁰ Verein ehemaliger Schüler des Staatlichen Andreas-Realgymnasiums, 50 Jahre des Staatlichen Andreas-Realgymnasiums und der Staatlichen Andreas-Oberrealschule zu Hildesheim 1885-1935, S. 35.

⁴¹ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 90b.

⁴² Anton Josef Knott, Das Wahlverhalten der Hildesheimer in der Zeit von Bismarck bis Hitler, Hildesheim 1980, 47–48.

⁴³ Best. 102 Nr. 11011, Blatt 7. Herbert Reyher, Kleine Geschichte der Stadt Hildesheim, Hildesheim 1999, S. 91.

der Herren hier ausdrücklich feststellen, ferngehalten von Einseitigkeit und bei seiner Beschlussfassung immer zur Richtschnur genommen das Wohl der Gesamtheit, das Wohl der ganzen Stadt. Mit Freuden begrüßen wir trotzdem, dass nunmehr kraft Gesetzes alle Kreise an der Stadtverwaltung beteiligt werden, denn abgesehen von der Gerechtigkeit einer solchen Bestimmung wird das Interesse und die Freude an der Selbstverwaltung der Stadt neu belebt werden und weiter wird dadurch auch, und das ist m. E. die Hauptsache, ein gegenseitiges sich Verstehenlernen zwischen den einzelnen Kreisen angebahnt und manches Misstrauen und mancher Hass zum Wohle des Ganzen beseitigt werden. Nicht ein Einreißen sondern ein Aufbauen und Versöhnen wird der Eintritt der Arbeiterschaft zur Folge haben, die klug genug sein wird, dessen bin ich bei Kenntnis der Persönlichkeiten gewiss, auch die übrige Bürgerschaft an der Stadtverwaltung mit zu beteiligen. Denn sie weiss aus eigener Erfahrung, wie verbitternd die politische Entrechtung wirkt.“⁴⁴

Infolge der ersten Nachkriegswahl zogen mit dem wiedergewählten Hugo Braun, dem Lehrer Heinrich Fahrenholz und dem Hilfsarbeiter beim Magistrat Joseph Holländer (Krankenkassenbeamter) drei Sozialdemokraten als unbesoldete Senatoren in den Magistrat ein. Auch Fabrikant August Senking (christliche Volkspartei) und Architekt Wilhelm Gieren (Deutsche Volkspartei) behielten ihr Senatorenamt. Neu hinzu kamen Rechtsanwalt Gustav Schulze (Demokraten), Arbeitersekretär Lorenz Blank (christliche Volkspartei) und Architekt Karl Kattentidt (Deutsche Volkspartei).⁴⁵

Unbesoldeter Senator

Warum Fahrenholz so kurz nach seinem Parteieintritt in das herausgehobene Amt eines unbesoldeten Senators gewählt wurde, ist wegen der fehlenden Protokolle von Sitzungen der SPD nicht leicht nachvollziehbar. Karlheinz Gerhold schreibt: „Obwohl streng christlich erzogen, zog es den jungen Heinrich Fahrenholz offenbar früh zur Sozialdemokratie hin.“ Als er der SPD beitrat, war er immerhin schon 27. „Fest steht“, schreibt Gerhold weiter, „daß Heinrich Fahrenholz im Zuge der Novemberrevolution des Jahres 1918 und nach dem folgenden Ende des Kaiserreichs, der Ausrufung der Weimarer Republik und der Einsetzung von Arbeiter- und Soldatenräten direkt in Hildesheim mit der Arbeiterbewegung konfrontiert wurde. Aus dieser Zeit liegen uns sogar Flugblätter mit ‚Mitteilungen des Aktionsausschusses‘ aus Hildesheim vor, die aus Fahrenholz‘ Nachlaß stammen.“⁴⁶ Es war 1918/1919 sicher unmöglich, sich einer „direkten Konfrontation“ mit Arbeiter- und Soldatenräten zu entziehen. Fahrenholz wurde am 1. Dezember 1918 aus dem Lazarett entlassen. Er gehörte nicht zu den dreißig Mitgliedern des Hildesheimer Arbeiterrates, der am 16. März 1919 gewählt wurde. Die bürgerliche „Liste Borchard“ errang dabei überraschend 16 Sitze, die sozialistische „Liste Braun“ enttäuschende 14. Er stand auch nicht auf der dreißig Namen umfassenden Bewerberliste, die die Kornackersche Zeitung am 15. März 1919 veröffentlichte, und er war auch nicht in die Wahlkommission berufen worden. Wahlberechtigt waren laut Bekanntmachung des Magistrats vom 13. März 1919 Arbeiter, Beamte, Angestellte, Kaufleute und die Mitglieder der sonstigen freien Berufe beiderlei Geschlechts, sofern sie das 20. Lebensjahr erreicht hatten, gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt waren und nicht mehr als 10.000 Mark im Jahr verdienten. Fahrenholz erfüllte diese Bedingungen. Die Wahl der Soldatenräte erfolgte durch die Truppenteile, den Fahrenholz aber nicht mehr angehörte. Zu den sieben Unterzeichnern einer Mitteilung des Soldatenrats Hildesheim an die Einwohner der Stadt Hildesheim vom 5. Dezember 1918 (abgedruckt in der Hildesheimer Allgemeine Zeitung und Anzeigen) gehörte Fahrenholz ebenfalls nicht.⁴⁷ Von den 17 Bürgervorstehern der SPD 1919 gaben vier als Beruf Gewerkschaftssekretär, Geschäftsführer oder Gewerkschaftsbeamter an. Drei waren im öffentlichen Dienst (Krankenkassenbeamter, Zahlmeister-Aspirant, Oberpostschaffner), sieben waren abhängig Beschäftigte im gewerblichen Bereich (Bautechniker, Klempner, Malermeister, Schleifer, Schmied, Schuhmacher, Zimmerer), zwei waren Hausfrau, zwei kamen aus dem Zeitungswesen (Redakteur, Schriftsetzer).⁴⁸ Einer aus dieser Fraktion – der Krankenkassenbeamte Holländer, der „Hilfsarbeiter beim Magistrat“ war – kam auf Vorschlag der SPD in den Magistrat. Der Arbeitersekretär Braun war schon Senator. Brauchte man mit Fahrenholz einen eloquenten „Akademiker“, der es immerhin vom

⁴⁴ Best. 102 Nr. 11011, Blatt 12–13.

⁴⁵ Hildesheimer Volksblatt, 1. Jg., 1.9.1919: Senatorenwahl. Best. 102 Nr. 11177, Blatt 3.

⁴⁶ Gerhold, Läuseforscher, S. 8.

⁴⁷ StadtA Hi Best. 102 Nr. 144: Wahlordnung und Aufgaben für die Arbeiter- und Bauernräte.

⁴⁸ Hildesheimer Allgemeine und Anzeigen, Nr. 57, 3.3.1919.

Seminaristen zum Gymnasiallehrer gebracht hatte? Erst 1929 befand sich mit Rektor Friedrich Eickemeyer ein weiterer sozialdemokratischer Mandatsträger mit Hochschulausbildung in den Städtischen Kollegien – als Bürgervorsteher.⁴⁹

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung der Städtischen Kollegien am 12. September 1919 führte Stadtsyndikus Wiegmann die neugewählten Senatoren in ihr Amt ein. Diese gaben durch Handschlag das Gelöbnis, wie es von der Hannoverschen Städteordnung gefordert wurde. Senator Gieren bedankte sich im Namen der „Neuen“ und hob ihre Bereitwilligkeit hervor, alle Kräfte in den Dienst der Stadt zu stellen. Im Sitzungsbericht des „Hildesheimer Volksblatts“ blieb der Name Fahrenholz unerwähnt.⁵⁰

Das holte die Bekanntmachung der Wahl „in den drei Zeitungen und Volksblatt“ im Anzeigenteil nach: „Am 31. August d. J. sind vom Bürgervorsteher-Kollegium zu unbesoldeten Senatoren die bisherigen Senatoren Gieren, Senking und Braun wiedergewählt und die Bürgervorsteher Holländer, Schulze und Wortführer Kattentidt sowie Arbeitersekretär Lorenz Blank und der Lehrer Hr. Fahrenholz neu gewählt worden. Nachdem die Wahl vom Herrn Regierungspräsidenten bestätigt worden, sind die Gewählten am 12. d. M. in ihr Amt eingeführt. H. d. 13.9.1919

D. M. I. V. gez. Wiegmann“⁵¹

Für die Tätigkeit des unbesoldeten Senators zahlte die Stadt 1919 eine Aufwandsentschädigung von 1.000 M im Jahr in vierteljährlichen Raten im Voraus.⁵² Nach Beschlüssen des Bürgervorsteher-Kollegiums vom 23. Dezember 1919 und vom 8. Januar 1920 wurde sie auf Antrag des Fabrikanten Gustav Fränkel (Deutsche demokratische Partei) rückwirkend zum 1. Oktober 1919 auf 2.000 M erhöht. Dafür wurde erwartet, dass „die Gewählten an den Sitzungen des Magistrats teilnehmen sollen. Sitzungen finden regelmäßig dienstags 9 Uhr statt (ausnahmsweise nachmittags 16.30 Uhr)“.⁵³

Darüber hinaus gab es Zuständigkeiten und Mitgliedschaften. Fahrenholz verwaltete von 1919 bis 1922 die Stadtbücherei⁵⁴. Über seine Mitgliedschaften geben die Adressbücher Auskunft. Dabei fällt auf, dass sie sämtlich schulbezogen sind (cum grano salis auch der Büchereiausschuss, der 1922 im Volksbildungsausschuss aufging), als hätte man bei der Aufgabenzuweisung an Fahrenholz‘ Lehrerberuf gedacht oder als habe er sich beim Aufgabengriff daran orientiert.

1920 ⁵⁵	1922 ⁵⁶
	Volksbildungsausschuss
Büchereiausschuss	
Verwaltungsausschuss der höheren Schulen für die weibliche Jugend	Verwaltungsausschuss der höheren Schulen für die weibliche Jugend
Schulvorstand der städtischen Handelsschule	Schulvorstand der städtischen Handelsschule
Kuratorium der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen	Kuratorium der Pflichtfortbildungsschule für Mädchen
Ausschuss für Knabenhandarbeit	Ausschuss für Knabenhandarbeit
Ausschuss zur Förderung hervorragend Begabter	
Stadtschuldeputation	

Veröffentlichte Äußerungen Fahrenholz‘ gibt es aus dieser Zeit nur zwei. So wehrte er sich in der Sitzung der Städtischen Kollegien am 3. April 1922 gegen die Behauptung des Oberbürgermeisters, Fahrenholz habe die Abschaffung der Hilfsschulen vorgeschlagen. Dabei habe er nur „auf einen Einspruch von fachmännischer Seite aufmerksam gemacht“. In der Sitzung beantragte der Magistrat, bei der

⁴⁹ Hildesheimer Volksblatt, 16.10.1929.

⁵⁰ Hildesheimer Volksblatt, 1. Jg., 13.9.1919.

⁵¹ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11011, S. 23.

⁵² StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 12, 15 und 16.

⁵³ Mitteilung an Fahrenholz am 15. September 1919. StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 14.

⁵⁴ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 25.

⁵⁵ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1920.

⁵⁶ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1922.

evangelischen Schule (einschließlich Hilfsschule) 13 Lehrerstellen einzusparen und dafür die Schülerzahl von 40 auf 50 pro Klasse zu erhöhen. Bei den katholischen Volksschulen sollte eine Stelle gespart werden. Die Sozialdemokraten stimmten – erfolglos – gegen die Vorlage. Ehrlicher versuchte also, Fahrenholz bei seinen Genossen anzuschwärzen. Das ist bemerkenswert, weil in der gleichen Sitzung Fahrenholz auf Antrag der Sozialdemokraten zum Nachfolger Brauns als besoldeter Senator gewählt werden sollte. Auf Antrag von Dr. Gerstenberg beschloss das Bürgervorsteher-Kollegium, „die Wahl bis zum Erlasse der neuen Städteordnung auszuschieben (sic!)“.⁵⁷

Bei der zweiten Äußerung ging es um den Vorwurf, das am 31. Juli 1919 geschaffene Siedlungsgesetz, das vorschrieb für Kleingärten und Siedlungen Land zu beschaffen, gegebenenfalls auch durch Beschlagnahme, werde in Hildesheim nicht konsequent umgesetzt. Streitpunkt war insbesondere die Beschlagnahme von 47 Morgen der Domäne Marienburg. Graf hatte sie zwei Tage nach der Entscheidung des Regierungspräsidenten neu bestellt und auf die Flächen der Stadtgüter verwiesen.

Die Interessengemeinschaft für Land-, Siedlungs- und Wohnungsfragen hielt dagegen am 6. März 1922 in beiden Sälen der Stadthalle eine von Tausenden besuchte Protestversammlung ab. In der Debatte meldete sich Senator Fahrenholz zu Wort. Er sprach von Sabotage, weil die Aufhebung der Beschlagnahmeverfügung kurz vor der Landbestellung geschah, so dass kein Land mehr zu erhalten sei. Die Landwirtschaft habe mit der Kartoffelbelieferung versagt, sie sei selbst Schuld, „wenn wir mehr als ein Achtel Land fordern“. Allerdings sei die Stadt bis an die äußerste Grenze gegangen. Sie benötige die 300 Morgen Land des Guts Steuerwald unbedingt, um die Milchversorgung nicht zu gefährden. Die Angelegenheit mit Marienburg hätte sich längst erledigt, wäre das Gut 1916 auf Antrag an die Stadt verkauft worden. Aber man habe es damals nicht einmal für nötig gehalten, auf diesen Antrag zu antworten. Die Worte Fahrenholz‘ wurden mit Beifall aufgenommen.⁵⁸

Die Entgegnung des Regierungspräsidenten druckte das Volksblatt am 9. März ab. Er stellte sich hinter Graf und wies den Vorwurf der Sabotage zurück. Er habe stets das Kleingartenwesen unterstützt und werde das auch in Zukunft tun. In erster Linie sei es aber Sache der Stadt, aus ihrem Besitz Gartenland abzugeben, wozu sie nach einem Gutachten der Landwirtschaftskammer auch in der Lage sei.

Ob Fahrenholz offiziell als „Genosse“ oder als „Senator“ an der Protestversammlung teilnahm, geht aus dem Artikel nicht hervor. Fast immer nennt ihn das „Hildesheimer Volksblatt“ später „Genosse Senator“, so dass die hier gebrauchte Bezeichnung wohl nur den besonderen Rang Fahrenholz‘ unterstreichen, aber nicht auf ein Mandat hinweisen soll. Aufschlussreich ist das Zitat vor dem Hintergrund der Gründung des „Reichsverbands der Kleingartenvereine Deutschlands“ am 14. August 1921 in Bremen.⁵⁹ Spätestens ab 1928 war Heinrich Fahrenholz Vorsitzender des Regierungsbezirksverbands Hildesheim im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands. Bis 1933 hatte er das Amt inne.⁶⁰

Besoldeter Senator

Auf dem Weg ins Amt

Am 23. Februar 1922 starb, kurz nach seinem 44. Geburtstag, Hugo Braun. Seit 1913 Vorsitzender im Gewerkschaftskartell⁶¹ und Arbeitersekretär in Hildesheim, seit 7. November 1918 unbesoldeter Senator, arbeitete Hugo Braun schon während des Krieges auf dem Gebiete der Lebensmittel-Versorgung mit dem Magistrat zusammen und erwarb sich durch seine Mitarbeit auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft große Verdienste um die Stadt. Der Verwaltungsbericht der Stadt Hildesheim charakterisiert ihn als „Mann von seltener Pflichttreue und großem Arbeitseifer, dem es stets nur auf die Sache ankam.“ Er war bei Ausbruch der Revolution Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates und während des Kapp-Putsches Vorsitzender des Aktions-Ausschusses. Am 21. Juli 1920 wurde er als erster Sozial-

⁵⁷ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11179, Blatt 23; Hildesheimer Volksblatt 4. Jg., Nr. 80, 4. 4.1922.

⁵⁸ „Der Regierungspräsident ein Freund der Kleingartenbewegung“. Heiterkeit im ganzen Saal. In: Hildesheimer Volksblatt 4. Jg., Nr. 56, 7. 3.1922.

⁵⁹ Günter Katsch, Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert. Bilder und Dokumente. Leipzig: Bundesverb. Dt. Gartenfreunde, Leipzig 1996, S. 40.

⁶⁰ Vereinsverzeichnisse in den Hildesheimer Adressbüchern 1928 bis 1933.

⁶¹ DGB-Kreisaußschuß Hildesheim-Marienburg (Hg.), 80 Jahre Gewerkschaften in Hildesheim 1871-1950, Hildesheim 1950, S. 58.

demokrat besoldeter Senator. In seiner Zuständigkeit waren die Dezernate des Arbeitsamtes, des Schlacht- und Viehhofes und der Gartenverwaltung.

Diesen Mann, der „auch in der sozialdemokratischen Ortsorganisation, im Gewerkschaftskartell, im Konsumverein und in der Bauhütte [...] als Vorstandsmitglied tätig“ war und über den es im Verwaltungsbericht heißt: „Die sozialdemokratische Arbeiterschaft verlor in Senator Braun ihren besten und angesehensten Führer, der auch beim politischen Gegner sich alle Achtung und Anerkennung erwarb“, galt es zu ersetzen.⁶² Heinrich Hillebrandt hätte bereitstehen können. Er verwaltete nach der Bestellung Hugo Brauns zum besoldeten Senator das Arbeitersekretariat allein. Sein Potenzial zeigt sich darin, dass er nach dessen Schließung auf dem Höhepunkt der Inflation (1923) die Geschäftsführung des Fabrikarbeiterverbandes übernahm.⁶³ Nach der Gemeindewahl am 4. Mai 1924 rückte er in das Bürgervorsteher-Kollegium nach, nachdem Joseph Holländer und Josef Wedekind als unbesoldete Senatoren in den Magistrat entsandt worden waren. Im gleichen Jahr gründete er am 16. Juli den Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Hildesheim mit und wurde kurz darauf – bis 1933 – dessen Vorsitzender.⁶⁴ Bis zum 11. März 1925 war er Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), danach stellvertretender Vorsitzender. Zum unbesoldeten Senator wurde Hillebrandt erst am 16. Dezember 1929 gewählt.⁶⁵

Auch auf Franz Eger hätte die Wahl fallen können. Aber der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Hildesheim begann seine kommunalpolitische Karriere erst mit seiner Wahl zum Bürgervorsteher am 4. Mai 1924. Er wurde am 15. Juni 1927 in sein Amt als besoldeter Senator eingeführt.⁶⁶

Der Antrag der SPD-Fraktion, den deren Vorsitzender, der Gewerkschaftssekretär⁶⁷ Heinrich Böcken, am 16. März 1922 dem Oberbürgermeister sandte, klingt bezüglich der Einschätzung Fahrenholz‘ mit den Formulierungen „glauben“ und „hoffen“ merkwürdig zurückhaltend: „Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! An Stelle des Herrn Senator Braun gestatten wir uns, Herrn Senator Fahrenholz als Nachfolger im Amt zu präsentieren. Wir glauben, mit diesem Vorschlage den Interessen der Stadt am besten gerecht zu werden und hoffen auch, dass Herr Fahrenholz die in ihn gesetzten Erwartungen zu erfüllen bestrebt sein wird.“

Ehrlicher legte den Antrag dem Bürgervorsteher-Kollegium am 5. April 1922 vor. Das beschloss aber mehrheitlich auf Antrag von Dr. Gerstenberg, „die Wahl bis zum Erlasse der neuen Städteordnung auszuschieben (sic!)“⁶⁸ Entscheidungsgrundlage war zum damaligen Zeitpunkt der Nachtrag XVII zum Allgemeinen Ortsstatut der Stadt Hildesheim vom 20. November 1894: Nach § 9 (neu) bestand der Magistrat aus dem Oberbürgermeister, dem Stadtsyndikus, vier besoldeten und acht unbesoldeten Senatoren. Die städtischen Kollegien waren berechtigt, die Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder auf acht zu erhöhen. Von dieser Möglichkeit machten sie am 1. Juni 1920 Gebrauch, als sie die Zahl der besoldeten Senatoren auf fünf festsetzten.⁶⁹ Bis zum Tod von Hugo Braun bestand der Magistrat aus Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher und Stadtsyndikus Wilhelm Wiegmann sowie den besoldeten Senatoren Stadtbaurat Johannes Köhler, Bernhard Pott, Hugo Braun, Dr. Clemens Meyenberg und Cäsar Reinhard, Direktor der Gas- und Wasserwerke. Die acht unbesoldeten Senatoren waren Arbeitersekretär Lorenz Blank, Gymnasiallehrer Heinrich Fahrenholz, Architekt Wilhelm Gieren, Kranken-

⁶² Stadt Hildesheim (Hg.), Verwaltungsbericht der Stadt Hildesheim für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1928, Stadt Hildesheim 1928, S. 15. Dort steht als irrümlicher Todestag „28. Dezember 1921“, der richtige steht auf S. 27. Auch die „Geschichte der Hildesheimer Arbeiterbewegung“ zitiert auf S. 62 das falsche Datum.

⁶³ DGB-Arbeitskreis Geschichte (1995): Geschichte der Hildesheimer Arbeiterbewegung. Unter Mitarbeit von Angelika Müller und Karin Lojen. Hildesheim: Selbstverlag, S. 60–63.

⁶⁴ Hildesheimer Volksblatt v. 17.7. und 29.8.1924.

⁶⁵ StadtA Hi Best. 102 Nr. 5911, Verhandlungen der städtischen Kollegien, Niederschrift v. 7. Januar 1930.

⁶⁶ Stadt Hildesheim (Hg.), Verwaltungsbericht der Stadt Hildesheim für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1928, Stadt Hildesheim 1928, S. 23 und 27.

⁶⁷ Er war Bezirksleiter des Landarbeiterverbandes. DGB-Kreisausschuß Hildesheim-Marienburg (Hg.), 80 Jahre Gewerkschaften in Hildesheim 1871-1950, Hildesheim 1950, S. 43.

⁶⁸ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, Blatt 23.

⁶⁹ Zitiert wurden diese Normierungen in der Fahrenholz-Personalakte, StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 18 und 19.

kassenbeamter Joseph Holländer, Architekt Karl Kattentidt, Architekt Fritz Noack, Fabrikant August Senking und Reichsbundsekretär Joseph Wedekind.⁷⁰

Nach dem Aufschiebungsbeschluss hatte Heinrich Böcken offenbar mehrfach gesprächsweise interveniert. Darauf nahm er am 30. Juni 1922 im Antrag der SPD-Fraktion an den Magistrat Bezug: „Durch Beschluss des Bürgervorsteherkollegiums ist die Wiederbesetzung des von Herrn Senator Braun bekleideten Amtes abgelehnt worden. Die hierfür angegebenen Gründe sind von mir wiederholt als nicht stichhaltig bezeichnet worden und können heute noch weniger als solche anerkannt werden. Die Soz.-Fraktion ist vielmehr der Ansicht, dass für die Stellungnahme der Mehrheit des B.V.K. politische Motive massgebend waren, die darauf hinauslaufen, den Einfluss der Arbeitervertreter in der Stadtverwaltung zu inhibieren.“

Durch die Ereignisse der jüngsten Zeit sind nun Verhältnisse geschaffen worden, die es der Fraktion nicht ermöglichen, sich in stiller Resignation mit fraglichem Beschluss abzufinden. Wir legen vielmehr den grössten Nachdruck darauf, entsprechend der Bedeutung und der Zahl unserer Vertreter im B.V.K. sowie auch der Zahl unserer Wähler, die einen erheblichen Teil der Einwohnerschaft der Stadt ausmachen, im Magistrat vertreten zu sein.

Wir beantragen daher, die Wiederbesetzung der durch den Tod des Herrn Senator Braun vakant gewordenen Stelle eines besoldeten Magistratsmitgliedes dem B.V.K. erneut zur Beschlussfassung vorzulegen.

Wir bitten um tunlichste Beschleunigung und gefl. Rückäusserung.⁷¹

Der Magistrat folgte am 6. Juli dem Antrag und leitete ihn befürwortend an das Bürgervorsteherkollegium weiter. Bürgervorsteher Förster erklärte am 20. Juli 1922 die Zustimmung der Zentrumsfraktion zum Antrag der SPD, Bürgervorsteher Dr. Gerstenberg lehnte den Antrag für die Deutsche Volkspartei ab. Bürgervorsteher Fränkel erklärte die Zustimmung der Demokratischen Fraktion. Der Antrag wurde „mündlich“ mehrheitlich beschlossen. In der anschließenden Wahl lauteten von 36 abgegebenen Stimmzetteln 29 auf Fahrenholz, 7 waren unbeschrieben.⁷²

Hatte das „Hildesheimer Volksblatt“ in seinem Bericht über die Bürgervorsteher Sitzung am 3. April den Antrag Gerstenbergs gar nicht erwähnt, so kommentierte es nun die Fahrenholz-Wahl: „In der gestrigen Sitzung der Bürgervorsteher wurde, wie wir hören, der bisher unbesoldete Senator Genosse Fahrenholz mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten zum besoldeten Senator gewählt. Die Volkspartei enthielt sich der Abstimmung. Wir glauben, daß somit endlich einem berechtigten Verlangen der Arbeiterschaft Rechnung getragen ist.“⁷³ Auch die offiziöse Verlautbarung der SPD verwendete das zaghafte Verb „glauben“.

Die Einführung in das Amt nahm Bürgermeister Wiegmann am 1. September 1922 vor. Das „Volksblatt“ gab seine Ansprache indirekt wider: „Herr Senator Fahrenholz ist im Juli anstelle des verstorbenen Senators Braun von dem Bürgervorsteherkollegium zum besoldeten Senator gewählt. Die Bestätigung des Regierungspräsidenten ist jetzt eingetroffen. Herr Senator Fahrenholz hat den Eid schon bei der Einführung als unbesoldeter Senator geleistet. Mit ihm kommt ein Mann in den Magistrat, der schon früher seiner Aufgabe gerecht geworden ist, der rechte Mann am rechten Platze.“ Dann kommentierte es den Vorgang: „Die Sozialdemokratie hat auch wieder einen besoldeten Senator. Gestern ist er trotz Gerstenberg und Genossen in sein Amt eingeführt worden. Lange genug hatte es gedauert, daß bei einigen bürgerlichen Herren die Einsicht kam, daß der verstorbene Genosse Braun einen Nachfolger und zwar wieder aus den Reihen der Sozialdemokraten haben mußte. Es hatte ja erst einigen Druck der Fraktion und der Organisation der Arbeiterschaft gekostet. Die Sozialdemokratische Fraktion war es aber auch dem Andenken des verstorbenen Führers schuldig, für den von ihm errungenen Platz bis zum Äußersten zu kämpfen.“⁷⁴

⁷⁰ Stadt Hildesheim (Hg.), Verwaltungsbericht der Stadt Hildesheim für die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1928, Stadt Hildesheim 1928, S. 21–23.

⁷¹ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, Blatt 24.

⁷² StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, Blatt 24, 26, 28, 44 und 45.

⁷³ Hildesheimer Volksblatt vom 4.4. und 21.7.1922.

⁷⁴ Hildesheimer Volksblatt 4. Jg., Nr. 2005, 2. 9.1922.

Am 4. September 1922 wurde Fahrenholz' Gehalt neu berechnet, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Mark noch rund ein Vierzigstel ihres Wertes vom Januar 1919 aufwies. Die bisherige Aufwandsentschädigung von inzwischen 5.000 M entfiel am 31. August 1922.

Grundgehalt: 40.000 M
 Ortszuschlag: 5.400 M
 Kinderbeihilfe: 3.000 M
 Zwischensumme: 48.400 M
 Ausgleichszuschlag 305%: 14.7620 M
 Sonderzuschlag (55% von 10.000 M): 5.500 M
 Frauenbeihilfe: 2.500 M
 Endsumme: 204.020 M im Jahr oder monatlich: 17.001,66 M

Zum Vergleich seien die Bezüge ab 1. Oktober 1927 genannt:

Besoldungsgruppe A 1C
 BDA 1.10.1915
 Monatlich
 Grundgehalt: 883,33 M
 Wohnungsgeldzuschuss: 90 M
 Kinderbeihilfe für 1 Kind: 20 M
 Zusammen: 993,33 M⁷⁵

Zuständigkeiten

Geschäftsverteilungspläne des Magistrats sind für die Zeit von 1922 bis 1933 nicht überliefert. Die Personalakte von Fahrenholz enthält für das Jahr 1931 eine Darstellung seiner damaligen Tätigkeit: „Dezernent des Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendamtes, der Fürsorgeanstalt und der Hospitäler, der Weinkellereiverwaltung; stellv. Dezernent der Schulabteilung und der Leibesübungen.“⁷⁶ Die Zuständigkeit spiegelt sich in der Zugehörigkeit zu den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung, aus der sich im Umkehrschluss die Zuständigkeit auch für die anderen Jahre ergibt.

38 Kommissionen und Ausschüsse (im Sinne der §§ 76 und 77 der Städteordnung) bestanden, als der Verwaltungsbericht der Jahre 1914 bis 1928 erschien.⁷⁷ Über die Jahre verteilt, war Fahrenholz in vierzehn Mitglied, stellvertretender Vorsitzender oder Vorsitzender. Drei „Ausschüsse“, der Beschlussausschuss des Versicherungsamts, der Stadt-Ausschuss und das Kuratorium der Hildesheimer Landschaft, standen nicht im Belieben der Stadt, sondern waren in den jeweiligen Gesetzen und Statuten vorgesehen. Sie erhöhen die Gesamtzahl auf 17. Gleichzeitig gehörte Fahrenholz anfangs sechs, zuletzt elf Kommissionen und Ausschüssen an.

1922 bis 1933: Finanzausschuss, Volksbildungsausschuss, Kuratorium für die städtischen Mittelschulen, Stadtschuldeputation.

1922 bis 1929: Versicherungsamt bis 1927 (1. Stellvertreter und Dezernent), Wohnungskommission (bis 1927 Vorsitzender, bis 1929 stellv. Vorsitzender)

1928 bis 1933: Armenverwaltung (Vorsitzender der Armendeputation), Ausschuss des Wohlfahrts- und Gesundheitsamtes (stellv. Vorsitzender)⁷⁸, Vertretung der Gemeindebehörde in Konzessions-sachen (ab 1931 als Vorsitzender)

1931 bis 1933: Ausschuss für das Jugendamt („Jugendwohlfahrtsausschuss“; stellvertretender Vorsitzender, Dezernent), Kommission für Leibesübungen (stellvertretender Vorsitzender), Ortsausschuss

⁷⁵ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, Blatt 46 und 71.

⁷⁶ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, S. 83.

⁷⁷ Stadt Hildesheim, Verwaltungsbericht der Jahre 1914 bis 1928, Hildesheim 1929, S. 30/31.

⁷⁸ StadtA Hi Best. 102 Nr. 1784, „Einladungen an den Magistrat“. Darin befindet sich der Vermerk vom 30. August 1927: „Infolge Änderung der Dezernatsverteilung wurde anstelle des Senators Dr. Meyenberg Senator Fahrenholz zum stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für das Wohlfahrts- und Gesundheitsamt gewählt.“

für Jugendpflege (stellvertretender Vorsitzender), Schulvorstand der städtischen Handelsschule (stellvertretender Vorsitzender), Verwaltungsausschuss der Werklehrerbildungsanstalt – zugleich Ausschuss für die Knabenhandarbeitsschule – stellvertretender Vorsitzender), Verwaltungsausschuss für das luth. Waisenhaus (Vorsitzender und Dezernent).⁷⁹

Temporär: Stadt-Ausschuss⁸⁰ (1926/1927), Kuratorium der Hildesheimer Landschaft (1928/1929),

Präferenzen sind an der Dauer der Mitgliedschaft zu erkennen, wobei zu bedenken ist, dass die Themen der Wohnungskommission (bis 1929) auch im Wohlfahrtsausschuss und in der Armendeputation auf der Tagesordnung standen. Zusammengefasst galt Fahrenholz' Interesse der sozialen Fürsorge und der Volksbildung. Da der Finanzausschuss die Funktion eines Steuerungsausschusses ausübte, ist die Mitgliedschaft darin wohl eher strategisch als fachlich motiviert gewesen.

Über die Aufteilung der Zuständigkeiten im Fürsorgewesen gibt der Verwaltungsbericht der Stadt Auskunft: „Im November 1922 wurden die Dezernatsgeschäfte des Wohlfahrts- und Gesundheitsamtes und des KriegsFürsorgeamtes dem Senator Dr. Meyenberg und das Dezernat der Armenverwaltung dem Senator Fahrenholz und, nachdem Anfang 1924 Armenverwaltung und Wohlfahrts- und Gesundheitsamt vereinigt waren, die gesamten Dezernatsgeschäfte zuerst dem Senator Dr. Meyenberg und am 16. Juni 1927 dem Senator Fahrenholz übertragen.“⁸¹ Für das städtische Schulwesen war mit den Beschlüssen des Bürgervorsteher-Kollegiums am 31. Januar und 24. März 1927 durch Änderung von § 9 Absatz 3 des Allgemeinen Ortsstatuts der Stadt Hildesheim vom 20. November 1894 die achte Stelle eines besoldeten Magistratsmitglieds eingerichtet worden, auf am 12. September 1927 Wilhelm Weßling (auf Vorschlag der sogenannten Wirtschaftsgruppe⁸²) gewählt wurde (Einführung: 14. November 1927).⁸³

Aktivitäten

Bei der ersten im „Hildesheimer Volksblatt“ zitierten Äußerung von Fahrenholz in einer Sitzung der Städtischen Kollegien geht es eigentlich um eine Petiteesse. Der Magistrat hatte beantragt, die Reinigungsentschädigung für die Schulen zu erhöhen. Es regte sich „bürgerlicher“ Widerstand. In seiner Wortmeldung machte „Senator Fahrenholz [...] auf die großen Gefahren bei evtl. Ablehnung aufmerksam, die dadurch entstehen, daß dann der Hausmeister kein großes Interesse für die Reinigung mehr haben würde, da er Geld bei der Heranziehung von Hilfskräften zulegen müsse. Die ungenügende Reinigung hätte eine Ausbreitung von Tuberkulose usw. zur Folge.“ Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen.⁸⁴ Diese zwei Sätze verbinden Fahrenholz' sozialpolitisches Engagement für eine angemessene Entlohnung, seine fachliche Zuständigkeit für gesunde Lebensverhältnisse, sein strategisches Interesse an den städtischen Finanzen und seine rhetorische Fähigkeit, all das so zu verknüpfen, dass es die Entscheidung in seinem Sinne beeinflusst.

Gegen Ende seiner Dienstzeit wird er ein zweites Mal in schulischen Angelegenheiten in den Städtischen Kollegien zu Wort kommen. Fahrenholz antwortete auf die Anregung des Bürgervorstehers Friedrich Eickemeyer (SPD, Volksschulleiter), gesundheitlich bedürftigen Kindern auch in Zukunft wieder das Milchfrühstück zu reichen, dass es das Milchfrühstück in anderer Form geben werde. „Die Mittel sind allerdings knapp geworden, eine Nachbewilligung wird unbedingt erforderlich.“ Er unterstrich die Notwendigkeit der Sozialleistung „Milchfrühstück“ in der schwierigen Zeit der anhaltenden Wirtschaftskrise, deutete sogar eine Optimierung an, spielte den Ball aber zurück zu den Bürgervorstehern, die die Mittel für den erhöhten Bedarf freizugeben hätten. Am 29. November meldete das „Volksblatt“, der Anregung von Rektor Eickemeyer solle „im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel“ stattgegeben werden.⁸⁵

⁷⁹ Adreßbuch der Stadt Hildesheim des jeweiligen Jahres.

⁸⁰ Er überwachte und entschied vor allem „Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung“ im Zusammenhang mit Genehmigungen und Gestattungen, zum Beispiel von Schankbetrieben, gewerblichen Anlagen (u. a. Dampfkessel), Straßenhandel. Stadt Hildesheim, Verwaltungsbericht der Jahre 1914 bis 1928, Hildesheim 1929, S. 82/83.

⁸¹ Stadt Hildesheim, Verwaltungsbericht der Jahre 1914 bis 1928, Hildesheim 1929, S. 146.

⁸² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 208, 9. Jg., 6.9.1927.

⁸³ Stadt Hildesheim, Verwaltungsbericht der Jahre 1914 bis 1928, Hildesheim 1929, S. 23.

⁸⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 205, 4. Jg., 2. 9.1922.

⁸⁵ Hildesheimer Volksblatt 14. Jg., 11. und 29.11.1932.

Finanzielle Fragen

Fahrenholz war offenbar bemüht, Fragen zum städtischen Haushalt aus der Perspektive der Wirtschaftlichkeit zu beantworten. Wenn der Bürgervorsteher (und SPD-Fraktionsvorsitzende) Böcken jr. Am 7. April 1924 in der öffentlichen Sitzung der Städtischen Kollegien die hohen Kosten für Reihengräber auf dem städtischen Friedhof kritisierte, referierte Fahrenholz im vertraulichen Teil der Sitzung der Sitzung über die Selbstkosten der Stadt, so dass nach eingehender Besprechung die Gebührensatzung akzeptiert werden konnte.⁸⁶ Nur zweimal berichtete das „Volksblatt“ über einen Zwischenruf von Fahrenholz; jedes Mal ging es um Wirtschaftlichkeitserwägungen, einmal außerhalb, einmal innerhalb seines Wirkungskreises. Beide Male griff er zum Stilmittel der Polemik.

Für das Thema Abfallentsorgung war sein Magistratskollege Franz Eger zuständig. In der Sitzung der Städtischen Kollegien am Montag, 25. Februar 1930, beantragte der Magistrat die Beschaffung eines Müllautomobils, „durch das die rückständige Müllabfuhr in Hildesheim den heutigen Ansprüchen angepaßt werden soll“. Eger verteidigte in der langen und eingehenden Aussprache die Vorlage. Bürgervorsteher Gremmel – er war selbst Fuhrunternehmer – begründete für die Bürgervereinsfraktion deren Ablehnung. Er plädierte für Pferdewagen, weil der Motorbetrieb völlig unrentabel sei. Eger bezifferte die Kosten des Pferdewagens mit 98.000 Mark und des Müllautos mit 103.000 Mark. Die Vorteile des Autos seien aber deutlich größer als die Differenz von 5.000 Mark. Weil sich der Bürgerverein auf den Gedanken „es hat bisher so gegangen und wird auch weiter so gehen“ festgelegt hatte, sah sich Fahrenholz „zu der sarkastischen Bemerkung veranlaßt, Herr Gremmel solle den Antrag stellen, in Zukunft müsse jeder Einwohner seinen Müll mit dem Handwagen abfahren.“ Herr Gremmel war „darob natürlich fuchsteufelswild“. Die Beschaffung wurde gegen die Stimmen des Bürgervereins und des Nationalsozialisten beschlossen.⁸⁷

In seine eigene Zuständigkeit fiel der Ratsweinkeller, der 1927 eröffnet wurde. Zwei Jahre zuvor hatte die Verwaltung begonnen, ein städtisches Weinlager aufzubauen.⁸⁸ In der Etat-Debatte am 31. März 1930 beantragten die Vertreter der Bürgervereine, den Weinkeller aufzugeben und den Ansatz von 5.000 Mark für die Weinbeschaffung zu streichen. Ehrlicher wandte dagegen ein, dass zwar für 5.000 Mark neuer Wein gekauft, aber zugleich für 60.000 Mark Weine verkauft werden sollen. Die Bürgervereinsvertreter beharrten auf Ablehnung. Senator Stüber widersprach der Behauptung von Bürgervorsteher Hartmann, in den Kommissionsberatungen sei alles friedlich zugegangen. Er habe gegen den Weinkeller gestimmt. Senator Fahrenholz konterte per Zwischenruf: „Das war aber auch das Einzige.“ Sein (unbesoldeter) Magistratskollege Senator Strüber hielt diesen Zwischenruf für unanständig und kassierte dafür einen Ordnungsruf des Oberbürgermeisters – „den ersten seit Jahren“ – und die Replik von Fahrenholz, „daß er es für überflüssig halte, nach der Polemik der Zeitung, mit der sich Herr Stüber identifiziert, mit diesem über Anstand zu streiten“. In der Sache entgegnete er: „Der Sturm gegen den Weinkeller entspricht dem Profitinteresse einiger weniger Weinhändler. Der Ratskeller aber ist die beste Visitenkarte der Stadt für die Fremden. Satzweine, wie hier behauptet, sind nicht vorhanden.“ Die Anträge des Bürgervereins wurden abgelehnt.⁸⁹

Wohnungsnot

Die Bekämpfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit sowie die Bewältigung ihrer sozialen Folgen beschäftigten den Magistrat und die Bürgervorsteher in der gesamten Zwischenkriegszeit. Die nationalsozialistische Propaganda behauptete später irreführenderweise, die beiden Probleme seien in der „Systemzeit“ entstanden, und erst die Nationalsozialisten hätten sie gelöst. Tatsächlich lassen sich die Ursachen der Wohnungsnot auf das rapide Bevölkerungswachstum in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückführen⁹⁰, mit dem der private Wohnungsbau nicht annähernd mithielt. Die deshalb um die Jahrhundertwende gegründeten Baugesellschaften (Gemeinnützige Baugesellschaft 1893, Be-

⁸⁶ Haushaltsplan 1923/24. In: Hildesheimer Volksblatt Nr. 86, 6. Jg., 10. 4.1924.

⁸⁷ Auch 1930 Wohnungsbau. In: Hildesheimer Volksblatt Nr. 47, 12. Jg., 25. 2.1930.

⁸⁸ Voruntersuchung in der Disziplinarsache gegen Fahrenholz. StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 25–30.

⁸⁹ 11 Millionen-Etat angenommen. ... Mit Senator Strüber will man über Anständigkeit nicht streiten. In: Hildesheimer Volksblatt Nr. 77, 12. Jg., 1. 4.1930.

⁹⁰ Am 1. 4. 1914 zählte die Stadt Hildesheim 58.760 Einwohner, mehr als dreimal so viel wie 1867.

amten-Wohnungs-Verein 1909) kamen der Nachfrage auch deshalb nicht nach, weil im Ersten Weltkrieg die Bautätigkeit fast gänzlich eingestellt wurde. Mit dem am 27. März 1918 geschaffenen Wohnungsamt betrat die Stadt selbst als Akteur die Bühne. Es veröffentlichte regelmäßig Zahlen zur Wohnungsnot:

Jahr	Wohnungssuchende	Notwohnungen	möblierte Räume
1918/1919	902	401	88
1919/1920	2.397	605	573
1920/1921	2.252	456	598
1921/1922	1.269	293	684
1922/1923	864	399	675
1923/1924	885	270	1.110
1924/1925	564	301	117
1925/1926	550	318	78
1926/1927	721	313	44
1927/1928	950	410	-

⁹¹

Die Aussagekraft dieser Zahlen relativierte Fahrenholz allerdings, als er am 10. Oktober 1926 auf die Frage des Bürgervorstehers Segebrecht, ob es Erhebungen zum Wohnungsbedarf gebe, ausführte, „dass es keine genaue Zahlen gebe. Es könne nur gesagt werden, dass 650 Familien gänzlich ohne Wohnungen seien und 800 Familien in Notwohnungen. Es kämen aber täglich Wohnungssuchende zum Wohnungsamt, die glaubten, daß sie als Angehörige eines Hausbesitzers nicht verpflichtet seien, sich zu melden. Etwa 120 Familien seien an Tuberkulose erkrankt und benötigten aufgrund eines ärztlichen Zeugnisses gesündere Wohnungen.“⁹²

Da das private Kapital bis zum Ende der Inflation den Baumarkt mied, ergriffen das Reich durch gesetzliche und die Kommune durch praktische Maßnahmen die Initiative. Mit Hilfe besonderer Steuern (Mietsteuer, Hauszinssteuer) gedachte man, die Wohnraumbesitzer an der Wohnraumbeschaffung zu beteiligen, mit dem Reichssiedlungsgesetz, Reichsheimstättengesetz und Erbbaugesetz von 1919/20 schuf man die Grundlagen für den besonders von Kriegsteilnehmerverbänden bevorzugten Siedlungsbau. In der Stadt vollzog sich die Wohnraumbeschaffung

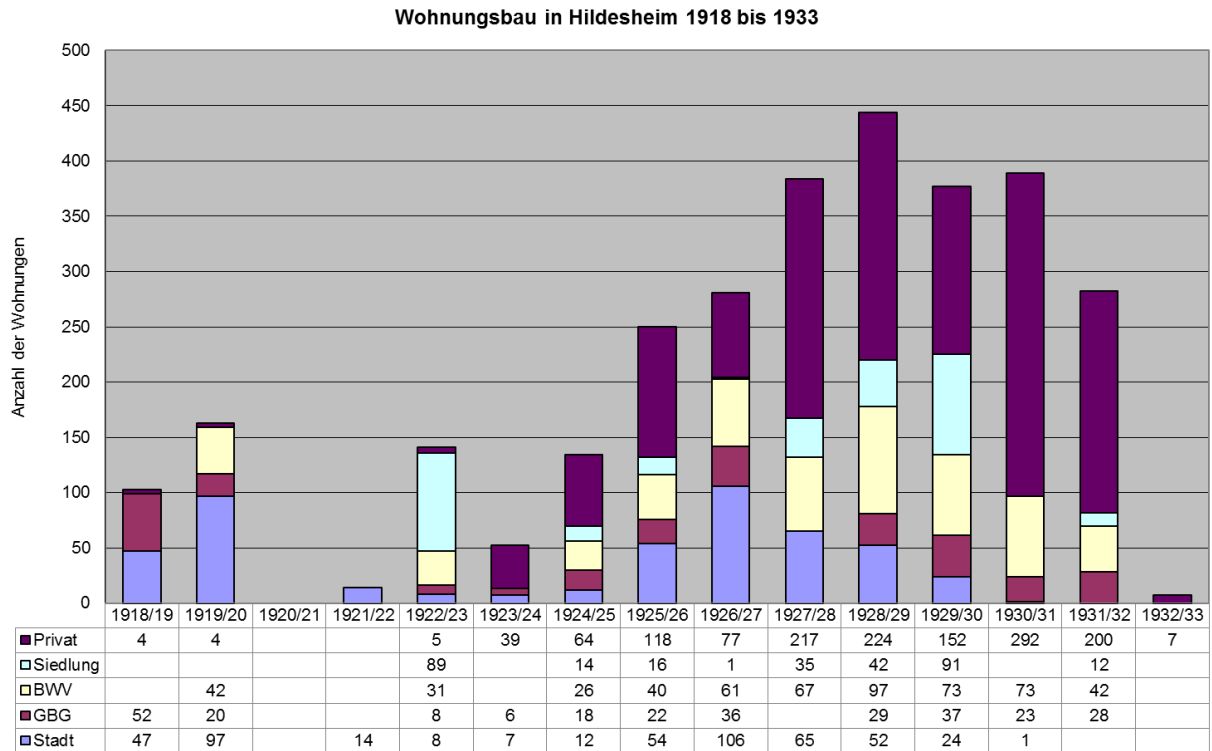
- durch Zwangsbewirtschaftung,
- kommunalen Wohnungsbau,
- Förderung des Wohnungsbaus von Baugesellschaften,
- Förderung des Siedlungswesens,
- Förderung des privaten Wohnungsbaus.

Mit städtischen Mitteln errichtete das Hochbauamt zwischen 1918 und 1933 487 Wohnungen, das sind 16,1 % aller in diesem Zeitraum gebauten Wohnungen.⁹³

⁹¹ Verwaltungsbericht 1914–1928, S. 246; ab 1927/28 gab es keine Zwangsbewirtschaftung möblierter Räume mehr.

⁹² Hildesheimer Volksblatt Nr. 238, 8. Jg., 12.10.1926.

⁹³ Häger, Hartmut, Die Entstehung der Vorstadt-Siedlungen in Hildesheim als Beispiel nationalsozialistischer Siedlungspolitik – am Beispiel der Siedlung „Großer Saatner“, unveröffentlichte Prüfungsarbeit für das Lehramt an Realschulen, Hildesheim 1982, S. 15–16. (Tabelle: Zusammengetragen nach Angaben der Verwaltungsberichte der Stadt von 1928 und 1937).



Schon am 4. Februar 1918 hatte der Magistrat eine Wohnungskommission gebildet, die sich aus Magistratsmitgliedern, Bürgervorstehern, Vertretern der Gewerkschaften, des Beamten-Wohnungsvereins, der Gemeinnützigen Baugesellschaft, der Industrie, des Haus- und Grundbesitzervereins und des Mietervereins zusammensetzte.⁹⁴ Fahrenholz war der Vorsitzende der Kommission von 1922 bis 1927 und danach ihr stellvertretender Vorsitzender. Ihm war die Unzulänglichkeit der kommunalen Interventionsmöglichkeiten bewusst. In der Sitzung der Städtischen Kollegien am 24. März 1924 resümierte er: „Trotz aller Wohnungsbeschlagnahmen, die leider nicht immer von den Aufsichtsbehörden bestätigt werden, ist eine Linderung auf dem Wohngebiete nicht eingetreten. Seit 10 Jahren ist nicht gebaut, der dadurch entstandene Mangel an Wohnungen – vor dem Kriege wurden in Hildesheim jährlich 80 Wohnungen gebaut – wird in 10 Jahren nicht einzuholen sein. Daraus ergibt sich, daß an Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft in absehbarer Zeit nicht zu denken ist. Trotzdem müßte jedoch jeder gangbare Weg zum Wohnungsbau beschritten werden, um das Wohnungselend wenigstens etwas zu lindern.“⁹⁵

Am 28. Juli 1925 wies Fahrenholz auf eine weitere Ursache der Wohnungsnot hin: Die Hauseigentümer konnten oder wollten nicht in die Instandhaltung investieren. „Alt-Hildesheim ist auf dem Abgang. Die Außenfronten der Häuser sehen wohl nett aus, doch man gehe in die Häuser selbst, will man sich von der entsetzlichen Wohnungsnot überzeugen.“ Während Häuser wegen Baufälligkeit geräumt werden mussten, tat die Bürokratie das Ihre zur Verschärfung der Krise: „Durch ein Schreiben der Reichsvermögensverwaltung sind wir aufgefordert worden, die Kaserne zu räumen.“ Die Bürokratie verhinderte auch, dass vorhandene Wohnungen, wie die Neubauten hinter dem Berghölzchen („Am Neuen Teiche“), bezogen werden konnten. Oberbürgermeister Dr. Ehrlicher und Senator Fahrenholz erklärten den Bürgervorstehern, „dass die Wohnungen für abgebaute Beamte bestimmt seien. Aus Hildesheim habe sich nur ein Beamter gemeldet. Die auswärtigen seien aber nur zugelassen, wenn sie eine Wohnung zur Verfügung stellen können. Deshalb führe man Verhandlungen, die Wohnungen auch an Nichtbeamte abgeben zu können.“⁹⁶

⁹⁴ Verwaltungsbericht, 1928, S. 239.

⁹⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 71, 6. Jg., 24. 3.1924. Das „nicht gebaut worden“ ist mit Blick auf die Wohnungsbau-Grafik im Sinne von „zu wenig gebaut worden“ zu verstehen.

⁹⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 173, 7. Jg., 28. 7.1925.

1926 startete der Magistrat eine Kleinwohnungs-Initiative. Klein- und Kleinstwohnungen versprachen aus städtischer Sicht ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis. Am 1. Februar 1926 schlug die Verwaltung den Bürgervorstehern den Bau von 90 Kleinst- und Kleinwohnungen in städtischer Regie und auf städtischem Grund sowie 60 von Privaten oder von Baugesellschaften mit städtischer Förderung zu bauende Wohnungen vor. Der Kritik an den Kleinstwohnungen begegneten Ehrlicher und Fahrenholz gemeinsam. Beide betonten, dass sie nicht ideal, aber schnell und preisgünstig zu realisieren seien. Außerdem sei die künftige Vergrößerung der Wohnungen bereits im Grundriss eingeplant. Fahrenholz hob hervor, dass man mit dem Notbehelf das Elend steuern wolle. Für das Gros der Wohnungen für Arbeiter und Angestellte würden 240 bis 280 Mark bezahlt werden. Für 14 Kleinstwohnungen, die man versuchsweise in der Wiesenstraße errichtet hatte, bewarben sich 150 Interessenten, darunter auch Familien mit zwei Kindern. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.⁹⁷

Den Bau weiterer 48 Kleinwohnungen mit zwei Räumen schlug die Verwaltung in der Sitzung der städtischen Kollegien am 16. Juli 1926 vor. Die Miete sollte 230 Mark betragen. Die Stadt wollte wieder selbst bauen und nicht, wie einige Bürgervorsteher anregten, privates Kapitals durch Hergabe von Hauszinssteuerhypothenken heranziehen; dadurch würden die Baukosten etwas niedriger ausfallen. Fahrenholz vertrat dagegen, wie Oberbürgermeister Ehrlicher und Baurat Köhler, die Auffassung, „daß dann größere Wohnungen gebaut würden, Altwohnungen aber nicht zur Verfügung gestellt werden. Eine Milderung der Wohnungsnot aber träte dann nicht ein. Die Kleinwohnungen seien kein Idealzustand, aber sie können in größerer Anzahl hergestellt werden, so daß tatsächlich viele junge Ehepaare endlich in geregelte Verhältnisse kommen.“ Nach „reichlicher Debatte und vielem Hin und Her“ genehmigten die Städtischen Kollegien die Vorlage.⁹⁸



Kleinstwohnungen in der Peiner Landstraße 1926 (heute: Peiner Straße)⁹⁹

1926 waren in städtischer Regie 96 Kleinstwohnungen an der Alfelder Straße, Peiner Landstraße sowie Wiesen- und Posthofstraße und 32 von Privaten gebaut worden. 1927 erwartete Fahrenholz 80 Kleinstwohnungen. In der Haushaltsdebatte der Städtischen Kollegien am Freitag, 25. März 1927, warb er um weitere Unterstützung des Baus von Klein- und Kleinstwohnungen. Die Stadt müsse weiter bauen, um Mieter unterzubringen, die aus irgendwelchen Gründen sonst keine Wohnung fänden. Inzwischen gab es ein weiteres Problem, das sich aus der extrem angespannten Marktsituation ableitete: Mietwucher. Bei geförderten Wohnungen gehe die Stadt dagegen vor, sagte Fahrenholz den Bürgervorstehern. Man könne aber auch vorbeugen, wenn sich die Stadt in Zukunft ein Mitbestimmungs-

⁹⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 27, 8. Jg., 2. 2.1926.

⁹⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 164, 8. Jg., 17. 7.1926.

⁹⁹ Stadt Hildesheim, 1928, Tafel 4, nach S. 118.

recht bei der Mietfestsetzung sichere, wenn sie Bauzuschüsse gewähre. Bürgervorsteher Hermann Meyer trug von ihm recherchierte Zahlen vor, die Fahrenholz' Mitteilungen bestätigten:

ohne Wohnung: 570

mit Notwohnung: 838

Tauschwillige: 488

Suchende von außerhalb: 782

Ledige: 161¹⁰⁰

Die SPD unterstützte Fahrenholz' Klein- und Kleinstwohnungsinitiative publizistisch und politisch. 800 bis 1.200 Mk. Miete für 3-, 4- und Mehr-Zimmerwohnungen könnten sich nur Wohlhabende leisten. Die SPD-Fraktion stellte daher am 2. Januar 1928 in einem Beschluss fest, dass für Wohnungen mit einem Mietpreis über 450 Mk. keine Wohnungsnot mehr bestehe, so dass nur noch Wohnungen mit einem Preis von 150 bis 200 Mk. Vorkriegsmiete gebaut werden sollten. In diesem Sinne beantragte die SPD, den Magistrat zu ersuchen, den Städtischen Kollegien tunlichst bald ein Bauprogramm für 1928 vorzulegen.

Dem folgte der Magistrat am 27. Februar 1928 mit der Vorlage des Wohnungsbauprogramms 1928/29 in den Städtischen Kollegien. „Im Gegensatz zu früheren Jahren“ wolle man den Bau von Wohnungen für Kinderreiche und von Wohnungen für die am wenigsten bemittelten Bevölkerungsschichten („sogenannte Kleinstwohnungen“) fördern. Insgesamt 256 Wohnungen sollten nun doch mit Hauszinssteuerhypotheken gebaut werden.¹⁰¹ Am 27. Februar 1928 nahmen die Bürgervorsteher das Programm an.¹⁰²

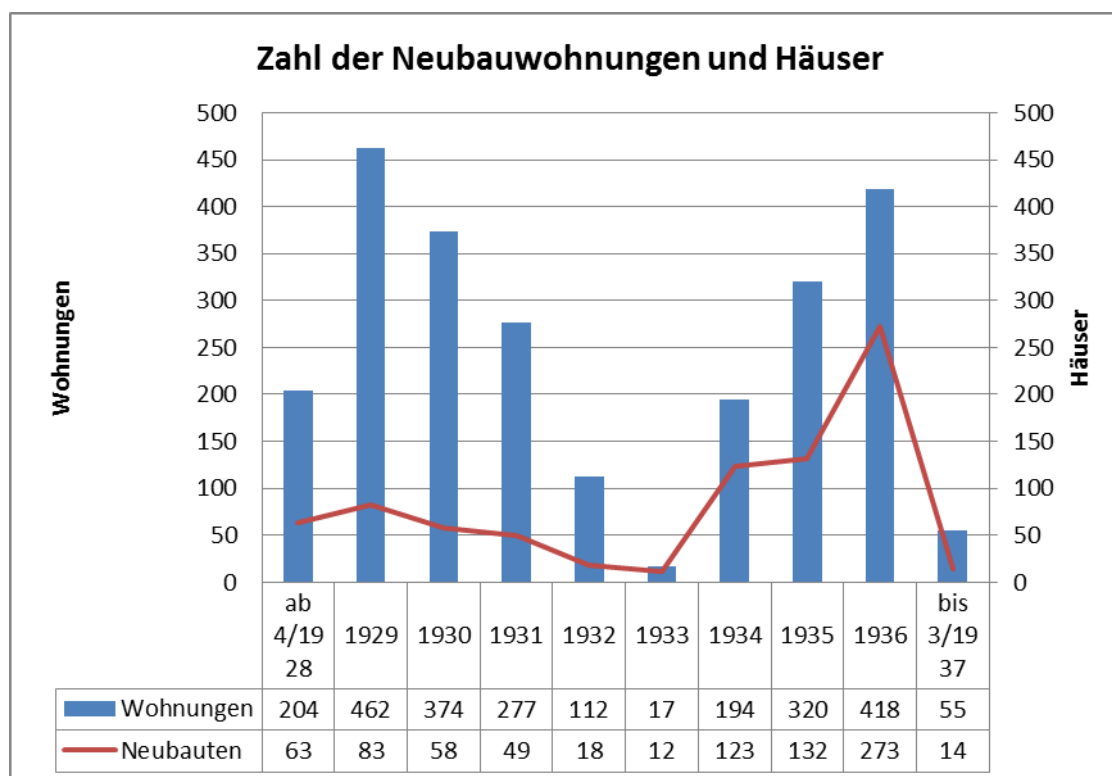
Schon das Wohnungsbauprogramm 1927/28 sah den Bau von Neubauten für kinderreiche Familien am Karolingerring, an der Wildefüerstraße und der Elzer Straße vor. Dafür hatten die Städtischen Kollegien in der Sitzung am 25. April 1927 207.000 Mark bereitgestellt. Damit entstanden insgesamt 24 Wohnungen mit 3 bis 4 Zimmern und Küche. Bürgervorsteher Feiertag wünschte die Berücksichtigung von Personen, die nicht Mitglied des Bundes der Kinderreichen sind. Außerdem wären Fünfstückwohnungen erforderlich, um nicht Personen zweierlei Geschlechts in einem Raum unterbringen zu müssen. Während Ehrlicher den Ausbau von Bodenkammern ins Gespräch brachte, warnte Fahrenholz, die Miete müsse erschwinglich bleiben – so wie bei den Kleinwohnungen. Auf Frage von Bürgervorsteher Dr. Eduard Berg berichtete Fahrenholz, dass es in Altwohnungen größere Mietrückstände gebe, weil die Stadt Familien aufnehme, die bei Privaten wegen der Mietrückstände herausgeklagt wurden. Bei den 48 Kleinwohnungen gebe es nur zwei Mietrückstände von einem Lungenkranken und einem Langzeitarbeitslosen.¹⁰³

¹⁰⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 72, 9. Jg., 26. 3.1927.

¹⁰¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 47, 10. Jg., 24.2.1928.

¹⁰² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 50, 10. Jg., 28.2.1928.

¹⁰³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 96, 9. Jg., 26.4.1927.



104

Das Schaubild verdeutlicht den Paradigmenwechsel vor und nach 1933. Vorher stand der Wohnraum im Vordergrund, der vor allem in Geschosswohnungsbauten geschaffen wurde, nachher die Wohnform. Die nach oben schnellende Gebäudezahl verweist auf den Kleinsiedlungsbau, der sprachlich zu „Gartenstadt“- „Stadtdorf“- oder „Wirtschaftssiedlungen“ mutierte.¹⁰⁵ Nach 1937 förderten die Nationalsozialisten in Hildesheim auch wieder Wohnungen in mehrgeschossigen Häusern, zum Beispiel an der Schillstraße¹⁰⁶ und an der Marienburger Straße¹⁰⁷, die man nun als „Volkswohnungen“ bezeichnete.

Dass neben den städtischen Neubaumaßnahmen auch in den Bestand investiert werden musste, zeigen die Entscheidungen zu den städtischen Häusern in der Braunschweiger Straße. Das Haus mit der Nummer 22 bezeichnete die Bevölkerung als „Rattenburg“. Senator Fahrenholz war der Sache nachgegangen und berichtete den städtischen Kollegien am 22. September 1926, die Verwaltung habe alles versucht, der Ratten Herr zu werden, die tatsächlich schon einmal ein Kind belästigt hätten. In der Nähe des Hauses sei aber ein Produktenlager (Schrottplatz), in dem bekanntlich immer Ratten hausten. Es komme aber wahrscheinlich eine weitere Vorlage zur Schaffung von Wohnräumen und eines kleineren Umbaus. Der dann beschlossene Einbau einer ordnungsgemäßen Wasseranlage mit Anschluss an die Kanalisation bestätigten allerdings die schlimmen hygienischen Verhältnisse.¹⁰⁸ Noch während der Baumaßnahmen ergab sich die Gelegenheit zum Kauf der Nachbarhäuser Braunschweiger Straße 28, 29 und 30. In der Sitzung der Städtischen Kollegien am 15. Juni 1927 begründete Fahrenholz den Antrag, 6.500 Mk. für den Ausbau und die Instandsetzung aufzuwenden. Durch die Schaffung von Wohnraum erhöhe sich der Nutzungswert der Gebäude. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.¹⁰⁹

¹⁰⁴ Entwicklung des Wohnungsbaus in Hildesheim von 1918–1933 (Zusammengetragen nach Angaben der Verwaltungsberichte der Stadt von 1928 und 1937).

¹⁰⁵ Häger, Die Entstehung von Vorstadtsiedlungen, S. 123 ff.

¹⁰⁶ Hildesheimer Beobachter, 15.8.1938.

¹⁰⁷ Hildesheimer Beobachter, 3.11.1939.

¹⁰⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 273, 8. Jg., 23.11.1926.

¹⁰⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 138, 9. Jg., 16.6.1927.

Wie diffizil die Lage auf dem Wohnungsmarkt war, zeigt sich an den Damenheimen und Hospitälern. Die Stadt reagierte damit auf die spezifischen Probleme bedürftiger Gruppen. Mit dem Neubau von Damenheimen begann die Stadt 1924, nachdem im Oktober 1923 das Gebäude des früheren Michaelispensionats im Langen Hagen für alleinstehende Frauen umgebaut worden war. Bei ihnen handelte es sich in der Regel um Kleinrentnerinnen, die große Wohnungen (mit fünf bis acht Zimmern) besaßen und die Miete dafür nicht mehr aufbringen konnten. Mit den kleinen Wohnungen, die aus Stube, Kammer, Küche, Bodenkammer und Keller bestanden, war den Frauen geholfen, mit den freigewordenen großen Wohnungen der Stadt; sie konnte dort Familien unterbringen.¹¹⁰ Als sich in der Sitzung der Städtischen Kollegien am 24. März 1924 anlässlich der Beschlussvorlage, in der Wiesenstraße ein Damenheim zu bauen, eine längere Debatte entspann, überzeugte Fahrenholz die Bürgervorsteher mit seinen Argumenten.¹¹¹ Insgesamt entstanden vier Damenheime, je eins 1924 und 1925 in der Wiesenstraße (52, 53) und zwei 1928 in der Struckmannstraße (15, 17) mit insgesamt 64 Wohnungen.¹¹² Die Verwaltung der Heime oblag dem Wohlfahrtsamt, für das bis 1927 Meyenberg, danach Fahrenholz zuständig war. Es gab in jedem Heim einen Hausmeister und eine Fürsorgeschwester für einfache Krankheitsfälle, die beide dort wohnten. In mehreren Etagen gab es Gemeinschaftsräume. Zu jedem Haus gehörte ein schöner, großer Garten.



Beamtenwohnungen und Damenheim Wiesenstraße/Ecke Struckmannstraße 1924¹¹³

Die Fürsorgeanstalt (Armenanstalt) in der Neuen Straße 10 und zwölf Hospitäler boten Menschen Wohnraum, „deren Erwerbsfähigkeit soweit herabgemindert ist, daß sie auch mit Hilfe von Bar- oder Naturalunterstützungen nicht mehr im Stande sind, eine eigene Wirtschaft zu führen; oder bei denen die Anstaltspflege wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen, Trunksucht oder Arbeitsscheu oder aus anderen Gründen zweckmäßiger erscheint als eine andere Unterstützungsform“.¹¹⁴ Neun städtische Bedienstete kümmerten sich um die Fürsorgeanstalt und ihre Bewohner, Magistratsobersekretär Hermann Riechers verwaltete sie. Die „Armenanstalt“ wurde wirtschaftlich geführt. Die „Insassen“ wurden je nach Leistungsfähigkeit zu den Arbeiten herangezogen, deren Erlös dann dem Unterhalt der Anstalt zufließte. Es gab einen Holzzerkleinerungsbetrieb, die Straßenreinigung, Gartenbau und Landwirtschaft (für den Anstaltsbedarf), eine Schweinemastanstalt für die Verwertung der Küchenabfälle sowie ein Wohnheim für vorübergehend Obdachlose, die für die Unterkunft eine Entschädigung zahlen konnten. Außerdem gab es seit 1921 eine Krankenabteilung für 36 Personen.

¹¹⁰ Stadt Hildesheim, 1928, S. 172.

¹¹¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 71, 6. Jg., 24.3.1924.

¹¹² Stadt Hildesheim 1937, S. 117.

¹¹³ Stadt Hildesheim, 1928, Tafel 5, nach S. 118.

¹¹⁴ Stadt Hildesheim, 1928, S. 150.

Wie viele „Arme“ durchschnittlich in der Fürsorgeanstalt lebten, vermittelt der Verwaltungsbericht nicht. Den baulichen Zustand beschrieb Fahrenholz als „furchtbar“. 1926 war eine Sanierung geplant worden. Darauf wies Bürgervorsteher Dr. Giesecke hin, als in der Sitzung der Städtischen Kollegien am 12. Mai 1930 der Umbau der Fürsorgeanstalt auf der Tagesordnung stand und Bürgervorsteher Hartmann eine Verschiebung der Maßnahme zum Herbst ins Gespräch brachte, um die Bauwirtschaft besser auslasten zu können. Fahrenholz drängte auf sofortigen Maßnahmebeginn. Man habe das Projekt erst jetzt beginnen können, nachdem sich die Frage mit dem Bernwardkrankenhaus erledigt hatte, weil erst die Insassen des Alexien-Hospitals und des Kinderheims anderweitig untergebracht werden mussten. – Der Vorlage wurde zugestimmt. Von den Kosten in Höhe von 56.200 Mark hatte die Stadt 44.200 Mark zu tragen.¹¹⁵

Der Zustand in den Hospitälern war offenbar noch desolater. In der Sitzung der Städtischen Kollegien am 5. November 1928, in der die Bezuschussung von 313 Wohnungen beschlossen wurde, begründete Fahrenholz den Antrag, für die Vereinigten Hospitäler (zu ihnen gehören die Hospitäler von Alten, St. Barbara, St. Katharina und St. Trinitatis für insgesamt 63 evangelische und 24 katholische Frauen¹¹⁶) 36.650 Mark zu bewilligen. Die Hospitäler befänden sich noch in dem Zustand, wie er vor 300 Jahren war. Die alten Mütter hätten nur einen einzigen gemeinsamen beheizbaren Raum. Auch die Lichtleitung sei nötig.¹¹⁷

Für Männer gab es nur ein Hospital, das nach dem heiligen Alexius, dem Schutzpatron der Armen, benannt war. Bis 1922 wurde dafür ein Haus in der Neuen Straße genutzt, das dann aber als nicht mehr bewohnbar aufgegeben wurde. „Vorübergehend wurden die Männer in der städtischen Fürsorgeanstalt untergebracht, bis das Haus Alter Markt 53 erworben und am 14. Januar 1930 bezogen wurde. In dem Gebäude, das einmal der gräflichen Familie Schwicheldt als Winterpalais diente, konnten bis zu neunzehn hilfsbedürftige, nicht mehr arbeitsfähige Männer untergebracht werden, die Aufnahme erfolgte ohne Rücksicht auf die Konfession. Zwei bis drei Personen teilten sich einen Schlafräum. Der ehemalige Festsaal wurde als Tagesraum gemeinsam genutzt. Das Mittagessen bezogen die Alexianer preisgünstig aus der städtischen Fürsorgeanstalt. Schwester Minne und ein Hausmädchen sorgten in den Räumen für Ordnung und Sauberkeit und unterstützten die alten Leute im Alter von Ende 70 bis 87 und einen 58-jährigen Invaliden.“¹¹⁸ Am 2. Februar 1931 stellte der Dezernent des Wohlfahrtsamtes, Senator Fahrenholz, den Vertretern der Hildesheimer Presse das neue Alexienhospital vor. Die Umbaukosten seien mit 5.000 Mark verhältnismäßig gering gewesen.¹¹⁹

Sozialfürsorge

Als Fahrenholz 1919 unbesoldeter Senator wurde, wurde das Dezernat für Armenverwaltung dem besoldeten Senator Dr. Meyenberg übertragen. 1922 kam die Armenverwaltung zu Fahrenholz, während Meyenberg die Dezernatsgeschäfte des Wohlfahrts- und Gesundheitsamtes und des Kriegsfürsorgeamtes führte. Anfang 1924 wurden diese Arbeitsbereiche unter der Leitung Meyenbergs vereint. Am 16. Juni 1927 übernahm Fahrenholz die gesamten Dezernatsgeschäfte. Er behielt sie bis 1933.¹²⁰

Politisch wurde die Sozialfürsorge durch den Wohlfahrtsausschuss gesteuert. Er wurde durch die am Freitag, 5. August 1932, beschlossene Wohlfahrtsordnung neu eingerichtet, die die Armenordnung vom 16. September 1881 außer Kraft setzte. Er bestand aus drei Magistratsmitgliedern, darunter der Oberbürgermeister und der Dezernent des Wohlfahrtsamtes, vier Bürgervorstehern, dem Stadtschulrat, dem Stadtarzt, dem Leiter des Wohlfahrtsamtes, einem evangelischen Geistlichen, einem katholischen Geistlichen, einer Vertreterin des Vaterländischen Frauenvereins, einer Vertreterin des Arbeiter-Wohlfahrtsausschusses, einem Vertreter der Ortskrankenkasse sowie einem Vertreter der Ärzte.

Auf Antrag des Bürgervorstehers Lahme gehörten dem Ausschuss auch je ein Vertreter des Caritas-Verbandes, des Evangelischen Volksdienstes und der Arbeiterwohlfahrt an. Gegen den Einwand von Fahrenholz beschlossen die Städtischen Kollegien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des

¹¹⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 110, 12. Jg., 13.5.1930.

¹¹⁶ Stadt Hildesheim, 1928, S. 154.

¹¹⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 261, 10. Jg., 6.11.1928.

¹¹⁸ Hildesheimer Allgemeine Zeitung (Gerstenbergsche Zeitung), Nr. 29, 4.2.1931.

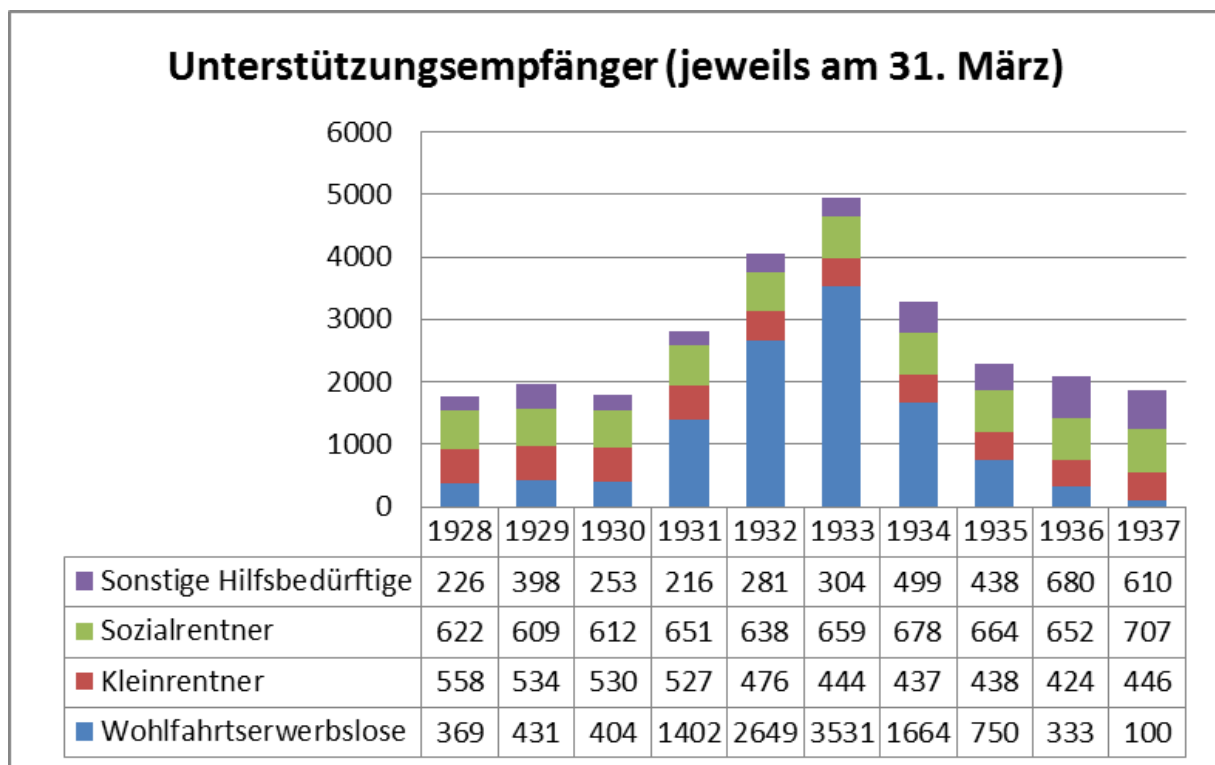
¹¹⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 29, 13. Jg., 4.2.1931.

¹²⁰ Stadt Hildesheim, 1928, S. 146.

Bürgervorstehers Hartmann, für die Überwachung der bestimmungsgemäßen Verwendung der dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung gestellten Stiftungsmittel konfessionelle Unterausschüsse bzw. einen konfessionell gemischten Ausschuss einzusetzen.¹²¹

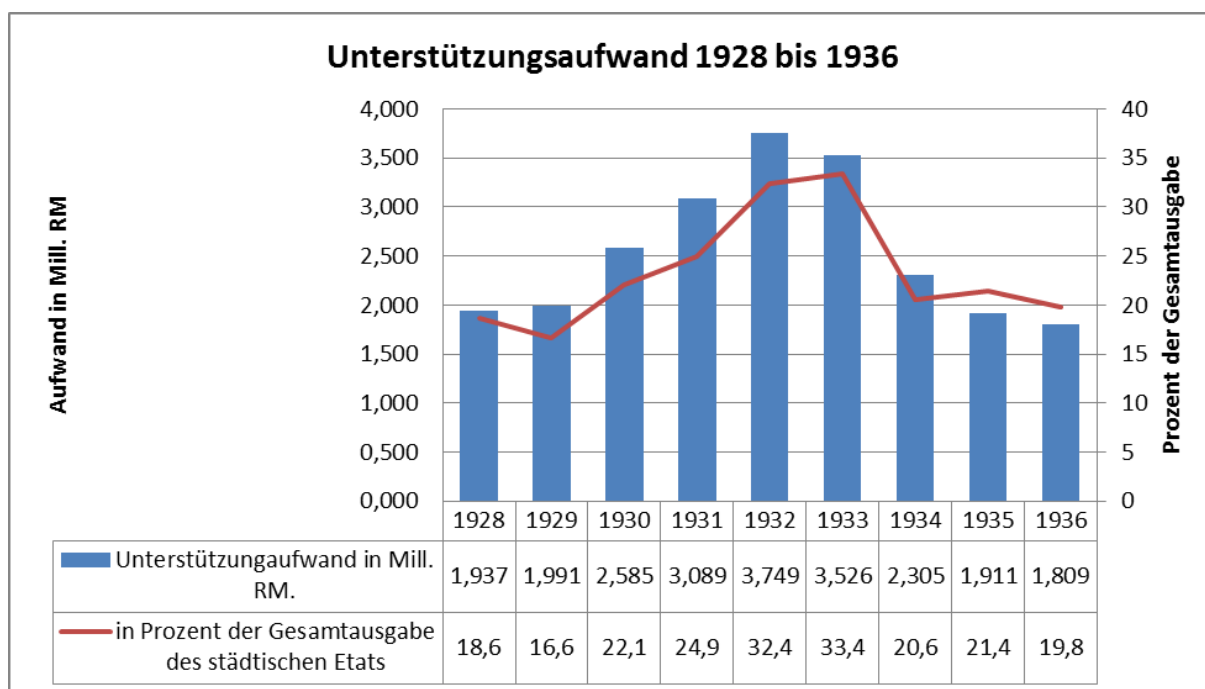
Der Verwaltungsbericht für die Jahre 1928 bis 1936 verschweigt konsequent den Namen Fahrenholz. Er verrät aber in einer Nebenbemerkung, dass sich Fahrenholz nicht nur um das Große und Ganze, sondern auch um den einzelnen Fall kümmerte. 1928 wurde die Zahl der Armen-Pflegebezirke von 13 auf 12 reduziert. So waren insgesamt 12 Bezirksvorsteher und 53 Bezirkspfleger ehrenamtlich in der öffentlichen Fürsorge tätig. In den Bezirksversammlungen wurden die einzelnen Unterstützungsanträge beraten und beschlossen. Doch die bis 1933 stetig zunehmende Zahl der Hilfsbedürftigen verlangte schnellere Entscheidungen, so dass die Anträge nach Prüfung durch die Fürsorgerinnen und Ermittler vom Dezernenten selbst entschieden wurden.¹²² Der Dezernent, das war Heinrich Fahrenholz.

Der Bericht belegt den Arbeits- und Unterstützungsaufwand aber auch mit Zahlen und Fakten:



¹²¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 201, 14. Jg., 27. 8.1932.

¹²² Stadt Hildesheim 1937, S. 104.



123

Den Verwaltungsbericht für die Jahre 1928 bis 1936 verantwortete noch Oberbürgermeister Ehrlicher. Er kannte Fahrenholz' Anteil an der Problembewältigung aus eigener Anschauung. Der Verwaltungsbericht beschrieb die Situation mit drastischen Worten: „Die gesamte öffentliche Fürsorge befand sich in einer geradezu verzweifelten Lage, weil die zur Unterstützung erforderlichen Geldmittel nicht mehr oder doch nur unter Hintanstellung anderer dringender Aufgaben der Stadt aufgebracht werden konnten. Mußten doch allein für die Barunterstützung arbeitsloser Volksgenossen im Winter 1932/33 täglich 7.000 bis 8.000 Mark ausgezahlt werden.“ Weil auch die anderen Fürsorgegebiete erhöhte Ausgaben erforderten, stand die Stadtverwaltung vor „ungeheueren finanziellen Sorgen“.¹²⁴

Um der „verzweifelten Lage“ Herr zu werden, wurde auf allen Gebieten der Fürsorge erheblich mehr Personal gebraucht. Die Städtischen Kollegien beschlossen am 15. Juli 1929, „das Wohlfahrtsamt in das Grundstück Goslarsche Straße 1 mit Rücksicht auf den Raummangel in den städtischen Büros unterzubringen“.¹²⁵ Zunächst zog das Wohlfahrts- und Jugendamt nur mit einigen Abteilungen, darunter die Allgemeine Fürsorge, dorthin um (am 16. September 1929), schließlich folgten die übrigen Abteilungen (am 27. Februar 1931). Später entstand auch dort „durch vermehrte Aufgaben eine unerträgliche Zusammendrängung“, so dass einige Abteilungen wieder in andere verfügbare Räume verlegt werden mussten.¹²⁶

Vergleicht man die Zahlen vor und nach 1933, fällt auf, dass der Unterstützungsaufwand hoch blieb und die Zahl der Unterstützungsempfänger nur um die „Wohlfahrtserwerbslosen“ verringert wurde. Die Zahl der Sozial- und Kleinrentner stieg an. Die von Fahrenholz geschaffenen oder geschärften Instrumente konnten weiter genutzt werden. Dazu zählte zum Beispiel auch das Winterhilfswerk. Carl Severing hatte das Hilfswerk „Winterhilfe“ im Dezember 1930 in Berlin ins Leben gerufen. 1931/1932 und 1932/1933 übertrug es Fahrenholz auf Hildesheim. Träger der Winterhilfe war das Wohlfahrtsamt, private Wohlfahrtsorganisationen sollten sich an der Umsetzung beteiligen. Vor allem notleidende Langzeitarbeitslose und Wohlfahrtsempfänger sollten unterstützt werden. Bäcker, Schlachter, Kolonialwaren- und Kohlenhändler senkten für die Adressatengruppe ihre Preise um etwa zehn Prozent. Für die Einnahme des Mittagessens wurde in der Fürsorgeanstalt, Neue Straße 10, ein Speiseraum eingerichtet, der ab 8. Dezember 1930 zur Verfügung stand.¹²⁷ In den ersten beiden Wintern der Jahre 1931/32 und 1932/33 wurden rund 18.000 bzw. 24.000 Portionen ausgegeben. Die Ein-

¹²³ Stadt Hildesheim 1937, S. 105.

¹²⁴ Stadt Hildesheim 1937, S. 104.

¹²⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 164, 11. Jg., 17.7.1929.

¹²⁶ Stadt Hildesheim 1937, S. 103.

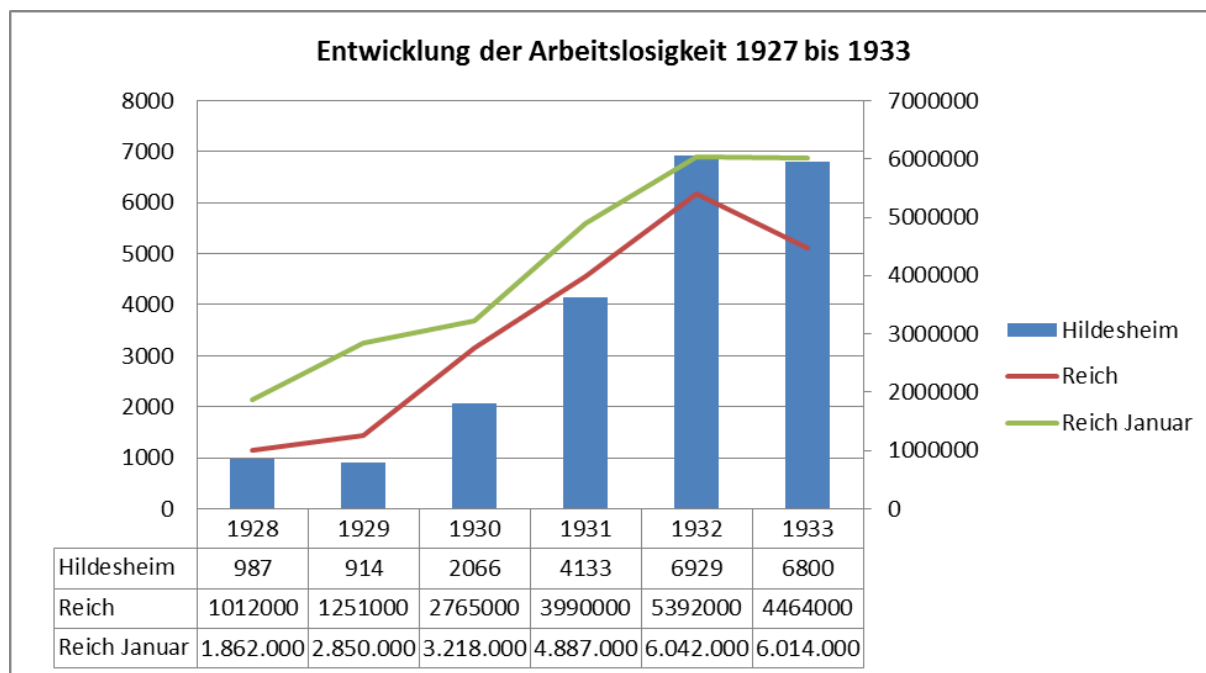
¹²⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 268, 12. Jg., 15.11.1930.

wohnerschaft wurde um Sachspenden gebeten. Für reparaturbedürftige Gegenstände wurden Schneider- und Schuhmacherwerkstätten eingerichtet. Der Verwaltungsbericht erwähnt Firmenspenden an das Wohlfahrtsamt für Bedürftige, so eine Schenkung von mehreren tausend Zentnern Briketts sowie von Lebensmitteln, Gutscheinen für Dienstleistungen und Geld.¹²⁸

Das „Volksblatt“ berichtete am 21. Oktober 1931 über eine Freigewerkschaftliche Erwerbslosenversammlung, in der Fahrenholz über die Winterhilfe informierte: Der Richtsatz für eine Einzelperson wurde mit 7 Mark angegeben. Die Richtsätze könnten jedoch über- oder unterschritten werden. Die Notverordnung verlange eine Herabsetzung der Richtsätze, beim Regierungspräsidenten sei aber beantragt, die für Hildesheim bestehenden Richtsätze bestehen zu lassen.¹²⁹ Zu Weihnachten sagte das Wohlfahrtsamt – nach individueller Prüfung – allen in wirtschaftlicher Not befindlichen eine einmalige Unterstützung zu. Am 23. Januar 1933 beschloss der Magistrat – wie im Herbst 1932 vom Erwerbslosen-Ausschuss angeregt – für jede Familie der vom Wohlfahrtsamt betreuten Erwerbslosen zwei Zentner Brennstoff auszugeben.¹³⁰

Obwohl die Not augenfällig war, musste Fahrenholz die angestiegenen Wohlfahrtskosten rechtfertigen. Sie waren mitursächlich für den Fehlbetrag von 438.779 Mark, mit dem der städtische Haushalt 1930/1931 abschloss. Bürgervorsteher Hartmann fragte nach der Entwicklung der Zahl der Unterstützungsempfänger. Sie sei von 600 auf 980 im Jahr 1930 angestiegen, antwortete Ehrlicher. Fahrenholz präziserte die Antwort. Bei Aufstellung des Etats seien 475 Personen unterstützt worden, drei Jahre zuvor waren es nur 180. Im Vorjahr habe man geglaubt, den Höhepunkt erreicht zu haben. Im Juli sei auf seinen Vorschlag ein Sonderausschuss gebildet worden, um zu prüfen, ob unberechtigt Unterstützungsgelder ausgezahlt worden seien. Von bislang 200 überprüften Unterstützungsfällen sei kein einziger beanstandet worden.¹³¹

Arbeitsdienst



132

¹²⁸ Stadt Hildesheim 1937, S. 108.

¹²⁹ Hildesheimer Volksblatt, 13, 17.10.1931 (243).

¹³⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 20 v. 24.1.1933.

¹³¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 232, 12. Jg., 28.10.1930.

¹³² Daten für Hildesheim: Teyssen, Anton, 50 Jahre Arbeitsamt Hildesheim, in: 250 Jahre Hildesheimer Allgemeine Zeitung, Hildesheim 1955, S. 21 ff.; Daten für Deutsches Reich: Bracher, Karl Dietrich u. a. (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933, Bonn 1987, S.637. Daten für Reich Januar: Potthoff, Heinrich, Die Sozialdemokratie von den Anfängen bis 1945, Bonn 1978, S. 164.

Den Hauptanteil der Wohlfahrtskosten verursachte die Arbeitslosigkeit. Der Reichstag hatte zwar am 7. Juli 1927 das „Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung“ beschlossen, durch das Erwerbslose nicht länger als Fürsorgeempfänger galten, sondern einen Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung erhielten. Damit unterlagen etwa 16,5 Millionen Arbeitnehmer und ihre Beschäftigungsbetriebe der Versicherungspflicht, für 800.000 Hauptunterstützungsempfänger war Vorsorge getroffen worden.¹³³ Aber schon 1928 überstieg die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich das kalkulierte Maximum um eine Million. Im Januar 1933 erreichte sie mit 6,014 Millionen einen siebeneinhalbmaligen Höchststand. Trotz der rechtlichen Absicherung waren die Arbeitslosen schon 1928 wieder zu Sozialfällen geworden, um die sich die Kommunen kümmern mussten, ohne dafür finanziell ausgestattet zu sein. Kommunale Steuern wurden eingeführt oder erhöht – ein Tropfen auf den heißen Stein.

1931 stritten die Städtischen Kollegien in der Etatdebatte am 30. März über die Einführung einer Bürgersteuer. Die SPD lehnte sie ab, weil sie ihrer Ansicht nach unsozial gestaltet war. Außerdem bestanden Zweifel, ob die Mehreinnahmen tatsächlich bei den Bedürftigen ankämen. Erkennbar wird diese Sorge in der Replik von Fahrenholz auf Bürgervorsteher Schrader (Bürgervereine), der in der Aussprache sagte, über der Eingangstür zum Wohlfahrtsamt stünde ungeschrieben der Satz „Lasst alle Hoffnung fahren“. Fahrenholz reagierte empfindlich: „Das ist ein schwerer Vorwurf gegen die Beamten des Wohlfahrtsamtes. Wenn Herr Schrader persönlich der Auffassung sein sollte, dann möchte ich ihn bitten, dafür zu sorgen, daß von seiner Fraktion keine Anträge mehr kommen, den Verfügungsfonds des Wohlfahrtsamtes herabzusetzen. Ich möchte ihn weiter bitten, den Bestrebungen, die in ihm nahestehenden Kreisen vertreten werden, die Richtsätze für die Wohlfahrtsunterstützung herabzusetzen, entgegenzutreten.“ Die Bürgersteuer wurde gegen die Stimmen der SPD, des Mieters und des Nationalsozialisten beschlossen.¹³⁴

Am 22. Oktober 1931 berichtete das „Volksblatt“, dass der Magistrat ohne Beteiligung der Bürgervorsteher (abgedeckt durch eine Notverordnung vom 12. September) beschlossen habe, den dreifachen Satz der Bürgersteuer zu erheben und die Getränkesteuer wieder einzuführen. Bier fiel nicht unter die Getränkesteuer von 10 Prozent des Kleinverkaufspreises. Nach der Notverordnung vom 6. Oktober konnte die Stadt nur dann einen Zuschuss in Höhe von 249.000 Mark erhalten, wenn sie die Bürgersteuer mit dem Dreifachen des Landessatzes, die doppelte Biersteuer und eine 10-prozentige Getränkesteuer erhebt (die Biersteuer war bereits am 24. August beschlossen worden). Der Magistrat musste innerhalb von 24 Stunden entscheiden.

Die Stadt versuchte, mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einem freiwilligen Arbeitsdienst gegenzusteuern. Letzteren richtete das Wohlfahrtsamt am 1. August 1931 im Kinderhort in der Moltkestraße ein, in dem in zwei Kursen fünfzig junge Mädchen in Führung des Haushalts, Kochen, Nähen, Plätten, Waschen, sozialer Haushilfe und Kinderarbeit ausgebildet wurden. Weiter wurde im Winter 1932–33 im Rahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes eine Kleider- und Reparatur-Werkstatt eingerichtet, in denen zu Selbstkosten für Hilfsbedürftige Stiefel und Kleidungsstücke instandgesetzt wurden.¹³⁵

Die Städtischen Kollegien beschlossen am 10. November 1932 zehn Straßenbaumaßnahmen im Gesamtkostenaufwand von 46.520 Mark zur Beschäftigung von Fürsorgearbeitern und Arbeitsfreiwilligen. Dadurch wurden rund 27.000 Arbeitsstunden bereitgestellt. Pro Arbeitstag wurde ein Lohn von 1,80 Mark gezahlt.¹³⁶ Am 27. Januar 1933 listete das „Volksblatt“ sechzig Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf, die der Magistrat für 1933 beantragte, dazu weitere pauschaliert angegebene Tiefbauarbeiten. Die Gesamtsumme des Antragspakets betrug 1.014.668 Mark. Die Städtischen Kollegien beschlossen das Programm am 30. Januar.¹³⁷

Rechtlich gab es bei der Arbeitsbeschaffung und der Beschäftigung von Arbeitslosen durch die Stadt Nuancierungen, die offenbar durch die Interessen der Arbeitgeber an anhaltenden öffentlichen Aufträgen und der Arbeitnehmer an tarifgerechter Entlohnung entstanden waren. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund lud Fahrenholz mehrmals ein, um den Erwerbslosen das Instrumentarium zu er-

¹³³ Chronik des 20. Jahrhunderts, Braunschweig 1982, S. 375.

¹³⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 76, 13. Jg., 31.3.1931.

¹³⁵ Stadt Hildesheim 1937, S. 105.

¹³⁶ Hildesheimer Volksblatt, 14. Jg., 11.11.1932.

¹³⁷ Volksblatt Nr. 26 v. 31.1.1933.

läutern und sie über die konkreten Angebote zu informieren. So gab er als Dezernent des Wohlfahrtsamtes am Freitag, 16. Oktober 1931, in einer stark besuchten Versammlung der Erwerbslosen einen Überblick über die Bestimmungen der Fürsorgepflicht-Verordnung. Dabei erläuterte er den Unterschied von Erwerbsbeschränkten und Fürsorgearbeitern. Bei Pflichtarbeiten handele es sich um nicht unbedingt notwendige Arbeiten. Notwendige Arbeiten würden nach Tarif bezahlt. Um nicht notwendige Arbeiten handelte es sich an der Berghölzchenstraße, in Steuerwald oder im Steinbruch. Fahrenholz „schilderte die Schwierigkeiten bei den Sachleistungen und erklärte offen und frei seine Stellungnahme, die offenbar von den Versammelten verstanden wurde“. Er kritisierte die Arbeitsniederlegung der Pflichtarbeiter nach kommunistischen Parolen, ohne einem Gewerkschaftsvertreter oder ihm als Dezernenten etwas zu sagen. So hätten die Klagen nicht abgestellt werden können.

Fahrenholz versprach Hilfsmaßnahmen für den Winter. Heinrich Hillebrandt, der inzwischen auch (unbesoldeter) Senator war, „schilderte [...] die Schwierigkeit in der jetzigen Notzeit, die durch die Radikalen von rechts und links dazu benützt würde, um die Arbeiter auf die Straße zu treiben und damit in Unglück und weiteres Elend. Das Ziel der Rechtsreaktion sei die Beseitigung der sozialen Errungenschaften, die Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung und Herabdrückung der Wohlfahrtsätze. Zwangsarbeit anstelle Pflichtarbeit und Knebelung des Vereins- und Versammlungsrechts. Die Arbeiterschaft müsse geeint ihren Weg gehen, auch wenn die jetzigen Zeiten voller Not seien, denn mit dem Einzelnen leiden auch die Gewerkschaften. Wenn die Reaktion das Tarifrecht und das Schlichtungswesen beseitigt habe, sei ihr Ziel erreicht. Es gelte daher, denen von links und von rechts entgegenzutreten, um schlimmeres zu verhüten.“¹³⁸

Am 22. Oktober 1931 erinnerte das „Volksblatt“ ausdrücklich an die am 16. Oktober in der Versammlung der freigewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen und Pflichtarbeiter des Wohlfahrtsamtes geäußerten Wünsche, die jetzt erfüllt worden seien. So gebe es einen 10-prozentigen Preisnachlass auf Gas und Strom sowie für Pflichtarbeiter eine Schmutzzulage und die Anrechnung von bis zu einer Stunde An- und Anmarsch zur Arbeitsstelle auf die Arbeitszeit. Beim Schuhwerk werde das Wohlfahrtsamt den Pflichtarbeitern entgegenkommen.

Im Ortsausschuss des ADGB hielt Fahrenholz einen Vortrag über die Wohlfahrtspflege, der offenbar Theorie und Praxis gegenüberstellte. Einerseits sehe die Fürsorge keine abgegrenzten gesetzlichen Leistungen vor, sondern könne individuell und örtlich verschieden angewandt werden. Andererseits hingen der Wohlfahrtspflege noch die alten Eierschalen des Armenrechts an. Die Sozialdemokraten verträten den Standpunkt, dass Wohlfahrtspflege nur den Zweck haben dürfe, den Hilfsbedürftigen zu helfen. Er ging danach eingehend auf die gesetzliche Grundlage des Fürsorgewesens ein. Der Ortsausschussvorsitzende (und SPD-Fraktionsvorsitzende) Hermann Weise (Metallarbeiterverband) dankte Fahrenholz für „die aufklärenden und lehrreichen Ausführungen“.¹³⁹

Kinderhorte und -heime

Die Zuständigkeit Fahrenholz' für städtische Kinderhorte und -heime ergibt sich aus zwei Nebenbemerkungen in den Städtischen Kollegien. Im April 1929 gab er „die Erklärung ab, daß in der nächsten Sitzung der Städtischen Kollegien die durch seinen Urlaub sich verzögerten Vorlagen zur Beschlußfassung vorgelegt würden. Es handele sich nicht um Kleinigkeiten. So werden für den Umbau des Kinderhortes auf der Marienburger Höhe 23.000 Mark und für den Umbau des Kinderhortes auf der Vogelweide 13.000 Mark gefordert. Die Pflanzen für die Anlage der Hecke seien bereits unterwegs.“¹⁴⁰

1931 organisierte er eine Besichtigungsfahrt der Bürgervorsteher nach Buntenbock auf Antrag des Bürgervorstehers Helmke (Bürgervereine). Als dessen Fraktion eine Teilnahme absagte, weil dafür kein städtisches Geld ausgegeben werden solle, wies Bürgervorsteher Weise (SPD) in der Sitzung der Städtischen Kollegien am 26. Januar 1931 den Vorschlag der Privatfinanzierung oder des gänzlichen Verzichts auf Besichtigungen zurück. Die Bürgervorsteher müssten ihr Arbeitsgebiet kennenlernen, und nicht jeder hätte genug Geld, die Fahrt zu bezahlen. Der Behauptung Helmkes, er habe die Besichtigungsfahrt gar nicht beantragt, widersprach Fahrenholz. Helmke habe sich bei Fahrenholz beschwert,

¹³⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 243, 13. Jg., 17.10.1931.

¹³⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 287, 14. Jg., 7.12.1932.

¹⁴⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 94, 11. Jg., 23. 4.1929.

er habe noch gar keine Gelegenheit gehabt, Buntenbock zu besichtigen. Fahrenholz habe dann eine Unterlassungssünde eingestanden und versprochen, schleunigst eine Besichtigung in die Wege zu leiten, zumal die Vertreter der Bürgervereine das Kinderheim größtenteils nicht kannten. Damit sei Helmke einverstanden gewesen und habe sogar noch einmal daran erinnert. Helmke widersprach dieser Schilderung. Der Antrag der Bürgervereine wurde abgelehnt. Die Fahrt fand statt.¹⁴¹

Repräsentation

Von repräsentativen Tätigkeiten, die Fahrenholz als Senator wahrnahm, berichtete das „Hildesheimer Volksblatt“ 1924 und 1929.

Weil der Kreistag die Anschaffung einer Automobilspritze mit Mannschaftswagen für 16 Personen beschafft hatte, ließ sich eine größere städtische Abordnung am 3. Juli 1924 das Fahrzeug auf dem Gelände des Gaswerks und bei einer Probefahrt vorführen. Aus dem Magistrat nahmen Oberbürgermeister Dr. Ehrlicher, Stadtbaurat Köhler, Senator Fahrenholz, Senator Reinhard und Senator Kattentidt teil, dazu gesellten sich Bürgervorsteher, Angehörige der städtischen und freiwilligen Feuerwehr sowie der landwirtschaftlichen Brandkasse Hannover.¹⁴²

War die Teilnahme aufgrund fachlicher Zuständigkeit (zum Beispiel als Mitglied des Finanzausschusses) hier noch dienstlich motiviert, vertrat Fahrenholz am Sonnabend, 8. Juni 1929, bei der Eröffnung der Graphischen Ausstellung im Weißen Saal der Stadthalle wohl den Oberbürgermeister. Die Ausstellung wurde anlässlich des 4. Niedersächsischen Druckertags gezeigt. Das „Volksblatt“ zitierte Fahrenholz mit den Worten, es gehöre zu den vornehmsten Aufgaben der Stadt, in alter Tradition die Kunst zu pflegen.¹⁴³

Dienstaufsichtsbeschwerden

Als Vorsitzender der Wohnungskommission und als Dezernent des Wohlfahrts-, Gesundheits- und Jugendamtes, der Fürsorgeanstalt und der Hospitäler sowie mit der Zuständigkeit für Weinkellereiverwaltung bot Fahrenholz politischen Gegnern, Neidern oder Unzufriedenen Angriffsflächen. Seine Tätigkeit als Senator stand unter der ständigen Beobachtung der Bürgervorsteher und der Presse, aber auch der Sozialverbände, der Gewerkschaften sowie des Handels und der gewerblichen Wirtschaft. Letztere trachteten unter anderem danach, dass ihnen die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Preisnachlässe die Einnahmen nicht schmälerten.

Vier Anschuldigungen fanden Eingang in die Personalakte Fahrenholz', über zwei berichtete das „Volksblatt“, ohne dass die Vorgänge in den Akten der Stadt Spuren hinterließen.

1924 hatte sich Fahrenholz des Vorwurfs der Bestechlichkeit zu erwehren. Ein Herr B. habe gegenüber einem Herrn D. gesagt: „Ich habe zum Senator Fahrenholz gesagt, er könne zu mir in den Laden kommen und sich den besten Anzug aussuchen, wenn ich eine Wohnung bekäme. Ich habe auch eine Wohnung erhalten.“ Das Gespräch trug ein Herr S. im Wohnungsamt vor, worauf Fahrenholz am 22. Juli 1924 in einem Vermerk den Oberbürgermeister bat, im Interesse der Beamten des Wohnungsamtes unter allen Umständen Strafverfolgung gegen B. aufzunehmen. Gegenüber dem Oberstaatsanwalt bestätigte B. am 19. August 1924 seine Äußerungen, widersprach aber einer Beleidigungsabsicht. Er habe lediglich die Aufklärung der Sache bezweckt. Er stehe seit vier Jahren in der Dringlichkeitsliste und habe bislang Unterschlupf in einem notdürftig abgeteilten Fabrikraum gefunden. Er glaube, dass die Behauptungen wahr seien. Er habe nur seiner Frau erzählt, was er von einer anderen Frau gehört habe. Der Oberstaatsanwalt teilte dem Magistrat am 2. Oktober mit, gegen B. einen Strafbefehl wegen Beleidigung gemäß § 187 StGB beantragen zu wollen. Der Magistrat bat mehrmals die Staatsanwaltschaft um Auskunft zum Stand des Verfahrens, die die Angelegenheit mit Strafbefehl vom 31. Okto-

¹⁴¹ Sitzung der Städtischen Kollegien Nr. 22, 13, 27. 1.1931.

¹⁴² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 154, 6. Jg., 4.7.1924.

¹⁴³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 132, 11. Jg., 10.6.1929.

ber 1924 an das Amtsgericht abgegeben hatte. Von dort erhielt die Stadt die Strafprozessakten am 11. Mai 1925 zur Einsicht. Das Gerichtsurteil liegt nicht mehr vor.¹⁴⁴

Etwa zur gleichen Zeit warf ein Regierungs-Bauobersekretär, der bei einem Wohnungs-Ringtausch nicht zum Zuge gekommen war, weil die Wohnung einem städtischen Magistratsobersekretär gegeben worden war, Fahrenholz vor, in der Sitzung der Wohnungskommission „geflissentlich unwahre Angaben“ gemacht zu haben. Der Magistrat beschloss am 11. November 1924, Strafantrag wegen Beleidigung zu stellen, weil Fahrenholz der Vorwurf grober Pflichtverletzung zu Unrecht gemacht worden sei. Nachdem der Regierungs-Bauobersekretär die Beschuldigung schriftlich zurückgenommen hatte, wurde das Verfahren von der Oberstaatsanwaltschaft am 26. Februar 1925 eingestellt.¹⁴⁵

Die Anschuldigung, Fahrenholz vergebe Wohnungen nur an Reichsbanner-Männer, war offenkundig politisch motiviert. Die Ortsgruppe Hildesheim wurde am 16. Juli 1924 gegründet, Fahrenholz war Gründungsmitglied. Am 6. November 1925 erklärte Frau M., in der Stadtverwaltung, ihr sei von der Arbeiterin K. während der Arbeit bei der Selterswasserfabrik Nave, Galgenbergstr., gesagt worden: „Herr Senator Fahrenholz habe ihr gesagt, sie solle dafür sorgen, das[s] ihr Mann in den Reichsbanner eintrete, denn für Stahlhelmlaute könne er keine Wohnung beschaffen.“ Das habe die Mutter von Frau K. bestätigt sowie ein Herr H. gehört. Fahrenholz bezeichnete die Äußerung in einer Stellungnahme am 12. November als „gänzlich unwahr“, erblickte in ihr „den Vorwurf der Unsachlichkeit in [seinen] Entscheidungen“ und bat den Magistrat, „Strafantrag wegen Beamtenbeleidigung zu stellen“. Der Magistrat beantragte am 19. November 1925 und 15. Januar 1926 beim Oberstaatsanwalt die Bestrafung von K. und ihrer Mutter. Die Staatsanwaltschaft hatte die Akten am 18. Februar 1926 an das Amtsgericht Hildesheim abgegeben. Gegen Frau K. erging am 26. Mai 1926 das Urteil (Geldstrafe), allerdings lehnte das Gericht den Antrag auf Publikations-Befugnis ab, weil die Äußerungen nicht in der „Öffentlichkeit“, sondern in der Fabrik und im Büro gefallen sind. Der Magistrat zog die diesbezügliche Berufung am 7. Juli 1926 zurück.¹⁴⁶

Verleumderisch war die Behauptung des Arbeiters A., der im Kesselraum des Textilwerks mehreren Personen gesagt, der Senator Fahrenholz und sein Bürovorsteher Obersekretär Meyer würden in drei Wochen nicht mehr auf dem Wohnungsamt tätig sein. Ein hiesiger Oberbeamter einer Berliner Lebensversicherung würde mit einem anderen Herrn in den nächsten Tagen in Berlin dem Minister eine Liste mit vielen Unterschriften übergeben, die bestätigten, dass Fahrenholz und Meyer für die Vergabe von Wohnungen Geld angenommen haben. W. L., der das am 12. November 1925 zusammen mit Frau J. B. im Rathaus vortrug, habe nach Belegen für die schweren Verdächtigungen gefragt und erfahren, dass A.'s Frau die Liste beim hiesigen Kaufmann gesehen habe. A. habe auf seine nochmalige Warnung vor der leichtfertigen Verbreitung solcher Vorwürfe erwidert: „Was ich weiß, kann ich ruhig behaupten. Fahrenholz ist nicht mehr für das arbeitende Volk.“ Fahrenholz bat den Magistrat, Strafantrag zu stellen und Publikationsbefugnis zu beantragen. Beides erfolgte am 19. November 1925 mit Schreiben an den Oberstaatsanwalt. Von dort gingen die Akten am 15. Januar 1926 an das Amtsgericht. A. wurde zu einer Geldstrafe von 20 RM und zwei Tagen Gefängnis rechtskräftig verurteilt.¹⁴⁷

Der Vorwurf „Fahrenholz ist nicht mehr für das arbeitende Volk“ zielte offenbar darauf, die Reputation des prominenten Sozialdemokraten Fahrenholz zu zerstören. Bei dem Arbeiter A. könnte es sich noch um ein enttäushtes SPD-Mitglied gehandelt haben. Eindeutig aus der kommunistischen Ecke kam der Vorwurf des willkürlichen Entzugs finanzieller Unterstützung, erhoben von dem Redakteur des Organs der hannoverschen KPD „Niedersächsische Arbeiter Zeitung (NAZ)“, Köhnsen.

Am 16. Dezember 1929 stand Köhnsen in Hannover deswegen vor Gericht. Er hatte in der NAZ einen langen Artikel „mit den unflätigsten Angriffen gegen Gen. Fahrenholz als den Dezernenten des Wohlfahrtsamtes“ veröffentlicht. Eine arbeitslose Plätterin, Mutter eines kleinen Kindes, hatte vom Wohlfahrtsamt wöchentlich 9 Mark erhalten. Ein Magistratsassistent hatte ihr angeboten, durch Schneefegen etwas hinzuzuverdienen. Mangels geeigneter Schuhe lehnte sie ab. Sie nahm nun an, dass ihr wegen der Weigerung auch die 9 Mark entzogen würden, jedenfalls habe sie das aus der Äußerung des Beamten herausgehört, der aber unter Eid bestritt, etwas Derartiges gesagt zu haben. Köhnsen behaup-

¹⁴⁴ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11180.

¹⁴⁵ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11193, S. 1–13.

¹⁴⁶ StadtA Hi Best. 102 Nr. 11067, Blatt 1, 4 und 11.

¹⁴⁷ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11192, Blatt 1, 2, 3 und 5.

tete nun, Fahrenholz hätte dem Beamten das rigorose Verhalten vorgeschrieben, es aber mindestens gedeckt. Er habe die Information von anderen Kommunisten zugetragen bekommen, denen es ihrerseits weitererzählt worden war. Fahrenholz legte dar, „es sei vollkommen ausgeschlossen, daß die Unterstützung plötzlich ohne eine schriftliche Begründung entzogen würde. Ihm gingen seit zweieinhalb Jahren täglich über 250 Fälle durch die Hände, ihm sei aber nicht ein Fall bekannt, der so liegen könne, wie der von der NAZ geschilderte.“ Der Angeklagte wurde zu 100 Mark wegen Beleidigung und übler Nachrede verurteilt. Dem Oberbürgermeister und dem Nebenkläger Senator Fahrenholz wurde die Publikationsbefugnis des Urteils im „Volkswille“ und im „Hildesheimer Volksblatt“ zugesprochen.¹⁴⁸

Auch das KPD-Blatt „Die Herdquetsche“, das hektographiert im Senking-Werk verteilt wurde, versuchte, die Integrität prominenter Sozialdemokraten zu beschädigen. Die Betriebszeitung bezichtigte 1930 die Senatoren Eger und Fahrenholz, sie hätten „an einem von der Firma Senking veranstalteten Festessen, verbunden mit Wein, Sekt und rheinischen Mädchen teilgenommen.“ Diese Behauptung sei glatt aus den Fingern gezogen, stellte das „Volksblatt“ richtig. Genosse Eger habe das Senkingwerk schon seit längerem nicht betreten, und Genosse Fahrenholz kenne von den Direktoren des Werkes keinen einzigen persönlich. Die „Sudelschrift“ zeige „die ganze Erbärmlichkeit und den moralischen Tiefstand der Kommunistischen Partei“¹⁴⁹.

Parteitätigkeit

Fahrenholz datiert den Beginn seiner Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei auf den 25. Mai 1919.¹⁵⁰

Der Ortsverein der Hildesheimer Mehrheits-SPD zählte im November 1918 362 Mitglieder, im April 1919 aber bereits 1.181. In einer Erklärung des Ortsvereins vom 7. Dezember 1918 ist in diesem Zusammenhang die Rede von „vielen Hundert Personen, die in den letzten Wochen aus allen bürgerlichen Parteien zu uns kamen und die Mitgliedschaft erwarben.“¹⁵¹ Konnte man bisher von einer eindeutig positiven Korrelation von sozialer Lage und Parteipräferenz ausgehen, schloss sich nun offenbar eine beträchtliche Anzahl „Bürgerlicher“ der MSPD an, die nicht aus der Arbeiterschaft kamen. Der im Februar 1919 in Hildesheim von SPD-Linken gegründete Ortsverein der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) hatte im Juni 1919 ca. 70 Mitglieder.¹⁵² Wenn Fahrenholz, wie Karlheinz Gerhold schreibt, in Hildesheim durch die Einsetzung von Arbeiter- und Soldatenräten direkt mit der Arbeiterbewegung konfrontiert und zur Sozialdemokratie hingezogen worden, dann folgte er offenbar diesem Trend der Politisierung, dem in Hildesheim, anders als in Braunschweig und Hannover, die Radikalisierung fehlte.¹⁵³

Von der parteipolitischen Tätigkeit des „Genossen Senator Fahrenholz-Hildesheim“, wie ihn das „Hildesheimer Volksblatt“ ausführlich oder abgekürzt bezeichnete, ist nur das in der Presse Veröffentlichte bekannt. Es gibt kein Protokoll, aus dem Wahlen, Debatten oder Abstimmungen, an denen Fahrenholz teilnahm, nachvollzogen werden können. Der Presse zufolge trat Fahrenholz innerparteilich mindestens 26-mal bei Schulungen, Mitglieder- und Delegiertenversammlungen sowie in Vorständen in Erscheinung. Ausdrücklich öffentlich waren seine mindestens vierzig Auftritte als Wahlredner, Agitator oder Festredner. Einige Male überbrachte er als Repräsentant einer Parteigliederung Grüße aus besonderem Anlass.

Schulungen

Erstmals erwähnte das „Volksblatt“ Fahrenholz im Zusammenhang mit einem Schulungskurs der SPD in Alfeld 1922. Er gehörte zu einem Halbjahresprogramm, dessen letzte Veranstaltung am Wochenen-

¹⁴⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 295, 11. Jg., 18.12.1929.

¹⁴⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 254, 12. Jg., 30.10.1930.

¹⁵⁰ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, Blatt 90b.

¹⁵¹ Hildesheimer Kurier, Nr. 286, 6.12.1918.

¹⁵² Riekenberg, Michael, Die Novemberrevolution in der Stadt Hildesheim, Hildesheim 1982, S. 67–68, 76.

¹⁵³ So ein Bericht des Hildesheimer Regierungspräsidenten an den Oberpräsidenten am 3.9.1919, Riekenberg, Michael, Die Novemberrevolution in der Stadt Hildesheim, Hildesheim 1982, S. 76.

de, 4./5. Februar 1922, stattfand. Fahrenholz sprach über „Die Grundlagen des Sozialismus“. Die örtliche Parteileitung erwartete, dass zu diesem „äußerst lehrreichen und wichtigen Vortrag“ die Genossen vollzählig und pünktlich erscheinen.¹⁵⁴ Dass vor 1922 der Name Fahrenholz in der Zeitung nicht vorkommt, kann mit seiner Dreifachbelastung als Ehemann einer schwerkranken Frau und Vater eines verhaltensauffälligen Sohnes, als Lehrer am Andreas-Realgymnasium mit vollem Unterrichtsdeputat und als unbesoldeter Senator im Hildesheimer Magistrat zusammenhängen. Seine Frau Meta starb nur drei Monate nach diesem Wochenendseminar.

Vier Jahre später luden die Hildesheimer Jungsozialisten Fahrenholz zu einem Vortrag in das Jugendheim der Arbeiter-Jugend an der Schützenallee ein. Er sprach am 4. November 1926 über „Die wirtschaftliche Entwicklung des 19. Jahrhunderts“. In der Vortragsreihe hatte zuvor am 28. Oktober der hannoversche Regierungsvizepräsident Ernst von Harnack, Hannover, über „Das Schicksal der Familie im Übergangszeitalter“ referiert.¹⁵⁵ Ein weiteres Mal bat die Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten Fahrenholz am Montag, 28. November 1932, im Gewerkschaftshaus in der Goschenstraße einen Vortrag „Kapitalismus – Sozialismus/Demokratie oder Diktatur“ zu halten. Die Ankündigung versprach, er werde darin „die brennendsten Probleme der Gegenwart behandeln“.¹⁵⁶

In der Notzeit Ende der 20er-, Anfang der 30er-Jahre hatten die Gemeinden auf die stark ansteigende Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Massenarmut zu reagieren. Das rechtliche Instrumentarium war erst 1927 entstanden und offenbar bei den Anwendern noch nicht vollständig bekannt. Der Unterbezirk Hildesheim lud deshalb Gemeindevertreter und Mitglieder der Wohlfahrtsausschüsse benachbarter Gemeinden zu regionalen Teilkonferenzen ein. Am Sonntag, 25. Januar 1931, nahmen im Voslagschen Lokal in Petze rund 70 Delegierte teil, denen „Genosse Fahrenholz, Leiter des Wohlfahrtsamtes der Stadt Hildesheim“ in einem zweistündigen Vortrag die „Wohlfahrtspflege der Gemeinden“ erläuterte. Der „Redner verstand es in ganz ausgezeichneter Weise, an Hand praktischer Beispiele seinen Zuhörern diese Probleme klarzulegen und erntete ... den Dank der Teilnehmer“.¹⁵⁷ Eine weitere Teilkonferenz mit Fahrenholz fand zum gleichen Thema am Sonntag, 8. März, 10 Uhr, im Sarstedter Hof (beim Genossen Kiene) statt.¹⁵⁸

Am Sonntag, 5. Juni 1932, versammelten sich die Ortsvereinsvorstände und Gemeindeausschussmitglieder der SPD in der Gastwirtschaft Schaper, Adenstedt, um die Vertrauensleute zu wählen und um sich von Heinrich Fahrenholz über das Fürsorgewesen informieren zu lassen. Der Redner sei als Spezialist gerade auf diesem Gebiete allgemein bekannt. Nach Darstellung der historischen Entwicklung der Versorgung der Hilfsbedürftigen zeigte er den Unterschied der Wohlfahrtspflege, „wie sie von uns als Sozialisten und von den Herrenmenschen (Nationalsozialisten) betrieben wird, bzw. betrieben werden soll.“ Bezogen auf die Wohlfahrtserwerbslosen meinte er, „daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich sein müßte, gerade diese Ärmsten der Armen in ein Arbeitsverhältnis zurückzuführen.“ Nach der angeregten Debatte über seine Ausführungen forderte Fahrenholz dazu auf, in jeder Gemeinde Wohlfahrtsausschüsse zu bilden, mindestens aber einen Arbeiterwohlfahrtsausschuss ins Leben zu rufen.¹⁵⁹ Der Vorschlag Fahrenholz‘ offenbart die sozialpolitische Rückständigkeit der Gemeindeverwaltung in den kleineren Orten im Hildesheimer Umland in der Mitte des Jahres 1932.

Bei den Anfang 1933 veranstalteten regionalen Schulungskonferenzen im Landkreis Hildesheim, insbesondere für ihre Gemeindevertreter, Kreistags- und Kreisausschussmitglieder, sollte Fahrenholz über „Fürsorgefragen in Kreis und Gemeinden (Die neue preußische Finanzordnung)“ referieren. Weil er der grassierenden Grippewelle erlag, musste er sich vertreten lassen.¹⁶⁰ Erst am 3. Februar 1933 meldete er sich wieder zum Dienst.

Parteiredner

¹⁵⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 47, 4. Jg., 24.2.1922.

¹⁵⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 252, 8. Jg., 28.10.1926.

¹⁵⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 279, 14. Jg., 28.11.1932.

¹⁵⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 25, 13. Jg., 30. 1.1931.

¹⁵⁸ Hildesheimer Volksblatt, 5.3.1931, Kurzbericht am 10.3.1931.

¹⁵⁹ Teilkonferenz der SPD im östlichen Teil. In: Hildesheimer Volksblatt, Nr. 131, 14. Jg., 7.6.1932.

¹⁶⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 305, 14. Jg., 29.12.1932. 8. Januar vertrat ihn der Gemeindevorsteher Grebenstein (Rethen) (Volksblatt Nr. 8 v. 10.1.1933), am 15. Januar der Landrat a. D. Blanke (Gronau)

Fahrenholz war als Redner sehr gefragt. Er sprach an mindestens 52 Orten in Hildesheim und in den Landkreisen Alfeld, Gronau, Hildesheim und Marienburg. Wenn er nicht durch die tagesaktuellen Themen festgelegt war, befasste er sich gern mit Grundsätzlichem: mit der Zeit der Aufklärung, mit den Reformen des Freiherrn vom Stein oder mit dem Sozialismus als Form einer gerechten, sozialen und friedlichen Gesellschaft. Aber auch die aktuellen Fragen ging er gern grundsätzlich an, wie zum Beispiel am Sonntag, 28. Juni 1926, als er im Hotel Bergschlößchen, Bad Salzdetfurth, zu einer „äußerst wichtigen Mitgliederversammlung“ des Sozialdemokratischen Wahlvereins eingeladen war. Ankündigt wurde der „Genosse Fahrenholz (als guter Redner bekannt)“ mit einem Vortrag zu grundsätzlichen und politisch aktuellen Fragen (Schutzzoll usw.).¹⁶¹

Der Veranstaltungsbericht erschien im „Hildesheimer Volksblatt“ am 30. Juni. Darin wurden die Kerngedanken des Fahrenholz-Vortrags hervorgehoben. Die wirtschaftliche Sicherstellung der Existenz sei die Voraussetzung für sozialistische Kultur. Das Ziel der Tätigkeiten der Sozialdemokraten sei Gemeinschaft. Sie biete trotzdem genügend individuelle Entwicklungsmöglichkeiten. „Wir wollen den kulturellen Aufstieg des Einzelnen und der Masse.“ Die sozialisierte Wirtschaft müsse als Träger sozialistische Menschen haben, wenn sie lebensfähig sei solle. „Unser Leitstern muß stets sein, die höchste Produktionsfähigkeit zu erzielen.“ Die sozialistische Wirtschaft sei daher höchste Organisation der Produktionsmittel. Er führte dann an einer Reihe von Beispielen die Unterschiede Privatwirtschaft und Volkswirtschaft in industrieller und landwirtschaftlicher Beziehung vor Augen, ebenfalls das Reklameunwesen der Privatwirtschaft. Die kapitalistische Wirtschaft könne nicht durch die sozialistische abgelöst werden, ehe erstere nicht ihren Höhepunkt überwunden habe. Der Weg zum Sozialismus führe über die Wirtschaftsdemokratie. Zum Schluss charakterisierte Fahrenholz die Unsinnigkeit der Schutzzölle. „Er fand mit seinen Ausführungen die einmütige Zustimmung der Versammlung.“

Selbst konkrete Aufgabe stellte er in einen größeren Zusammenhang. Als der SPD-Ortsverein Hildesheim am Dienstag, 1. November 1927, die Mitglieder der Bezirke 13 bis 16 in die Veranstaltungshalle einlud, lautete die Tagesordnung: „1. Bericht der Sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion. 2. Verschiedenes“. Fahrenholz sollte Bericht über die fast vierjährige Tätigkeit der SPD-Rathausfraktion erstatten und Kritik entgegennehmen.

Über die Veranstaltung schrieb das „Volksblatt“¹⁶², sie hätte ihren Zweck vollkommen erfüllt. Fahrenholz habe die grundsätzliche Einstellung der Partei zur Kommunalpolitik behandelt. Im Sinne der Marx'schen Entwicklungstheorie bedeute „unsere ganze Arbeit ein langsames Hineinwachsen in den Sozialismus“. Staatliche und Reichsgesetze setzten allerdings der Wirksamkeit der Gemeindepolitik Grenzen. Dennoch habe die Sozialdemokratie ihren ersten Grundsatz, die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, in Hildesheim in einer ganzen Anzahl von Eigenbetrieben durchgesetzt. Fahrenholz nannte die Gas- und Wasserversorgung, das Elektrizitätswerk, die Forsten, die Stadtgüter, Milchhof mit Filialen, Waage, Schlachthof, Industriegleis mit Lagerplätzen, Ziegelei, Gartenverwaltung, Steinbruch, Kiesgruben, Ausstellungshalle, Wirtschaften, Ratsweinkeller, Sparkasse, Leihhaus, Museen, Stadttheater, Lesehalle und Bücherei, Waisenhaus, Kinderhorte, Säuglingsheim, Altersheim, Kindererholungsheim Buntenbock, Kleingartenanlagen, Armenanstalt mit ihren Einrichtungen, Krankenhaus, Krankentransportwesen, Kleinwohnungen, ferner im Schulwesen die Werklehrerbildungsanstalt, die Handels- sowie Kunstgewerbeschule. Hinzu kämen die Krankenversicherung für städtische Beamte und Angestellte und die Unterstützungskasse. Im Vordergrund aller sozialdemokratischen Arbeit stehe der Mensch, nicht der Profit.

Eine Woche, bevor er eine Freigewerkschaftliche Erwerbslosenversammlung über die Winterhilfe informierte, sprach Fahrenholz bei der Mitgliederversammlung der SPD am Dienstag, 13. Oktober 1931, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus unter Tagesordnungspunkt 1 über „Freiherr vom Stein im Lichte des Sozialismus“. Danach standen der Kassenbericht für das 3. Quartal und Parteiangelegenheiten auf der Agenda. Die Partei insgesamt kämpfte zeitgleich um ihre Einheit. Sie hatte sich von Seydewitz, Rosenfeld „und Genossen“ wegen deren „Spaltungsbestrebungen“ getrennt. Sie hatten am 4. Oktober 1931 in Berlin die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), auch Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) genannt) gegründet, Seydewitz gab in Zwickau gegen das sozialdemokratische „Sächsi-

¹⁶¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 147, 7. Jg., 27.6.1925.

¹⁶² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 257, 9. Jg., 2.11.1927.

sche Volksblatt“ die „Fackel“ heraus. Als 17-Jähriger trat in Lübeck Herbert Frahm der der SAP bei, als Willy Brandt wurde er 1964 SPD-Vorsitzender und 1969 Bundeskanzler.

Die Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Trotz der brisanten politischen und sozialen Lage widmete das „Volksblatt“ dem thematisch scheinbar zeitentrückten Vortrag des „Gen. Fahrenholz“ breiten Raum. Er „behandelte in tiefgründiger und von großer Sachkenntnis zeugender Weise das Schaffen dieses Mannes, von dem Spuren sich bis in unsere heutige Zeit hinein unverwischbar erhalten haben.“ Von Stein sei ein Revolutionär der Tat gewesen, der mit den muffigen Zuständen seiner Zeit aufgeräumt habe. Der Friede von Tilsit sei niederschmetternder als das Versailler Diktat gewesen. Stein habe eine Erfüllungs- und Verständigungspolitik betrieben, um die Besatzung loszuwerden. Er wollte aus preußischen Untertanen freie Staatsbürger machen. Deshalb gab er den Städten und Gemeinden die Selbstverwaltung und befreite die Bauern. Zur Schaffung einer preußischen Volksvertretung kam er nicht mehr, weil seine Gegner ihn stürzten. Die Finanzen brachte er in Ordnung, indem er die Gehälter kürzte, „bei den hohen Gehältern auf einen Satz von 50 Prozent“. Er beschränkte die üppige Hofhaltung des Königs, schuf die progressive Einkommenssteuer und baute die Massenbelastung ab. Damit habe sich „natürlich den Haß des Adels und der Bürokratie“ zugezogen. Graf York habe gesagt: „Lieber noch ein zweites Jena und Auerstedt, als das Edikt über die Bauernbefreiung.“

Die Nationalen von damals seien „die Vorfahren derjenigen, die am Sonntag in Harzburg ihre volksfeindlichen Pläne aufdeckten“. Am Sturz von Steins sei auch Königin Luise beteiligt gewesen, weil er ihr eine Vergnügensreise nach St. Petersburg verweigert hatte. Fahrenholz schloss: „Unsere Aufgabe ist es, den Kampf des Frhr. vom Stein gegen Adel und Bürokratie weiterzuführen, um den wahren Volksstaat auch auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zur Durchführung zu bringen.“

„Nach kurzer Aussprache“ ging die Versammlung zur Tagesordnung über, die rasch abgehandelt wurde.¹⁶³ Wahrscheinlich bestand wenig Neigung, sich mit der Vergangenheit zu befassen, obwohl Fahrenholz einige Brücken zur Gegenwart gebaut hatte: Er trat ein für Stresemanns Erfüllungs- und Verständigungspolitik, gegen Adelsprivilegien und für eine progressive Einkommenssteuer.

In Banteln war offenbar der sozialpolitische Fachmann Fahrenholz gefragt. Die bürgerliche Mehrheit hatte im Gemeindeausschuss beschlossen, trotz großer Wohnungsnot die Wohnungszwangswirtschaft aufzuheben. Am Sonntag, 5. Dezember 1927, protestierte die Bantelner SPD mit einer öffentlichen Versammlung dagegen. Heinrich Fahrenholz sprach „über die Wohnungskalamität und ihre Folgen“. Sein Fazit: „Wenn alle Arbeiter, Angestellten und Beamte Sozialdemokraten gewählt hätten, wäre ein derartiger Beschluß nicht zustande gekommen.“ Die Versammlung verabschiedete eine Resolution an den Landrat, den Beschluss aufzuheben.¹⁶⁴

Auch das Thema „Strafvollzug“ fiel – zumindest bezüglich der Auswirkungen – in die fachliche Zuständigkeit von Fahrenholz. Bei der Bezirksgeneralversammlung der Moritzberg-SPD sprach er am Samstag, 28. Januar 1928, im Vereinslokal Henze zu dem Thema: „Haben wir ein Strafgesetzbuch nötig?“ Er behandelte eingehend die Abschreckungs- und Besserungstheorie und kam zu dem Schluss, um zu bessern, müsse man zuerst nach der Ursache des Verbrechens forschen, die in den überaus meisten Fällen in der sozialen Lage zu suchen sei. Die Beseitigung der Grundursachen mache die Strafe überflüssig. In Amerika nähmen nicht in erster Linie Gefängnisse und Zuchthäuser, sondern Strafkolonien die Straffälligen auf. Hier sei der Erziehungsgedanke das Leitmotiv. Nicht nur das Parlament habe für die Reform zu sorgen, schon die Eltern müssten sich auf das Erziehungskonzept einstellen.¹⁶⁵

Beim SPD-Ortsverein Himmelsthür informierte „Genosse Senator Fahrenholz“ in Vertretung des Genossen Mensing am Freitagnachmittag, 9. Januar 1931, gut eine Stunde an Hand eigener Praxis die eingeladenen Erwerbslosen über die Rechtslage des Fürsorgewesens. Auch aufmerksam folgenden Zuhörern sei manche gesetzliche Vorschrift unverständlich geblieben. Heute bestehe ein Rechtsanspruch auf Fürsorge, während früher „das entwürdigende Armengeld gegeben werden konnte“. Fahrenholz habe darauf hingewiesen, dass das Fürsorgegesetz im Entstehen und Ausbauen begriffen sei. Die Fürsorgemaßnahmen seien auf eine kurze Notlage berechnet, da an eine dauernde Notlage der Wohlfahrtserwerbslosen nicht gedacht worden war. Durch den richtigen Gebrauch des Stimmzettels

¹⁶³ Hildesheimer Volksblatt, Nr.238, 13. Jg., 12.10.1931.

¹⁶⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 287, 9. Jg., 8.12.1927.

¹⁶⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 26, 10. Jg., 31.1.1928.

könnte die Arbeiterschaft richtige Fürsorge schaffen. Fahrenholz ging dann auf Zweifelsfragen einiger Erwerbsloser ein.¹⁶⁶

Ebenfalls 1931, am Freitag, 23. Oktober, referierte Fahrenholz in Sibbesse über die „Wohlfahrtsaufgaben der Gegenwart“.¹⁶⁷

An zwei Ortsvereinsversammlungen wirkte Fahrenholz mit, ohne dass in der Ankündigung ein Thema genannt wurde oder im Anschluss an die Versammlung ein Bericht erschien: Sonntag, 16. Januar 1927, 13.30 Uhr, in der Gaststätte Mackensen in Bockenem¹⁶⁸ und am Samstag, 1. Februar 1930, in der Gaststätte Marheinecke, Drispensedt, als er den Unterbezirkssekretär Georg Roboom vertrat.¹⁶⁹

Delegierter

Auf Gemeindeebene bildeten die SPD-Mitglieder einen Ortsverein. Den Vorstand wählte die „Generalversammlung“, sie entschied auch alle anderen wichtigen Fragen. Tagungsort war in der Regel das Gewerkschaftshaus, Goschenstraße.

Um möglichst viele Mitglieder an der politischen Arbeit zu beteiligen, war der Ortsverein Hildesheim in Bezirke untergeteilt. 1929 bestanden sechs:

Hinter der Bahn, Versammlungsort Posthof

Westlich des Hohen Weges, Versammlungsort Ausstellungshalle

Östlich des Hohen Weges, Versammlungsort Gewerkschaftshaus

Moritzberg, Versammlungsort Restaurant Henze

Steingrubenviertel, Versammlungsort Deutscher Adler

Marienburg Höhe, Versammlungsort Restaurant Brüning.¹⁷⁰

Oberhalb des Ortsvereins entsprachen die Ebenen der politischen Gliederung. Der Unterbezirk deckte den Regierungsbezirk Hildesheim ab, der Bezirk die Provinz Hannover. Die jeweiligen Parteitage setzten sich aus Delegierten der jeweils darunter liegenden Ebene zusammen. In die Vorstände konnten die unteren Ebenen Beisitzer entsenden. Die Anzahl der Delegierten und die Entsendungsbefugnis für Beisitzer ergaben sich aus der Mitgliederzahl.

Am 25. Januar 1927 wählte die Generalversammlung des Ortsvereins Hildesheim Fahrenholz in den Unterbezirksvorstand, offenbar nicht erstmalig, weil das „Volksblatt“ ihn schon im Zusammenhang der Unterbezirkskonferenz am 25. September 1926 erwähnte. Ihn begleiteten Georg Gastrock und Marie Wagenknecht.¹⁷¹ Das wiederholte sich am 24. Januar 1928¹⁷² und am 6. Mai 1930, wobei nun zusätzlich der Parteivorsitzende Heinrich Richter und der stellvertretende Vorsitzende Henry Risch entsandt wurden.¹⁷³ Für die gleiche Zusammensetzung entschieden sich die Generalversammlungen am 12. Januar 1932¹⁷⁴ und am 9. Januar 1933¹⁷⁵. Andere Vorstandsfunktionen Fahrenholz' sind nicht bekannt.

Inhaltliches Hauptthema der Unterbezirkskonferenz am 25. September 1926 war die Hauszinssteuer, über deren parlamentarische Entwicklung der Hildesheimer Landtagsabgeordnete und Parteiveteran Karl Stephan und über deren Struktur Flügge, Großrhüden, referierten. Die Struktur der Steuer sei unsozial, weil „die ärmste Hütte mit einer Hauszinssteuer belastet ist, während prachtvolle Schlösser und große Villen der Landwirte steuerfrei bleiben“.

¹⁶⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 9, 13. Jg., 12.1.1931.

¹⁶⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 251, 13. Jg., 27.10.1931.

¹⁶⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 12, 9. Jg., 15.1.1927.

¹⁶⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 26, 12. Jg., 31.1.1930.

¹⁷⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 232, 11. Jg., 4.10.1929.

¹⁷¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 21, 9. Jg., 26.1.1927.

¹⁷² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 21, 10. Jg., 25.1.1928.

¹⁷³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 105, 12. Jg., 7.5.1930.

¹⁷⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 10, 14. Jg., 13.1.1932.

¹⁷⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 8, 15. Jg., 10.1.1933.

Als erster Diskussionsredner meldete sich Heinrich Fahrenholz zu Wort und begründete mit längeren Ausführungen einen Entschließungsantrag, der nach vier anderen Wortbeiträgen einstimmig angenommen wurde: „Die Unterbezirkskonferenz des U.-Bezirks Hildesheim hält es für notwendig, daß der ungeheuere Wertzuwachs, den der Grundbesitz durch die Bestimmungen der Aufwertungsgesetze erhalten hat (Verminderung der Hypothekenbelastung), der Allgemeinheit durch entsprechende öffentliche Hypothekarbelastung oder eine angemessene Wertzuwachssteuer zugeführt wird. Dabei ist der Kleinbesitzer durch Härtemaßnahmen schonend zu behandeln.“ Fahrenholz hatte zuvor die am 1. Juli 1926 in Kraft getretene Hauszinssteuer als Provisorium bezeichnet, das allerdings „wesentliche Verbesserungen in unserem Sinne“ gebracht habe. Man brauche ein Gesetz, das die „Erfassung des ungeheueren Wertzuwachses der Haus- und Grundbesitzer für die Allgemeinheit bringt“. Die Erhöhung der Grundvermögenssteuer hätte die gleichen Unzuträglichkeiten wie die Hauszinssteuer. Es gebe zwei andere Möglichkeiten: die zwangsweise Belastung aller Grundstücke mit einer Hypothek zugunsten des Staates und eine Grundgewinnzuwachssteuer, die ratenweise zu tilgen wäre.¹⁷⁶

Bei der Unterbezirkskonferenz am Sonntag, 20. März 1927, beteiligte sich Fahrenholz mit einer Wortmeldung zum Referat des Reichstagsabgeordneten August Karsten (Peine) zur Reichspolitik der Sozialdemokratie. Er verglich die Situation der Reichstagsfraktion bei der letzten Regierungskrise mit der Zeit, in der Wirth versuchte, eine große Koalition zu bilden. Man dürfe nicht über politische Tagesereignisse wie die Scholz-Rede¹⁷⁷ oder die Fridericus-Marke¹⁷⁸ stolpern. „Wir dürfen auch nicht wieder eine politische Planlosigkeit zulassen. Wir müssen auf das politische Gefühl Rücksicht nehmen, besonders, wenn wir in Verhandlungen über die Regierungsbildung stehen.“ Mit der Politik der Reichstagsfraktion in dieser Regierungskrise sei er nicht einverstanden.¹⁷⁹ Er bemängelte offenbar, dass sich die SPD so um ihre Regierungsfähigkeit brachte. Dabei erscheinen die politischen Krisen der Jahre 1926 und 1927 gegenüber den Wirtschaftskrisen 1923 und 1928 bis 1933 aus entfernter Betrachtung geringfügig. Dass Hindenburgs „Flaggenkompromiss“ – die Zulassung der schwarz-weiß-roten Handelsflagge in den deutschen Auslandsvertretungen – am 13. Mai 1926 zum Sturz von Reichskanzler Hans Luther führte, zeigt allerdings, dass es nicht um das äußere Zeichen, sondern um die innere Haltung ging. Und da standen die neuen, republikanischen Kräfte, den alten, monarchistischen, nationalen und völkischen, unversöhnlich gegenüber. Das zeigte sich auch beim Volksentscheid über Abfindung oder Enteignung der Fürstenhäuser, der am 7. Juni 1926 die erforderliche Zahl von 20 Millionen Stimmen verfehlte. Die aufgedeckte geheime Zusammenarbeit von Reichswehr und Sowjetarmee führte am 17. Dezember infolge eines Misstrauensvotums zum Rücktritt der Regierung von Wilhelm Marx (Zentrum), der aber am 29. Januar 1927 erneut ein Kabinett bildete – wieder ohne sozialdemokratische Beteiligung.

Kommunale Themen standen im Mittelpunkt des Unterbezirksparteitags, der am 29. und 30. September 1928 in Goslar stattfand. Der Leiter der kommunalpolitischen Abteilung des Bezirksbüros der SPD, Heß, stimmte die Delegierten mit seinem Referat über die „Aufgaben der Sozialdemokratie in Provinz, Kreis und Gemeinde“ auf die Kommunalwahl ein, die am 2. Dezember 1928 stattfinden sollte. Den Inhalt seines Vortrags fasste das „Hildesheimer Volksblatt“ am 1. Oktober 1928 auf Seite 1 unter der Überschrift „Was schufen wir?“ zusammen. Vieles sei durch die SPD anders geworden. Vor allem sei die einseitige Besitzbürger- und Großgrundbesitzerpolitik der Vorkriegszeit eine „Politik für die Allgemeinheit aller Schaffenden in Stadt und Land geworden“. So seien Spiel- und Sportplätze, Turnhallen, Jugendheime und Jugendherbergen entstanden. Das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen sei ausgestaltet worden. Anstelle des alten Armenrechts gebe es nun das Recht auf Fürsorge, die Wohlfahrtsunterstützung. Wohnungsbauten seien mit Gemeindegzuschüssen entstanden. Für vor dem Krieg verkauftes gemeindeeigenes Land musste neues erworben werden. Selbst in kleinen Gemeinden gebe es durch Kanalisation und Wasserleitung erhebliche hygienische Verbesserungen. Untragbar sei die Vorgabe im Landesschulgesetz, auf einen Lehrer 60 Schüler kommen zu lassen. Viele Gemeinden hätten deshalb eigene Lehrer eingestellt oder Kindern Zuschüsse für den Besuch höherer Schulen ge-

¹⁷⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 225, 8. Jg., 27.9.1926.

¹⁷⁷ Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender 1923–1930, ihr Vorsitzender 1929–1930). Welche Rede hier gemeint ist, bleibt unklar.

¹⁷⁸ Der KPD-Reichstagsabgeordnete Ernst Torgler bezeichnete die Herausgabe einer Fridericus-Rex-Briefmarke als „unerhörte monarchistische Provokation“ und brachte dazu einen Entschließungsantrag im Reichstag ein. Reichstagsprotokolle, 1924–28, 9, S. 9784 (292. Sitzung am 21. März 1927).

¹⁷⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 67, 9. Jg., 21.3.1927.

geben. Bei den Kommunalsteuern habe man die Schwachen entlastet und die Starken stärker herangezogen. Für die Vorbereitung der Kommunalwahl sei wichtig, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. Sie seien auf dem Gebiet des Wohlfahrtswesens, der Jugendpflege und des Wohnungsbaus unentbehrlich. Inhaltlich verlange die kommende Zeit die Einbettung der kommunalen Selbstverwaltung in einer Verwaltungs- und Verfassungsreform. Dringend erforderlich sei ein großzügiges Wohnungsbauprogramm des Reichs (mit Einsatz des gesamten Aufkommens der Hauszinssteuer). Eine Benzinststeuer müsse eingeführt werden, um die Landkreise beim Bau der Landstraßen zu entlasten. Vermögen und Erbschaften müssten stärker besteuert werden, Einkommen dagegen weniger. Bei einem Finanzausgleich sei „die Befriedigung der sozialen, wirtschaftlichen und kulturpolitischen Bedürfnisse der Bevölkerung durch Gemeinden und Gemeindeverbände“ unbedingt sicherzustellen.

Heinrich Richter (MdR aus Hildesheim) beantragte, von einer Aussprache über das Referat, die am Sonntag die Tagesordnung einleitete, abzusehen. Heß habe alles gesagt. Dem Geschäftsordnungsantrag widersprachen vier Delegierte, darunter Heinrich Fahrenholz. Während andere Debattenredner ein bestimmtes Anliegen vortrugen, äußerte sich Fahrenholz wieder grundsätzlicher: „Wir haben keine Ursache zu verschweigen, was wir geleistet haben und müssen das im kommenden Wahlkampf auch agitatorisch herausarbeiten. Die Frage der Verwaltungsreform, die Zentralisierung einiger wichtiger Verwaltungsgebiete in letzter Zeit, muß von uns gefordert aber auch im einzelnen in der Auswirkung für die Gemeinden geprüft werden. Ein sehr zu beachtendes Gebiet in allen Gemeinden ist die Steuerfrage. Heute ist das Anhörungsrecht der Wirtschaftsverbände (Industrie- und Handelskammer, Landwirtschaftskammer, Handwerkskammer) fast zu einer Ausschaltung der Gemeindevertreter bei der Festsetzung der Steuersätze geworden. Die Getränkesteuer als kommunale Verbrauchssteuer lehne ich ab. Allgemein müssen wir zu einer Hebung der Steuermoral in Deutschland kommen und zu einer fühlbaren Ahndung von Steuervergehen. Sehen wir doch eine Steuerflucht in das Ausland durch kapitalistische Großunternehmungen. Die Schaffung des kommunalpolitischen Filmes begrüße ich und erwarte, daß er in recht vielen Orten zur Aufführung gelangt.“ Richter unterstützte Fahrenholz in einer anschließenden Wortmeldung. Die Filme „Was wir schufen“ über die Leistungen sozialdemokratische Kommunalpolitik und „Im Anfang war das Wort“ über die Zeit der Sozialistengesetze wurden von November 1928 bis November 1929 in vielen Orten der Hildesheimer Landkreise aufgeführt und am 15. November 1929, zusammen mit „Die Sozialdemokratie in der Gemeinde“, auch in der Hildesheimer Stadthalle.

Auf der Tagesordnung stand auch ein Antrag des Kreisvereins Goslar, der auf den „Flaggenkompromiss“ reagierte. Seine Vorlage lautete: „Die Unterbezirkskonferenz erwartet von den republikanischen Beamten und Regierungsvertretern, nur an solchen Veranstaltungen teilzunehmen, wo der Reichsflagge gebührender Platz eingeräumt wird.“ Dem Antrag sei nicht zu widersprechen, meinte Fahrenholz, er sei eine Selbstverständlichkeit. Es sei mehr zu tun: „Die bestehende Ministerialverfügung, die jedem Staatsbeamten verbietet, an den Veranstaltungen unter schwarzweißroter Flagge teilzunehmen, muß dahin erweitert werden, daß den Beamten die Pflicht auferlegt wird, die Teilnahme an Veranstaltungen jeder Art von der Voraussetzung abhängig zu machen, daß an bevorzugter Stelle die schwarzrotgoldenen Reichsfarben gezeigt werden. Es ist ferner dafür zu sorgen, daß diese Vorschriften auch für Kommunalbeamte verbindlich gemacht werden.“ Der Fahrenholz-Antrag wurde einstimmig angenommen. Unter „Verschiedenes“ betonte Welker-Andreasberg, dass auch Bürgervorsteher bei Veranstaltungen unter schwarzweißroter Fahne nichts zu suchen hätten.

Im Herbst 1928 trug die SPD wieder einen Konflikt aus, den Fahrenholz für unnötig und falsch hielt. Bei der Reichstagswahl am 20. Mai 1928 hatte sie die Zahl ihrer Mandate von 131 auf 152 steigern können, aber auch die KPD hatte zugelegt. Am 28. Juni bildete der Sozialdemokrat Hermann Müller eine große Koalition der republikanischen, demokratischen Parteien. Müller musste allerdings eine für Sozialdemokraten schwer verdauliche Kröte schlucken: den Bau eines noch vom alten Reichstag beschlossenen Panzerkreuzers. Im Wahlkampf lautete die Parole von SPD und KPD: „Kinderspeisung statt Panzerkreuzer“. Jetzt nutzte die KPD den Zwang zum Kompromiss der Müller-Koalition, um die Führer der Sozialdemokraten mit einem Volksbegehren zu desavouieren und der SPD eine Zerreißprobe aufzuzwingen. Das ihr das zu gelingen schien, zeigt ein Antrag des Ortsvereins Elze an den Unterbezirksparteitag, die Haltung der sozialdemokratischen Minister in der Panzerkreuzerfrage zu missbilligen, den Bau künftiger Panzerkreuzer abzulehnen und die dafür zu veranschlagenden Mittel für Kulturzwecke zu verwenden. Fahrenholz widersprach dem Antrag, weil er den Kommunisten das Handwerk erleichtere. Die ausgewogene Entschließung des Bezirksvorstands werde allen Genossen

gerecht. Der Parteitag solle sie unterstützen. Die überwiegende Mehrheit folgte seinem Antrag.¹⁸⁰ Der Volksentscheid kam nicht zustande, weil das Volksbegehren mit 2,94 Prozent bereits am Unterschriftenquorum von zehn Prozent deutlich scheiterte.

Bei der Unterbezirkskonferenz, die am 5. und 6. April 1930 in Hildesheim stattfand, berichtete Fahrenholz aus dem Provinziallandtag. Zwar seien zwei Mandate gewonnen worden, der Einfluss sei allerdings geringer als vorher. Die bürgerlichen Parteien hätten sich aus Rache wegen des Vorgehens der stadthannoverschen Genossen gegen den dortigen Oberbürgermeister gegen die Sozialdemokraten zusammengeschlossen. Fahrenholz beklagte sich bitter über die Vormachtstellung der stadthannoveraner Genossen in der Provinziallandtags-Fraktion. Sie seien bei der Besetzung verschiedener Ausschüsse gegenüber dem Lande, insbesondere Hildesheim, bevorzugt worden. Auf dem nächsten Bezirksparteitag müsse dazu ein deutliches Wort gesagt werden.¹⁸¹

Agitator

Agitationsreden sollen mobilisieren und aktivieren. Sie werden bevorzugt vor Wahlen gehalten. Dennoch werden in diesem Abschnitt nur Reden dokumentiert, mit denen sich Fahrenholz zu einem bestimmten Thema äußerte. Sein Ziel war, die Menschen für dieses Thema zu gewinnen und zum Handeln zu bringen. Die Wahlreden werden im nächsten Abschnitt untersucht.

Am 18. und 19. September 1924 veröffentlichte das „Hildesheimer Volksblatt“ je eine Anzeige, die zur Teilnahme an einer Friedenskundgebung aufrief:

„Krieg dem Kriege! Am Sonntag, 21. September, werden in allen Ländern die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten Kundgebungen gegen jeden Krieg veranstalten. Auch für Hildesheim findet im Gewerkschaftshause, am Sonntag vormittag ½10 beginnend, eine Antikriegs-Kundgebung statt. Darbietungen der Jugend, des Arbeitersängerkartells leiten die Veranstaltung ein. Die Antikriegsrede hält Senator Fahrenholz. Zu dieser Kundgebung ist die gesamte friedliebende Bevölkerung eingeladen. Aus tausend Kehlen muß am Sonntag der Ruf erschallen: Nie wieder Krieg!“

Ob die Versammlung in Hildesheim ein Erfolg war, ist dem „Hildesheimer Volksblatt“ nicht zu entnehmen. Es berichtete nicht aus Hildesheim, wohl aber aus Alfeld. Auch die Hildesheimer Allgemeine Zeitung übergab das Ereignis wortlos.

Als der Reichstag über Zölle und Steuern debattierte, hatte der sozialdemokratische Wahlverein Hildesheim den Genossen Kranold, Hannover, eingeladen, zum Thema Schutzzölle zu sprechen. Die Versammlung am 14. Juli 1925 sei leider nicht genügend besucht gewesen, bedauerte das „Volksblatt“. Zusammengefasst bedeuteten Zölle für Kranold Preissteigerung und Absatzrückgang sowie einen Vorteil für die einheimischen Großlandwirte. Volkswirtschaftlich seien sie ein Hemmschuh für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft. „Die vom Redner gemachten Ausführungen fanden noch wirksame Unterstützung durch die von den Gen. Stephan, Fahrenholz und Warmboldt geführte Debatte, aus der hervorklang, daß wir bestrebt sein müssen, nicht nur die Zollmauern Europas niederzureißen, sondern die Zusammenarbeit der europäischen Industrie zu fördern, um nicht von über dem Meer erdrückt zu werden.“¹⁸² Als in der 114. Reichstagssitzung alle Steuergesetze angenommen wurden, kommentierte die Schlagzeile des „Volksblatts“ am 8. August 1925: „Der Steuerraub wird beschlossen. Der Besitz wird geschont, die Not wird besteuert.“ Der Reichsrat stimmte den Gesetzen zu (auch der Zollvorlage). Die Vieh- und Fleischzölle traten am 1. September 1925 in Kraft.

Mit großem Einsatz agitierte Fahrenholz für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Weil die Konservativen, vor allem das Zentrum, sich dagegen ausgesprochen hatte, musste gerade im Raum Hildesheim kräftig dafür geworben werden. Gleichzeitig musste er sich der Nazis erwehren, die am 24. Juni 1925 in Hildesheim eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet hatten.¹⁸³ Sie lehnten die Enteignung der Fürsten ebenfalls ab. In einer Protestversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in

¹⁸⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 231, 10. Jg., 2.10.1928.

¹⁸¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 82, 12. Jg., 7.4.1930.

¹⁸² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 162, 7. Jg., 15.7.1925.

¹⁸³ Wichard, Rudolf, Wahlen in Hildesheim 1867-1972, Hildesheim 1975, S. 118.

Rautenberg am Sonntag, 31. Januar 1926, erhielt Fahrenholz von den zahlreich erschienenen Einwohnern für seine Ausführungen reichen Beifall. Ein Redner der Nationalsozialisten, die zur gleichen Zeit zu einer Veranstaltung eingeladen, sie aber wegen geringen Zuspruchs abgesagt hatten, wollte die Schuld an den Staatshaushaltsproblemen auf die Sozialdemokraten abwälzen, ja selbst die Inflation. „Im Schlußwort legte Senator Fahrenholz der Versammlung dar, wie unrichtig die Behauptungen der Nationalsozialisten waren.“¹⁸⁴

Das „Hildesheimer Volksblatt“ lud Anfang März 1926 mit zwei Ankündigungen der SPD, Ortsverein Hildesheim, in den Bezirken Hinter der Bahn und Moritzberg zu öffentlichen Versammlungen am Freitag, 5. März, abends 8 Uhr im Posthof bzw. Gülden den Löwen ein. Das Thema war beide Male „Der Fürstenraub am deutschen Volksvermögen und der Volksentscheid“. Redner war „Senator H. Fahrenholz“ bzw. „unser früherer Reichstagsabgeordneter Fr. Rauch, Hannover“. Unter beiden stand „Für Gegner des Volksentscheids freie Aussprache!“¹⁸⁵ Redaktionell erinnerte das „Volksblatt“ am 4. März daran. Die ausdrückliche Einladung an politische Gegner mag überraschen, hatte man sie doch bisher explizit von der Teilnahme ausgeschlossen. Bei genauerem Hinsehen ist es eher der Versuch, den Gegner öffentlich „vorzuführen“. Die Nazis sollten später diese Form der Diskreditierung übernehmen.

Fahrenholz ging das Thema „Fürstenraub“ wieder sehr grundsätzlich an, wobei er vor „überfülltem Saal“ auf Pathos nicht verzichtete: Er begann mit dem Gedicht von Hoffmann von Fallersleben „Trau ihnen nicht“. Danach behandelte er in zwei Stunden das Problem der Fürstenabfindung „von der rechtlichen Seite, sowie aus Vernunftanschauungen heraus. [...] Interessant waren seine Ausführungen über die Art, wie die Fürsten angebliches Eigentum ‚erwarben‘“. Er leitete aus seinen Ausführungen die Forderung ab, „den Fürsten keinen Pfennig zu geben, sondern die Enteignung zugunsten der Kriegsopfer, Rentner usw. vorzunehmen. Der Vortrag wurde mit sehr viel Aufmerksamkeit entgegengenommen. Eine Debatte entspann sich nicht.“ Friedrich Rauch argumentierte demgegenüber deutlich polemischer und stellte die „furchtbare Not unseres Volkes“ den fürstlichen Nichtstuern gegenüber, „die seit Jahrhunderten noch nicht gearbeitet haben“. Die „wirksamen Ausführungen“ fanden „ungeteilten Beifall“. Eine Diskussion fand bei keinem der beiden statt.¹⁸⁶

An den Folgetagen sprach Fahrenholz am 6. März bei Armbrecht in Himmelsthür, am 7. März bei Quedenbaum in Bockenem und am 9. März in Limmer. Auch in Himmelsthür leitete Fahrenholz seinen zweistündigen Vortrag mit einem Gedicht ein, diesmal mit „An Deutschland“ von Hoffmann von Fallersleben. Er verstand, „den großen Kreis der Zuhörer bis zum Schluß zu fesseln.“¹⁸⁷

In Bockenem war der Saal im Hotel „Zum goldenen Engel“ überfüllt. Unter den Teilnehmern hatte, „wie das hier wohl kaum anders zu erwarten war, die Propaganda’kanone‘ der Völkischen, Herr Dincklage, mit seinen Getreuen Platz genommen. Fahrenholz sprach unbeirrt „in über zweistündiger Rede in fließender und für jeden verständlicher Weise“ und wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. Dincklage hatte gespürt, in Fahrenholz seinen Meister gefunden zu haben. Er warf der SPD vor, das Fürstenvermögen würde nicht in die Hände des Volkes, sondern durch das Dawes-Gutachten in Judenhande geraten. Fahrenholz sagte im Schlusswort, Vaterlandsliebe sei Liebe zum deutschen Volk und Boden. International sei, auch im Feinde den Menschen zu erblicken. Er schloss mit den Worten „Für Freiheit und Vaterland“. „Der reiche Beifall und der darauf gesammelte erhebliche Betrag bewiesen, daß seine Ausführungen auf fruchtbaren Boden gefallen waren.“¹⁸⁸

Aus Limmer wurde nur bekanntgegeben, dass die Versammlung trotz schlechten Wetters gut besucht war.¹⁸⁹

Das Volksbegehren wurde vom 4. bis zum 17. März 1926 durchgeführt. Fahrenholz agitierte fast bis zum letzten Tag. Am Sonnabend, 13. März, sprach er in Grasdorf, am Sonntag, 14. März, abends 7½ Uhr in Föhrste und nachmittags in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung in Imsen. Gelobt

¹⁸⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 30, 8. Jg., 5.2.1926.

¹⁸⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 51, 8. Jg., 2.3.1926.

¹⁸⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 55, 8. Jg., 6.3.1926.

¹⁸⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 56, 8. Jg. v. 9.3.1926.

¹⁸⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 59, 8. Jg., v. 11.3.1926. Gemeint ist offenbar Karl Dincklage, der von 1924 bis 1929 in Hannover, Braunschweiger Straße 2, die „Gaugeschäftsstelle“ der Nationalsozialisten leitete und als „Propagandist“ im Raum Hildesheim-Braunschweig unterwegs war.

¹⁸⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 59, 8. Jg. v. 11.3.1926.

wurde Fahrenholz als „besonders guter Geschichtskenner“, dessen Ausführungen mit größter Aufmerksamkeit gefolgt wurde.¹⁹⁰

Der mit dem Volksbegehren durchgesetzte Volksentscheid wurde auf den 20. Juni 1926 terminiert. Die SPD setzte ihre Agitation unermüdlich fort. Am Sonntag, 6. Juni, sprachen bei Versammlungen in Orten der Umgebung Fahrenholz, Feller, Stephan, Stille und Otto. Fahrenholz stand zusammen mit fünfzehn weiteren auch in der Referentenliste für Versammlungen am Freitag, 11. bis Sonntag, 13. Juni. Danach sprach er in Holle¹⁹¹ und am Dienstag, 15. Juni, in Mehle¹⁹², am Donnerstag, 17. Juni, in Sarstedt¹⁹³ und am Freitag, 18. Juni, in Diekholzen; in Diekholzen hatte Pastor Alpers die sogenannte Kundgebung der deutschen Bischöfe gegen den Volksentscheid von der Kanzel verlesen¹⁹⁴.

Die notwendige Zahl von Ja-Stimmen wurde nicht erreicht. In der Stadt Hildesheim lag der Anteil der Ja-Stimmen mit 34,4 Prozent noch unter dem Deutschen Reich (36,4 Prozent).

1930 veranlasste der große Stimmenzuwachs der NSDAP (in der Stadt Hildesheim von 2,6 auf 19 Prozent) die SPD zu verstärkten agitatorischen Anstrengungen.

Freiheit und Brot!

Oeffentliche Massenverlammlung 29

Freitag, 28. Nov., abends 8.15 Uhr

in den Stadthallensälen

Pg. Wolf Geysler-Fett, Offenbach a. M.,
 der nationalsoz. Dichter, ein blendender mitreisender Redner vom größten Format.
 Er riß zu fabelhafter Begeisterung empor:
 in Mannheim 10000, in Karlsruhe 12000, in Hannover 7000
 deutsche Volksgenossen. Hunderte von Neuaufnahmen in einem Tag.

Thema: Winter 1930 — Sturm über Deutschland

Die S.P.D. bricht zusammen, kniet hilfsehend vor Zentrums-Grüning,
 heßt zum Staatsstreich durch Göring, alles zur Erhaltung der Finanzdikatur und
 der Wirtschaftschädlinge.

Severing fragt: „Werden Köpfe rollen?“
Unsere Antwort: „Ja, es werden Köpfe rollen!“

Die Zeit ist nah, daß der Nationalsozialismus die Macht ergreift. Severing will
 uns, die stärkste Partei verbieten? Staatsstreich?! Wir sind bereit, Genosse
 Severing! Mit Euch verschwinden Skandale wie um Karstadt, Epa und Juden-
 genossen!

S.P.D.-Hillebrand spricht eine Stunde zur Diskussion!
 Eintritt 40 Pfennig. Freie Ansprache! Juden haben keinen Zutritt.
 Vorverkauf Scheelenstraße 21.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Ortsgruppe Hildesheim.

Wir geben Aufklärung über den Fall des hiesigen Juden Fränkel.
Wir fragen:

1. Ist es wahr, daß die Sackfabrik G. D. Fränkel G. m. b. H. (Inhaber der Jude Gustav Fränkel Hannover, Spinozastraße) am Buß- und Bettag (christlich gesetzlicher Feiertag) die Belegschaft hat arbeiten lassen?
2. Ist es wahr, daß der Belegschaft für den Fall der Arbeitsverweigerung erstmögliche Entlassung angedroht worden ist?
3. Auf Grund welcher Unterlagen hat das Gewerbe-Aufsichtsamt Genehmigung erteilt?
4. War dem Gewerbe-Aufsichtsamt bekannt, daß die Firma bei Ablieferung am 20. 11. 1930 3% mehr für die Fabrikate erhielt, als bei einem späteren Ablieferungstermin?
5. War nicht etwa dieser Sonderprofit der einzige Grund für die Beschäftigung von Arbeitern an einem christlichen Feiertag?
6. Ist es wahr, daß die Arbeiter für ihre Feiertagsarbeit, wodurch die Firma eine Mehrprämie von 3% erzielt hat, nur Tariflohn, also nicht Ueberstundenlohn bezogen haben?
7. Weshalb bittet die Firma darum, von Maßnahmen über den Fall abzusehen?
8. Was würde das gemähte jüdische Volk unternehmen, wenn ein in einem christlichen Geschäft angestellter Jude bei Androhung der Entlassung gezwungen würde, an einen jüdischen Feiertag zu arbeiten?
 Gibt es überhaupt Juden, die in einen christlichen Betriebe „arbeiten“?

Wir geben Aufklärung! Freitag zur Stadthalle!

Wenden.

195

¹⁹⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 65, 8. Jg., 18.3.1926.

¹⁹¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 133, 8. Jg., 11.6.1926.

¹⁹² Starker Beifall, 6,77 Mk. Tellersammlung für den Wahlfonds; Hildesheimer Volksblatt, Nr. 139, 8. Jg., 18.6.1926.

¹⁹³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 136, 8. Jg., 15.6.1926.

¹⁹⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 137, 8. Jg., 16.6.1926.

¹⁹⁵ HSTAH Nds 362 Hild Acc 109-63 Nr 88 Aufn - 029.

Mit einer Kundgebung in der Stadthalle reagierte sie auf eine Veranstaltung, zu der die NSDAP am Freitag, 28. November, eingeladen hatte. Die SPD kündigte die Gegenveranstaltung im „Volksbatt“ anzeigenartig an:

„Die Verlogenheit der Hildesheimer Nazi
 ‚SPD.-Hillebrandt spricht eine Stunde in der Diskussion‘
 Republikaner! Gewerkschaftler! Parteifreunde!
 Am Donnerstag abend [11. Dezember, H. H.] 8 Uhr
 sprechen in öffentlicher Versammlung
 in der Stadthalle:

Genosse Senator Fahrenholz
 Kollege Geschäftsführer Herm. Weise (Metallarbeiter)
 Kamerad Senator Hillebrandt

Die drei Redner werden sich mit der Verlogenheit der Hildesheimer Nazis in politischer und wirtschaftlicher Beziehung auseinandersetzen.

SPD.-Hillebrandt spricht!

Nun mag Hauptmann Steinmeyer in der Debatte Rede und Antwort stehen.

Er bekommt eine halbe Stunde Redezeit.

Eintrittskarten im Vorverkauf bei den Kassierern und in der Volksblatt-Buchhdlg. 20 Pfg. An der Kasse 40 Pfg.

SPD., Ortsgruppe Hildesheim	Ortsausschuß des ADGB.	Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
I. A.: Risch.	I. A.: Weise	Ortsgruppe Hildesheim.
		I. A.: Hillebrandt ¹⁹⁶

Beide Säle der Stadthalle waren gefüllt, als Fahrenholz für die SPD, Weise für die Gewerkschaften und Hillebrandt für den Reichsbanner mit den Hildesheimer Nazis abrechneten. Von der NSDAP war der Ortsgruppenleiter Robert Steinmeyer erwartungsgemäß nicht erschienen. Fahrenholz sprach als erster. 47 Prozent der Wähler hätten sich 1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung zur SPD bekannt. Leider habe die SPD „die Kampffront der KPD. zuwenden (müssen), um deren Ansturm abzuwenden“. Die Inflation habe dann die Massen in einen Zustand politischer Lethargie verfallen lassen. „In den Reihen des sogenannten Mittelstandes begann ein Umsetzungsprozeß, der eine Verzweiflungsstimmung erzeugte, die die Leute zu allem fähig machte. Die Kleinbürger suchten ihr Heil bei den Propheten des dritten Reiches.“

Fahrenholz ging auf die Judenhetze ein, die im unteren Teil des NSDAP-Flugblattes den „Juden Fränkel“, den Inhaber der Sackfabrik G. D. Fränkel und ehemaligen Hildesheimer Bürgervorsteher, mit Falschbehauptungen diffamierte.¹⁹⁷ Einige der früheren Antisemiten, Dreschraf Pückler und Rektor Ahlwardt, hätten ihr Ende im Irrenhaus gefunden, womit ein großes Stück erklärt wäre. Nicht die Politiker seien für die Bekämpfung der Nazi-Seuche zuständig, sondern der Psychiater: „Rassenpsychose ist eine ansteckende Krankheit.“

Als Beispiel des unlogischen Denkens zitierte Fahrenholz aus dem Nazi-Handbuch „Das kleine ABC“: „Wir wollen nicht den Klassenkampf, sondern führen Kampf gegen den Klassenkampf.“ Der Klassenkampf sei die Feststellung der Tatsache, dass es Herrschende und Unterdrückte gibt. Wenn durch den Klassenkampf dieser Gegensatz beseitigt sei, höre er auf. In dem Nazi-Handbuch werde einige Seiten später auch vom Kampf der Unterdrückten gesprochen, also vom Klassenkampf. Die Sozialdemokraten seien gut national, ohne den internationalen Charakter der Wirtschaft zu verkennen. Für die Nazis gelte das Goethe-Wort, dass sie ein Teil von jener Kraft seien, die das Böse will und das Gute schafft. Fahrenholz zitierte das Gedicht „Vorwärts“ von Ferdinand Freiligrath: „Die Uhr der Zeit läßt sich nicht zurückstellen, / Denn vorwärts drängt der Zeiger ohne Rast. / Und all das Bollwerk wird und muß zerschellen, / Das hemmend in des Rades Speichen faßt.“¹⁹⁸

Wahlredner

¹⁹⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 287, 12. Jg., 9.12.1930.

¹⁹⁷ Einzelheiten dazu in Häger, Hartmut, Gustav Fränkel – ein jüdischer Unternehmer, Bürgervorsteher und „Wohltäter“ in Hildesheim, HJB Band 84, Hildesheim 2012, S. 155.

¹⁹⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 290, 12. Jg., 12.12.1930.

Neunundzwanzig Mal wurden die Hildesheimerinnen und Hildesheimer von 1919 bis 1933 zu den Urnen gerufen, um dort ihre Stimme für die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung, zum Gemeinderat, Provinziallandtag, Preußischen Landtag, Reichstag und Reichspräsidenten abzugeben. Die Zahl enthält auch die Wahl zum Arbeiter- und Soldatenrat 1919 und den Volksentscheid 1926. Ab Herbst 1924 warb Fahrenholz bei den meisten Wahlen als Redner um Stimmen für die SPD. Er war 1922 besoldeter Senator geworden, 1922 und 1923 gab es keine Wahlen. Im ersten Halbjahr 1924 war er offenkundig mit der Gründung der Ortsgruppe Hildesheim des „Deutschen Republikanischen Reichsbunds“ und des Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“ beschäftigt.

Die Wahlversammlungen veranstalteten die jeweiligen Ortsvereine. Wo die SPD noch nicht verankert war, wie z. B. 1932 in Itzum, organisierte der benachbarte Ortsverein die Versammlungen. Da es nur eine begrenzte Menge von Wahlrednern gab, musste ihr Einsatz koordiniert werden. Bei einigen Wahlen veröffentlichte das „Volksblatt“ Veranstaltungskalender mit Rednerlisten, die in Hildesheim vom Ortsverein und in den Landkreisen offenbar vom Unterbezirk zusammengestellt wurden. Die Redner kamen aus der Region, waren oftmals hauptamtliche Partei- oder Gewerkschaftsfunktionäre oder Landtags- oder Reichstagsabgeordnete. Fahrenholz, der fast immer als „Senator“ angekündigt wurde, war ehrenamtlich unterwegs.

Daten und Ergebnisse von der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 bis zur Gemeindevahl am 12. März 1933 in Hildesheim

Wahltermin	Wahl	Wahlbeteiligung	SPD	USPD	KPD	Zentrum	DHP	DDP	DVP	DNVP	NSDAP	Sonstige*
19.01.1919	Nationalversammlung	89,7	40,6			24,6		12,1	20,3	2,4		
26.01.1919	Landesvers. Preußen	86,9	40,7			26,4		11,1	19,9	1,9		
02.03.1920	Gemeinde	77,4	35,3			26,0		13,0	22,9	2,8		
06.06.1920	Reichstag	91,3	33,3	5,3	0,7	20,1	2,8	5,5	27,9	4,3		0,1
20.02.1921	Landtag	88,1	37,6	0,7	1,4	22,2		5,4	27,8	4,9		
20.02.1921	Provinzial	87,1	37,8	0,7	1,4	22,2		5,3	27,8	4,8		
04.05.1924	Reichstag	86,1	26,7		4,9	20,1	3,6	4,5	21,7	12,1	4,8	1,6
04.05.1924	Gemeinde	85,5	23,6		3,5	16,1	1,9	3,5		7,4	2,2	41,8
07.12.1924	Reichstag	83,2	30,8		2,0	20,0	3,0	5,0	22,6	13,3	2,2	1,1
07.12.1924	Landtag	83,1	30,9		2,1	20,1	3,6	5,0	22,3	13,3	2,2	0,5
29.11.1925	Provinzial	56,3	33,2		1,7	19,5		3,1			0,8	41,7
24.03.1925	Reichspräsident	77,2	Braun 33,7		Thälmann 1,4	Marx 20,6		Hellpach 3,3	Jarres 39,6		Ludendorff 0,4	Held 1,0
26.04.1925	Reichspräsident	84,8	Marx 55,2		Thälmann 1,0				Hindenburg 43,8			
19.05.1928	Reichstag	84,1	37,0		1,8	16,0		5,0	20,6	8,2	2,6	6,8
19.05.1928	Landtag	83,7	37,3		1,9	17,7		4,9	20,4	8,1	2,5	7,2
17.11.1929	Provinzial	73,6	32,9		2,0	20,2	2,0	3,9	18,9	5,1	7,6	7,4
17.11.1929	Gemeinde	75,6	30,5		1,8	17,3		2,9	11,6	4,4	4,2	27,3

14.09.1930	Reichstag	88,2	33,3		3,1	18,1	1,7	3,6	11,3	4,7	18,9	5,0
13.03.1932	Reichspräsident	92,8	Hindenburg 63,5	Thälmann 4,8						Duestenberg 5,9	Hitler 25,9	
10.04.1932	Reichspräsident	91,1	Hindenburg 65,2	Thälmann 3,6							Hitler 31,2	
24.04.1932	Landtag	90,9	28,4		4,2	18,6	0,6	1,6	6,2	5,0	32,5	2,9
31.07.1932	Reichstag	90,6	30,2		4,9	18,7	0,5	0,8	4,5	5,2	34,2	1,0
06.11.1932	Reichstag	88,2	28,6		7,6	18,1	0,9	0,6	7,9	8,5	26,8	1,0
05.03.1933	Reichstag	92,1	25,9		5,1	17,5	0,6	0,8	4,5	7,4	37,7	0,5
05.03.1933	Landtag	92,0	25,9		5,1	17,6	0,7	0,8	4,6	7,2	37,4	0,7
12.03.1933	Provinzial	85,4	26,3		3,2	17,8	1,3	0,7	5,7	6,6	38,2	0,2
12.03.1933	Gemeinde	84,7	25,7		3,1	16,6		0,6	4,0	5,4	33,5	11,1

Erläuterungen

19. 1. 1919 und 26.1. 1919: Zentrum u. Deutsch-Hannoversche-Partei auf gemeinsamer Liste (Christl. Volkspartei)

4. 5. 1924 statt NSDAP = Völkisch Sozialer Block

Ab November 1930 statt DDP = Deutsche Staatspartei

5.3. 1933 statt DNVP = Kampffront Schwarz-Rot-Gold

Parteien

SPD = Sozialdemokratische Partei

USPD = Unabhängige Sozialdemokratische Partei

KPD = Kommunistische Partei

Zentrum = Zentrumspartei

DHP = Deutsch - Hannoversche Partei

DVP = Deutsche Volkspartei

DDP = Deutsche Demokratische Partei

DNVP = Deutschnationale Volkspartei

NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei¹⁹⁹

Reichstagswahl, 7. Dezember 1924

Am Sonntag, 9. November 1924, eröffnete Heinrich Fahrenholz im Alfelder Gewerkschaftshaus den Reichstagswahlkampf. Er „verstand es in vorzüglicher Weise, die Zuhörer von Anfang bis zu Ende zu fesseln“. Der Reichstag am 4. Mai sei aus gefühlsmäßigen Gründen zustande gekommen. Politische Beschlüsse könnten sich aber nur durchsetzen, wenn sie vom Verstand diktiert seien und nicht vom Gefühl. Der gerade Weg der Sozialdemokratie sei erfolversprechend. Fahrenholz nahm mit einem sehr interessanten und lehrreichen Rückblick auf die staatspolitische Tätigkeit des Freiherrn v. Stein

¹⁹⁹ Knott, Anton Josef (1980): Das Wahlverhalten der Hildesheimer in der Zeit von Bismarck bis Hitler. 1867-1933. Hildesheim. S. 45. Reichspräsidentenwahlen aus Wichard, Wahlen in Hildesheim, 1975, S.115 und 122.

und seine Reformen Bezug auf die politischen Verhältnisse der Gegenwart. Er kam „zu dem Ergebnis, daß wir nur in dem Tempo vorwärtsschreiten können, in dem die breite Masse mit uns geht. ... Das Referat wurde im Hinblick auf den Jahrestag der Revolution mit einem dem Tage angepaßten Gedicht geschlossen.“

An der Diskussion beteiligten sich auch die Kommunisten Schneider, Stubenrauch und Sievers. „Es war dem Referenten in seinem Schlußwort ein Leichtes, diese drei Größen der KPD zurechtzuweisen, die es anscheinend nur darauf abgesehen hatten, in die Versammlung einen Mißklang zu bringen.“²⁰⁰

In einem „Kasten“ rief das „Volksblatt“ zu öffentlichen Wählerversammlungen in den Kreisen Hildesheim und Marienburg von Freitag, 21. November, bis Sonntag, 23. November 1924 auf. Einer der siebzehn genannten Redner war Heinrich Fahrenholz. Er sprach in in Söhlde und richtete schwere Anklagen gegen die Katastrophenpolitiker ganz links und rechts. In der Debatte brachten zwei Redner den „völkisch-kommunistischen Standpunkt der Staatsverneinung zum Ausdruck“. Es verstehe sich von selbst, „daß der Genosse Fahrenholz beiden unter dem Beifall der Versammlung heimleuchtete“. 25,75 Mark Tellersammlung seien „das beste Vorzeichen für einen soz. Sieg am Orte“.²⁰¹

Auch bei den vom 29. November bis 2. Dezember stattfindenden Wählerversammlungen in den Hildesheimer Landkreisen und im Kreis Alfeld wirkte Fahrenholz als einer von 23 Rednerinnen und Rednern mit (darunter auch „Frau Bartels“, also die Hildesheimer Reichstagsabgeordnete Elise Bartels).²⁰² Er sprach am 29. November in Vertretung des Genossen Helwes-Gronau in Limmer. „Die Versammlung war ziemlich gut besucht. Doch hatte man während des Referats unwillkürlich das Gefühl, daß noch lange nicht genug Leute erschienen waren, um von den trefflichen und lehrreichen Ausführungen zu profitieren.“ Fahrenholz habe in der ihm eigenen „schneidigen und doch sachlichen Weise“ die wichtigsten politischen Ereignisse der letzten Jahre beleuchtet: Gewalt- und Verständigungspolitik, Schutzzoll, Aufwertung und soziale Steuergesetzgebung.²⁰³ Am 30. November sprach Fahrenholz in Heisede. Bei der Tellersammlung kamen 18 Mark zusammen.²⁰⁴

Vom 2. bis 5. Dezember sprachen zehn Referenten, darunter auch Fahrenholz, in den Landkreisen Marienburg und Alfeld.²⁰⁵

Reichspräsidentenwahl, 24. März und 26. April 1925

Vom 21. bis 24. März 1925 fanden in 20 Orten des Landkreises Alfeld Wahlveranstaltungen statt. Einer der dreizehn Redner, darunter wieder Elise Bartels, war Heinrich Fahrenholz. Weitere Versammlungen folgten in den Landkreisen Hildesheim und Marienburg.

Auch bei der zweiten Wahl am 26. April 1925, bei der die SPD Marx gegen Hindenburg unterstützte, sprach Fahrenholz, zum Beispiel am 23. April in Achtum und am 24. April in Diekholzen.²⁰⁶

Provinziallandtagswahl, 29. November 1925

Heinrich Fahrenholz redete bei den Wählerversammlungen im Kreis Gronau in Gronau (25. November), Sibbesse (26. November) und Eime (27. November).²⁰⁷

Reichstagswahl, 20. Mai 1928

Am Mittwoch, 16. Mai 1928, sprach Heinrich Fahrenholz bei einer öffentlichen SPD-Versammlung in Bockenem. Er habe gründlich mit den Bürgerblockparteien abgerechnet, schrieb das „Volksblatt“ am 19. Mai. Nachdem er all ihre Sünden aufgezählt hatte, habe er sich auch mit der Agrarfrage beschäf-

²⁰⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 265, 6. Jg., 11.11.1924.

²⁰¹ Hildesheimer Volksblatt Nr. 277, 6. Jg., 26.11.1924.

²⁰² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 280, 6. Jg., 29.11.1924.

²⁰³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 282, 6. Jg., 2.12.1924.

²⁰⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 284, 6. Jg., 4.12.1924.

²⁰⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 282, 6. Jg., 2.12.1924.

²⁰⁶ Reichspräsidentenwahlveranstaltungen, Anzeige. In: Hildesheimer Volksblatt, Nr. 68, 7. Jg., 21.3.1925.

²⁰⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 271, 7. Jg., 20.11.1925.

tigt. Bedauerlich sei, dass 95 Prozent aller Deutschen Schaffende seien, aber noch immer nicht gelernt hätten, ihre Macht auszunutzen. Alle diejenigen, die eine gerechte Verteilung der Lasten wünschten und den dauerhaften Völkerfrieden herbeisehnten, könnten nicht anders als sozialdemokratisch zu wählen.²⁰⁸

Gemeindewahl, 17. November 1929

„In der Versammlung [am 8. November 1929, H. H.] im ‚Deutschen Adler‘ sprach unser Genosse Fahrenholz. Hier trat der Schriftleiter der ‚Niederträchtigen Arbeiterzeitung‘ in der Debatte auf. Als dann unser Genosse Fahrenholz in seinem Schlußwort die richtige Antwort erteilte, hatte der junge Mann aus Angst vor der Wahrheit schon vorher das Lokal verlassen.“²⁰⁹

Fahrenholz sprach am Sonnabend, 9. November 1929, 20 Uhr, im Lokal Windel in Dehnsen in einer Wählerversammlung. Seine Rede wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Den größten Raum nimmt im Bericht eine Kontroverse des Kommunisten Naus und des Lehrers Rasche (Kandidat der bürgerlichen Liste) ein. „Nach ihm nahm der Referent das Schlußwort und rechnete nochmals besonders mit den Kommunisten ab.“²¹⁰

Reichstagswahl, 14. September 1930

Fahrenholz fehlte zwar in der Liste der Referenten im ‚Volksblatt‘ vom 22. August 1930, redete aber in Eimsen, Sillium und Eime.

Für Eimsen kündigte das ‚Volksblatt‘ für Donnerstag, 4. September, eine gründliche Abrechnung mit der Regierung Büning und ihren Maßnahmen und Verordnungen an. „Gen. Fahrenholz ist als glänzender Redner bekannt und es steht somit den hiesigen Einwohnern nicht nur ein genußreicher, sondern vor allem ein aufklärender Abend bevor. Erscheint restlos.“²¹¹ Dem Bericht des ‚Volksblatts‘ vom 6. September zufolge hat Fahrenholz den Erwartungen entsprochen: Die Veranstaltung habe einen guten Verlauf genommen. Fahrenholz habe in seinem eineinhalbstündigen Vortrag zum Thema „Wer soll in Deutschland regieren?“ gründlich die Gegenwartsprobleme in Politik und Wirtschaft erörtert und nachgewiesen, dass für die arbeitende Bevölkerung am 14. September nur die SPD in Frage komme. Seine Rede habe die gut besuchte Versammlung gefesselt, was auch die Tellersammlung für den Wahlfonds in Höhe von 10,20 Mark zum Ausdruck bringe.

Am Freitag, 12. September, abends um 8 Uhr, sprach Gen. Senator Fahrenholz (Hildesheim) beim Gastwirt Fritz Meyer in Sillium. Fahrenholz sei als guter Redner bekannt.²¹² In Eime rührten sich die Nazis, insbesondere ihr Hauptvertreter, ein Arbeiter namens Junge, „dessen Moral keine fünf Pfifferlinge wert“ sei. Senator Fahrenholz werde in der Versammlung am Sonnabend (am Vorabend der Reichstagswahl) den Nazis die Leviten lesen.

Nach der Wahl zeigte die Gewinn- und Verlustrechnung der Reichstagswahl (im Vergleich mit 1928) dass trotz des großen Einsatzes und der publizistischen Geringschätzung der Nationalsozialisten (und Kommunisten) insbesondere die Nazis (aber auch die Kommunisten) kräftigen Zulauf erhalten hatten. Allerdings trösteten sich die Sozialdemokraten im Raum Hildesheim damit, dass sie 730 Stimmen dazugewinnen konnten (die Nazis aber 16.063).

	SPD	DNVP	Zentrum	KPD	DVP	Staatspartei (Demokraten mit Jungdo)	Wirtschaftspartei	NSDAP (Hitler- Bewegung)
Stadt Hildesheim	+ 1	- 1.017	+ 860	+ 554	- 2.857	- 344	+ 217	+ 6.356

²⁰⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 116, 10. Jg., 19.5.1928.

²⁰⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 258, 11. Jg., 4.11.1929 (Bericht am 9.11.). Der Schreiber verballhornt die kommunistische „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ zur „Niederträchtigen“.

²¹⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 266, 11. Jg., 13.11.1929.

²¹¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 205, 12. Jg., 3.9.1930.

²¹² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 212, 12. Jg., 11.9.1930.

Kreis Hildesheim	- 132	- 238	+ 678	+ 328	- 388	- 95	+ 20	+ 1.489
Kreis Marienburg	+ 284	- 78	+ 497	+ 206	- 885	- 143	- 211	+ 3.268
Kreis Gronau	+ 322	- 323	+ 42	+ 110	- 384	- 141	- 751	+ 2.255
Kreis Alfeld	+ 255	- 293	+ 31	+ 394	- 724	- 246	- 278	+ 2.695
Kreis Peine	- 1.126	- 348	+ 227	+ 771	- 2.057	+ 933	+ 150	+ 5.050
Gesamt	-396	-2.297	+ 2.335	+ 2.363	-7.295	-36	-853	+ 21.113

Reichspräsidentenwahl, 13. März 1932

Eine Antwort auf das Wahldebakel von 1930 (aber auch auf die „Harzburger Front“ von NSDAP, DNVP, Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Reichslandbund und Alldeutschem Verband am 11. Oktober 1931) war die Gründung der „Eisernen Front“ durch den Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB), den Allgemeinen freien Angestelltenbund (Afa-Bund), SPD und den Arbeiter-Turn- und Sportbund (ATSB) am 16. Dezember 1931. Bei der Reichspräsidentenwahl musste die „linke“ „Eiserne Front“ der Wählerschaft erklären, dass sie ihr keinen eigenen Kandidaten anbot, sondern für den 1925 von der SPD abgelehnten „rechten“ Paul von Hindenburg warb. Heinrich Fahrenholz tat das am 1. März 1932 in Diekholzen in der Gastwirtschaft der Witwe Hartje. Er beleuchtete eingehend die Ursachen der Weltwirtschaftskrise. Die Wahl Hindenburgs am 13. März erfolgte nicht aus Begeisterung, sondern aus der Zwangslage, Hitler von der Macht fernzuhalten.²¹³

Landtagswahl, 24. April 1932

Bei der öffentlichen Wahlversammlung der SPD zur Preußenwahl am Samstag, 16. April 1932, 20 Uhr, sollte Fahrenholz in der Gaststätte Jordan, Barfelde, über das Thema „Kampf um Preußen“ sprechen. Über die Veranstaltung berichtete das „Hildesheimer Volksblatt“ am 23. April: Fahrenholz war verhindert. Für ihn sprangen Rinne (Hildesheim) und Wedekind (Limmer ein). „Leider war die Versammlung nicht so gut besucht, wie das wohl in Rücksicht auf die Wichtigkeit der am kommenden Sonntag stattfindenden Landtagswahl erwartet werden konnte.“²¹⁴ Am 23. April 1932, 20 Uhr, sprach Fahrenholz in Westfeld, Lokal Hostmann.²¹⁵

Das Ergebnis der Landtagswahl bestätigte den Trend zur Polarisierung. Die SPD erhielt 94 Mandate, das Zentrum 67. Dagegen zogen 162 Nationalsozialisten und 57 Kommunisten in den Landtag ein.²¹⁶

Geradezu demütigend unterlag die SPD in Hildesheim und Umgebung der NSDAP:

	Stadt Hildesheim	Landkreis Hildesheim	Kreis Marienburg
SPD	11.103	4.060	6.803
NSDAP	12.687	4.280	7.780

²¹⁷

Im Preußischen Landtag bildeten NSDAP und KPD eine negative Mehrheit, die das Handeln der Regierung des Sozialdemokraten Otto Braun blockierte. Landtagspräsident wurde der NSDAP-Abgeordnete Hanns Kerrl (der am 12. Februar 1934 zusammen mit Hermann Muhs zum Hildesheimer Ehrenbürger ernannt wurde), seine drei Vizepräsidenten gehörten der DNVP, dem Zentrum und wieder der NSDAP an. Dies und der widerstandslos hingegenommene „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, also die Absetzung der geschäftsführenden, aber nicht mehr durch eine parlamentarische Mehrheit

²¹³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 54, 13. Jg., 4.3.1932.

²¹⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 88, 14. Jg., 15.4.1932.

²¹⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 95, 14. Jg., 23.4.1932.

²¹⁶ StatJBDR 1932, S. 544 f.

²¹⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 97, 14. Jg., 26.4.1932.

gestützten Regierung und die Einsetzung von Papens als Reichskommissar auf der Grundlage einer Notverordnung Hindenburgs sind zwei Marksteine auf dem Weg der SPD und der gesamten „Eisernen Front“ in die politische Isolation. Gegen den „Preußenschlag“ setzte sich Braun juristisch zur Wehr, statt kämpferisch zu einem Generalstreik aufzurufen. Die Gegner der Demokratie und der Republik hatten (zusammen mit dem sich servil verhaltenden Zentrum) faktisch die Macht übernommen. Dabei kam ihnen die unübersehbare Unfähigkeit der staatlichen Instanzen entgegen, die Wirtschaftskrise zu beenden. Bei einer Sozialdemokratische Kommunalpolitiker-Tagung in Alfeld, bei der „Finanz- und Fürsorgefragen der Gemeinden“ auf der Tagesordnung standen, war das Ergebnis der Analyse, dass Steuerrückgänge und Wohlfahrtslasten geordnete Haushaltspläne verhinderten. Die Forderung lautete: „Reich, Staat und Gemeinden müssen gemeinsam die Lasten tragen.“ Dazu kam die alte Forderung, die Bürgersteuer müsse sozialer gestaltet, die Beschäftigtensteuer dürfe nicht eingeführt werden. Fahrenholz wertete das Referat des Leiters der kommunalpolitischen Abteilung des SPD-Bezirks Hannover, Heß, als einen Ansporn zur Aktivität. In Einzelfällen sei noch sehr viel zu tun. Er kritisierte die Spruchpraxis des Hildesheimer Bezirksausschusses.²¹⁸ Fahrenholz wollte den Bedürftigen helfen und benötigte dafür die richtigen Entscheidungen. Die wurden ermöglicht durch die richtigen Instrumente und ausreichende Mittel. Er warb für Reformen und setzte auf Aufklärung, während die Gegner sich dafür längst nicht mehr interessierten. Sie versprachen den Wählerinnen und Wählern alles und wollten nur das Eine: die absolute Macht.

Reichstagswahl, 31. Juli 1932

Die Wahlversammlungen fanden wieder im Namen der „Eisernen Front“ statt. Fahrenholz sprach in der Zeit vom 19. bis 30. Juli mindestens zehn Mal und zwar im

Kreis Hildesheim:

Dienstag, 19. Juli: Wirringen (Bolzum)

Kreis Marienburg:

Mittwoch, 20. Juli 1932, 20 Uhr: Großdungen, Gasthof Bock²¹⁹

Sonnabend, 23. Juli, 20 Uhr: Großelbe, Gastwirtschaft Plöger

Montag, 25. Juli, 20 Uhr: Nettlingen, Gastwirtschaft Aumann

Dienstag, 26. Juli, 20 Uhr: Sillium, Gastwirtschaft Meyer

Kreis Sarstedt:

Mittwoch, 27. Juli, 20 Uhr: Harsum, Gastwirtschaft Ingelmann

Sonnabend, 30. Juli, 20 Uhr: Bolzum, Gastwirtschaft Frankenberg

Kreis Gronau:

Sonntag, 24. Juli, 20 Uhr: Rheden, Gastwirtschaft Ebeling²²⁰

Kreis Alfeld:

Sonntag, 24. Juli, 15 Uhr: Gerzen, Gastwirtschaft Sprengelei

Freitag, 29. Juli, 20 Uhr: Limmer, Gastwirtschaft Bode²²¹

Über drei dieser Wahlversammlungen berichtete das „Volksblatt“. In Wirringen (Bolzum) zeigte Fahrenholz „in klarer Weise [...] die Situation auf, in der sich die Arbeiterklasse befand. Zum Lohndruck kamen die Kürzung der kärglichen Unterstützungen und Renten und neue Steuern.“²²²

²¹⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 125, 14. Jg., 31.5.1932.

²¹⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 168, 14. Jg., 20.7.1932.

²²⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 170, 14. Jg., 22.7.1932.

²²¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 171, 14. Jg., 23.7.1932.

²²² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 170, 14. Jg., 22.7.1932.

In Großdüngen richtete sich die öffentliche Wählerversammlung, „auch über die Pflichtarbeit in der Wohlfahrt“, ausdrücklich an Arbeiter und Handwerker, Pächter und Kleinbauern und deren Frauen. Es sei auch Pflicht der Erwerbslosen zu erscheinen.²²³ Tatsächlich sei die Wählerversammlung „sehr zahlreich besucht“ gewesen. Auch aus den Nachbardörfern seien die Teilnehmer gekommen. Fahrenholz „betonte ausdrücklich, daß es jetzt höchste Zeit wäre, die Papen-Regierung zu stürzen und ihrem Tun und Treiben Einhalt zu gebieten, damit nicht noch größere Dummheiten gemacht werden und sie den Armen ihren spärlichen Unterhalt nicht noch völlig nehmen.“ Dann erläuterte Fahrenholz den Unterschied von Fürsorge- und Pflichtarbeit und wies darauf hin, dass das Ausbessern der Interessenwege nicht unter die Pflichtarbeit falle, sondern nur als Fürsorgearbeit angesehen werden könne, die tariflich entlohnt werden müsse. Auch Steinbrucharbeiten, die als Pflichtarbeit gemacht werden, könnten im Falle eines Unfalls schwere Folgen für die Gemeinden haben.²²⁴ Er verband also Agitation und Information, Politik und Rechtsberatung.

Über die Wahlversammlung in Sillium schrieb das „Volksblatt“, Fahrenholz habe Abrechnung mit der Sozial- und Kulturreaktion gehalten. „In der Debatte versuchte ein Nationalsozialist seinen Schmutzkübel zu entleeren, ihm wurde aber eine Antwort zuteil, die er sich hoffentlich hinter die Ohren geschrieben hat.“ Die Tellersammlung erbrachte 3,86 Mark.²²⁵ Die politische Auseinandersetzung beschrieb der Volksblatt-Berichtersteller als schulmeisterliche Zurechtweisung. Er entsprach damit der Erwartung, die die Partei an ihre Presse stellte: keine differenzierte, sondern eine eindeutig polarisierte Position zu vertreten.

Betrachtet man die Reichstagswahlergebnisse in und um Hildesheim, ist schnell erkennbar, dass die SPD unter dieser Polarisierung Schaden nahm. Die Extreme nahmen weiter zu, die SPD tröstete sich damit, dass sie in Hildesheim-Stadt und -Kreis gegenüber der Preußenwahl etwas hinzugewinnen konnte. Allerdings verlor sie im Kreis Gronau fast 10 Prozent und im Kreis Alfeld etwa 6 Prozent.²²⁶

Partei	Stadt Hildesheim	Marienburg	Kreis Hildesheim	Kreis Gronau	Kreis Alfeld
SPD	11.844	4.145	4.390	4.995	7.718
NSDAP	13.407	8.811	4.348	5.891	8.495
KPD	1.923	948	1.739	824	1.489
Zentrum	7.341	4.050	8.725	463	743
DNVP	2.045	1.501	742	610	423
DVP	1.767	428	204	154	190
gültige Stimmen	39.462	23.540	18.780	13.397	19.585
Wahlbeteiligung	95,4%	93,8%	92,6%	93%	96,6%

Schon bei der Vorbereitung der Reichstagswahl hatte das „Hildesheimer Volksblatt“ unter der Überschrift „Um die Irrläufer aus der Arbeiterschaft“ versucht, die Wählerbewegung hin zu den Extremen und insbesondere hin zum rechten Extrem zu erklären. Es legte dabei den Anteil der gültigen Stimmen (in Preußen) zugrunde. Zur Rechten zählte es Nazis, Deutschnationale, Landbund und Volkspartei. Alle übrigen bürgerlichen Parteien bildeten die Mitte, zur Linken gehörten Sozialdemokraten, Kommunisten, USPD und SAP, obwohl SPD und KPD sich gegenseitig mit Injurien wie „völkisch-kommunistisch“ und „sozialfaschistisch“ bekämpften und keinesfalls einen linken Block bildeten.

	1919	1924	1928	1930	1932
für die Rechte	14,7	35,3	25,5	30,4	44,7
für die Mitte	39,8	30,5	34,1	31,9	21,0
für die Linke	45,5	34,2	40,4	37,7	34,3

Die Erklärung mutet aus sozialistischer Perspektive widersprüchlich an. Während die Marx'sche Kri-sentheorie vom Anwachsen des Proletariats und des revolutionären Potenzials ausgeht, kommt das

²²³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 168, 14. Jg., 20.7.1932.

²²⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 171, 14. Jg., 23.7.1932.

²²⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 177, 14. Jg., 30.7.1932.

²²⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 178, 14. Jg., 1.8.1932.

„Volksblatt“ zum gegenteiligen Ergebnis: Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krisen gelinge es den Besitzenden leichter, größere Arbeitermassen zur Abwanderung von links nach rechts zu bringen. Aufgabe sei, Überläufer festzuhalten und Abgewanderte zurückzuholen. Bei einem starken Teil der Arbeiterschaft werde das Tun und Lassen nicht vom Kopf, sondern vom leerer gewordenen Magen bestimmt.²²⁷

Reichstagswahl, 6. November 1932

Vor der letzten Reichstagswahl der Weimarer Republik sprach Fahrenholz mindestens dreimal: in Langenholzen am Sonntag, 30. Oktober, 20 Uhr, bei Gastwirt Reinhardt²²⁸, in Brüngen am Montag, 31. Oktober, 20 Uhr, bei Gastwirt Kettler²²⁹ und in Itzum in der Gastwirtschaft Maier [gemeint ist Meyer, Scharfe Ecke, H. H.]. Nur über die in Itzum/Marienburg abgehaltene Versammlung berichtete das „Volksblatt“ anschließend. Die „Eiserne Front“ hatte eingeladen, die Versammlung war gut besucht. Genosse Franz Engelke, Diekholzen, habe sie eröffnet, Genosse Fahrenholz habe ein tiefgründiges Referat gehalten. „Er ging auf die Wirtschaftsnot des Volkes ein und wies nach, daß nur die Sozialdemokratie die Wege aus dem Elend gewiesen habe. Wer will, daß Friede, Wohlstand blüht, der wählt Liste 2.“²³⁰ Das „Volksblatt“ personalisierte die Parole am 2. November in negativer Zuschreibung: „Schlagt Papen – er schafft das Massenelend! Schlagt Hitler – er ist mit der Reaktion verbündet! Schlagt Thälmann – er stützt Gewaltapostel!“ Am 28. Oktober hatte es dazu aufgefordert, Revanche für den 20. Juli zu nehmen, also mit Hilfe des Stimmzettels gegen den „Preußenschlag“ zu demonstrieren. Keine der sich in den Parolen ausdrückenden Hoffnungen erfüllte sich. Die SPD verlor rund um Hildesheim an Stimmen, während die KPD mehr als den SPD-Verlust hinzugewann. Allerdings büßte die NSDAP 7.381 Stimmen ein, was trotz des deutschnationalen Zugewinns von 2.543 Stimmen immer noch ein so starker Verlust war, dass die SPD in Hildesheim wieder mit 11.185 Stimmen vor der NSDAP mit 10.489 auf Platz 1 lag.²³¹

Das „Volksblatt“ präsentierte den Lesern das Wahlergebnis als Gewinn- und Verlustrechnung und verglich das Juli- und November-Ergebnis:²³²

Partei	Hildesheim Stadt	Hildesheim Land	Marienburg	Gronau-Alfeld
NSDAP	-3.018	-530	-1.725	-2.108
SPD	-659	-323	-600	-439
KPD	+1.043	+364	+487	+341
Zentrum	-268	-475	-268	-47
DNVP	+1.265	+162	+531	+585
DVP	+1.333	+53	+322	+173

Festredner

Mindestens zweimal sprach Fahrenholz bei Maikundgebungen, einen dritten, großen Auftritt verhinderte eine Erkrankung. Zur Mai-Feier in Großfreden lud das „Volksblatt“ voller Pathos ein: „Weltfeier! Alle Zweifel, alle Schmerzen, alle Sorgen – werft von Euch des Alltags Lasten, denn es kommt der große Morgen.“ Zu der Veranstaltung am Samstag, 1. Mai 1926, abends um 7 Uhr bei Steinhoff in Großfreden, hatten sämtliche Arbeitervereine ihre Teilnahme zugesagt. Musik- und Gesangsbeiträge sowie theatralische und turnerische Vorführungen sorgten „für die nötige Unterhaltung“. Im Mittelpunkt der Feier stand die Festrede „des Genossen Fahrenholz=Hildesheim“. Zur Deckung der Kosten wurde ein Eintrittsgeld von 30 Pfg. erhoben.²³³

Im Jahr darauf stand die Festrede des „Genossen Fahrenholz“ bei der gemeinsamen Maifeier der Orte Sehlen, Harbarnsen und Adenstedt im Mittelpunkt. Er stellte sie unter das Motto „Reicht Euch die

²²⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 162, 14. Jg., 13.7.1932.

²²⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 254, 14. Jg., 28.10.1932.

²²⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 255, 14. Jg., 29.10.1932.

²³⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 260, 14. Jg., 4.11.1932.

²³¹ Wichard, Rudolf, Wahlen in Hildesheim 1867-1972. Hildesheim 1975, S. 120.

²³² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 262, 14. Jg., 7.11.1932.

²³³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 100, 8. Jg., 30. 4.1926.

Bruderhand!“ und „Der Mensch ist frei geboren!“ Fahrenholz gab „in klaren, packenden Worten [...] ein Bild von der Entstehung der Maifeier und ihre[r] Bedeutung für die Arbeiterbewegung. Ganz besonders erwähnte er, daß er es bedauere, daß die heutige Geistlichkeit sich nicht an den Maifeiern beteilige. Denn der Sozialismus versuche doch in Wirklichkeit, in den Bahnen des Nazareners zu wandeln. Auch hob er hervor, daß die größten Denker der Welt, Kant, und Goethe, schon vor hundert Jahren, seinerzeit freilich in phantastischer Form, den heutigen Kampf der Arbeiterschaft um die Erungenschaften der Kultur niedergeschrieben haben. Alle Gewalt geht vom Volke aus. Nachdem er noch Ausführungen über das Arbeitszeit- und Jugendschutzgesetz gemacht hatte, durchbrauste begeistert das Hoch auf die Internationale den Saal. Reicher Beifall lohnte den Redner.“²³⁴

Sein bedeutendster Auftritt hätte die Maifeier 1931 in Hildesheim sein sollen. Das Volksblatt kündigte sie erstmals am 17. April an, sie war für Freitagnachmittag, 14 Uhr, angesetzt. Ein Demonstrationszug sollte sich von der Steingrube zur Veranstaltungshalle bewegen, wo „Genosse Fahrenholz“ die Festrede halten sollte. Anschließend standen ein Konzert und sportliche Beiträge auf dem Programm sowie ab 19.30 Uhr ein Festball. Weil Fahrenholz erkrankte, vertrat ihn der Reichstagsabgeordnete Heinrich Richter.²³⁵

1929 sprach Fahrenholz beim Verfassungstag in Gleidingen. Die Verfassungsfeier zum 10. Geburtstag der Deutschen Republik fand am Sonntag, 11. August 1929, auf dem Pestalozzi-Platz statt. Die Feier dauerte von 14 bis 19 Uhr, auf dem Programm standen Turn-, Spiel-, Sport- und Gesangsdarbietungen. Zwischendurch hielt „Senator Fahrenholz (Hildesheim)“ die Festrede. Das Fest beschloss um 20 Uhr ein Fackel- und Lampionumzug.²³⁶

Möglicherweise nur ein Grußwort sprach Fahrenholz anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Arbeiterwohlfahrt. Er kam zum Schluss zu Wort – in nicht näher bezeichneter Eigenschaft: „Unser Genosse Fahrenholz hatte durchaus recht, als er [...] das Wort sprach: ‚Wenn die Arbeiterwohlfahrt nicht schon bestünde, dann würde es höchste Zeit, daß sie gegründet würde.‘“²³⁷

Sonstiges

Die Affinität des Lehrers Heinrich Fahrenholz zum Thema Schule zeigte sich in der Öffentlichkeit außer in seiner Mitgliedschaft im Volksbildungsausschuss sehr selten. Ausführlich meldete er sich nur zu Wort, als in der Stadt um die Einführung einer „weltlichen Schule“ gestritten wurde. Die SPD hatte sie schon 1869 im Eisenacher Programm gefordert (Abschnitt III, Ziffer 5 und 6) und 1875 im Gothaer Programm mit den Schlagworten „Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.“ charakterisiert. Der Begriff selbst steht im Görlitzer Programm von 1921 im Kapitel „Kultur- und Schulpolitik“. In ihm fordert die SPD die „Ausgestaltung der Schule zur weltlichen Einheitsschule“.²³⁸

Es war der SPD nicht gelungen, ihre Forderung 1919 in die Weimarer Reichsverfassung hineinzuschreiben. Immerhin machte Artikel 146 der Weimarer Reichsverfassung ein Angebot, das im Deutschen Reich schon 1922 zur Gründung weltlicher Schulen geführt hatte: „Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb, auch im Sinne des Abs. 1, nicht beeinträchtigt wird. Der Wille der Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen.“ Dadurch wurde die Entscheidung, ob eine konfessionelle oder bekenntnisfreie (weltliche) Volksschule zu besuchen sei, den Erziehungsberechtigten überlassen. 1926 warb eine Elterninitiative auch in Hildesheim für die „weltliche Schule“.

Am Dienstag, 23. November 1926, fand abends im Gewerkschaftshaus eine „sehr gut besuchte Versammlung“ statt, bei der Genosse Rieloff, Hannover, über das Thema „Was ist und was will die weltliche Schule?“ sprach. Von den Debattenrednern, dem Gen. Lehrer Küster, dem Gen. Hillebrandt

²³⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 104, 9. Jg., 5.5.1927.

²³⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 99, 13. Jg., 29.4.1931.

²³⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 185, 11. Jg., 10.8.1929.

²³⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 40, 13. Jg., 17.2.1931.

²³⁸ Programme der deutschen Sozialdemokratie, Hannover 1963, S. 73, 75, 88.

(Vorsitzender des Reichsbanners) und Gen. Fahrenholz, zitierte das Volksblatt letzteren am ausführlichsten. „Gen. Fahrenholz ist der Ansicht, daß der Kampf um die weltliche Schule in Hildesheim sich weniger in der breiten Öffentlichkeit abspielen wird, als vielmehr unter vier Augen. Es kommt aber nicht darauf an, daß unsere Funktionäre ihre Kinder allein in die weltliche Schule senden, sondern es müssen vor allen Dingen die kirchlich eingestellten Kreise gewonnen werden. Ein inneres Erfassen der konfessionellen Gedankengänge ist bei zehnjährigen und vierzehnjährigen Kindern nicht möglich. Es wird immer behauptet, man habe das konfessionelle Bekenntnis nötig um der sittlichen Begriffe wegen. Dieser Unterricht ist aber nichts weiter wie ein Verstandesunterricht. Um die Sitten zu fördern, brauchen wir keinen Ausflug nach Palästina zu machen, sondern wir haben in der deutschen nationalen Kultur Vorbilder genug, ohne die Vorbilder erst aus Palästina herüber zu holen. Die weltliche Schule ist keine Parteischule, sie ist eine Schule, in der die nationale Würde des Deutschen zur Geltung kommt. Die Erziehung zur Persönlichkeit ist eine Aufgabe der weltlichen Schule. Die Kirche hat sich im Kampfe der Arbeiter um ihre Gleichstellung auf die Seite der Gegner der Arbeiter gestellt. Die weltliche Schule ist ein Erziehungswerk der Zukunft und wird sicher einmal dazu beitragen, den Himmel auf die Erde zu verlegen.“²³⁹

In der folgenden Ausgabe rief die „Freie Schulgesellschaft Hildesheim“ alle Eltern schulpflichtiger Kinder auf, ihre Kinder für die weltliche Schule in Hildesheim anzumelden. Anmeldeformulare gebe es bei Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei.²⁴⁰

Am nächsten Tag lud die „Freie Schulgesellschaft Hildesheim“ zu drei Veranstaltungen zur Frage „Warum muß der Arbeiter sein Kind in die weltliche Schule schicken?“ ein: am Sonnabend, 27. November 1926, 20 Uhr, bei Henze in der Elzer Straße, Günther in der Steuerwalder Straße und Kreykenbohm, Marienburger Höhe. Als Referenten wurden Lehrer Küster, Frau Achilles und Senator Fahrenholz angekündigt.²⁴¹

Am Montag, 29. November, kam das Volksblatt auf den Versammlungsbericht vom 23. November zurück. Es reagierte auf die Berichterstattung der „Kornackerschen Zeitung“, die in ihrer Donnerstagsausgabe die katholischen Kreise aufgefordert hatte, „alle Kräfte zu sammeln, um die weltliche Schule zu bekämpfen“. „Die Ausführungen des Genossen Fahrenholz können dem Blatte ganz und gar nicht gefallen. Gerade Genosse Fahrenholz hat aber in seinen von uns nur auszugsweise wiedergegebenen Ausführungen mit wünschenswerter Deutlichkeit den Ansichten weiter Volkskreise Ausdruck verliehen. Wir brauchen uns sicher nicht zu Verteidigern des Genossen Fahrenholz aufzuschwingen, aber es dürfte auch der ‚Kornackerschen Zeitung‘ bekannt sein, daß Fahrenholz jahrelang als Lehrer an den verschiedensten Schulen gewirkt, die verschiedenen Bevölkerungsschichten kennen gelernt hat und auch als außerordentlich befähigter Pädagoge gilt.“ Die Zeitung werfe der weltlichen Schulen schon die Fensterscheiben ein, bevor sie überhaupt in Hildesheim entstanden sei.

Die Elternbewegung war weder auf örtlicher noch auf staatlicher Ebene erfolgreich. Am 15. Februar 1927 protestierte die Freie Schulgesellschaft im Gewerkschaftshaus dagegen, dass die Schuldeputation den Antrag auf Einrichtung einer weltlichen Schule abgelehnt hatte – trotz der Anmeldung von 335 Kindern.²⁴² Im April 1927 kam dann das Aus. Unter dem Titel „Die weltliche Schule von Minister B. abgelehnt“ klagte das „Volksblatt, der ‚republikanisch-demokratische Minister‘“ habe einem Häuflein reaktionär eingestellter Pastoren und fortschrittsfeindlichen Personen mehr Rechte gegeben als den Eltern von 350 Kindern.²⁴³

Am Freitag, 27. September 1929, 20 Uhr, hatte das Sozialistische Kulturkartell Fahrenholz eingeladen, in der Handelsschule, Wollenweberstraße, im Rahmen einer Vortragsreihe über die Staats- und Kommunalverwaltungen über „die Stadt“ zu sprechen. Als Unterthemen nannte das „Volksblatt“ am 25. September „der Oberbürgermeister“, „der Magistrat“, „das Bürgervorsteher-Kollegium“, „Beschlussfassung der Körperschaften“, „Bestätigungsrecht der Aufsichtsbehörden“, „Kompetenzkonflikte“. Obwohl das „Volksblatt“ die Vorträge über die Staats- und Kommunalverwaltungen als sehr wertvoll bezeichnete, war der Fahrenholz-Vortrag nicht so gut besucht, wie es notwendig gewesen wäre. Gera-

²³⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 274, 8. Jg., 24.11.1926.

²⁴⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 275, 8. Jg., 25.11.1926.

²⁴¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 276, 8. Jg., 26.11.1926.

²⁴² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 39, 9. Jg., 16.2.1927.

²⁴³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 87, 9. Jg., 13.4.1927.

de mit Hinblick auf die Gemeindewahlen hätten sich die Genossinnen und Genossen etwas mehr Kenntnisse auf diesem Gebiet aneignen sollen. Fahrenholz habe die vielseitige Gliederung der Stadt ausgezeichnet zu gestalten gewusst und „somit den Hörern nicht nur einen Einblick [...] in die Verwaltungen der Stadt und deren gewählten und besoldeten Vertreter [gegeben], sondern [...] die sozialistischen Grundsätze auf[gezeigt], mit deren Geist die Kommune durchdrungen ist. Darum auch an dieser Stelle dem Genossen Fahrenholz unseren Dank.“²⁴⁴

Zweimal überbrachte Fahrenholz Grußworte, einmal wohl im Namen des Reichsbanners, einmal für den SPD-Unterbezirk.

Am Sonnabend, 25. Juli 1931, spielte der dänische Fußballmeister „Kameraternes“ auf dem 18er-Platz an der Schützenwiese gegen „die Hildesheimer“, also gegen die Freie Sportliche Vereinigung von 1918; sie ist eine der Wurzeln des späteren VfV Hildesheim. Der Vorstand der Sportlichen Vereinigung empfing die dänischen Genossen mit ihren Damen auf dem Bahnhofsplatz mit Handschlag, während „unser Genosse Fahrenholz herzliche Worte der Begrüßung fand“. Er holte weit aus und streifte die Notlage des deutschen Volkes, wies auf die Londoner Konferenz hin, beklagte das Fehlen internationalen Zusammenarbeitens. Die Arbeiterschaft habe dagegen vom ersten Augenblick an das Wort „Völkerversöhnung“ auf ihr Banner geschrieben. Die in Wien stattfindende Arbeiter-Olympiade sei ein Mittel, zur Völkerversöhnung zu kommen. In diesem Sinne sei auch der Besuch der dänischen Sportsfreunde zu würdigen. Die Dänen mögen nach ihrer Rückkehr ihren Volksgenossen berichten, dass die große Mehrheit des deutschen Volkes, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, den festen Willen habe, mit allen Völkern und insbesondere mit dem dänischen Nachbarvolk in freundschaftliche Beziehungen zu treten. Fahrenholz schloss mit dem Reichsbannergruß, einem dreifachen Frei Heil! Anschließend zogen die Hildesheimer mit ihren Gästen in Begleitung des Spielmannszuges der Reichsbannerkapelle zum Vereinslokal Henze, Elzer Straße. Das Spiel endete 2:2.²⁴⁵

Die Grüße des Unterbezirksvorstands überbrachte Fahrenholz bei der Einweihung der Druckerei des „Hildesheimer Volksblattes“ am Sonnabend, 28. September 1929. Sein Name stand als letzter in der Reihe der im „Volksblatt“ zitierten Grußwortüberbringer.²⁴⁶

Der Parlamentarier

Heinrich Fahrenholz kandidierte schon 1925 für den Hannoverschen Provinziallandtag, gehörte ihm aber erst ab 1929 an. Der Provinziallandtag war das Parlament der preußischen Provinz Hannover, die vom Oberpräsidenten geleitet wurde. Er hat durch seine Wurzel in den Provinzialständen eine feudale Tradition, wurde aber seit 1921 direkt gewählt. Seine Aufgaben waren offenbar 1925 noch nicht allgemein bekannt, so dass sie das „Volksblatt“ am 27. November in einer „Wahlanzeige“ zusammenfasste: „Der Provinziallandtag entscheidet über Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene, Förderung des Kleinwohnungsbaues, Bau von Erholungsheimen für Lungenkranke, Bau von Talsperren und Elektrizitätswerken, Behandlung und Pflege in Irrenhäusern und Krüppelheimen, Bau und Unterhaltung von Straßen, hat also über Arbeitsbeschaffung und soziale Fürsorge zu bestimmen.“²⁴⁷ 1929 nannte das „Volksblatt“ weitere Themen: „Förderung von Ödlandkultivierung, Fürsorge für Schwererziehbare und Straftentlassene, Unterhaltung der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten, Förderung des Handwerks, Förderung der Volksbildung und der Volkswohlfahrt.“²⁴⁸

In den 1. Provinziallandtag wurden am 5. Oktober 1919 Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher (Deutsche Volkspartei) und Schmied Franz Kujaw (Sozialdemokraten) durch das Bürgervorsteher-Kollegium gewählt.

Bei der ersten allgemeinen Wahl zum Provinziallandtag am 20. Februar 1921 erhielten drei Hildesheimer einen Sitz: Schmied Franz Kujaw (Sozialdemokraten), Arbeitersekretär Lorenz Blank (Zentrum) und Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher (Deutsche Volkspartei). Nach Blanks Tod trat an

²⁴⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 227, 11. Jg., 28.9.1929.

²⁴⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 170, 13. Jg., 24.7.1931 und Nr. 171 v. 25.7.1931.

²⁴⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 228, 11. Jg., 30.9.1929.

²⁴⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 278, 7. Jg., 27.11.1925.

²⁴⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 241, 11. Jg., 15.10.1929.

dessen Stelle am 15. Februar 1923 Tischlermeister Heinrich Albes; Kujaws Stelle nahm später Geschäftsführer Josef Wedekind ein.

Nach dem Wahlergebnis vom 29. November 1925 entfielen auf die Stadt zwei Sitze. Sie wurden von Senator Josef Wedekind (Sozialdemokraten) und Dachdeckermeister Heinrich Eldagsen (Haus- und Grundbesitzer) eingenommen. Oberbürgermeister Dr. Ehrlicher kandidierte auf Platz 1 der Vereinigten Hannoverschen Provinziallandtagsliste, einer Interessengemeinschaft aus „Deutschnationalen, Volksparteilern und Deutsch-Hannoveranern“, Agnes Müller (Deutschnational), Leiterin der Mittelstandsfürsorge, rückte für einen ausgeschiedenen Abgeordneten (Goslar Stadt und Land) nach. Außerdem wurde für den Landkreis Hildesheim Tischlermeister Heinrich Albes (Zentrum) gewählt.²⁴⁹

Den Provinziallandtagen von 1929 und 1933 gehörten an: (1929) Senator Heinrich Fahrenholz (Sozialdemokraten), Tischlermeister Heinrich Albes (Zentrum) und Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher (Deutsche Volkspartei). (1933) Kaufm. Angestellter Heinrich Schmidt (Nationalsozialisten), Senator Heinrich Fahrenholz (Sozialdemokraten) und Lagerverwalter Heinrich Räke (Zentrum).²⁵⁰

Kandidaturen

In der Mitgliederversammlung der SPD am 8. September 1925 berichtete Josef Wedekind über seine Tätigkeit im Provinzial-Landtag. Die Aufgabe der Abgeordneten sei die Überwachung der Provinzialverwaltung. Alle Jahre einmal käme man zur „Durchberatung des Etats“ zusammen. Dazwischen arbeiteten Ausschüsse. Von 103 Sitzen hatten die Sozialdemokraten 41 Sitze inne. Für die Neuwahlen nominierten die Mitglieder 1. Genossen Wedekind, 2. Genossen Fahrenholz, 3. Genossin Wagenknecht, 4. Genossen Klare. Es war aber noch nicht entschieden, ob es eine gemeinsame Liste des Bezirks oder stadt- und kreisweise Wahlen geben werde.²⁵¹

Die Zahl der auf die Regierungsbezirke entfallenden Sitze legte der Provinzialausschuss fest; er bereitete die am 25. Oktober 1925 vorgesehenen Wahlen vor. Grundlage war das Ergebnis der Volkszählung vom 16. Juni 1925. Danach hatte die Provinz Hannover 3.211.286 Einwohner. Die 112 Abgeordneten verteilten sich anteilig auf die Regierungsbezirke Hannover (29), Hildesheim (21), Lüneburg (21), Stade (16), Osnabrück (15) und Aurich (10). Der Regierungsbezirk Hildesheim bestand aus 18 Wahlkreisen.²⁵² Am 26. September berichtete das Volksblatt, dass der Landtag die Provinziallandtags- und Kreistagswahlen endgültig auf den 29. November festgesetzt habe. Danach beschlossen die Parteien ihre Wahlvorschläge. In der SPD war dafür der Unterbezirksparteitag zuständig. Die SPD schlug 21 Kandidaten vor, nur Männer. Joseph Wedekind, Senator und Geschäftsführer, stand als erster Hildesheimer auf dem Wahlvorschlag Nr. 1, SPD, auf Platz 5. Der nächste Hildesheimer, Heinrich Fahrenholz, Senator, folgte auf Platz 17. Wilhelm Stille, Landrat aus Gronau, führte die Liste an.²⁵³ Bei der Wahl erhielten die Sozialdemokraten 37 Sitze, die Vereinigte Hannoversche Provinziallandtagsliste 30, das Zentrum 11.²⁵⁴

Bei der Provinziallandtagswahl am 17. November 1929 schaffte Fahrenholz den Einzug in den Provinziallandtag. In der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Hildesheim am 26. September 1929, in der die pädagogische Dezernentin und Stadtverordnete der Stadt Berlin, Genossin Todenhausen, über „Grundsätzliches zur Gemeindepolitik“ referierte, hatten ihn die Anwesenden „nach ausgiebiger Debatte“ als Stellvertreter des Genossen Wedekind aufgestellt.²⁵⁵ Die SPD strebte im Regierungsbezirk Hildesheim 12 statt bisher 8 Mandate an. Fahrenholz kandidierte auf Platz 14, vor ihm stand auf Platz 4 Wedekind als weiterer Hildesheimer. Insgesamt umfasste die Liste 22 Plätze.²⁵⁶

Erfolglos blieb die Kandidatur im Wahlkreis Nr. 16 (Süd-Hannover) bei der Wahl zum preußischen Landtag am 24. April 1932. Die Mitgliederversammlung der Hildesheimer SPD hatte am 23. Februar

²⁴⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 204, 7. Jg., 11.11.1925, Wahlbekanntmachung in Nr. 271, Jg. 7, 20.11.1925.

²⁵⁰ Knott, Anton Josef, Das Wahlverhalten der Hildesheimer in der Zeit von Bismarck bis Hitler. 1867–1933. Hildesheim 1980, S. 47

²⁵¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 210, 7. Jg., 9.9.1925.

²⁵² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 224, 7. Jg., 25.9.1925.

²⁵³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 261, 7. Jg., 7.11.1925.

²⁵⁴ Hildesheimer Volksblatt Nr. 5, 8. Jg., 7.1.1926.

²⁵⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 224, 11. Jg., 25.9.1929.

²⁵⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 241, 11. Jg., 15.10.1929.

1932 Karl Stephan und Heinrich Fahrenholz nominiert. Zusammen mit dem sozialdemokratischen „Urgestein“ Stephan stand er auf dem Wahlvorschlag Nr. 1, Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Stephan wurde auf Platz 5 gewählt, er gehörte seit der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung 1919/1921 dem Landtag an. Fahrenholz kandidierte auf Platz 14. Es gab 17 Listenplätze, von denen der Bezirksparteitag acht mit Hannoveranern besetzt hatte. Die Liste erhielt 285.014 Stimmen. Auf den anderen Listen kandidierten aus Hildesheim Dr. Anton Köchling (Zentrumspartei) sowie Heinrich Schmidt und Hermann Siegle (NSDAP). Die NSDAP erhielt 392.613 Stimmen, Schmidt wurde gewählt.²⁵⁷

Bei der Wahl zum Preußischen Landtag am 5. März 1933 kandidierte Fahrenholz als zweiter Hildesheimer auf Platz 12 der Liste (nach Malermeister Karl Stephan auf Platz 3).²⁵⁸

Reden und Debattenbeiträge

in seiner ersten Rede im Hannoverschen Provinziallandtag, die er als Sprecher der SPD-Fraktion am 7. März 1930 hielt, wandte sich Fahrenholz gegen Anträge der „Rechten“, die Positionen „Dotationen für die Landschaften“ und „Zahlungen für das jüdische Schul- und Synagogenwesen“ aus dem Etat zu beseitigen. Er argumentierte formal und juristisch. Beide Zahlungen beruhten, so führte er aus, auf dem Dotationsgesetz vom 7. März 1868. Der Provinziallandtag könne deshalb die Beträge nicht streichen. Im ersten Fall stimme er allerdings inhaltlich zu: „Wenn es einen Weg gäbe, die Landschaften aus der Welt zu schaffen, wie vorgeschlagen wird, ließe sich vielleicht darüber reden. [...] Wir hoffen, daß der Antrag des preußischen Landtages, der sich auf derselben Basis bewegt, die Landschaften endlich aufzuheben, schließlich zu einem Erfolge führen möge.“ Auch lehnten es die Sozialdemokraten grundsätzlich ab, kirchliche Einrichtungen zu unterstützen. Bei dem eingesetzten Betrag handele es sich aber um einen Rechtsanspruch. Außerdem seien die Sozialdemokraten nicht gewillt, „dazu die Hände zu reichen, sagen wir einmal eine Konfession, die sich in großer Minderheit befindet, unter Ausnahmerecht zu stellen.“ Nach diesem Widerspruch zum antisemitischen Hintergrund des Antrags konnte sich Fahrenholz einer polemischen Äußerung nicht enthalten: Er wundere sich allerdings, dass der Abgeordnete Otto Telschow (NSDAP) den Antrag unterzeichnet habe, gehöre es doch zu den Grundanschauungen seiner Partei, alle Gesetze respektieren zu wollen.²⁵⁹

Telschow antwortete darauf in der folgenden Sitzung am 8. März: „Der Herr Abgeordnete Fahrenholz, seines Zeichens Volksschullehrer, hat es gestern für nötig befunden, mich belehren zu müssen, dahingehend, daß wir zunächst einmal erklärt haben, wir wollten die Gesetze achten...“. Er stelle aber weiter fest, dass er erklärt habe, dass „wir Nationalsozialisten alles daran setzen werden, den Staat auf legalem, gesetzlichem Wege zu stürzen und einen besseren Staat an die Stelle des heutigen Staatsgebildes zu setzen.“²⁶⁰

Der juristischen Argumentation Fahrenholz‘ bezüglich der überkommenen Rechte der Landschaften widersprach Oberpräsident Gustav Noske, selber Sozialdemokrat. Er bestätigte nach einer Antragsbegründung des Göttinger Rechtsanwalts Hermann Flöge, Deutsche Demokratische Partei) die Berechtigung des Antrags, den Landschaften die Verwaltungskosten nicht zu erstatten: „Ich glaube, in Aussicht stellen zu können, daß in dem im nächsten Jahre vorzulegenden Etat ein Posten für die hannoverschen Landschaften nicht mehr zu finden sein wird.“ Von den Kommunisten wurde der Zuruf protokolliert: „Herr Fahrenholz, was sagen Sie nun?“²⁶¹ Von der Deutschen Volkspartei, der auch Fahrenholz‘ Chef, Oberbürgermeister Dr. Ernst Ehrlicher angehörte, unterstützte der Göttinger Oberbürgermeister Dr. Bruno Jung die Fahrenholz-Position.²⁶²

Der Antrag der Kommunistischen Fraktion, den Landschafts-Titel zu streichen, wurde mehrheitlich abgelehnt, der Antrag der Demokratischen Fraktion, ihn auf 10 Prozent, also 7.678 Mark festzusetzen, fand eine knappe Mehrheit von zwei Stimmen. Der von der NSDAP unterstützte Antrag der Kommu-

²⁵⁷ Kienast, E. (Hg.), Handbuch für den Preußischen Landtag 1932 (4. Wahlperiode), Berlin 1932, S. 317–321.

²⁵⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 41, 15. Jg., 17.2.1933.

²⁵⁹ Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 126.

²⁶⁰ Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 134.

²⁶¹ Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 127.

²⁶² Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 131/132.

nisten, 13.500 Mark für das jüdische Schul- und Synagogenwesen zu streichen, wurde abgelehnt.²⁶³ Das „Hildesheimer Volksblatt“ berichtete im überregionalen Teil am 8. März 1930 über die Debatte, wobei es sich auf die Übereinstimmung der kommunistischen und nationalsozialistischen Auffassung konzentrierte.

Sehr formal, aber auch sehr praxisnah, klingt der Antrag, den Fahrenholz in der 7. Sitzung am 8. März 1930 stellte: Er beantragte eine Neuauflage des „Ebert – von Campe, Zusammenstellung der für die Provinzialverwaltung von Hannover geltenden Gesetze, Verordnungen, Regulative und sonstigen Bestimmungen“ herauszugeben. Die letzte Auflage stamme aus dem Jahr 1904, herausgegeben auf Anregung des ehemaligen Hildesheimer Oberbürgermeisters Dr. Struckmann. Seit der Erstauflage waren 1904 dreizehn Jahre vergangen; jetzt waren es schon sechsundzwanzig. Fahrenholz hielt sogar einen buchhändlerischen Erfolg für möglich, weil bei den Kommunalverwaltungen ein großes Bedürfnis bestehe. Ziel sei, die Bürger durch umfassende Rechtskenntnis auf breiter Basis zur Mitarbeit zu befähigen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.²⁶⁴

Im doppelten Sinne „zuhaus“ war Fahrenholz bei seinem Plädoyer für eine auskömmliche Finanzierung und einen öffentlichen Betrieb der Heil- und Pflegeanstalten am 13. März 1930. In Hildesheim war er für sie als Senator fachlich zuständig. Fast einstimmig hatte der Provinziallandtag am 12. April 1929 (noch ohne ihn) beschlossen, im ehemaligen Gemüsegarten des Sülteklosters unter Leitung des leitenden Psychiaters der Heil- und Pflegeanstalt ein Erziehungsheim für psychopathische, schwer erziehbare schulentlassene Mädchen zu bauen. Dafür wurden 150.000 Mark bereitgestellt. Angenommen wurde der SPD-Antrag, in den Provinz-Erziehungsheimen einen hauptamtlichen pädagogisch gebildeten Erzieher einzustellen.²⁶⁵ Am 16. April griff das „Volksblatt“ das Thema unter der Überschrift „Nicht Fürsorgeerziehung, sondern soziale Erziehung“ noch einmal auf. Die Zeitung zitierte den Abgeordneten Feldmann, der eine neue gesetzliche Grundlage für sie forderte. Alle Anstalten sollten der Provinzialverwaltung (und nicht der kirchlichen) unterstellt werden. Die Prügelstrafe sollte endlich abgeschafft werden. In Zukunft sollten Heilpädagogen als Anstaltsleiter eingestellt werden. Das waren inhaltliche Positionen, die Fahrenholz teilte.

In den Heil- und Pflegeanstalten der Bezirksfürsorgeverbände und der Provinz wurden 1928, so Fahrenholz, 15 Millionen Mark ausgegeben. In den Provinzial-Anstalten waren 4.400 Pfleglinge untergebracht, in Privatanstalten 2.000. Provinzial-Schatzrat Dr. Johannes Heintze wollte den Anteil der Unterbringungen in Privatanstalten erhöhen, weil sie billiger wären. Fahrenholz wies dagegen nach, dass die Provinzialanstalten auch für die Kontrolle der Privatanstalten zuständig seien, die die Kosten dafür aber nicht bei sich verbuchten. Vor allem aber dürften die privaten Pflegeanstalten nur Kranke aufnehmen, „die nicht zu den sogenannten schwierig zu behandelnden gehörten“. Deshalb sei das Pfleger-Patienten-Verhältnis in den Provinzialanstalten erheblich enger und teurer. Außerdem verfügten die Kranken in den privaten Anstalten über „einen verhältnismäßig hohen Rest verbliebener Arbeitsfähigkeit“, während in den eigenen Anstalten „die Verwertung verbliebener Arbeitsfähigkeit nicht möglich“ sei. Ferner sei die Familienpflege den Privaten vorbehalten. Schließlich seien zum Beispiel die Überschüsse des Provinzialguts Einum, einer Filiale der Heil- und Pflegeanstalt Hildesheim, gar nicht in den Haushalt eingestellt.

Dann argumentierte Fahrenholz grundsätzlicher: Ihm gehe es gar nicht um teurer oder billiger, sondern um die reine Zweckmäßigkeit. Die Unterbringung der Geisteskranken sei eine öffentliche Aufgabe, genauso wie Erteilung von Unterricht. Bei Schulen diskutiere man keinen Augenblick die Kostenfrage. Auch bei der Unterbringung von Pflegekindern frage das Wohlfahrtsamt nicht nach der Billigkeit. Die Provinzialanstalten beschäftigten Pflegepersonal mit beruflicher Bewährung, vornehmlich verheiratete, die natürlich teurer seien als unverheiratete. Es gebe im öffentlichen Bereich alle Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung, im privaten wisse man das nicht.

Man müsse im öffentlichen Bereich sukzessive neu bauen, eine Erweiterung des Sülte-Klosters in Hildesheim, wie vom „Mittelstandsblock“ beantragt, lehnte Fahrenholz allerdings ab. Es gäbe andere Anstalten, in denen Pavillons errichtet werden könnten. Er regte an, geeignete Kranke in landwirt-

²⁶³ Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 142.

²⁶⁴ Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 139; Entscheidung auf S. 17.

²⁶⁵ Hildesheimer Volksblatt Nr. 86, 11. Jg., 13.4.1929.

schaftlichen Betrieben zu beschäftigen, aber auch mit gewerblichen Arbeiten. Den Zuruf von rechts, „Lassen Sie sie doch Schulmeister werden, dafür eignen sie sich vielleicht!“, parierte er schlagfertig: „Das würden vielleicht die geeigneten Lehrer sein für Sie und Ihre Gesinnungsfreunde!“ Fahrenholz bekräftigte: „Diese unglückseligen Menschen haben genau dasselbe Recht auf Arbeit, wie alle gesunden Menschen. [...] Auf der anderen Seite wollen wir feststellen, daß es sich hier doch immer um Reste von Arbeitsfähigkeit handelt, die verwendet werden sollen, und wenn einmal jemand im Arbeitsprozeß dadurch arbeitslos wird, dann haben aber drei bis vier Menschen dafür volle Beschäftigung bekommen und damit das Gefühl der Unwertigkeit verloren.“ Bei der großen Mehrzahl handele es sich um Menschen, die erst der Tod aus ihren unglückseligen Verhältnissen erlösen werde. Die Verwaltung werde auf allen Seiten des Hauses Zustimmung finden für Geldopfer, die das Los der Betroffenen weiter verbessern werden. Das Protokoll vermerkt: „Bravo links“.²⁶⁶

Am 6. März 1931 wehrte sich Fahrenholz dagegen, dass der Wohlfahrtsetat, der in der Wirtschaftskrise erhöhte öffentliche Mittel benötige, dadurch ausbalanciert werde, dass die sogenannten freiwilligen Aufgaben gestrichen werden. Die vorbeugende Fürsorge – und dazu gehörten die freiwilligen Aufgaben fast ausschließlich – sei im volkswirtschaftlichen Sinne durchaus produktiv. „Die vorbeugende, insbesondere die Jugendfürsorge, ist schon an und für sich eine ganz gewaltige Sparmaßnahme. (Zustimmung links.)“

Die Frage müsse lauten: „Wie können wir mit denselben Mitteln oder wünschenswerterweise geringeren Mitteln einen mindestens gleichen oder noch gesteigerten Wirkungsgrad erzielen?“ Fahrenholz schlug vor, die Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrt möglichst in einer Hand zusammenzufassen, das waren allgemeine Fürsorge, Wohlfahrtspflege im engeren Sinne, Gesundheitsfürsorge und Jugendamt. Dadurch ließe sich das sonst vielfache Neben- und Gegeneinander vermeiden. Des Weiteren solle dem erhöhten Bildungsniveau der unteren und mittleren Beamten bei der Aufgabenübertragung Rechnung getragen werden. Tatsächlich verfare man noch so wie vor 40, 50 Jahren. Dadurch könne auch die Selbständigkeit der mittleren Beamten ganz gewaltig gehoben und ihr Verantwortungsgefühl bei Entscheidungen gestärkt werden.

Ferner empfahl er, die Zahl der Beamten herabzumindern und Angestellte die Plätze ausfüllen zu lassen, „um die ständigen Aufgabenveränderungen auch bezüglich Personal sich anpassen zu können.“ Die Eignungsfähigkeit der Beamten müsse durch eine Spezialausbildung zum Wohlfahrtsbeamten verbessert werden. In der Anstaltsverwaltung brauche man zum Beispiel technische und kaufmännische Beurteilungskompetenz und nicht „nur Bürokraten“. Über den Bau-Etat der Anstalten entscheide bei Neubauten und Einrichtungen der Mediziner, und das halte Fahrenholz im Interesse einer vernünftigen, sparsamen Wohlfahrtspflege für falsch. Der Wohlfahrtsdezernent müsse die Führung behalten. Durch zentralen Einkauf seien erhebliche Einsparungen möglich, dafür seien fachmännische Kräfte zur Beratung nötig. Selbstverständlich solle am Ort eingekauft werden, wenn man dort nicht teurer einkaufe als anderswo.

Schließlich schlug er vor, „was ich bezüglich der städtischen Anstalten in Hildesheim seit einigen Jahren mit bestem Erfolge gemacht habe, nämlich, daß man für jede Anstalt zunächst einmal die Selbstkosten haargenau errechnet, auch die Kosten für die laufenden Reparaturen mit übernimmt und für die Ausbauten die Verzinsung und Amortisation in die täglichen Kosten mit hineinrechnet.“ Dann könne man wirklich feststellen, was der Verpflegungstag in der Anstalt koste. Außerdem bekomme man Zahlen für den Vergleich mit anderen Anstalten und könne sich fragen: Arbeiten die billiger oder teurer? „Man muß die Anstalt mit einem so aufgestellten Etat in sich bilanzieren, und die Verpflegungskosten müssen eben so hoch angesetzt werden, dass die Ausgaben aus den Einnahmen der Verpflegungskosten gedeckt werden.“ Man könne die Verpflegungssätze für die Provinzialanstalten senken, weil die Preise auf verschiedenen Gebieten inzwischen gefallen seien. Stattdessen habe sie der Landtag im vorigen Jahr erhöht.

Abschließend wies er auf die „Zersplitterung in der Geldbewilligung auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens“ hin. Für den gleichen Zweck könnten die Gemeinden Mittel von einer der Landschaften, vom Klosterfonds, von der Stadt und vom Landesdirektorium erhalten, außerdem Subventionen von der Staats- und Reichsregierung. Zum Beispiel sei die Entsendung erholungsbedürftiger Kinder eine Aufgabe der Kommunen und nicht von privaten Organisationen, die dann auch noch Mittel von der

²⁶⁶ Verhandlungen des 65. Hannoverschen Provinziallandtags, 21.1.–23.1.1930; 5.–15.3.1930, S. 253–255.

Provinz dafür erhielten. Wie umstritten der Vorschlag (auch in der SPD war, zeigt das auf ihn folgende Zwischenrufduell: „Hört, hört“ bei den Kommunisten. Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Das ist Ihre persönliche Auffassung!“ Zuruf des Abgeordneten Feldmann (SPD): „Das ist die amtliche Auffassung!“ Antwort Fahrenholz: „Das ist nicht die amtliche.“ In den Kreisen der Wohlfahrtsdezernenten bestehe die einheitliche Auffassung, dass sich in den Anstalten noch sehr viele Menschen befänden, die sehr hohe Kosten verursachten, aber dort herausgenommen werden könnten. Man solle nicht für alle möglichen Kategorien Spezialanstalten einrichten, sondern zu einer gemischten Belegung zurückkehren. Er schlug vor, die Wandererfürsorge aus den Städten aufs Land zu verlegen, weil die Kommunen die vielen Arbeitslosen nicht mehr beschäftigen könnten. Die vorgesehenen Haushaltsansätze wurden angenommen.²⁶⁷

In der gleichen Sitzung erörterte der Provinziallandtag erneut Ersparnismöglichkeiten in Pflegeanstalten. Fahrenholz sprach für die SPD-Fraktion zum Kapitel 42, Titel 1, Fürsorge für Geisteskranke, Idioten und Epileptische. Laut Verwaltungsbericht der Provinzialverwaltung von 1929 hatte die Unterbringung von Geisteskranken die Bezirksfürsorgeverbände und die Provinz 17 Millionen Reichsmark gekostet. Bei steigenden Zahlen seit Kriegsende dränge sich die Frage nach Einsparmöglichkeiten auf. Fahrenholz behauptete, sie seien tatsächlich vorhanden. Bei einer Reihe von Insassen der Heil- und Pflegeanstalten seien die Krankheitserscheinungen so weit abgeklungen, „daß sie vielleicht eine geringe Gefahr für die Öffentlichkeit bedeuten“, ärztlicherseits aber nicht mehr behandlungsbedürftig seien. Sie könnten („nach dem Vorbilde, das der bekannte Psychiater Professor Kolb in Erlangen gegeben hat“) in Wohlfahrtsanstalten anderer Art (vor der offenen Fürsorge oder der Familienpflege) untergebracht werden. Die Pflegeanstalten würden diese Personen aber ungern entlassen, weil man sie in ihren Wirtschaftsbetrieben gut gebrauchen könne.

Fahrenholz plädierte weiter für eine möglichst früh einsetzende ambulante Heilbehandlung. Wenn geistige Störungen aufträten und die Ärzte zu dem Resultat kämen, dass der Zustand nicht für eine Einweisung in eine Heil- und Pflegeanstalt genüge, sehe man „tatenlos dem Zeitpunkte entgegen, wo der unglückliche Mensch infolge weiterer Ausbreitung seines Leidens gewissermaßen anstaltsreif“ werde. Demgegenüber müssten psychisch Erkrankte so schnell wie möglich einer Heilbehandlung zugeführt werden. Leider betrachteten die breiten Massen die Heil- und Pflegeanstalten immer noch als Einsperrhäuser statt als reine Krankenanstalten, die durchaus neuzeitlichen Verhältnissen entsprächen. Ähnlich schwer sei es gewesen, früher Geschlechtskranke dem Arzt zuzuführen, um sie vor dem Kurpfuscher zu bewahren. In diesem Fall hätten öffentliche Beratungsstellen zum Erfolg beigetragen, und für solche – „sagen wir einmal Beratungsstellen“ – warb Fahrenholz auch bei psychisch Erkrankten. Käme man auf diesem Wege zu Frühaufnahmen, ließe sich langfristig viel Geld sparen. Die privaten Heil- und Pflegeanstalten hätten ihre Position weiter verbessert. Es sei also höchste Zeit, „diese private Unterbringung einmal abzubauen“. Fahrenholz wiederholte seine 1930 vorgetragenen Argumente. Danach setzte er sich mit weiteren Anträgen auseinander: Den Anstaltsinsassen ein Taschengeld von 20 RM monatlich zu gewähren, lehnte er als zu pauschal ab. Was sollten Schwerkranke damit, „die nicht wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen“. Den Antrag, in den Arbeitsbetrieben nur für die persönlichen Bedürfnisse der Anstaltsinsassen zu produzieren, lehnte er ab. Er sprach sich dafür aus, der Anstaltsleitung zu überlassen, was getan werden kann.

Zum Antrag der kommunistischen Fraktion, die Mittel für die Unterbringung in Privatanstalten zu streichen, fragte Fahrenholz, ob „die Herren Kollegen von der Linken“ wirklich die 2.000 dort untergebrachten Kranken auf die Menschheit loslassen wollten. Er riet, den Antrag zu ändern und seine Forderung zu unterstützen, die Privatanstalten zu beseitigen.

Der SPD-Antrag, die Arbeitszeit des Pflegepersonals in den Heil- und Pflegeanstalten auf 48 Stunden wöchentlich festzusetzen und „Überarbeit“ in allen Dienststellen, Anstalten und Betrieben sofort zu untersagen, wurde in namentlicher Abstimmung an den Provinzialausschuss überwiesen.²⁶⁸

Im Sinne seiner Vorbehalte gegen private, insbesondere kirchliche, Träger wandte sich Fahrenholz gegen die Verpachtung einer hannoverschen Provinzialanstalt an das Henriettenstift. Das könne nur auf Kosten der Qualität und der gesamten Geschäftsführung gehen. Vor allem das Entbindungsheim müsse als öffentliche Einrichtung für die breite Masse erhalten werden. Nur wenige Gemeinden könn-

²⁶⁷ Hannoverscher Provinziallandtag 23.2.2.3.1931, S. 256–260.

²⁶⁸ Hannoverscher Provinziallandtag 23.2.–2.3.1931, S. 262–265; S. 273.

ten eine solche Einrichtung vorhalten, und in Hannover sei der Andrang der Wöchnerinnen groß. Nur etwas mehr als die Hälfte kämen aus der Stadt, der Rest stamme vom „platten Lande“. Auch dürfe eine solche Einrichtung nicht in kirchlicher Trägerschaft sein, auch wenn sie die Interkonfessionalität aufrechterhalten wolle. Außerdem müsse die Ausbildung in der hannoverschen Hebammenanstalt in staatlicher Verantwortung bleiben. Die von ihm unterstützte Position fand eine äußerst knappe 54:53-Mehrheit.²⁶⁹

Im Auftrag der Fraktion begründete Fahrenholz den Antrag, den Zuschuss für Fluglinien von 73.000 auf 50.000 RM zu senken. Die Unterhaltung und Bezuschussung sei Aufgabe des Staates oder des Reiches, nicht der Provinz. Im nächsten Jahr solle der Zuschuss ganz gestrichen werden. Die Kommunisten beantragten die Streichung des gesamten Kapitels „Fluglinien“ und die Zurückziehung der Beteiligung der Provinz an der Luftverkehrs-Aktiengesellschaft. Während dieser Antrag abgelehnt wurde, fand der SPD-Antrag mehrheitlich Zustimmung.²⁷⁰

Die Provinziallandtagswahl am 12. März 1933 fand nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung“ zusammen mit der Gemeindevahl statt. Im Abgeordneten-Verzeichnis steht bei vier der 26 sozialdemokratischen Abgeordneten „Mandat niedergelegt“. Senator Fahrenholz wird ohne diesen Vermerk als 32. von 112 Abgeordneten genannt. Der neue Oberpräsident Viktor Lutze eröffnete die konstituierende Sitzung. Die NSDAP empfing die Vertreter der Staatsregierung mit Heil-Hitler-Rufen. Fahrenholz nahm an der Sitzung teil. Er war Mitglied des Wahlprüfungsausschusses. Auch Dr. Heinrich Muhs (schon Regierungspräsident in Hildesheim) und Heinrich Schmidt („Staatskommissar“ im Hildesheimer Rathaus) gehörten dem Provinziallandtag an. Muhs fungierte als Vorsitzender der NSDAP-Fraktion. Als Staatskommissar („Vertreter der preußischen Staatsregierung“) stellte Lutze gegen Ende der Sitzung fest: „Da eine Zusammenarbeit nicht möglich erscheint, werden die sozialdemokratischen Mitglieder des Provinzialausschusses auf Grund ministerieller Anweisung beurlaubt.“ Auf diesen waren zuvor die Befugnisse des Provinziallandtags übertragen worden (den Antrag begründete Muhs). Lutze nahm auf ihn Bezug und stellte auch seinerseits fest, „daß sich der Provinziallandtag gleichgeschaltet hat mit den übrigen Parlamenten des Deutschen Reichs“.²⁷¹ Der von Telschow 1930 in einer Replik auf Fahrenholz angekündigte Umsturz war damit vollzogen. Telschow beteiligte sich daran als Landtagspräsident.

Deutscher Republikanischer Reichsbund

Im Fragebogen zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bezeichnete sich Fahrenholz 1933 als Mitglied des Reichsbanners seit Juli 1924.²⁷² Den Deutschen Republikanischen Reichsbund erwähnte er nicht, wahrscheinlich weil er inzwischen im Reichsbanner aufgegangen war.

Während der Reichsbanner in Hildesheim zeitgleich mit seinem Eintritt im Juli 1924 gegründet wurde, fand die erste öffentliche Werbeveranstaltung für den Deutschen Republikanischen Reichsbund, Ortsgruppe Hildesheim, schon am Freitag, 11. April 1924, im vollbesetzten Saal des Katholischen Vereinshauses statt. Das Referat hielt Landrat Krüger-Linden, der Vorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen. Nach dem Referat erklärten etwa 200 Teilnehmer ihren Beitritt zu der überparteilichen Organisation. Die Anmeldungen nahmen Senator Heinrich Fahrenholz (SPD), Humboldtstr. 14, Fabrikant Hans Stauff (DDP; Inhaber der Parfümeriefabrik de Laffolie), Heinrichstraße 16, Senator Hugo Kirchner (Zentrum), Pfaffenstieg 9 und Kürschnermeister Wilhelm Voßwinkel (SPD), Rathausstraße 16, entgegen.

Krüger beklagte, dass zwei Lügen das Volk auseinandertrieben: die Kriegsschuldlüge und die Dolchstoßlüge. „Das sicherste Bollwerk für ein geordnetes Vaterland aber ist unsere Weimarer Verfassung. An ihrer Schaffung haben Angehörige aller Schichten und Stände mitgewirkt. Sie zu schützen, ist mit die größte Aufgabe des deutschen Republikanischen Reichsbundes.“ Er solle dafür sorgen, dass die Kämpfe der politischen Parteien Kämpfe des Geistes werden. Die Jugend sei aufgerufen, die „undeut-

²⁶⁹ Hannoverscher Provinziallandtag 23.2.–2.3.1931, S. 289–291.

²⁷⁰ Hannoverscher Provinziallandtag 30.3.–28. 6.1932, S. 165–166; Entscheidung: S. 3.

²⁷¹ Hannoverscher Provinziallandtag 10.4.1933, S. 1–12.

²⁷² StadtA Hi Best. 102 Nr. 11177, Blatt 90b.

schen Kämpfe der Zersplitterung und Selbstzerfleischung zu beseitigen“. Senator Kirchner begrüßte den Reichsbund, weil man allzu lange an den Grundfesten der Republik rütteln lassen habe.²⁷³

Am Freitag, 9. Mai 1924, 20 Uhr, fand im Weißen Saal der Stadthalle die Gründungsversammlung statt, bei der sich die „Weimarer Koalition“ im Vorstand abbildete: Gewählt wurden zum 1. Vorsitzenden Fabrikant Stauff, zum 2. Vorsitzenden Senator Fahrenholz und zum 3. Vorsitzenden Senator Kirchner. Fahrenholz hielt nach den Vorstandswahlen den Vortrag „Der demokratische Grundzug in den Reformen des Freiherrn vom Stein“. Darüber schrieb das „Volksblatt“: „Die Versammlung lauschte andächtig den lehrreichen und interessanten Ausführungen und dankte am Schluß dem Redner durch Beifall. Ähnliche Vorträge sollen des öfteren gehalten werden.“²⁷⁴

Am Donnerstag, 12. Juni 1924, berichtete Fahrenholz vom Deutschen Republikanischen Tag in Lehrte. In Hildesheim werde ein solcher Tag im August stattfinden, bei dem die Fahne der Hildesheimer Ortsgruppe geweiht werden solle. Spenden dafür flössen erfreulicherweise reichlich.²⁷⁵

Wichtiges Anliegen des Reichsbundes und von Fahrenholz war, die republikanischen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold gegen die preußisch-monarchistischen Farben Schwarz-Weiß-Rot in der Öffentlichkeit durchzusetzen. Das war nicht leicht, immerhin konnten sich die Gegner darauf berufen, dass Artikel 3 der Weimarer Reichsverfassung die schwarz-weiß-rote Handelsflagge zuließ, allerdings mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke. Fahrenholz hielt dazu in Vertretung des verhinderten Lehrers Bergmann ein Referat. Das Volksblatt schrieb: „[Er] verstand es ausgezeichnet, aus der Geschichte von Schwarz-Rot-Gold vorzutragen. [...] Zu diesen Farben bekannten sich Jahn, Fichte, Fritz Reuter und andere bedeutende Persönlichkeiten des vergangenen Jahrhunderts. [...] Wenn die verfassungsgebende Nationalversammlung 1919 der Republik diese Farben gab, dann doch nur deshalb, weil unsere Vorfahren sich schon darum geschart und unter schwarz-rot-goldenen Fahnen für die Einheit des Deutschen Reiches gekämpft haben. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden für seine Ausführungen.“²⁷⁶ In der Folge bot die Ortsgruppe Hildesheim des Deutsch Republikanischen Reichsbundes die kostenlose Umarbeitung von schwarz-weiß-roten Fahnen in schwarz-rot-goldene an. Am 21. Juli 1924 unterstützte die Volkszeitung den Aufruf im redaktionellen Teil.²⁷⁷

Den von Fahrenholz angekündigten Deutsch-Republikanischen Tag veranstaltete die Ortsgruppe Hildesheim des Deutschen Republikanischen Reichsbundes am 2. und 3. August 1924. Die Bevölkerung von Hildesheim und Umgebung wurde „zur Teilnahme freundlichst einzuladen.“ Der Begrüßungsabend am Samstag fand mit musikalischer Umrahmung und dem Festvortrag „Republik wehr dich!“ von Polizeioberst Dr. Schützing in der Stadthalle statt. Am Sonntagvormittag hielt Redakteur Litt die Ansprache bei der Gedächtnisfeier auf dem Ehrenfriedhof für die Opfer des Weltkrieges. Nachmittags wurde ein Festzug von der Steingrube zur Ausstellungshalle veranstaltet, wo ab 17 Uhr ein Festakt mit General von Deimling und Landrat Krüger, Fahnenweihe und anschließendem Ball stattfand. Den Aufruf unterzeichneten Stauff, Fahrenholz und Kirchner als Vorsitzende.²⁷⁸

Rechtzeitig zum Republikanischen Tag erschien zum Auftakt am 2. August 1924 erstmals im „Volksblatt“ eine etwa 60x60 mm große Anzeige der Volksbuchhandlung am Marktplatz, die auf das „soeben erschienene“ Republikanische Liederbuch aufmerksam machte – ohne Nennung des Verfassers oder Herausgebers. Es kostete 25 Pf., wobei republikanische Vereinigungen bei Mehrbezug Rabatt erhielten. Ab 9. August kostete es 30 Pf.²⁷⁹

Der Herausgeber des „Republikanischen Liederbuchs“ war Heinrich Fahrenholz. Das Buch erschien in zwei Auflagen, die sich inhaltlich und umfänglich stark unterschieden. Die Übereinstimmungen sind markiert.

1924 ²⁸⁰	1925 ²⁸¹
---------------------	---------------------

²⁷³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 88, 6. Jg., 12. 4.1924.

²⁷⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 107, 6. Jg., 8.5.1924, Bericht am 10.5.1924.

²⁷⁵ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 136, 6. Jg., 13.6.1924.

²⁷⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 160, 6. Jg., 11.7.1924.


²⁷⁷ Inserat „Fahnentausch!“ in Hildesheimer Volksblatt, Nr. 167, 6. Jg., 19.7.1924.

²⁷⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 178, 6. Jg., 1.8.1924.

²⁷⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 179, 6. Jg., 2.8.1924.

²⁸⁰ StadtA Hi Nr. 15037.

²⁸¹ StadtA Hi Nr. 15038.

<p>Deckblatt: schwarz-rot-goldener Rahmen, Titel in Fraktur, in der Mitte Wappen mit Adler</p>	 <p>Deckblatt: schwarz-rot-goldener Rahmen, Titel in Fraktur, Bildmotiv „Reichstag“ unten, darüber dominierend die geschwungene schwarz-rot-goldene Fahne am Tragestock.</p>
	<p>Innenseite: Vom vorliegenden Liederbuch ist im gleichen Verlage eine Ausgabe mit Noten für eine Singstimme erschienen Preis kartoniert 70 Pfg., Ganzleinen 1,50 Mk.</p>
<p>Heinrich Fahrenholz, Republikanisches Liederbuch, Eine Sammlung von ernsten und heiteren Liedertexten für vaterländische Feiern und kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben Schwarz-Rot-Gold stattfinden. Darunter stilisiertes Verlagswappen Hildesheim. Verlag der Volksbuchhandlung. 1924.</p>	<p>Heinrich Fahrenholz, Republikanisches Liederbuch, Eine Sammlung von ernsten und heiteren Liedertexten für vaterländische Feiern und kameradschaftliche Veranstaltungen, die unter den Farben Schwarz-Rot-Gold stattfinden. Darunter Adlerwappen Hildesheim. Verlag der Buchhandlung des Hildesheimer Volksblattes. 1925.</p>
<p>Dir möchte ich diese Lieder weihen, geliebtes, deutsches Vaterland! Denn Dir, dem neuerstandenen, freien, ist all mein Sinnen zugewandt.</p> <p>Doch Heldenblut ist Dir geflossen; Dir sank der Jugend schönste Zier! Nach solchen Opfern, heilig großen, was gelten diese Lieder Dir? Uhland</p>	
<p>Vorwort Diese Sammlung ist entstanden aus dem Bedürfnis heraus, zur Ausgestaltung von Verfassungsfeiern, republikanischen Ta-</p>	<p>Vorwort In wenigen Monaten ist das „Republikanische Liederbuch“ in weit mehr als 50 000 Exemplaren über ganz Deutschland verbei-</p>

<p>gen und Veranstaltungen der republikanischen Verbände geeignetes Material für gemeinsam zu singende Lieder zu liefern. Es ist nun mal Tatsache, daß man vielen Menschen nicht von der Seite des Verstandes durch belehrende Vorträge die Dinge näher bringen kann, sondern man muß die Gefühlswelt zu fassen suchen und dazu sind stimmungsvolle Veranstaltungen mit gemeinsamen Liedern sehr geeignet. Hoffentlich erfüllt diese kleine Sammlung für gedachte Aufgabe ihren Zweck. Es sind nicht nur vaterländische Lieder im engeren Sinne des Wortes aufgenommen worden. Da in den republikanischen Verbänden auch gute Geselligkeit gepflegt wird, sind auch ein Bestand guter deutscher Volkslieder und – für vorgeschrittene Stunden – einige humorvolle Lieder mit aufgenommen worden.</p> <p>Für spätere Auflagen bin ich durchaus dankbar für Anregungen zur Verbesserung vorliegender Sammlung.</p> <p>Es besteht die Absicht, in kürzester Zeit auch eine Ausgabe mit Noten für 1 Singstimme herauszubringen und weiterhin eine solche mit Klavierbegleitung.</p> <p>H. Fahrenholz Hildesheim, Humboldtstr. 14</p>	<p>tet worden – ein Beweis, daß es für den gedachten Zweck geeignet war.</p> <p>Diese Sammlung ist entstanden aus dem Bedürfnis heraus, zur Ausgestaltung von Verfassungsfeiern, republikanischen Tagen und Veranstaltungen der republikanischen Verbände geeignetes Material für gemeinsam zu singende Lieder zu liefern. Es ist nun mal Tatsache, daß man vielen Menschen nicht von der Seite des Verstandes durch belehrende Vorträge die Dinge näher bringen kann, sondern man muß die Gefühlswelt zu fassen suchen und dazu sind stimmungsvolle Veranstaltungen mit gemeinsamen Liedern sehr geeignet. Hoffentlich erfüllt diese kleine Sammlung für gedachte Aufgabe ihren Zweck. Es sind nicht nur vaterländische Lieder im engeren Sinne des Wortes aufgenommen worden. Da in den republikanischen Verbänden auch gute Geselligkeit gepflegt wird, sind auch ein Bestand guter deutscher Volkslieder und – für vorgeschrittene Stunden – einige humorvolle Lieder mit aufgenommen worden.</p> <p>Meine im Vorwort zur ersten Auflage ausgesprochene Bitte, mir Anregungen für Verbesserung zukommen zu lassen, ist auf fruchtbaren Boden gefallen und sage ich allen, die mich durch Vorschläge und Kritik unterstützt haben, meinen besten Dank und verbinde damit die Hoffnung auf weitere freundliche Mitwirkung.</p> <p>Inzwischen war es auch möglich, eine Ausgabe mit Noten für 1 Singstimme herauszubringen, die im gleichen Verlage erschienen ist.</p> <p>H. Fahrenholz Hildesheim, Humboldtstr. 14</p>
<ol style="list-style-type: none"> 1. Bannerlied (Melodie: Flamme empor) 2. Schwarz-Rot-Gold (17. März 1848), Freiligrath 3. Bannerlied (Mel.: Sind wir vereint zur guten Stunde). 1848 4. Bundeslied (Mel.: Brüder reicht die Hand zum Bunde). Hoffmann von Fallersleben 5. Gelübde. Maßmann 6. Freiheit. Max von Schenkendorf 1814 7. Aufruf (Mel.: Zu Mantua in Banden). G. Herwegh 8. Die neue Zeit. Hermann Claudius 9. Freiheitsschwur. Aus dem Russischen 10. Gedankenfreiheit. Fliegende Blätter 1708 11. Aus des Alltags grauen Sorgen (Mel.: 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bundeslied (Mel.: Brüder, reicht die Hand zum Bunde) 2. Bannerlied (Melodie: Flamme empor) 3. Schwarz-Rot-Gold 4. Bannerlied (Mel.: Sind wir vereint zur guten Stunde). 1848 5. Bundeslied (Mel.: Sind wir vereint zur guten Stunde). T. Kellerbauer 5a. Schwarz-Rot-Gold (Mel.: Sind wir vereint zur guten Stunde). Hans W. Paetzel. 6. Kämpfer der Republik (Mel.: Stimmt an mit hellem, hohen Klang). Br. Georges 7. Das heilige Banner (Mel.: Es braust ein Ruf wie Donnerhall). Henning Duderstadt 8. Zur Bannerweihe (Mel.: Der Gott, der Eisen wachsen ließ). A. Philippsborn 9. Freiheit. Max von Schenkendorf 1814

<p>Vom Barette schwankt die Feder). Ernst Kerkow</p> <p>12. Ein Sohn des Volkes. Heinrich Pfeil</p> <p>13. Nicht betteln, nicht bitten (Mel.: Nur fröhliche Leute laßt Freunde mir heute...). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>14. Bundeszeichen (Mel.: Gaudeamus igitur). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>15. Ruf (Mel.: Ich hab mich ergeben...). Carl Riek</p> <p>16. Hoch die Freiheit. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>17. Hebt unsere Fahnen</p> <p>18. Lied der Deutschen. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>19. Mein Vaterland. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>20. Mein Lieben (Mel.: Ach, wenn du wärst mein eigen). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>21. Sehnsucht. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>22. Rheinlied.</p> <p>23. Heimkehr. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>24. An's Vaterland (Mel.: Hoch vom Dachstein an). K. Schneider</p> <p>25. Dem Vaterland. R. Reinick</p> <p>26. Der gute Kamerad</p> <p>27. Weihelied. M. Claudius</p> <p>28. Bundeslied.</p> <p>29. Der letzte Krieg (Mel.: Zu Mantua in Banden). Georg Herwegh</p> <p>30. Grüße an die Heimat. Carl Beils (!), vor 1828</p> <p>31. Lieb' Heimatland ade. August Disselhof</p> <p>32. In der Ferne. G. von Schlippenbach</p> <p>33. Abschied. F. Raimund</p> <p>34. Wanderlust. J. W. von Scheffel</p> <p>35. Wanderlied. J. Kerner 1809</p> <p>36. Rudelsburg. Kugler</p> <p>37. Müllers Wanderlust. W. Müller</p> <p>38. Der Wirtin Töchterlein. Uhland</p> <p>39. Erinnerung. Freudenthal</p> <p>40. Das Herz am Rhein. H. Dippel</p> <p>41. Freud und Leid. Schwäbisches Volkslied</p> <p>42. Im Krug zum grünen Kranze. W. Müller</p> <p>43. Der Mai ist gekommen. E. Geibel</p> <p>44. An die Freude. Schiller</p> <p>45. Ergo bibiamus. Goethe</p> <p>46. Trübsal</p> <p>47. Im Freien.</p> <p>48. Die Lorelei. Heine</p> <p>49. Abschied. Wagner</p> <p>50. Der Lindenbaum. Uhland</p> <p>51. Hab' Sonne! Cäsar Flaischlen</p> <p>52. Das deutsche Lied. H. Schütz</p>	<p>10. Aufruf (Mel.: Zu Mantua in Banden). G. Herwegh</p> <p>11. Gedankenfreiheit. Fliegende Blätter 1708</p> <p>12. Der freie Mann. G. K. Pfefferl</p> <p>13. Der Freiheit eine Gasse (Mel.: Der Gott, der Eisen wachsen ließ). Herwegh</p> <p>14. Nicht betteln, nicht bitten (Mel.: Nur fröhliche Leute laßt Freunde mir heute...). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>15. Freiheit (Mel.: Sind wir vereint zur guten Stunde). R. Prutz</p> <p>16. Sieg der Freiheit (Mel.: Deutschland, Deutschland über alles). A. v. Auersperg (Anastasius Grün)</p> <p>17. Hoch die Freiheit. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>18. Deutsch und frei (Mel.: Deutschland, Deutschland über alles). E. Scherenberg</p> <p>19. Burschenruf. Vor 1848)</p> <p>20. Die neue Zeit. Hermann Claudius</p> <p>21. Freiheitsschwur. Aus dem Russischen</p> <p>22. Ruf (Mel.: Ich hab mich ergeben...). Carl Riek</p> <p>23. Hebt unsere Fahnen</p> <p>24. Bundeszeichen (Mel.: Gaudeamus igitur). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>25. Unser Zeichen (Mel.: In des Waldes tiefsten Gründen). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>26. Trutzlied der Republik (Mel.: Ein' feste Burg). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>27. Der deutsche Adler (Mel.: Freiheit, die ich meine). W. Müller</p> <p>28. Ein Traum (Mel.: Was blasen die Trompeten). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>29. Freiheits-Gesang (Mel.: Der Gott, der Eisen wachsen ließ). Karl Henckell</p> <p>30. Gelübde. Maßmann</p> <p>31. Lied der Deutschen. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>32. Gesang der Oesterreicher (Mel.: Ich hab' mich ergeben). Hermann Rollett, 1848</p> <p>33. Unser Panier (Mel.: Deutschland, Deutschland über alles). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>34. Ich bin ein Deutscher (Mel.: Es zogen drei Bursche). Hoffmann von Fallersleben, 1842</p> <p>35. Mein Vaterland. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>36. Mein Lieben (Mel.: Ach, wenn du wärst mein eigen). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>37. Sehnsucht. Hoffmann von Fallersleben</p> <p>38. Heimkehr. Hoffmann von Fallersleben</p>
---	---

<p>53. Hobellied 54. Untreue. J. v. Eichendorff</p> <p>55. Heidenröslein. Goethe</p> <p>56. Siebenbürgisches Jägerlied</p> <p>57. Die Ritter von der Gemütlichkeit (Mel.: Wohlauf Kameraden aufs Pferd). 58. Als die Römer frech geworden. J. B. von Scheffel</p> <p>59. Schnaderhüpfel (Mel.: Mein Schatz ist a Reiter, a Reiter muß sein). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>60. Von der hohen Polizei (Mel.: O alte Burschenherrlichkeit). Geßler</p> <p>61. Ein lust'ger Muskante.</p> <p>62. Ein Sträußchen am Hute.</p> <p>63. Lob auf den Häring.</p> <p>64. Im schwarzen Walfisch zu Ascalon. B. von Scheffel</p> <p>65. Der ewige Demagog (Mel.: Deutschland, Deutschland über alles). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>66. Lindenwirtin. Baumbach 67. Frommer Wunsch. E. Amthor</p> <p>68. Türkische Liturgie (Me.: Wenn Tage, Wochen, Jahre schwinden). Hoffmann von Fallersleben 69. Als wir jüngst in Regensburg waren 70. Moritat. Friedrich Rückert 1830 71. Von den zehn Negerlein 72. Lammer-Lammerstraat. Hamburger Volkslied</p> <p>73. Volksweise aus Pommern: As Burlalärs boren wör...</p> <p>74. Von Herrn Pastor sin Koh</p> <p>75. Das Lied vom deutschen Philister (Mel.: Wohlauf, noch getrunken den funkelnden Wein). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>76. Losung</p>	<p>39. An's Vaterland (Mel.: Hoch vom Dachstein an). K. Schneider</p> <p>40. Dem Vaterland. R. Reinick</p> <p>41. Weihelied. M. Claudius</p> <p>42. Bundeslied. 43. Bundeslied der verschworenen Niederländer (Mel.: Gaudeamus igitur). K. Follen, 1819</p> <p>44. Der gute Kamerad. Uhland</p> <p>45. An die Freude. Schiller</p> <p>46. Der letzte Krieg (Mel.: Zu Mantua in Banden). Georg Herwegh 47. Vom Eisen (Mel.: Schier dreißig Jahre bist du alt). E. Wiebe 48. Gesang der Völker (Mel.: Niederländisches Dankgebet). Kurt Eisner</p> <p>49. Abschied. Wagner 50. Wenn wir marschieren.</p> <p>51. Grüße an die Heimat. Carl Bells (!), vor 1828 52. Wanderschaft. E. Geibel</p> <p>53. Müllers Wanderlust. W. Müller</p> <p>54. Wanderlied. J. Kerner, 1809</p> <p>55. Wanderlust. J. B. von Scheffel</p> <p>56. Der Wirtin Töchterlein. Uhland</p> <p>57. Rheinlied</p> <p>58. Die Lorelei. Heine 59. Köln am Rhein. 60. Drei Lilien. Altes Volkslied 61. Feinsliebchen</p> <p>62. Trübsal 63. An die Frauen. K. E. O. Fritsch, 1859 64. An die deutschen Frauen (Mel.: Sind wir vereint zur guten Stunde). Hoffmann von Fallersleben 65. Gold und Silber. A. Schnezler</p> <p>66. Erinnerung. Freudenthal</p> <p>67. Heidenröslein. Goethe</p> <p>68. Hab' Sonne! Cäsar Fleischlen</p> <p>69. Im Krug zum grünen Kranze. W. Müller 70. Der Jugend (Mel.: Auf, ihr Brüder, laßt uns wallen).</p> <p>71. Das deutsche Lied. H. Schütz 72. Soldatenlied</p> <p>73. Siebenbürgisches Jägerlied. F. v. Schober</p> <p>74. Hobellied 75. Im Freien. 76. Trinklied</p> <p>77. Die Ritter von der Gemütlichkeit (Mel.: Wohlauf Kameraden aufs Pferd). A. Krummacher 78. Die deutschen Schriftgelehrten (Mel.: Was glänzt dort vom Walde im Sonnenschein). Hoffmann von Fallersleben</p>
---	---

	<p>79. Von guten löblichen Gewohnheiten (Mel.: In des Waldes tiefsten Gründen). Hoffmann von Fallersleben, 1842</p> <p>80. Der Nürnberger Bierkrieg (Mel.: Stimmt an mit hellem, hohen Klang). Herwegh, 1866</p> <p>81. Schnaderhüpfel (Mel.: Mein Schatz ist a Reiter, a Reiter muß sein). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>82. Den vormärzlichen Ministern (Mel.: Mein Schatz ist ein Reiter). Hoffmann von Fallersleben, 1846</p> <p>83. Von der hohen Polizei (Mel.: O alte Bur-schenherrlichkeit). Geßler</p> <p>84. Der ewige Demagog (Mel.: Deutsch-land, Deutschland über alles). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>85. Lindenwirtin. Baumbach</p> <p>86. Als ich ein Junggeselle war</p> <p>87. Türkische Liturgie (Me.: Wenn Tage, Wochen, Jahre schwinden). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>88. Ewige Grenzsperr (Mel.: Mit Männern sich geschlagen) Hoffmann von Fallersleben, 1842</p> <p>89. Das allgemeine Beste. Hoffmann von Fallersleben, 1841</p> <p>90. Im schwarzen Walfisch zu Ascalon. B. von Scheffel</p> <p>91. Der verliebte Hering (Mel.: Ich weiß nicht, was soll es bedeuten). B. v. Scheffel</p> <p>92. Lob auf den Häring. H. Seidel</p> <p>93. Immer nur Griechisch und Latein (Mel.: Studio auf einer Reis'). Hoffmann von Fallersleben, 1844</p> <p>94. Latein, Latein, Latein! (Mel.: Mit dem Pfeil und Bogen). Hoffmann von Fallersleben, 1843</p> <p>95. Der gute Wille (Mel.: Mit dem Pfeil und Bogen). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>96. Die letzte Hose (Mel.: Letzte Rose, wie magst du). B. v. Scheffel</p> <p>97. Unheilbare Krankheit (Mel.: Mit dem Pfeil und Bogen). Hoffmann von Fallersleben, 1842</p> <p>98. Der deutsche Michel (Mel.: Wohlauf, die Luft ist klar und rein). F. v. Dingelstedt, 1842</p> <p>99. Das Lied vom deutschen Philister (Mel.: Wohlauf, noch getrunken den funkelnden Wein). Hoffmann von Fallersleben</p> <p>100. Losung Plattdeutscher Anhang</p> <p>101. De Eikboom (Mel.: Wohlauf Kameraden aufs Pferd). Fritz Reuter</p> <p>102. Lammer-Lammerstraat. Hamburger</p>
--	---

	Volkslied 103. Von Herrn Pastor sin Koh 104. Volksweise aus Pommern: As Burlala ers boren wör... Nachtrag Reichsbanner-Lied (Mel.: Wohlauf Kamera- den aufs Pferd). Walter Treumund Die Freiheitsfarben. Gustav Regener
Umfang: 72 Seiten, Format DIN A 6	Umfang: 96 Seiten, Format DIN A 6 3. Umschlagseite Soeben erschienen im gleichen Verlage: Für Freiheit und Vaterland (Republikanische Muse). Eine Sammlung republikanisch- vaterländischer Dichtungen aller Zeiten. Herausgegeben und mit Erläuterungen ver- sehen von Heinrich Fahrenholz Die Sammlung muß zum Hausbuch aller Republikaner werden. Die Dichtungen grup- pieren sich in folgende Abteilungen Dem Vaterland – Der Einheitsgedanke – Für Schwarz-Rot-Gold – Hoch die Freiheit – Gegen die Fürsten – Unsere Vorkämpfer und Märtyrer. Preis gut kartoniert 2.50 Mark

Mit wenigen Ausnahmen entstammen die Texte der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie erinnern an die Befreiungskämpfe gegen Napoleon, an die Erringung der Freiheiten durch die Stein'schen und Hardenberg'schen Reformen, an die demokratische und republikanische Bewegung, die zur Frankfurter Nationalversammlung führte und an die proletarischen Kämpfe mit ihren sozialen Forderungen. Die Bücher enthielten keine Noten. Eine Ausgabe mit Noten für eine Singstimme wurde 1924 angekündigt und 1925 beworben. Offenbar setzte Fahrenholz die Bekanntheit der Melodien zu den Texten voraus. Gelegentlich fügte er einen bekannten Titel hinzu, wenn das Lied nach dessen Weise gesungen werden sollte. Dabei unterlegte er oftmals „linke“ Texte mit den Melodien „rechter“ (nationalistischer, monarchistischer, militaristischer, rechts-bündischer, religiöser) Lieder:

Melodie	Text
Flamme empor	Bannerlied
Der Gott, der Eisen wachsen ließ	Zur Bannerweihe, Der Freiheit eine Gasse, Freiheits-Gesang
Es braust ein Ruf wie Donnerhall	Das heilige Banner
Deutschland, Deutschland über alles	Der ewige Demagog, Sieg der Freiheit, Deutsch und frei, Unser Panier
Gaudeamus igitur	Bundeszeichen, Bundeslied der verschworenen Niederländer
Niederländisches Dankgebet	Gesang der Völker
Ich hab mich ergeben	Ruf, Gesang der Österreicher
Ein' feste Burg	Trutzlied der Republik
O alte Burschenherrlichkeit	Von der hohen Polizei

Welche Texte und Lieder die Jugend 1929 bevorzugte, zeigt beispielhaft das Programm einer Jugendveranstaltung am Sonntag, 6. Oktober, im Gewerkschaftshaus: „1. Eine rote Fahne, Gedicht von Kurt Klaeber, 2. Brüder zur Sonne, gemeinsames Lied, 3. Internationale Arbeiterdichtungen, a) China: Klage der Garde. Der Tuchweber. Chinesische Arbeiter-Lieder. b) Amerika: Und was wirst du sagen von S. Cotter. Der Dichter ist ein Neger-Intellektueller; er lebt in Kentucky. – Amerikanisches Streiklied von U. Sinclair. Der Dichter lebt in Kalifornien. c) Deutschland: Drei Minuten Gehör, von Kurt Tucholski (!). – Unser die Sonne, von Alfred Thieme. 4. Wir sind das Bauvolk, gemeinsames Lied. 5. Weltbrand, von Erich Grisar. 6. Ansprache des Genossen Lehrer Albert Heuer, Hannover. 7. Gelöbnis.

Sprechchor von E. Grisar. 8. Die Internationale. Gemeinsamer Gesang“.²⁸² Keines der Lieder stand in Fahrenholz' Liederbuch.

„Die deutsche Republik marschiert!“ Unter diesem Titel berichtete das „Volksblatt“ ausführlich über die einzelnen Abschnitte des „Republikanischen Tages“ am 2. und 3. August 1924 und über vereinzelt Provokationen: So hätten „völkisch verseuchte Kriegervereine“ auf dem Ehrenfriedhof vor der Gedächtnisfeier des Republikanischen Reichsbundes Kränze mit schwarz-weiß-roten Schleifen niedergelegt. Anders als die öffentlichen Gebäuden hätten die Geschäftshäuser am Hohen Weg und in der Almstraße keinen schwarz-rot-goldenen Flaggenschmuck gezeigt, im Gegensatz zur Wollenweberstraße, Gelber Stern, Süsternstraße, Keßlerstraße und Rathausstraße. „Die Republikaner passen auf, wer von den Geschäftsleuten bei der nächsten Gelegenheit die schwarzweißroten Fahnen flaggt und werden dann ihre Maßnahmen zu treffen wissen“, drohte das „Volksblatt“. Senator Dr. Meyenberg überbrachte im Namen des Oberbürgermeisters und des Magistrats Grußworte. Anlässlich der Fahnenweihe beschloss die Versammlung, dem Reichspräsidenten ein Telegramm zu schicken mit dem Wortlaut: „Tausende in Hildesheim versammelte Republikaner entbieten dem Repräsentanten der Deutschen Republik, dem Herrn Reichspräsidenten, anlässlich ihres Deutsch-republikanischen Tages ihre herzlichsten Grüße und geloben, in Treue geeint, mit ganzem Herzblut zu Deutscher Republik zu stehen und für sie zu kämpfen. Deutsch-republikanischer Reichsbund. Stauff. Fahrenholz. Kirchner.“²⁸³

Zum „Geburtstag der deutschen Reichsverfassung“ am 11. August 1924 auf dem Berghölzchen riefen die Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und des Republikanischen Reichsbundes erstmals gemeinsam auf.²⁸⁴

Über die unklare Haltung des Hildesheimer Oberbürgermeisters beschwerte sich das „Volksblatt“ anlässlich des „Frontkämpfertags“. Rund 6.000 „Frontkämpfer“ waren aus der Provinz Hannover, aus Braunschweig und angrenzenden Gebieten am 13. und 14. September nach Hildesheim gekommen. Einzelne Straßen hätten den „nun schon allmählich gewöhnten Fahنشmuck“ Schwarz-Weiß-Rot gezeigt, die öffentlichen Gebäude seien allerdings mit den Stadt- und Reichsfahnen geschmückt worden. Nur der städtische Milchhof habe im schwarzweißroten Zeichen gestanden. Der Oberbürgermeister begrüßte „im Bratenrock“ die „reaktionäre Kampftruppe“. „Zum Dank dafür blökten dann auch einzelne Gruppen bei Anblick der Reichsfahne am Rathause Pfui.“²⁸⁵

Zu Ehren des verstorbenen Konrad Haenisch, des ersten Volksbildungsministers des Freistaats Preußen, veranstaltete der Deutsche Republikanische Reichsbund – „unsere Bruderorganisation“ schrieb das sozialdemokratische „Volksblatt“ – am 19. Mai 1925 im großen Saal der Stadthalle eine Abendfeier, der sich eine Gedächtnisfeier zum 50. Todestag Georg Herweghs, „des sturmerprobten Vorkämpfers für die deutsche Republik und deren Farben Schwarz-Rot-Gold“, anschloss. Die Ansprachen hielten Direktor Dr. Koch und Senator Fahrenholz. Im musikalischen Rahmenprogramm waren neben Orgelspiel und Arbeiterjugendchor auch gemeinschaftlich gesungene Herweghsche Lieder vorgesehen, für die Liederbücher mitzubringen seien. Dem Veranstaltungsbericht vom 20. Mai zufolge begrüßte Fahrenholz die Mitglieder, deren Angehörige und andere Republikaner und sprach im zweiten Teil der „eindrucksvollen Gedenkfeier“ nach einem gemeinsam gesungenen Lied über „Leben und Werk Herweghs“. „Treffliche Unterstützung fand er dabei durch die Rezitationen des Herrn Dinghaus [Oberspielleiter des Stadttheaters, H. H.], der aus Werken des Dichters schöpfte und so am besten den Feuerkopf und Freiheitskämpfer schildern konnte.“²⁸⁶

1926 bewarb das „Hildesheimer Volksblatt“ das dritte Buch von Heinrich Fahrenholz: „Jeder Republikaner muss dieses Buch besitzen! Im unterzeichneten Verlage ist von dem bestens bekannten Herausgeber des Republikanischen Liederbuches, Heinrich Fahrenholz, erschienen: Für Freiheit und Vaterland. Eine Sammlung vaterländischer Dichtungen aller Zeiten. Das Buch enthält auf 192 Seiten Großoktav 200 Dichtungen republikanisch-vaterländischen Geistes und ist so recht geeignet, ein Hausbuch jedes deutschen Republikaners zu werden. Für die Kameraden vom Reichsbanner bildet das

²⁸² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 233, 11. Jg., 5.10.1929.

²⁸³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 180, 6. Jg., 4.8.1924.

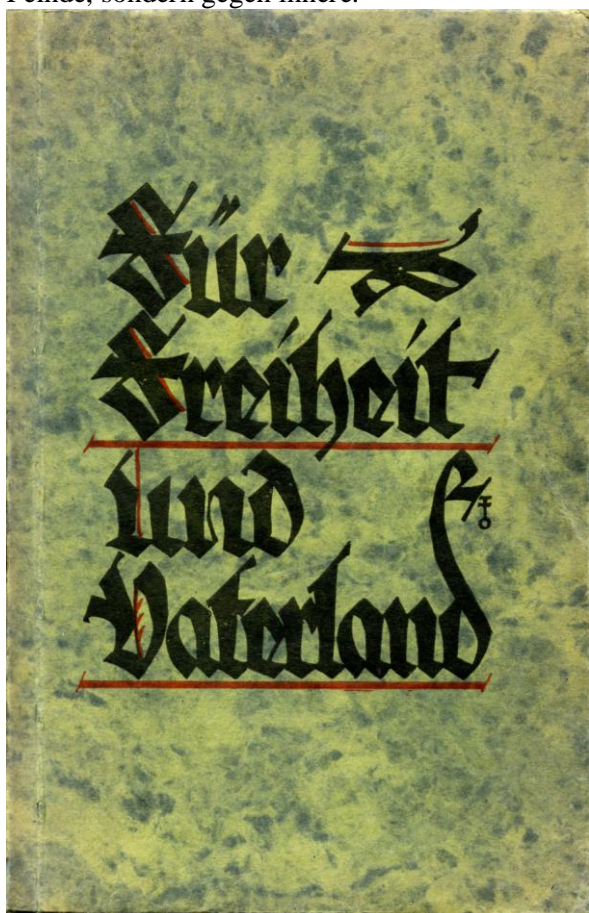
²⁸⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 186, 6. Jg., 11. 8.1924.

²⁸⁵ Hildesheimer Volksblatt, 216, 6. Jg., 15.9.1924.

²⁸⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 113, 7. Jg., 16.5.1925.

Werk eine unerschöpfliche Fundgrube für Rezitation bei republikanischen Feiern. Preis des Buches, gut kartoniert, 2,50 Mark. Buchhandlung des Hildesheimer Volksblattes“.²⁸⁷

Der Titel „Für Freiheit und Vaterland!“ war als Kampfruf gemeint. Er richtete sich gegen die Besetzung beider Begriffe durch die „rechten“ Parteien. Die von Fahrenholz versammelten Dichter stellt er wie eine Ahnenreihe republikanischer und freiheitsliebender Vordenker vor, der älteste, Ulrich von Hutten, steht für die Begründung des Humanismus, die jüngsten, wie Karl Bröger, Bruno Georges, Max Barthel oder Jürgen Brand, verbinden sozialistisches Denken mit patriotischer und republikanischer Gesinnung. Gerade die im ersten Kapitel „Dem Vaterland!“ stehenden Texte sind allerdings im ideologischen Sinne ambivalent. Der Sozialdemokrat Karl Bröger musste zum Beispiel ertragen, dass seine Texte von den Nationalsozialisten vereinnahmt wurden. Die anderen Abschnitte „Der Einheitsgedanke“, „Für Schwarz-Rot-Gold“, „Hoch die Freiheit!“, „Gegen Fürstengewalt!“ und „Vorkämpfer und Märtyrer.“ konnten weniger missbraucht werden. Mit ihnen zeigt Fahrenholz, dass „Freiheit und Vaterland“ erkämpft werden mussten und deshalb verteidigt werden müssen – nicht gegen äußere Feinde, sondern gegen innere.



Die hervorgehobenen Namen stellt Fahrenholz im Kapitel „Vorkämpfer und Märtyrer.“ mit biographischen Angaben vor. In Klammern stehende Angaben wurden recherchiert, die „Bemerkungen“ kommentieren oder korrigieren die Angaben von Fahrenholz.

	Autor	Lebensdaten	Texte (Seite)	Bemerkung
1.	Ulrich von Hutten	1488–1523	S. 96	
2.	Christian Schubart	1739–1791	102, 103	
3.	Johann Gottfried Seume	1763–1815	195, 107	
4.	Ernst Moritz Arndt	1769–1860	111 24, 25	
5.	Ludwig Börne	1776–1837	113	

²⁸⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 8, 8. Jg., 27.1.1926, erneut in Volksblatt Nr. 45 v. 23.2.1926 und im Volksblatt Nr. 185, 8. Jg., 11.8.1926, zum Verfassungstag.

6.	Joseph von Görres	1776–1848	117	
7.	Sylvester Jordan	(1792–1861)	ohne	ohne Lebensdaten, gewürdigt als „Märtyrer kurfürstlicher Willkür“ durch Gedichte von Herwegh, Rollett und Freiligrath
8.	Ernst Ortlepp	1800–1864	124, 125 27, 29, 48	
9.	Heinrich August Hoffmann von Fallersleben	1798–1874	126–133 10, 11, 14–18, 33, 39, 46, 69, 91, 94, 161	1850
10.	Robert Blum	1804–1848		
11.	Anton von Auersperg (Anastasius Grün)	1806–1876	135–140	
12.	Karl Heinzen	1809–1880	141–143	
13.	Harro Harring	1810–1876	144–145 23, 26, 86, 87	Richtig: 1798–1870
14.	Ferdinand Freiligrath	1810–1876	146–161 48, 49, 122	mit der Würdigung von Hoffmann von Fallersleben auf S. 161
15.	Adolf Glaßbrenner	1810–1876	162, 163 36, 93	
16.	Friedrich von Sallet	1812–1843	164–167	
17.	Georg Büchner	1813–1837		mit einer Würdigung von Georg Herwegh auf S. 169
18.	Gottfried Kinkel	1815–1882	170 18, 48	mit einer Würdigung von A. Strodtmann auf S. 171
19.	Robert Prutz	1816–1872	172–175 7, 61, 67, 68, 70, 97, 134	1848
20.	Georg Herwegh	1817–1875	176–182 1 (Motto), 34, 38, 46, 68, 71, 73, 119, 168	
21.	Hermann Rollett	1819–1904	183–185 52, 80, 121	1845, 1843
22.	Ludwig Pfau	1821–1894	186–188 114	Vor 1847
23.	Adolf Strodtmann	1829–1879	189–192 39, 99, 171	

24.	(Johannes Heinrich Braach)	(1887–1940)	3	Autor des Leitgedichts „Volk“
25.	R(ober) Reinick	(1805–1852)	9	
26.	Karl Bröger	(1886–1944)	11, 21, 54	
27.	Karl Henckell	(1864–1924)	12, 20	
28.	K(arl Friedrich Theodor) Schneider alias Karl von Niebusch	(1821–1895)	13	
29.	(Johann) C(arl Friedrich) Rinne	(1796–1875)	13	
30.	Hans Witte		19	
31.	Jürgen Brand (Pseudonym von Emil Sonnemann)	(1869–1950)	19, 75	1914
32.	Max(imilian) Dortu	(1826–1849)	22, 60	
33.	G(ustav) Kühne	(1806–1888)	31, 32, 35, 36	
34.	K(arl) Herloßsohn	(1804–1849)	32, 82, 83	1832 (Erläuterung: Der Name ist Herloß, als Schriftsteller Herloßsohn, S. 82)
35.	A(dolf) Schults	(1820–1858)	37, 51	
36.	C(arl) Hinkel	(1793–1817)	41	
37.	M(oritz) Döring	(1798–1858)	42	
38.	A(ugust Daniel) v. Binzer	(1793–1863)	42	
39.	„Hambacher Festlied“		43	1832
40.	T(theodor Norbert) Kellerbauer	(1839–1918)	47	
41.	K. S. (Karl-Heinrich Schnauffer?)		50	Oktober 1848
42.	(Anton Wilhelm von Zuccalmaglio, genannt Wilhelm von) Waldbrühl	(1803–1869)	51	1848
43.	(Karl-Heinrich Schnauffer)	(1823–1854)	51	1848
44.	(Johann) O(tto) Prechtler	(1813–1881)	52	1848
45.	L(udwig) Seeger	(1810–1864)	53, 64, 79	
46.	Henning Duderstadt		55	1924
47.	L(udwig) Lessen	(1873–1943)	56	1923
48.	Bruno Georges	(1892–1968)	57, 59	
49.	J. G. A. Petzold		58	aus: Bröger, 1925
50.	A. Philippsborn		58	
51.	(Friedrich Gottlieb) Klopstock	(1724–1803)	61	
52.	(Gottfried August) Bürger	(1747–1797)	61	
53.	Fr(iedrich) L(eopold von) Stolberg Friedrich Leopold Graf zu Stolberg	(1750–1819)	65	
54.	(Johann Jacob) Rambach	(1737–1818)	65	
55.	(Nikolaus) Lenau Nikolaus Franz Niembsch (seit 1820) Edler von Strehlenau	(1802–1850)	66, 67, 82	
56.	(Johann Wolfgang von) Goethe	(1749–1832)	70	
57.	Friedrich v(on) Bodenstedt	(1819–1892)	71	
58.	M. Hartmann		72	1845
59.	(Christian Friedrich) Hebbel	(1813–1863)	74, 88	
60.	H(einrich) O(tto) Lüning	(1818–1868)	74, 115	1844
61.	Max Barthel	(1893–1975)	76	
62.	Jakob Audorf	(1834–1898)	77, 115	1856
63.	(Ludwig) Uhland	(1787–1862)	79, 84	
64.	(Friedrich von) Logau	(1604–1655)	81	

65.	K(arl Theodor Christian Friedrich) Fol- len	(1796–1840)	81	1819
66.	(Gottlieb Konrad) Pfeffel	(1736–1809)	82	
67.	A(ugust) v(on) Platen	(1796–1835)	83, 92	
68.	A(dalbert) v(on) Chamisso	(1781–1838)	84	
69.	ohne Autor		88	“Die Republik, 1848”
70.	M(ax) Waldau	(1825–1855)	89	1848
71.	(Friedrich) Schiller	(1759–1805)	91	
72.	(George Gordon Noel) Byron	(1788–1824)	93	übersetzt von (Otto) Gildemeister
73.	Heinrich Grahl			1847
74.	Fr(anz Freiherr) v(on) Dingelstedt	(1814–1881)	182	
75.	Percy Bysshe Shelley	(1792–1822)	191	übersetzt von Adolf Strodtmann

Im Februar 1926 kaufte die Stadtbücherei das Fahrenholz-Buch. Das „Volksblatt“ erwähnte es unter den monatlich aufgelisteten Neuerwerbungen.²⁸⁸

Es gibt kaum eigenhändig verfasste schriftliche Zeugnisse von Fahrenholz aus seiner Zeit in Hildesheim. Seine Reden im Provinziallandtag wurden stenographiert. Seine Stellungnahmen zu den Vorwürfen im Disziplinarverfahren nach der faktischen Amtsenthebung wurden protokolliert. Das Vorwort zu seiner Anthologie wird hier deshalb wörtlich wiedergegeben, auch weil es Fahrenholz' Haltung und Verhalten zu verstehen hilft:

„Durch den Zusammenbruch des alten schwarzweißroten Deutschen Reiches fiel dem deutschen Volke die Republik wie ein Geschenk in den Schoß und wurde als eine Selbstverständlichkeit hingenommen. Die auf dem Boden der Verfassung stehenden politischen Parteien suchten dann in der Folgezeit ihre b e s o n d e r e n parteipolitischen Ziele zu verwirklichen und vergaßen darüber das Nächstliegende: Den Ausbau des Volksstaates! Sie hielten es für unnötig, das ihnen g e m e i n s a m e Fundament noch besonders zu befestigen in der Annahme, daß der Volksstaat im Wesen des deutschen Volkes hinreichend verankert sei.

Diese Tatsache ist sicher unbestreitbar; aber die früheren Gewalthaber haben es glänzend verstanden, durch Mißbrauch der Schulerziehung, durch geistigen und körperlichen Drill im Heere, durch Kaisergeburtstagsfeiern und sonstige Monarchenverhimmelungen in größeren Teilen unseres Volkes eine bedientenhafte Untertanengesinnung, eine Kritiklosigkeit gegenüber politischen Fragen und eine Rückgratlosigkeit zu erzeugen, daß viele mit den erworbenen Freiheiten nichts anzufangen wissen. Ja, man durfte es wagen, die hervorragendsten demokratischen Geister wie Kant, Fichte, Stein, umzumünzen und sie als Kronzeugen g e g e n Volksbefreiung hinzustellen.

So gilt es vorher eine große Erziehungsaufgabe zu lösen, um das deutsche Volk wieder auf sein Selbst zurückzubringen, es erkennen zu lassen, daß seinem ureigensten Fühlen und Denken der freie Volksstaat entspricht, und es daher Volksaufgabe ist, das Wesen des Volksstaates zu erfassen, ihn als die Grundlage allen kulturellen und politischen Aufstiegs zu erkennen, um diesen Staat in der Stunde der Gefahr mit Gut und Blut zu verteidigen; dann werden wir die breiten Volksmassen wieder in positive Stellung zum Staat bringen und sie zur Vaterlandsliebe im besten Sinne des Wortes erweckt haben.

Diese große Erziehungsaufgabe wird im großen Stil durchzuführen versucht durch die republikanischen Organisationen. Es genügt aber nicht, wenn letztere ihren Mitgliedern den Volksstaatgedanken durch schöne und gedankenreiche Vorträge nahezubringen suchen. Es gibt so viele Volksgenossen, die die Dinge weniger von der Verstandesseite erfassen, sondern die ihre Stellung zu großen Fragen weit mehr von der Möglichkeit gefühlsmäßiger Erfassung abhängig machen. Was ist aber besser geeignet, deutsche Volksgenossen für die Ideale der Vaterlandsliebe und Freiheit zu begeistern, als die lebendigen Dichtungen der Vorkämpfer für diese Ideale.

Die vorliegende Sammlung will der Mitarbeit an der genannten Volkserziehungsaufgabe dienen und wird hoffentlich nicht nur von Einzelnen gelesen, sondern man muß sie recht oft zur Hand nehmen,

²⁸⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 63, 8. Jg., 16.3.1926.

um Proben im Geiste Gleichgesinnter zum Vortrag zu bringen. Namentlich bei den Zusammenkünften der Republikaner in den Ortsgruppen des Reichsbanners ‚Schwarz-Rot-Gold‘ und des Republikanischen Reichsbundes wird die Sammlung hinreichendes Vortragsmaterial bieten, um dann in Verbindung mit gemeinsam gesungenen Liedern die rechte Stimmung zu erzeugen. Immer wieder muß auf Pflege des gemeinschaftlichen Liedes hingewiesen werden und es ist eine schwere psychologische Unterlassungssünde, wenn man die Versammlungsteilnehmer nur mit Vorträgen beglückt, ohne sie selbst durchs Lied auch zu Worte kommen zu lassen.

Zum Verständnis der einzelnen Dichtungen sind Erläuterungen in großer Zahl und auch Einzelheiten aus dem Leben der Dichter gegeben, um auch zu ihnen die richtige Einstellung zu gewinnen zur Korrektur des vielfach aus der Schule mitgebrachten falschen Bildes. Wenn die Erläuterungen Manchem Selbstverständlichkeiten bieten, so bitte ich zu beachten, daß die Sammlung in erster Linie für die Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung bestimmt ist.

Es sind vorwiegend heute nicht mehr lebende Dichter zum Worte gekommen; hoffentlich stellt die lebende Generation sich noch weit mehr als bisher in den Dienst unserer Volkserziehungsaufgabe, sodaß eine fernere Auflage dieser Sammlung schon ein anderes Aussehen erlangen kann.

Hildesheim, Juli 1925

Humboldtstr. 14

H. Fahrenholz.²⁸⁹

Bei der Freiligrath-Gedächtnisfeier des Deutsch-Republikanischen Reichsbundes im großen Klubzimmer der Stadthalle am Donnerstag, 18. März 1926, zeigte Fahrenholz, wie er sich den praktischen Umgang mit seiner Gedichtsammlung vorstellte. „Gemeinsam gesungene Lieder und stimmungsvoll vorgetragene Gedichte Freiligraths, durch Bundesbruder Senator Fahrenholz, umrahmten die sinnige Feier“, in deren Mittelpunkt die Festrede von „Bundesbruder Oberstudiendirektor Dr. Koch, Hannover“ stand. Eine Sammlung zugunsten des in Armut lebenden Sohnes des Dichters ergab den Betrag von 25 Mark²⁹⁰, ein Betrag, der auf eine Teilnehmerzahl von etwa hundert hindeutet.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Die Verbände der republikanischen Kriegsteilnehmer schlossen sich am 22. Februar 1924 in Magdeburg zur Reichsorganisation Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer, zusammen. Nach rechts wurde eine klare Grenze gezogen: „In seine Reihen nimmt der Bund jeden Kriegsteilnehmer auf, der mit Herz und Hand für die deutsche Republik einzutreten gewillt ist. Kommunisten und Monarchisten haben im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold keine Stätte.“ Das Bundesgebiet gliederte sich in Gaue, in denen die Ortsvereine zusammengefasst waren.²⁹¹

Die ideologische Grenzziehung war eigentlich unnötig. Wer die Ziele des Reichsbanners bekämpfte, schloss sich ihm sicher nicht an. Sie war wohl eher ein Signal. Der Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landes-Kriegerverbände hatte über viele Jahre auch auf die Gesinnung geachtet und Arbeitern, insbesondere aber Sozialdemokraten, die Bezeichnung „Krieger“ nicht zugestanden. Erst am 10. Dezember 1916 beschloss der Hannoversche Provinzial-Kriegerverband, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie nach den im Krieg gemachten Erfahrungen zu ändern. Nun solle auch denen, die sich Sozialdemokraten nannten, der Eintritt in die Kriegervereine gewährt werden, da sie dadurch ja ihre Treue zu Kaiser, Reich und Vaterland bekräftigten.²⁹²

Nachdem die Sozialdemokraten die Treue zum Kaiser 1918 aufgekündigt hatten, war die Gründung einer republikanischen Kriegsteilnehmer-Organisation für Reich und Vaterland nur konsequent. Im Gründungsaufwurf vom 14. Juli 1924 klingt die Verwunderung an, dass es über fünfeinhalb Jahre dauerte, bis sie aus der Taufe gehoben wurde: „Republikaner! Spät, aber nicht zu spät haben die großen Massen der Anhänger der Republik eingesehen, daß der Zusammenschluß aller Republikaner zum Schutze der Republik notwendig ist.“ In Hildesheim wolle man nun auch eine Organisation gründen,

²⁸⁹ Fahrenholz, Heinrich, Für Freiheit und Vaterland! Eine Sammlung vaterländischer Dichtungen aller Zeiten. Hildesheim 1925, S. 5–6.

²⁹⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 66, 8. Jg., 19.3.1926.

²⁹¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 71, 6. Jg., 24. 3.1924.

²⁹² Hildesheimer Zeitung v. 12.12.1916.

„die ein Glied des Reichsbanners ist“. Der Bund werde dem nationalsozialistischen und monarchistischen Demagogentum mit den Mitteln der Aufklärung und Werbung für den republikanischen Gedanken entgegentreten. „Bei allen gewaltsamen Angriffen auf die republikanische Verfassung wird der Bund die republikanischen Behörden in der Abwehr unterstützen und die Gegner der Republik niederkämpfen mit denselben Mitteln, mit denen sie die Republik angreifen.“²⁹³

Die SPD initiierte die Gründung. Am Freitag, 11. Juli 1924, hatte sie die Parteifunktionäre zu einer „wichtigen Besprechung“ ins Gewerkschaftshaus eingeladen. Einziger Tagesordnungspunkt: Stellungnahme zur Gründung einer Ortsgruppe des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer“.²⁹⁴

Zur Gründungsversammlung rief das „Hildesheimer Volksblatt“ per Inserat auf. Sie fand Mittwoch, 16. Juli, abends 8 Uhr, im großen festlich geschmückten Saal des Gewerkschaftshauses unter Mitwirkung des Gesangvereins Gleichheit und der Moritzberger Turnerkapelle statt. Neben Sozialdemokraten seien viele Demokraten, Zentrumsangehörige und sonstige Republikaner anwesend gewesen. Gesungen wurden die „Hymne“ von Mohul²⁹⁵, der „Freiheitsschwur“ von Mendelssohn-Bartholdi und „Brüder, laßt uns treu zusammenstehen“. Unter anderem sagte Johannes Lau, Hannover: „Die Reichsfahne wird als Judenfetzen bezeichnet. Das soll entehrend wirken. Dabei vergessen diese Lausbuben, daß auch Juden als Kameraden mit in den Weltkrieg gezogen und für ihr deutsches Vaterland gekämpft und geblutet haben.“ 200 Kameraden traten bei, mehr Beitrittserklärungen hatte man nicht parat.²⁹⁶

Das Verhältnis von Fahrenholz' Deutsch-Republikanischem Reichsbund zum Reichsbanner war kameradschaftlich. Mindestens bis zur Freiligrath-Gedächtnisfeier 1926 bestanden beide Organisationen nebeneinander. Von einer Verschmelzung war im „Volksblatt“ nichts zu lesen. Nach seiner Selbstauflösung hat Fahrenholz seit Juli 1924 auch dem Reichsbanner angehört. Er war Gründungsmitglied. Eine Funktion übernahm er im Reichsbanner nicht. Die erste Mitgliederversammlung der Hildesheimer Ortsgruppe des Reichsbanners wählte die Kameraden (und Sozialdemokraten) Warmbold, Hermann Hillebrandt, Brunke, Brusckke, Voßwinkel, Eger und Heinrich Hillebrandt in den provisorischen Vorstand.²⁹⁷ Den ordentlichen Vorstand wählte die Hauptversammlung am 28. August im großen Saal des Gewerkschaftshauses: 1. Vorsitzender Heinrich Hillebrandt, 2. Vorsitzender Westphal, Schriftführer Voßwinkel, Kassierer Knackstedt.²⁹⁸

Zum Reichsbannertag am 2. August erschien das „Hildesheimer Volksblatt“ vierfarbig. Die wehende schwarzrotgoldene Fahne war auf der Titelseite abgebildet. Darunter war das Republikanische Bannerlied „Schwarz-Rot-Gold“ abgedruckt, das Karl Bröger dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gewidmet hatte:

„Schwarz-Rot-Gold ist unser Panier.
Für diese Farben steh'n und fallen wir.
Hoch unsere Fahne,
Reckt sie in den Wind!
Alle Welt soll wissen,
Daß wir ihr verschworen sind.

Wer ein wahrer Mann ist,
Tritt in Reih' und Glied,
Folgt dieser Fahne,
Die rauschend vor uns zieht.
Keiner ist zu wenig,
Alle müssen's sein.
Brüder, tretet an
Und schließt die Reih'n!

²⁹³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 162, 6. Jg., 14.7.1924.

²⁹⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 158, 6. Jg., 9.7.1924.

²⁹⁵ Gemeint ist wohl Etienne-Nicolas Méhul.

²⁹⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 165, 6. Jg., 17.7.1924.

²⁹⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 173, 6. Jg., 26.7.1924.

²⁹⁸ Hildesheimer Volksblatt, 29.8.1924.

Schwarz war die Nacht,
 Aus der die Fahne stammt.
 Rot ist das Blut,
 Das für ihre Farben rann.
 Golden ist die Freiheit,
 Ist Recht und Einigkeit.
 Schwarz-Rot-Gold
 Für jetzt und allezeit.

Schwarz-Rot-Gold ist unser Panier.
 Für diese Farben stehen und fallen wir.
 Höher die Fahne!
 Zu ihr jeden Blick!
 Schwarz-Rot-Gold soll wehen
 In der deutschen Republik.“

Die Sonderausgabe stellte den Gästen Hildesheim und seine Schönheiten vor. Auf der Rückseite des farbigen Teils warb die Buchhandlung des „Hildesheimer Volksblattes“ für das „Republikanische Liederbuch“ (Preis 30 Pfennig). Im Anzeigenteil rief der Vorstand des „Republ. Reichsbunds“ seine Mitglieder auf, „unsere Fahne am Sonntag im Festzuge“ zu begleiten.²⁹⁹

Am Montag, 3. August, berichtete das „Volksblatt“ unter der Überschrift „Schwarzrotgoldenes Hildesheim“ von 5.000 Teilnehmern. Hervorgehoben wurde die Gedenkfeier auf dem Ehrenfriedhof mit Pastor Schaumburgs Appell „Nie wieder Krieg!“ Rezipiert wurden Karl Brögers „Abkehr vom Krieg“, Max Barthels „Die Freiheit“, Jürgen Brands (Pseudonym des Bremer Lehrers Emil Sonnemann) Heimatgedicht, Detlev von Liliencrons „Pidder Lüng“ und Étienne-Nicolas Méhuls Hymne.

Die enge Verbundenheit Fahrenholz' mit dem Reichsbanner belegen seine Auftritte als Redner bei dessen Veranstaltungen. Am Republikanischen Tag nahmen am 5. Oktober 1924 in Sarstedt 2.000 Reichsbannerleute teil. Es war eine wichtige und feierliche Veranstaltung, denn dort wurde das neue Banner der Sarstedter geweiht. Man sang die dritte Strophe des Deutschlandliedes. „Hierauf ging es zum Ehrenfriedhof, wo Kamerad Fahrenholz-Hildesheim mit sinnigen Worten der im Weltkrieg gefallenen Toten gedachte.“³⁰⁰

Gemeinsam nahmen die Repräsentanten des Reichsbundes, des Reichsbanners, der SPD und des ADGB, gleichsam als Verwagnahme der „Eisernen Front“, Anfang Februar 1925 an einer Versammlung der „vaterländischen und völkischen Verbände Hildesheims“ mit dem Celler Lehrer Helmerts als Redner teil. Provokativ hatte man insbesondere die Reichsbannerleute eingeladen, „wenn sie wissen wollten, wer die Freunde ihrer Führer seien“. Unter der Überschrift „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nimmer los“ schrieb das „Volksblatt“: „Was Helmerts nicht sagte, wurde von unseren Parteifreunden mit um so deutlicherer Sprache gesagt. Böcken, Fahrenholz, Richter, Hillebrandt nannten das völkische Kind beim richtigen Namen. Von ihnen wurde auf die wirkliche Korruption in der Vor- und Nachkriegs- und auch in der Kriegszeit hingewiesen. Hillebrandt wandte sich gegen die Verhöhnung der Reichsbanner-Frontkämpfer, ein Herr Abter verwahrte sich als Jude gegen die Judenhetze.“³⁰¹

Am Mittwoch, 9. Dezember 1925, sprach Fahrenholz auf einer „großen Protestversammlung“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Hildesheim, im großen Saal des Gewerkschaftshauses gegen die Rückgabe oder Entschädigung des 1919 enteigneten Fürstenvermögens. Das „Volksblatt“ berichtete ausführlich über die Veranstaltung. Fahrenholz behandelte die geschichtliche und juristische Seite des Problems. Er ging eingehend auf die Entstehung des Fürsten- und Kronvermögens ein und zeigte auf, „wie die Hohenzollern infolge ihrer Macht Staatsvermögen zu Familienvermögen machten“. Die Cumberländer seien völlig verschuldet nach Braunschweig und Hannover gekommen und galten „nach drei Geschlechtern aber schon als reichste Fürsten [...]. Kein Wunder, denn das Volk wurde ausgesogen bis aufs Blut“. Rechtlich sei die Fürstenabfindung Sache der Länder. Aber Fahrenholz forderte: „Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung, die die Lebensfragen des deutschen

²⁹⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 177, 7. Jg., 1.8.1925.

³⁰⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 234, 6. Jg., 6.10.1924.

³⁰¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 29, 7. Jg., 4.2.1925.

Volkes in den Vordergrund stellt. Kein Vermögen darf herausgegeben werden.“ Die Versammlung beschloss eine entsprechende Resolution an den Bundesvorstand des Reichsbanners.³⁰²

Offenbar zum gleichen Thema sprach „Kamerad Fahrenholz“ bei der „Zweiten Kameradschaft“ des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, einer von acht Untergliederungen der Hildesheimer Ortsgruppe, am Sonnabend, 12. Dezember, abends 8 Uhr, bei Strusch, Michaelisstraße, bei einer „Versammlung mit Damen“.³⁰³

Auch am Sonntag, 24. Januar 1926, redete Senator Fahrenholz auf Einladung der Reichsbanner-Ortsgruppe Gronau zum Thema Fürstenabfindung. Er begründete detailliert und differenziert seine Auffassung, dass die Forderungen der deutschen Fürsten gänzlich unberechtigt seien, mit Beispielen und juristischen Argumenten. Er erklärte den Unterschied von Staatseigentum, Kroneigentum und Familieneigentum und betrachtete das vermeintliche Eigentum der Fürsten als Krongut, worauf kein Anspruch bestehe. Er wehrte sich gegen die Auffassung der deutschen Richter, die Fürstenabfindung sei eine Frage privaten Rechts, die nach dem BGB zu entscheiden sei. Er meinte, es gehe um eine politische Frage von außerordentlicher Bedeutung, weil das Ausland nicht an die Armut Deutschlands glauben werde, wenn die Fürsten Millionen-Abfindungen erhielten. „Den lehrreichen Ausführungen folgte zum Beweis, daß die Versammlung einig darin ist, den Fürsten keinerlei Volksvermögen nachzuwerfen, lebhafter Beifall. Eine Debatte fand nicht statt.“³⁰⁴

Die Fahnenweihe der Ortsgruppe Nordstemmen beim Reichsbanner-Bezirkstreffen am Sonntag, 9. Mai 1926 erhielt durch die Flaggenverordnung Hindenburgs eine besondere Brisanz. Gegen den Willen sämtlicher republikanischer Parteien hatte Hindenburg am 5. Mai 1926 eine neue Flaggenverordnung unterzeichnet, nach der gesandtschaftliche und konsularische Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen wurden, neben der schwarz-rot-goldenen Dienstflagge auch die verfassungsmäßige (schwarz-weiß-rote) Handelsflagge führen mussten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellte daraufhin einen Misstrauensantrag gegen Reichskanzler Luther.³⁰⁵ Die preußische Regierung bezeichnete die Flaggenverordnung in ihrem Einspruch als verfassungswidrig.³⁰⁶ Der Reichstag nahm das Misstrauensvotum am 12. Mai mit 176 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 146 Stimmen des Zentrums, der Volkspartei, der Bayrischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung an, Deutschnationale und Völkische enthielten sich.³⁰⁷ Das „Volksblatt“ erweiterte deshalb seinen Versammlungsauf Ruf am 8. Mai um den Hinweis auf die erhöhte Bedeutung der Veranstaltung „durch den Anschlag der Reichsregierung und des Reichspräsidenten auf die republikanischen Reichsfarben“.³⁰⁸

Bei dieser Veranstaltung, die mit dem Wecken um 7 Uhr vormittags begann und um 2 Uhr nachmittags mit dem „Antreten auf dem Schützenplatz“ fortgesetzt wurde, hielt „Senator Fahrenholz“ um 2.15 Uhr nachmittags die Festrede vor der Fahnenweihe um 2.45 Uhr mit anschließendem Festumzug. Nahezu 2.000 Kameraden waren mit sieben Spielkorps und vier Kapellen nach Nordstemmen gekommen. Das Bezirkstreffen wurde schon am Samstagabend mit einem Fackelzug bei strömendem Regen eingeleitet. Zur Kundgebung am Sonntag reiste die Ortsgruppe Hildesheim im Sonderzug an. Das „Volksblatt“ fasste Fahrenholz' Festrede zusammen: „Ausgehend von den Ereignissen des Jahres 1918, in welchem der Staat der Fürstengewalten zusammenbrach, zeigte der Redner, wie mühelos uns die Republik in den Schoß gefallen (ist). Kein Arm erhob sich, um den alten Staat zu verteidigen. Als etwas Selbstverständliches nahm man die Republik, und niemand dachte an den Ausbau, an die Sicherung dieser Republik. So war es den Gegnern der Republik leicht, zu versuchen, die Republik zu beseitigen. Der erste Anstoß war der Kapp-Putsch, der aber scheiterte. Man versuchte es nun auf eine andere Art, indem man führende Republikaner wie Rathenau, Erzberger u. a. meuchlings mordete. Man brachte es noch fertig, diese Angriffe durch Massendemonstrationen abzuwehren. Dann aber kam die furchtbare Zeit der Inflation mit der Sorge ums tägliche Brot. Kein Führer einer republikanischen Partei erkannte, wie lose der Boden war, auf welchem er stand. Erst durch den Hitlerputsch erkannte

³⁰² Ankündigung im Hildesheimer Volksblatt, Nr. 286, 7. Jg., 8.12.1925. Bericht am 10. Dezember (Nr. 288).

³⁰³ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 289, 7. Jg., 11.12.1925.

³⁰⁴ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 23, 8. Jg., 28.1.1926.

³⁰⁵ Hildesheimer Volksblatt, v. 6. und 7. Mai 1926, Nr. 104 und 105.

³⁰⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 108, 8. Jg., 11.5.1926.

³⁰⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 110, 8. Jg., 14.5.1926.

³⁰⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 103, 8. Jg., 5. 5.1926.

man die Notwendigkeit, die Republik zu sichern. So entstanden Massenbewegungen im ganzen Reich, das Reichsbanner wurde ins Leben gerufen und bildet heute die stärkste Stütze des demokratischen Staates. Eingehend befasste sich der Redner dann mit dem neuen Vorstoß der Regierung auf unsere Reichsfarben, und mit der zweiten Auflage der bayrischen Regierung, die nur darauf hinzielt, die Einheit zu zerstören. Daß derartige Angriffe aber möglich sind, ist der allergrößten Lammesgeduld des deutschen Volkes zuzuschreiben, und wenn selbst noch Arbeiter in den Reihen der sogenannten Vaterländischen Verbände stehen, dann ist es erklärlich, weshalb derartige Unverschämtheiten heute noch möglich sind. Wir staaterhaltenden Parteien aber wehren uns gegen den Angriff der Regierung auf unseren Staat. An Hand geschichtlicher Tatsachen zeigt der Redner dann auf, das Schwarz-Rot-Gold viel mehr, und ein viel älteres Recht darauf erheben kann, als Symbol der deutschen Nation zu gelten, als Schwarz-Weiß-Rot. Sodann nahm Kamerad Fahrenholz die Weihe der Nordstemmener Ortsgruppenfahne vor.

Schwarz war die Kerkernacht,
Rot ist die Sonn erwacht,
O goldner Freiheitstag
Sei uns begrüßt.

Das war der Weihespruch, und mit einem Frei-Heil auf die Republik fand die eindrucksvolle Kundgebung ihr Ende.³⁰⁹

Die letzte Rede anlässlich einer Verfassungsfeier hielt Fahrenholz am Sonnabend, 11. August 1928 in Großrhüden. An der „imposanten Feier“ beteiligten sich nach dem Eindruck des „Volksblatts“ fast alle Einwohner der Gemeinde. Die Festrede von Senator Fahrenholz aus Hildesheim sei mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden. Nach dem Singen der dritten Strophe des Deutschlandliedes sei ein Feuerwerk abgebrannt und danach ein Fackelzug zum Bahnhofshotel veranstaltet worden, wo der Tag in gemüthlicher Stimmung ausklang.³¹⁰

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB)

Eher beiläufig erwähnte das „Volksblatt“ die Mitarbeit von Fahrenholz im Bildungsausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) in Hildesheim. Die Delegierten entsandten ihn bei der Sitzung am 11. März 1925 zusammen mit den Genossen Brusckke, Brunke, Bühre, Holländer und dem jeweils amtierenden Bibliothekar in den Bildungsausschuss. Bei dieser Versammlung wurde sein späterer Senatoren-Kollege Franz Eger zum ersten Vorsitzenden des ADGB und der bisherige Vorsitzende und spätere SPD-Fraktionsvorsitzende Heinrich Hillebrandt, der aus Arbeitsüberlastung nicht wieder kandidierte, zu seinem Stellvertreter gewählt.³¹¹

Kleingartenfunktionär

Als am 1. Juni 1931 300 Teilnehmer des in Hannover stattfindenden Reichskleingärtnertages Hildesheim besuchten, begrüßte Fahrenholz sie als Vorsitzender des Regierungsbezirksverbandes Hildesheim der Kleingartenvereine. Die Gäste waren in neun mit Fahnen geschmückten Bussen angereist.³¹² Das ist der erste Hinweis im „Hildesheimer Volksblatt“ auf eine hochrangige Funktionärstätigkeit im deutschen Kleingartenwesen, die Fahrenholz allerdings bereits länger ausübte. Darüber geben die Hildesheimer Adressbücher Auskunft, die – mit Unterbrechungen – die Vereine und ihre Vorsitzenden auflisteten. Den frühesten Nachweis enthält das Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1927: „Regierungsbezirksverband Hildesheim im Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands, Vors. Senator Hermann (sic !) Fahrenholz“.³¹³

Wann genau Fahrenholz Vorsitzender wurde, ist nicht zu ermitteln, weil es bei den Kleingärtnern keine Protokolle mehr gibt und weil die Adressbücher vor 1927 keine Vereinsverzeichnisse enthielten.

³⁰⁹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 108, 8. Jg., 11.5.1926.

³¹⁰ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 192, 10. Jg., 17.8.1928.

³¹¹ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 60, 7. Jg., 12.3.1925.

³¹² Hildesheimer Volksblatt, Nr. 126, 13. Jg., 2.6.1931.

³¹³ S. 512.

Unbekannt ist auch, ob sich Fahrenholz in die Positionen „hochdienen“ musste, oder ob er als „Seiteneinsteiger“ das Amt des Bezirksvorsitzenden erhielt. Der am 14. August 1921 in Bremen konstituierte „Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands“, der gemäß § 1 seiner Satzung „unter Fernhaltung parteipolitischer und konfessioneller Bestrebungen den Zusammenschluß aller Inhaber von Kleingärten“ bezweckte, gliederte sich nach § 3 Abs. 1 der Satzung in Orts-, Bezirks-, Landes-, Gau- und anderen Verbänden.³¹⁴ Die Ortsverbände bestanden aus den einzelnen Kleingärten, die ebenfalls Vorsitzende wählten. Um Bezirksvorsitzender zu werden, musste Fahrenholz also zwei Ebenen übersprungen haben – allerdings deutet nichts darauf hin, dass er selbst einen Kleingarten besaß. Er hatte sein Amt als Bezirksvorsitzender bis 1933 inne.³¹⁵

Im Kleingartenwesen kumulierte sich manches von dem, was Fahrenholz persönlich und politisch bewegte. Als Landkind war er naturverbunden, am Weinberg züchtete er Geflügel. Nach dem Tod seiner Frau und dem Auszug seines Sohnes fehlte ihm eine Familie – die Kleingartenkolonien verstehen sich als „Großfamilien“. Kleingärten sind wie Kleinsiedlungen Orte solidarischer Hilfe. Sie gaben Arbeitslosen eine Ernährungsgrundlage und Arbeitern einen Ausgleich in der Freizeit. Dass Fahrenholz diese Themen tatsächlich bewegten, zeigt ein Bericht des „Volksblatts“ über eine Veranstaltung des Kleinland- und Gartenpächter-Vereins e. V. Hildesheim am Dienstag, 27. Oktober 1931, 20 Uhr, im großen Saal des katholischen Vereinshauses. Der Bezirksvorsitzende, Senator Fahrenholz, sprach zum Thema „Schreberjugendpflege“, anschließend wurde der Film „Kind in Sonne“ gezeigt. Davor hatte am Nachmittag, 16 Uhr, eine Sonderaufführung für Erwerbslose stattgefunden, nach der Fahrenholz einen Vortrag über „Erwerbslosigkeit und Kleingartenbewegung“ hielt. Darin zeigte er auf, wie die Arbeit im Garten geeignet ist, zur Gesundung und Kräftigung des Körpers beizutragen, wie sie besonders aber den Erwerbslosen eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung biete. Der Reichsverband der Kleingartenvereine habe sich besonders für die Beschaffung von Kleingärten für Arbeitslose eingesetzt. Die Regierung habe sich zu entsprechenden Maßnahmen entschlossen. Auch in Hildesheim werde damit begonnen. Am Abend „gab der Leiter des hiesigen Wohlfahrtsamtes, Herr Senator Fahrenholz, in tiefgründigen Darlegungen einen Überblick über die Entstehung der Kleingartenbewegung, der sogenannten ‚Schrebergärtner‘“. Die heutige Kleingartenbewegung sei ein naturgemäßer Heilungsprozess, der die Schäden der Stadt, besonders der Großstadt, heilen solle. Die besondere Aufgabe Jugendpflege kranke daran, dass viele Jugendpflegevereine die Kinder der Familie entfremden, ihnen gewissermaßen die Familie ersetzen wollten. Die Kleingärtner-Jugendbewegung bringe dagegen die Familie noch inniger zusammen. „Schrebergärtner sind Familiengärten, Schreber-Kolonien sind nur erweiterte Familien.“³¹⁶

Die letzte im „Volksblatt“ dokumentierte Amtshandlung fand im Juni 1932 statt, als Fahrenholz für den Bezirksverband ein Grußwort zum Kleingartenfest der Kolonie Hohnsen überbrachte, in dem er sich darüber freute, dass die Kolonie Hohnsen sich durch die Gründung der Schrebergartenjugend der praktischen Jugendpflege zuwendet.³¹⁷

Das Ende in Hildesheim

Dass die Nationalsozialisten die Magistratsmitglieder ins Visier genommen hatten, veranschaulicht der Überfall von elf Angehörigen der SA in der Nacht zum Mittwoch, 24. Juli 1932, auf die Wohnung von Stadtschulrat Weßling. Sie warfen dem Mitglied der „rechten“ DVP Scheiben ein und bedrohten ihn. Die Täter wurden sofort ermittelt und standen schon am Freitag vor Gericht. Neun Angeklagte wurden freigesprochen, der Haupttäter wurde wegen Sachbeschädigung und groben Unfugs zu zwei Wochen Gefängnis, ein Mittäter zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Das „Volksblatt“ empörte sich am 31. August über die laxe Rechtsprechung, beurteilte das Verhalten der Täter erheblich schwerwiegender als Landfriedensbruch und berichtete, der Amtsanwalt habe „gegen das unerhört milde Urteil Revision eingelegt“.³¹⁸

³¹⁴ Katsch, Günter, Kleingärten und Kleingärtner im 19. und 20. Jahrhundert. Bilder und Dokumente. Leipzig 1996, S. 40.

³¹⁵ Adreßbuch der Stadt Hildesheim 1933, Hildesheim 1933, S. 583.

³¹⁶ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 249, 13. Jg., 24.10.1931. Der Bericht erschien am 28.10.1931 im Volksblatt.

³¹⁷ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 136, 14. Jg., 13.6.1932.

³¹⁸ Hildesheimer Volksblatt, Nr. 201, 14. Jg., 27.8.1932.

Solchen physischen Attacken war Fahrenholz offenbar nicht ausgesetzt. Allerdings hatte er sich – wie bereits dargestellt erfolgreich – übler Nachreden zu erwehren. Dieser und weiterer Anschuldigungen bedienten sich die nationalsozialistischen Machthaber nach der Kommunalwahl am 12. März 1933, nach der sie mit Hilfe der „bürgerlichen“ Bürgervorsteher und staatlicher Interventionen sowie mit Einschüchterung durch Gewaltandrohung die Herrschaft im Rathaus übernommen hatten. Aber bevor sie versuchten, Fahrenholz disziplinarisch zu erniedrigen, entfernten sie ihn zusammen mit Bürgermeister Gerbaulet, sowie den Senatoren Dr. Meyenberg, Eger, Reinhard und Weßling aus dem Dienst. Nach außen wurde der illegale Vorgang als „Beurlaubung“ dargestellt. Bis heute wirksam: So zitiert Karlheinz Gerhold die Hildesheimer Allgemeinen Zeitung vom 27. März 1933, in der es unter der Überschrift „6 besoldete Magistratsmitglieder beurlaubt!“ lapidar heißt: „Aus dem Rathaus wird mitgeteilt: Auf Veranlassung der von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beauftragten Herren Landtagsabgeordneten Heinrich Schmidt und Bürgervorsteher Privat haben die hauptamtlichen Magistratsmitglieder Bürgermeister Gerbaulet, sowie die Senatoren Dr. Meyenberg, Fahrenholz, Eger, Reinhard und Weßling sich bis auf weiteres beurlauben lassen.“³¹⁹ Auch Anton Knott übernahm diese Version.³²⁰

Hans-Dieter Schmid schildert den Vorgang ausführlicher: „Am Abend des 25. März 1933 hatten der Landtagsabgeordnete Heinrich Schmidt und der Steuerinspektor Emil Privat – beides führende Hildesheimer Nationalsozialisten und bei der Märzwahl in das Bürgervorsteherkollegium gewählt – Oberbürgermeister Ehrlicher aufgesucht und von ihm verlangt, dass der Bürgermeister und Polizeidezernent Wilhelm Gerbaulet, Mitglied des Zentrums, und fünf der sechs hauptamtlichen Magistratsmitglieder zurücktreten müssten; im Falle der Weigerung drohten sie unverhohlen mit dem Einschreiten der SA. Mit der drohenden Aussicht, von der SA abgeholt oder gar in Schutzhaft genommen zu werden, hat Ehrlicher dann am nächsten Tag alle Betroffenen überzeugt, von sich aus ein Urlaubsgesuch einzureichen. Außer dem Oberbürgermeister blieb als einziges Magistratsmitglied der Oberbaurat Köhler im Amt. Noch vor Ende des Monats setzte dann der neue nationalsozialistische Regierungspräsident Dr. Hermann Muhs anstelle der beurlaubten Senatoren Nationalsozialisten als ehrenamtliche Kommissare ein, darunter Schmidt für den Bürgermeister und Polizeidezernenten Gerbaulet, den Finanzbeamten Privat für den Steuerdezernenten Meyenberg und den ‚alten Kämpfer‘ und langjährigen Betriebsingenieur bei der Zuckerraffinerie Hermann Siegle für den sozialdemokratischen Senator Fahrenholz. Damit musste Ehrlicher fortan mit einem Magistrat aus Nationalsozialisten die Stadt regieren, die sich, gestützt auf das Gewaltpotential der SA, als die neuen ‚Herren‘ der Stadt fühlten.“³²¹

Die Beurlaubungsthese stützt Schmid außer auf die HAZ-Notiz vom 27. März auf ein Schreiben Gerbaulets an den Regierungspräsidenten vom 22. Februar 1934³²². Dagegen steht die Mitteilung des Oberbürgermeisters Ernst Ehrlichers am 8. Juli 1933 an Fahrenholz, dass er beabsichtigt, dem Regierungspräsidenten „Ihre Entfernung aus dem Amte eines besoldeten Senators der Stadt Hildesheim gemäss § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 vorzuschlagen“, „da Sie mit Rücksicht auf Ihre bisherige politische Betätigung als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei nicht die Gewähr dafür bieten, dass Sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. Den Antrag stellte Ehrlicher am 14. Juli 1933. Darin wägt er ab, ob eine Entlassung nach den Paragraphen 2, 3 oder 4 des Gesetzes in Frage kommt.

Paragraph 2 zielte auf fehlende Befähigung oder Eignung. Ehrlicher resümiert, dass Fahrenholz als Lehrer die vorgeschriebene Vorbildung für seine Laufbahn besaß. Während seiner Tätigkeit als Lehrer am Gerichtsgefängnis Hannover habe er Interesse für Jugendwohlfahrt bekundet „und war daher für das Wohlfahrts- und Gesundheitsamt als Dezernent sehr geeignet“.

Paragraph 3, der „Arierparagraph“, traf auf Fahrenholz nicht zu. Er sei evangelisch-lutherisch und stamme von evangelisch-lutherischen Eltern und Großeltern beiderseits ab. Da der Grund fehlender arischer Abstammung „nicht für Beamte [galt], die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind“ fügte Ehrlicher – unnötigerweise – an, dass Fahrenholz im Weltkrieg an der Front gekämpft hatte.

³¹⁹ Gerhold 1997, S. 11–12.

³²⁰ Knott 1980, S. 46.

³²¹ Schmid 2015, S. 12.

³²² mit der Quellenangabe NLA-HStAH, Hann. 180 Hild., Nr. 2 721.

Paragraph 4 war eine Kann-Vorschrift und betraf „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten“. Der Antragsteller fasste zusammen: „Fahrenholz war nach eigener Angabe (Ziffer 5a und b des Fragebogens) Mitglied

1. Der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Mai 1919 bis Mai 1933
2. Des Reichsbanners vom Februar 1929 bis Februar 1933.³²³

Der kommunistischen Partei oder der sogen. National-kommunistischen Bewegung (Schwarze Front) hat Fahrenholz nach Auskunft der hiesigen Kriminalabteilung nicht angehört.

Während seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei und zum Reichsbanner ist Fahrenholz wiederholt als Wahlredner aufgetreten. Diese politische Betätigung bietet nicht die Gewähr dafür, daß er jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt. Er muß daher m. E. nach § 4 des Gesetzes aus dem Dienst entlassen werden.“

Als wollte man weitere Entlassungsgründe mitliefern, wirkt die Beifügung der Sonderakten mit den zugunsten Fahrenholz‘ abgeschlossenen Sonderakten von fünf Strafverfolgungen wegen Beleidigung und einer mit zurückgezogenen Anträge auf Strafverfolgung. Außerdem übersandte man Sonderakten mit „Strafverfolgung in der Disziplinarsache gegen den beurlaubten Senator Fahrenholz“. ³²⁴

Der Preußische Minister des Innern kam dem Antrag der Stadt nach und schickte Fahrenholz am 31. August 1933 den Erlass: „Auf Grund des § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 (RGBl. I S. 175) entlasse ich Sie aus dem Dienst der Stadt Hildesheim. In Vertretung gez. Dr. Loehrs“. Daraufhin übersandte der Regierungspräsident Fahrenholz am 8. September 1933 die Entlassungsurkunde (zugestellt am 12. September) und untersagte ihm „das Betreten der Dienstgebäude der Stadt und der Aufsichtsbehörden „zwecks mündlicher Vorstellung aus Anlaß Ihrer Entlassung“. Zugleich übergab er Fahrenholz „das durch den Herrn Oberbürgermeister mir vorgelegte Buch ‚Für Freiheit und Vaterland““. ³²⁵ Es war in den Anlagen zum Entlassungsantrag nicht aufgeführt und offenbar als weiterer Beleg nachgereicht worden.

Der Magistrat beendete am 31. Oktober 1933 das Dienstverhältnis mit der Versetzung in den Ruhestand mit Wirkung vom 1. Januar 1934 förmlich „unter Gewährung des ihm nach den bestehenden gesetzlichen, ortsstatarischen und sonstigen Vorschriften zustehenden Ruhegeldes“. ³²⁶ Das waren nach § 4 die vollen Bezüge auf die Dauer von drei Monaten nach der Entlassung und danach drei Viertel des Ruhegeldes (§ 8) und entsprechende Hinterbliebenenversorgung.

Ehrlicher schickte Fahrenholz am 30. Dezember 1933 an seine Adresse in Wehmingen, Landkreis Hildesheim, ein Dankschreiben für die vierzehnjährige Zugehörigkeit zum Magistrat, das dem Schreiben gegenübergestellt wird, das Senator-Kollege Dr. Meyenberg erhielt. Meyenberg wurde auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums am 17. März 1934 vom Preußischen Minister des Innern in den Ruhestand versetzt. § 6 lautete: „Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Wenn Beamte aus diesem Grunde in den Ruhestand versetzt werden, so dürfen ihre Stellen nicht mehr besetzt werden.“³²⁷ Dem entgegen hatte Emil Privat Meyenbergs Platz im Magistrat eingenommen, wie auch Bürgermeister Gerbaulet, der nach der gleichen Vorschrift in den Ruhestand geschickt wurde, mit „Staatskommissar“ Heinrich Schmidt einen Nachfolger bekam. ³²⁸

Ehrlicher an Fahrenholz	Ehrlicher an Meyenberg am 23. August 1934 ³²⁹
Sehr geehrter Herr Senator!	Sehr verehrter Herr Senator!
Anlässlich Ihres Ausscheidens aus dem Dienst der Stadt Hildesheim möchte ich nicht verfehlen,	Aus Anlass Ihrer Pensionierung spreche ich Ihnen für die der Stadtverwaltung in den langen

³²³ Die Daten stimmen nicht. Richtig ist Juli 1924 bis März 1933.

³²⁴ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11178.

³²⁵ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11178.

³²⁶ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11178.

³²⁷ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 13359, Bl. 117.

³²⁸ Deterding, Tobias, Die NSDAP in Hildesheim, Marburg 2005, S. 70. Zitiert wird die HAZ v. 1.4.1933.

³²⁹ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 13359, Bl. 134.

<p>Innen herzlichen Dank zu sagen für die Arbeit, die Sie während Ihrer hiesigen Tätigkeit der Stadt geleistet haben.</p> <p>Ich verbinde damit den Wunsch, dass Ihnen noch viele Jahre der körperlichen und geistigen Frische beschieden sein mögen.</p> <p>Mit besten Grüßen</p> <p>Ihr ergebener</p> <p>Ehrlicher“</p>	<p>Jahren geleisteten wertvollen Dienste herzlichen Dank aus. Sie haben mit unermüdlichem Fleiß sich Ihren Geschäften gewidmet und ganz besonderes Verständnis für die sozialen Fragen gezeigt und immer den Wunsch gehabt, jedem einzelnen zu helfen, wann und wo sich die Gelegenheit dazu bot.</p> <p>Möge sich bald die Möglichkeit bieten, daß auch Sie Ihre wertvolle Kraft dem Volksganzen wieder zur Verfügung stellen können.</p> <p>Mit nochmaligem Dank und herzlichen Grüßen</p> <p>Ihr stets ergebener</p> <p>Ehrlicher</p>
---	--

Dennis Parl und Marco Pukrop³³⁰ weisen darauf hin, dass die Entlassungen von Beamten, Angestellten und Arbeitern aus den öffentlichen Verwaltungen, für die Gemeinden erhebliche Probleme mit sich brachten. Den häufig finanziell angeschlagenen Kommunen wurden durch die fälligen Pensionszahlungen an die in den Ruhestand versetzten Personen neue finanzielle Belastungen auferlegt. Ruhestandsbezüge erhielten nach § 6 Wilhelm Gerbaulet und Dr. Clemens Meyenberg (beide Zentrum), die wegen „andauernder Dienstunfähigkeit“ später von der Beurlaubung in den Ruhestand versetzten Senatoren Wilhelm Weßling und Cäsar Reinhard (Deutsche Volkspartei). Die Sozialdemokraten Fahrenholz und Eger wurden nach § 4 aus dem Dienst entlassen, wobei nur Eger keine Ruhestandsbezüge erhielt, weil er noch nicht zehn Jahre im Dienst war. Außer den Magistratsmitgliedern wurden auch fünf Beamte der Kommunalverwaltung nach § 4 des Beamtengesetzes entlassen, außerdem wurden weitere elf Beamte wegen „nationaler Unzuverlässigkeit“ in andere Positionen versetzt. Bei diesen Beamten handelte es sich unter anderem um Bürodirektoren, Magistratsobersekretäre und Büroinspektoren. An ihre Stelle rückten vielfach „verdiente Kämpfer der Bewegung“, so dass nach einer Aufstellung des Regierungspräsidenten bis Ende Juni 1935 im gesamten Regierungsbezirk Hildesheim 420 „alte Kämpfer“ in der Kreiskommunalverwaltung sowie in der Gemeindeverwaltung untergebracht worden waren.

Insbesondere dem nationalsozialistischen „Staatskommissar Heinrich Schmidt waren die 660,58 RM, die Fahrenholz nach der Entfernung aus dem Dienst monatlich erhielt³³¹, ein Dorn im Auge. Er unterstellte Fahrenholz Unterschlagung und schrieb am 2. Mai 1933 an „I.G.L. Herrn Ilse“: „Hierdurch ersuche ich Sie, bis auf weiteres keinerlei Gehaltszahlungen mehr an die beurlaubten Senatoren Eger und Fahrenholz vorzunehmen, da obengenannte Herren noch grössere Beträge an die Stadt zurückzahlen haben.“³³² Am 2. September berichtete der Magistrat dem Regierungspräsidenten, dass die auf Grund des Staatsgerichtshofsurteils vom 20. Juni 1932 erhaltenen Mehrbeträge „in Abzug gebracht [wurden], sodass irgendwelche Forderungen seitens der Stadtverwaltung auf Grund der Vorschriften des Berufsbeamtengesetzes nicht mehr bestehen. Es liegt daher unseres Erachtens kein Grund vor, dem Senator Fahrenholz die seit Mai 1933 ihm zustehenden Bezüge vorzuenthalten, sofern nicht Herr Staatskommissar Schmidt aus anderen uns unbekanntem Gründen seine angeordnete Sperre aufrechterhält.“ Der Regierungspräsident antwortete am 6. August 1933 (sic!) auf den Bericht vom 2. September 1933: „Die Gehaltsbezüge sind an Fahrenholz bis zur Entscheidung des Herrn Ministers über den Entlassungsantrag zu zahlen.“³³³ Damit standen ihm nach Berechnung der Stadt drei Viertel des Ruhegeldes zu, weil eine mindestens zehnjährige Dienstzeit vollendet war. Laut Berechnung vom 16. Oktober 1933 hätten er 7.785 RM zu erhalten (75% von 10.380 RM). Davon durften nach § 4 des Berufsbeamtengesetzes nur $\frac{3}{4}$ gezahlt werden: 5.838,75 RM. Daraus errechneten sich monatlich

³³⁰ Parl, Dennis; Pukrop, Marco (2002): Die „Säuberung“ des öffentlichen Dienstes. In: Hans-Dieter Schmid (Hg.): Hildesheim im Nationalsozialismus. Aspekte der Stadtgeschichte. Unter Mitarbeit von Dennis Parl und Marco Pukrop. Hildesheim: Verlag Gebrüder Gerstenberg (Ausstellungen des Stadtarchivs Hildesheim, Begleithefte, Nr. 3), S. 21–25.

³³¹ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, S. 90a.

³³² StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11178.

³³³ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11178.

486,56 RM abzüglich 21% minus 2,50 RM (99,67 RM) sowie Einbehaltungsbetrag (2½, 12,16 RM) = brutto 374,79 RM. Auf Betreiben von Bürgermeister Schmidt beschloss der Magistrat am 20. Dezember 1933 allerdings mehrheitlich, „die 8 Jahre, die Personalamt und Revisionsamt auf Grund der Bestimmungen des Besoldungsgesetzes für die Überleitung von Gruppe 12 nach Gruppe 2 b angerechnet haben, nicht in Anrechnung zu bringen.“ (brutto 320,94 RM, netto 294,13 RM). Der Regierungspräsident hob die Entscheidung am 19. April 1934 auf und teilte Ehrlicher mit, dass er durch Verfügung vom 16. März 1934 das Besoldungsdienstalter entgegen der Festsetzung durch den Magistrat um 8 Jahre verbessert habe. Es sei genauso verfahren worden wie bei Senator Weßling. Auf Rückfrage von Ehrlicher am 27. April 1934, ob bei Fahrenholz anders verfahren werden solle als im Fall des Sozialdemokraten Eger (dessen Herabsetzung der Regierungspräsident am 6. März 1934 bestätigt hatte) – mit Grußformel „Heil Hitler!“ – bekräftigte Regierungspräsident Dr. Muhs am 4. Mai 1934 die analoge Anwendung des früheren Senators und DVP-Mann Weßling auf Fahrenholz.³³⁴

Parallel zu seinem Versuch, Fahrenholz die Dienstbezüge zu streichen oder wenigstens zu schmälern, beantragte Schmidt ein Disziplinarstrafverfahren gegen Fahrenholz, das er offenbar über den kommissarischen Regierungspräsidenten Muhs einzufädeln gedachte. Man kannte sich ja sehr gut, Schmidt und Muhs waren „alte Kämpfer“, sie gehörten (wie auch Fahrenholz) dem Hannoverschen Provinziallandtag an. Muhs unterrichtete am 4. Mai 1933 den Magistrat über den Antrag von Staatskommissar Schmidt, gegen den beurlaubten Senator Fahrenholz ein Disziplinarstrafverfahren einzuleiten. Er ersuchte die Stadt, „die Ermittlungen besonders darauf zu erstrecken, ob Fahrenholz Verstöße gegen seine Amtspflichten (sic!) und unwürdiges ausserdienstliches Verhalten in nicht rechtsverjährter Zeit nachgewiesen werden können.“ Die vom Beschwerdeführer E. angegebenen Verfehlungen lägen in den Jahren 1923 bis 1926, seien also verjährt.³³⁵

E. war der Hauswirt von Fahrenholz in den Jahren 1914 bis 1926 in der Humboldtstraße. Er wurde am 26. April 1933 vorgeladen. Vierzehn Tage vorher hatte „unaufgefordert“ der Versicherungsagent K. persönlich in der Stadtverwaltung „weitgehende, den beurlaubten Senator Fahrenholz belastende Angaben“ vorgetragen, die er allerdings nicht selbst, sondern mittels des „Generalzeugen“ E. erfahren habe. K.'s Aussagen blieben also unprotokolliert.

E. hielt es für seine moralische Pflicht, seine bereits an maßgeblicher Stelle vorgebrachten Anschuldigungen zu wiederholen, „nachdem nunmehr eine Veränderung der politischen Verhältnisse eingetreten“ sei. Auf Vorladung beschuldigte er Fahrenholz am 26. April 1933 des Baumfrevels, der Unterschlagung und des unsittlichen Lebenswandels. Im Jahr 1923/1924 habe E. mit Fahrenholz in gutem Einvernehmen gestanden. Fahrenholz habe dennoch seine zwei Schattenmorellenbäume durch Schwefelsäure vernichtet. Zur Vermeidung eines Disziplinarverfahrens habe Fahrenholz ihm 500 RM gezahlt. Als Dezernent des Milchhofes sei Fahrenholz ständig im Besitz ungeheurer Mengen von Butter und Käse gewesen, obwohl es Fett damals nur auf Marken gab. Ob er sie bezahlt habe, wisse E. nicht, halte es aber für gänzlich unwahrscheinlich. Am Verbrauch hätten sich auch seine Freunde beteiligt. Als Dezernent der Wohlfahrtsverwaltung habe Fahrenholz Holz in Säcken von der Armenverwaltung erhalten, bei einer Lieferung auch Zucker von der Zuckerfabrik. E. vermute, dass es sich um den Zucker gehandelt habe, den die Armenverwaltung von der Zuckerfabrik als kostenlose Gabe für die Armen der Stadt Hildesheim erbeten habe. Als Dezernent des Ratsweinkellers habe im Keller von Fahrenholz starker Weinüberfluss geherrscht, mit Freunden sei gezechet worden. Der minderjährige Sohn sei Hörzeuge der nächtlichen Auslassungen gewesen, „und zweifellos haben diese Umstände des väterlichen Haushalts die Seele des mütterlosen Kindes verdorben. Der junge F. ist Dauerinsasse von Strafanstalten.“ Die häuslichen Verhältnisse seien umso haarsträubender, als Fahrenholz Lehrer und Erzieher sei. Der 17-jährige Fahrenholz habe sich seinem Vater gegenüber bei Tisch dem Sinne nach geäußert: „Vater, das Mädchen, was du gestern gehabt hast, habe ich nach dir gehabt, es hat mir alles erzählt, was du mit ihm angestellt hast.“ Bei dieser Lebensweise habe Fahrenholz seinen Dienst als Beamter nicht ausfüllen können. „Meistens lag er bei Tage zu Bett und schlief und machte keinen oder nur geringen Dienst.“ Die nachgeordneten Beamten hätten die Dienstgeschäfte verrichtet. Bei Anrufen des Wohlfahrtsamtes habe seine Haushälterin erklärt, er sei bereits weg, beim Zahnarzt oder dergleichen. Stehender Ausdruck seiner Nachbarn sei gewesen: „Ein Hund ist anständiger als der“. Als Dezernent des Wohlfahrtsamtes habe er Geschenke wie Enten, Gänse, Würste, Hemden angenommen. Im

³³⁴ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11178.

³³⁵ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 1.

Kriege habe Fahrenholz in aller Öffentlichkeit erklärt „Mich kriegt keiner wieder an die Front“. E. schloss: „Ich versichere, daß die deutschbewußte Bevölkerung eine scharfe Maßregelung dieses zum Tier herabgesunkenen Menschen begrüßen würde.“ Er bestätigte das ihm vorgelesene Protokoll mit seiner Unterschrift, beglaubigt wurde sie von Emil Privat.³³⁶

Am 11. Mai 1933 vernahm der Ermittlungsführer, Assessor Dr. Kownatzki, mit dem Bürogehilfen Kloth (als Protokollführer) sieben Zeugen zu den Vorwürfen.

Der städtische Angestellte G. hatte als Kellermeister im städtischen Weinkeller öfters abends „geringe Mengen, höchstens waren es 20 Flaschen“ auf dem Nachhauseweg zu Fahrenholz gebracht. Er habe im Keller keinen großen Weinvorrat bemerkt, schon gar keine Fässer. Über nächtliche Gelage könne er nichts aussagen. Der Wein sei ordnungsgemäß in der Lieferung für Privatabgaben eingetragen und von Herrn Fahrenholz bezahlt worden. Stadtbüro-Oberinspektor J. bestätigte die Bezahlung des gelieferten Weins.

R., Magistrats-Obersekretär der städtischen Fürsorgeanstalt, bestätigte verschiedentliche Holzlieferungen, die durch Pflichtarbeiter der Fürsorgeanstalt erfolgten. Die Lieferungen stünden in den Büchern. Von einer Zuckerlieferung wisse er nichts.

Frl. Johanne Kahrens, geboren am 7. Mai 1887, wohnhaft mit Zweitwohnsitz Weinberg 65, war seit 1922 Hausdame bei Fahrenholz, stammte ebenfalls aus Achim und war mit seiner Familie befreundet. Sie hielt den Baumfrevel für wahrscheinlich, kannte aber keine Einzelheiten. Die Butter habe sie aus Achim mitgebracht, von dort habe er sich auch selbst größere Mengen Butter und Käse schicken lassen. Er stamme vom Land und habe viele Verbindungen dorthin. Milch und Butter vom Milchhof seien stets bezahlt worden. Das Holz von der Fürsorgeanstalt sei ebenfalls stets bezahlt worden, von Zucker wisse sie nichts. Einen großen Weinkeller habe Herr Fahrenholz nicht gehabt, den von der Stadt bezogenen Wein habe er stets bezahlt. Weder in der Humboldtstraße noch im Weinberg 65 seien laute Gelage mit Weibern an der Tagesordnung gewesen. Wenn Herr Fahrenholz mit Freunden zusammen war oder Familienfeiern stattfanden, sei das nie zu großen Trinkereien ausgeartet. Der junge Fahrenholz sei schon verdorben gewesen, als sie ins Haus kam. Er mache seinem Vater große Sorgen. Auch sie hätte viele Schwierigkeiten mit ihm gehabt. Er habe auch über sie und seinen Vater Dinge erzählt, die nicht den Tatsachen entsprachen und ihr später von anderer Seite wiedererzählt worden seien. Unzutreffend sei, dass Fahrenholz seinen Dienst vernachlässigt habe. Nach Tagungen oder Wahlversammlungen sei es möglich gewesen, dass er später zu Dienst gegangen sei, häufig aber schon um 8 Uhr. Andererseits sei er als Dezernent für das Wohnungsamt und den Weinkeller oft erst um 10 Uhr nach Hause gekommen und habe nächtelang gearbeitet. Geschenke habe Fahrenholz nicht angenommen; kamen einmal Pakete habe er sie beauftragt, sie zurückzugeben. Auf keinen Fall sei Fahrenholz' Verhalten anstößig oder unmoralisch gewesen.

Der städtische Arbeiter H. hatte als Nachbar nichts von nächtlichen Gelagen mitbekommen.

Stadtbüro-Oberinspektor D. erklärte als Amtsleiter des städtischen Wohlfahrtsamtes, Fahrenholz erst 1927 kennengelernt zu haben. Einen Bittbrief an Zuckerfabriken habe es nicht gegeben. Dienstlich habe Fahrenholz sachdienlich und ordnungsgemäß gearbeitet. Wenn er sich anders entschieden habe, als von D. vorgeschlagen, habe er sich stets im Rahmen der gesetzlichen oder sonstigen Bestimmungen gehalten. Irgendwelche Unregelmäßigkeit im Dienst habe er nicht feststellen können. Wenn er nur kurz oder gar nicht im Wohlfahrtsamt anwesend war, habe er entweder Anstalten besichtigt oder an auswärtigen Sitzungen oder Tagungen teilgenommen. Die beiden weiteren Vernommenen, der städtische Milchhof-Inspektor S. und der Magistrats-Obersekretär R., bestätigten die Aussagen der Vorgenannten.³³⁷

Am Tag nach der Zeugenvernehmung, am 12. Mai 1933, wurde Heinrich Fahrenholz befragt. Er schilderte zunächst seine Zuständigkeiten als besoldeter Senator seit 1922. Dann äußerte er sich zur Sache. Er bestritt, den Baumfrevel begangen zu haben. Weil er aber die Absicht hatte, sich wieder zu verheiraten und sich die Wohnung erhalten wollte, sei er in von E. veranlassten Verhandlungen mit Rechtsanwalt Berg auf den Vorschlag von E. eingegangen, den Ausfall mit 500 RM. zu ersetzen, ohne dadurch die Schuld anzuerkennen. Dies habe Rechtsanwalt Berg schriftlich niedergelegt.

³³⁶ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 2–5.

³³⁷ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 10–24.

In die gleiche Zeit wie der angebliche Baumfrevler falle der von E. als Gerücht verbreitete Vorwurf der unberechtigten Beschaffung von Zucker und Käse aus der Fürsorgeanstalt. Er habe E. daraufhin zur Rede gestellt, der ihm gesagt habe, er hätte ihm damit keinen Vorwurf machen wollen. Butter und Käse habe er aus seiner Heimat bezogen. Sie seien es gewohnt gewesen, größere Vorräte anzulegen, zumal seine an Tuberkulose erkrankte Frau besonderer Pflege bedurfte und vor allem sehr viel Butter essen musste. Er bestritt ganz entschieden, sich jemals auf unrechtmäßige Weise Milch, Butter oder Käse vom Milchhof beschafft zu haben.

Das gleiche gelte für die Holz- und Zuckerlieferung von der Armenverwaltung. Das Holz habe er ordnungsgemäß (und auch nicht zum Vorzugspreis) bezahlt, den Doppelzentner Zucker habe er sich von einem Angestellten der Fürsorgeverwaltung, Herrn R., mitbestellen lassen und nach Lieferung ordnungsgemäß bezahlt.

Der Ratsweinkeller sei 1927 eröffnet worden, die Verwaltung des zwei Jahre zuvor begonnenen städtischen Weinlagers sei ihm übertragen worden. In der Aufbauphase hätten sich er und andere Herren der Stadtverwaltung gelegentlich Wein in Flaschen kommen lassen und bezahlt. „Ungeheure Mengen Wein“ hätte er weder in der Wohnung noch im Keller gehabt. In der Zeit der Zuckerzwangswirtschaft habe er sich von der Zuckerfabrik in Sarstedt 50-Liter-Fässer mit Rübensaft als Zuckerersatz kommen lassen. Diese Fässer hätten nach 1925 leer im Keller gestanden.

Die Trinkereien und nächtlichen Gelage in seiner Wohnung, „insbesondere nach Schluß der Polizeistunden“, bestritt er. Möglicherweise bezögen sich die Angaben der Hausbewohner darauf, dass sein Sohn in seiner Abwesenheit Freunde und Freundinnen mit in die Wohnung gebracht habe. Darüber wisse er aber nichts und habe damit auch nichts zu tun.

In seinem Haus habe kein unmoralischer Ton geherrscht, auch sei er nicht schuld an der Verwahrlosung seines Sohnes Hermann. Vielmehr handele es sich „bei den Entgleisungen meines Sohnes [...] um eine psychopathische Anlage, die bei ihm schon als Kind von einzelnen Erziehern vermutet wurde, aber leider erst später voll erkannt worden ist. Es kam hinzu, daß mein Sohn während des Krieges meine Erziehung entbehren mußte und lediglich meiner kranken, fast ständig bettlägerigen Frau und einer über 70jährigen Bekannten überlassen blieb“. Es sei ihm nicht gelungen, zu seinem Sohn in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Vielmehr habe dieser bei der letzten Auseinandersetzung gedroht, „daß er über mich allerlei behaupten werde, um mich in Hildesheim unmöglich zu machen.“ Fahrenholz bestritt, einen unsoliden Lebenswandel geführt und seine Dienstpflichten vernachlässigt oder verletzt zu haben. Er habe in seinem Dezernat unter anderem das evangelische Waisenhaus, fünf Kindergärten und -horte, sieben Hospitäler sowie die Fürsorgeanstalt mit einer Reihe von Nebenbetrieben zu beaufsichtigen gehabt. Geschenke habe er stets zurückgewiesen, die von unbekanntem Absendern der Fürsorgeanstalt oder dem Alexienhospital zur Verteilung gegeben. Das Radiogerät der Marke Saba habe er zusammen mit anderen Geräten zu Hause ausprobiert, weil ein leicht zu bedienendes für das Hospital gekauft werden sollte. Weil sich die Installation dort verzögert habe, sei es einige Zeit unbelegt in seiner Wohnung stehen geblieben.

Die Äußerung „Mich kriegt keiner wieder an die Front“ habe er niemals getan, sie stehe im Widerspruch zu seinem Verhalten. So habe er sich entgegen ärztlicher Bedenken trotz einer Zurückstellung wegen einer akuten Nierenentzündung bei der Mobilmachung freiwillig ins Feld gemeldet. Sein chronisches Magenleiden, das er sich im Felde zugezogen habe und das als Dienstbeschädigung (mit Reichsbehandlungsschein) anerkannt wurde, sei Ursache für die in den letzten zehn Jahren aufgetretenen Erkrankungen.³³⁸

Angesichts der entlastenden Zeugenaussagen erhob Staatskommissar Schmidt weitere Anschuldigungen, wieder direkt bei Muhs. Am 5. Mai 1933 überreichte Schmidt dem Regierungspräsidenten die Niederschrift einer Vernehmung des früheren Rittergutsbesitzers R., der am 4. Mai „unaufgefordert“ Anschuldigungen gegen Fahrenholz erhoben habe. Soweit sie für die Staatsanwaltschaft von Interesse seien, würden sie bereits von der Kriminalpolizei bearbeitet.

R. behauptete, der in der Fürsorgeanstalt beschäftigte Aufseher B. habe 1930/1933 rund 4.000 RM unterschlagen. Fahrenholz und der Leiter der Fürsorgeanstalt, Magistrats-Obersekretär R., hätten „alle

³³⁸ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 25–30.

Weiterungen unterdrückt und Weiterverfolgung dieser Angelegenheit ausgesetzt. Allerdings wisse R. nicht, ob B. freiwillig Ersatz geleistet habe.

Fahrenholz unterhalte eine Hühnerzucht mit etwa 200 Stück Federvieh. Durch Vermittlung von Magistrats-Obersekretär R. seien daraus im Jahr 40 bis 50.000 Eier an die städtische Fürsorgeanstalt – es sei zu vermuten mit Mehrpreis – verkauft worden. Das erfülle das Merkmal der aktiven und passiven Bestechung. Die für die Hühnerzucht nötigen Arbeiten hätte das Personal der Fürsorgeanstalt unvergütet ausgeführt.

Magistrats-Obersekretär R., „der besondere Vertraute des F.“ schädige die Winterhilfe, indem er sich vom Anstaltsschuster die besten Schuhe für den Kegeljungen seines Kegelvereins aussuchen lasse. Auch lasse sich R. sein Schuhwerk vom Anstaltsschuster besohlen – alles unentgeltlich.

„Beiläufig“ führte R. auf, dass „der Aufseher Sch., der als Kandidat der S.P.D. auf dem Wahlvorschlag für die Gemeindevahl verzeichnet war und Vertrauter des R. und des F. ist, mit dem er nächtliche Saufgelage mitmache, noch heute in der Fürsorgeanstalt beschäftigt ist.“³³⁹

Assessor Kownatzki lud die Zeugen zum 16. Mai 1933 ins Rathaus ein und hatte für jede Vernehmung 30 Minuten eingeplant.

Der zur Zeit arbeitslose frühere Müllabfuhrarbeiter N., der bisher Mitglied der S.P.D. war, berichtete von der seiner Mutter von Frau B. angetragenen Bitte, ihrem Mann zu helfen, die Entnahme von ungefähr 3.800 RM aus der Kasse der Fürsorgeanstalt wieder in Ordnung zu bringen. Seine Mutter konnte mangels Vermögens nichts tun. Ob Fahrenholz etwas darüber gewusst habe, könne er nicht sagen.

Der seit zwei Jahren arbeitslose ehemalige Elektriker K. bestätigte die unberechtigte Entnahme von 3.800 RM durch B., allerdings im Jahr 1927. Weil B. dem Reichsbanner angehörte, nehme er an, dass er das Geld dafür gebraucht hat. Ob das Geld ersetzt wurde und ob Fahrenholz von der Angelegenheit wusste, sei ihm nicht bekannt. K. habe früher der SPD nahegestanden und gelegentlich beim Reichsbanner als Spielmann mitgewirkt. Seit April 1933 sei er Mitglied der NSDAP.

Der Aufseher bei der Fürsorgeanstalt, B., gab die Unterschlagung von insgesamt 5.100 RM zu. Herr R. habe diesen Betrag nach seinem „Geständnis“ durch Überprüfung der Bücher ermittelt. R. habe das Geld beschafft und ihm gegen Schuldschein geliehen. Er habe den Betrag in Raten bis zu 80 Mark monatlich abbezahlt, insgesamt bisher 2.500 RM. Die Unterschlagung habe er 1925/1926 begangen. Das Geld habe er gebraucht, weil er wegen seiner Heirat, durch die Krankheit seiner Frau und die Geburt eines Kindes in wirtschaftliche Not geraten war. Er sei weder in der SPD noch im Reichsbanner gewesen. R. habe die Veruntreuung sofort dem zuständigen Dezernenten, Senator Dr. Meyenberg, gemeldet, ebenso Senator Fahrenholz nach dessen Übernahme der Zuständigkeit für das Wohlfahrtsamt. Wegen der Unterschlagung sei B. am 8. Mai polizeilich vernommen und verhaftet aber wegen fehlenden Fluchtverdachts wieder entlassen worden.

Der Schuhmachermeister Br., Leiter der Schuhmacherwerkstatt der Fürsorgeanstalt, bestätigte die gegen R. wegen der Schuhe für den Kegeljungen erhobenen Vorwürfe, aber nicht die des Besohlenlassens der eigenen Schuhe.

Der Aufseher Z. bestätigte die einmalige Beschäftigung von Fürsorgearbeitern in seinem Garten (als „Entschädigung“ für 150 der Fürsorgeanstalt überlassenen Köpfe Salat), wofür er vom Oberbürgermeister verwarnt und von R. zur Entlohnung der Leute verpflichtet worden sei.

Der Aufseher und gelernte Bildhauer Sch. bezeichnete sich als langjährigen Arbeitersportler, der bis zur letzten Reichstagswahl Mitglied der SPD gewesen sei. Er sei ohne sein Wissen auf den Wahlvorschlag für die Gemeindevahlen gesetzt worden. Parteipolitisch habe er mit R. oder Fahrenholz nichts zu tun gehabt. Mit Fahrenholz habe er zweimal eine bzw. zwei bis drei Flaschen Bier getrunken, einmal beim Ausprobieren des Radios, das für das Alexienhospital bestimmt war, einmal beim Aufstellen eines Brutofens (künstliche Glucke) in der Waschküche von Fahrenholz. Er bestätigte, „daß häufig Eier durch den Boten der Fürsorgeanstalt für die Küche derselben von Herrn Fahrenholz abgeholt wurden“. Wenn kleinere Reparaturen an den Hühnerhäusern von Fürsorgearbeitern ausgeführt wurden, dann nur gegen Arbeitsschein, also Rechnung.

³³⁹ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 31–33.

Hilfsaufseher Be., gelernter Schlosser, hatte gelegentlich kleinere Arbeiten bei Fahrenholz ausgeführt (einen Durchlauf für Enten aus Eisen- und Maschendraht, die Reparatur einer Pumpe, die Anlegung einer Antenne). Er habe das in seiner Freizeit erledigt und dafür Zigarren, Eier oder zu Weihnachten auch einmal eine Ente bekommen. Sowohl Sch. als auch Be. wussten nichts von einer unentgeltlichen Beschäftigung des Fürsorgeanstaltspersonals.

Fräulein E. arbeitete im Vorzimmer des Dezernenten des Wohlfahrtsamtes. Sie könne sich nicht darauf besinnen, dass Fahrenholz irgendwelche Geschenke entgegengenommen habe. Lediglich ein Kissen – wohl von einer Kleinrentnerin – habe im Zimmer von Fahrenholz gelegen.

Magistrats-Obersekretär R. war an dem Kauf des Doppelzentners Zucker nicht beteiligt, weil er vor 1924 gewesen war. Den Vorgang „Radioapparat“ bestätigte er. B.'s Veruntreuung habe er im März 1927 kurz vor dem Jahresabschluss 1927 entdeckt. Über den Fehlbetrag von 5.149,41 RM habe er am 18. April 1927 einen Schuldschein erhalten. Er habe Mitleid mit der Familie B. gehabt und habe ihm das Geld aus eigenen Ersparnissen und mit Hilfe seines Vaters geliehen. Aus Rücksicht auf die Familie habe er auf Strafanzeige verzichtet. Dr. Meyenberg habe er informiert und gebeten, nichts weiter zu veranlassen. Auch Fahrenholz habe er den Fall gemeldet, der der Meinung gewesen sei, es wäre besser gewesen, B. sofort zu entlassen. R. betonte, nicht der SPD oder dem Reichsbanner angehört zu haben. Bezüglich der weiteren Vorwürfe verwies er auf die polizeilichen Vernehmungen vom 11. und 16. Mai 1933.³⁴⁰

Am 18. Mai 1933 setzte Dr. Kownatzki die Reihe der Vernehmungen fort. Geladen waren die beurlaubten Senatoren Dr. Clemens Meyenberg und Heinrich Fahrenholz sowie der Kaufmann V. und der Rechtsanwalt Dr. Berg.

Meyenberg bestritt, von B.'s Unterschlagung gewusst zu haben. V. bestätigte den Sachverhalt im Zusammenhang mit den Radios. Fahrenholz hatte nichts von R. über die konkreten Verfehlungen B.'s gehört. In seiner Geflügelzucht habe er höchstens 150 Stück Federvieh gehalten, einschließlich Küken und männlicher Tiere. An legenden Tieren habe er allerhöchstens 60 Stück gehabt. Den Eierverkauf habe er seiner Hausdame übertragen, sie allerdings beauftragt, dafür zu sorgen, dass sie für die Eier den Großhandelspreis Berlin der entsprechenden Größenklasse bekäme. Diesen hätte auch die Fürsorgeanstalt bezahlt, ein regelmäßiger Verkauf habe aber gar nicht stattgefunden. Die Zucht von Rassetieren betreibe er aus Liebhaberei, einen Gewinn werfe sie nicht ab, so dass er auch keine Steuern dafür bezahle. Alle Arbeiten durch das Personal der Fürsorgeanstalt seien stets bezahlt worden. „Es war ausdrücklich vorgesehen – u. a. auch im Etat – daß die Fürsorgearbeiter Arbeiten für dritte private Haushalte ausführen durften.“ Das von Frl. E. erwähnte Kissen habe er von Frl. P. erhalten, deren Vormund er früher war.

Dr. Berg konnte ohne Einverständnis von Herrn E. die Gütevereinbarung nicht vorlegen. Er habe es angefordert. Nachdem er es am 26. Mai von E. erhalten hatte, bestätigte er am 26. Mai die Aussage von Fahrenholz. Dieser habe eine Privatklage gegen E. angedroht, wenn er den Vorwurf des Baumfrevels wiederhole.

Das Städtische Revisionsamt listete am 3. Juni 1933 alle Arbeiten auf, die für Fahrenholz geleistet wurden. Sie begannen 1928 und wurden allesamt bezahlt, in fünf Jahren 635,68 RM. Auch die Eierlieferungen waren akribisch erfasst worden: 1928: 783 Stück, 1929: 3.766, 1930: 5.206, 1931: 5.060, 1932: 3.955. Überwiegend seien die Preise niedriger gewesen als bei anderen Lieferanten.³⁴¹

Am 20. Mai schob „Kommissar Schmidt MdL“ ein neues Schreiben von R. nach, das dieser am 17. Mai 1933 an Schmidt gerichtet hatte. Fahrenholz habe seinen „Zech- und Parteigenossen“, den arbeitslosen Tischlergesellen Sch., sofort als Aufseher eingestellt und allmählich in seine heutige Gehaltslage hineinprotegiiert. Durch das „Korruptivsystem der S.P.D.“ seien solche Leute zum Nachteil anderer Menschen in ihre Stellungen hineingemogelt worden. Zu Z. merkte er an, sein ganzer Werdegang sei eine Serie von Betrügereien gewesen. Zu Fahrenholz trägt er nach, dass der Vater eines Wohlfahrtsempfängers – ein Parteigenosse – fünf eigene Grundstücke besitzt. R. schloss: „Etwaige Schroffheiten in meinem Schreiben bitte ich als das Resultat eines jahrelangen Zwangsumgangs mit S.P.D.-Leuten

³⁴⁰ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Blatt 34–55.

³⁴¹ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Bl. 56–66, 80, 88–89.

anzusehen, unter deren Bonzokratie ich unsagbar gelitten habe.“ Er unterschrieb mit „Heil Hitler“ und „Sehr ergebenst“.³⁴²

Bei der Kriminalpolizei hatte R. am 4. Mai 1933 „unaufgefordert“ die gleichen Anschuldigungen wie im Rathaus erhoben. Die Polizei ermittelte sieben Arbeiten, die Fürsorgearbeiter 1931 für Fahrenholz ausgeführt hatten: zwei Gefügeltransporte, zweimal Teppichklopfen, zweimal Reparaturarbeiten im Garten und eine Obstlieferung, alles in allem für 93,78 RM. Die Rechnungen wurden ordnungsgemäß von Fahrenholz vereinnahmt. Alle Fahrenholz betreffenden Vorwürfe wurden entkräftet.³⁴³

Magistrats-Obersekretär R. wurde am 26. Mai erneut vernommen. Dabei gab er abschließend an, dass Herr R. im Wohlfahrtsamt als Querulant und Verleumder aktenkundig sei. Zum Beweis der mangelnden Glaubwürdigkeit verwies er auf die Gutachten von Ärzten der Heil- und Pflegeanstalt und früherer Vormünder.³⁴⁴

Am 2. Juni 1933 brachte der kommissarische Regierungspräsident das Dienststrafverfahren gegen den beurlaubten Senator Fahrenholz in Erinnerung und erwartete binnen 14 Tagen Antwort. Am Tag des Posteingangs, dem 3. Juni, berichtete der Oberbürgermeister dem Regierungspräsidenten, das Ergebnis der Ermittlungen gegen den Beschuldigten Senator Fahrenholz. „Eine Schädigung der Stadt durch pflichtwidriges Verhalten des Beschuldigten Fahrenholz konnte bisher nicht festgestellt werden. Irgendwelche Ersatzansprüche der Stadt gegen Senator Fahrenholz sind daher nicht gegeben.“ Der Regierungspräsident bestätigte am 13. Juni 1933: „Die Ermittlungen geben zur Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen den Senator Fahrenholz keinen Anlass.“³⁴⁵

Auch gegen Meyenberg hatte Staatskommissar Schmidt am 10. Mai 1933 die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt, weil er die Unterschlagung von B. nicht ordnungsgemäß verfolgt habe. Muhs lehnte den Antrag am 8. Juni 1933 ab, weil keine Dienstvergehen nachzuweisen sei und die Verfehlung im Übrigen verjährt wäre.³⁴⁶

Dr. Hermann Muhs trat sein Amt als Hildesheimer Regierungspräsident am 28. März 1933 an. Der Rechtsanwalt und Notar kam aus Göttingen, wo er seit 1928 Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der NSDAP gewesen war. 1930 war er als Nachrücker in den Preußischen Landtag eingezogen. 1931 wurde er SS-Mitglied. Das Amt des Regierungspräsidenten verlor Muhs offenkundig wegen partei- und strafgerichtlicher Auseinandersetzungen, insbesondere im Zusammenhang mit Heinrich Schmidt. Schmidt hatte einen Prozess gegen den Architekten Karl Murke wegen Beleidigung und falscher Anschuldigungen des Oberbürgermeisters Dr. Ehrlicher angestrengt, in dem Schmidt und auch Muhs als Nebenkläger auftraten, weil Murke auch über Muhs ehrenrührige Behauptungen aufgestellt haben sollte. Im Verlauf des Prozesses wendete sich die Anklage allerdings gegen Schmidt, dem Korruption und Amtsmissbrauch vorgeworfen wurden sowie alkoholische Exzesse und Übergriffe, Randalierungen, Pöbeleien und Beleidigungen. Schmidt wurde am 20. August 1935 aus der NSDAP ausgeschlossen. Weil am 26. August eine große Menschenmenge Schmidt beim Verlassen des Gerichtsgebäudes beschimpft und beworfen hatte, beschwor NSDAP-Kreisleiter Egon Vetter Muhs am nächsten Morgen, Schmidt zu entlassen. Muhs lehnte ab, weil er von einer inszenierten Aktion der Gegner Schmidts ausging. Bei der Urteilsverkündung am 6. September wurde der Domhof abgesperrt. Der Skandal des Prozesses, in dessen Mittelpunkt nun Schmidt stand, hatte aber sogar die Exil-SPD in Prag erreicht, die über ihn im Februar 1936 in ihren „Grünen Berichten“ ausführlich schrieb, weil er ein „bezeichnendes Bild des Nazitreibens in einer deutschen Mittelstadt“ zeige. Muhs hatte Schmidt zu dem Gerichtsverfahren aufgefordert. Auf seine Nebenklage ging das Urteil am 7. September 1935 gar nicht ein. Es veranlasste Schmidt, am gleichen Tag ein Disziplinarverfahren gegen sich zu beantragen, das am 1. Juli 1936 abgeschlossen wurde. Muhs musste Schmidt am 30. August 1936 aus seinem Amt als Bürgermeister entlassen. Die Bürgermeisterstelle erhielt am 1. Mai 1937 der hannover-

³⁴² StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Bl. 68.

³⁴³ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Bl. 71–73.

³⁴⁴ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Bl. 79.

³⁴⁵ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11179, Bl. 91–95.

³⁴⁶ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 13359., Bl. 110.

sche Rechtsanwalt Dr. Werner Krause, der am 6. Januar 1938 Nachfolger von Dr. Ernst Ehrlicher wurde.³⁴⁷

Schmidts Versuche, Fahrenholz zu schaden, wirken wie eine Retourkutsche auf eine Intrige, in die Schmidt Anfang 1932 verwickelt wurde. Damit wehrte sich NSDAP-Ortsgruppenleiter Robert Steinmeyer gegen ein Parteiausschlussverfahren, das Bezirksleiter Schmidt gegen ihn angestrengt hatte. Steinmeyer schrieb Gauleiter Rust, Schmidt lasse Personen im Amt, die der Partei durch strafbare Handlungen schaden. Der Vorwurf galt dem Bezirksgeschäftsführer Hames und dem Kassierer Juliar. Hames hatte sich wegen vorsätzlich falscher eidesstattlicher Erklärung auf demütigende Weise bei dem „Hetzer“ und „SPD-Bonzen“ Senator Fahrenholz entschuldigen müssen. Juliar sei von Fahrenholz der Unterschlagung überführt worden. In Anwesenheit eines weiteren Nationalsozialisten habe Fahrenholz Juliar damit konfrontiert, dass ihm Bürgervorsteher Siegle eine Bescheinigung ausgestellt habe, dass er kein Einkommen habe. Gleichwohl erhalte er von der Parteizeitung Geld. Juliar habe daraufhin etwa zwanzig seiner Parteigenossen beschuldigt, an die 400 RM unterschlagen zu haben. Der anwesende Nationalsozialist habe zur Rettung der Ehre der Partei Juliar der Lüge bezichtigt.³⁴⁸ Weil auch Rust untätig blieb, beschwerte sich Steinmeyer bei der Reichsleitung und drohte „er werde alle ‚Verbrecher‘ vor den Staatsanwalt bringen, wie es bereits mit zwei Parteigenossen geschehen sei wegen Unterschlagung von mehreren tausend Mark. Es sei nämlich seitens des SPD-Senators als Leiter des hiesigen Wohlfahrtsamtes Strafantrag gegen die von Schmidt angeblich geförderten und geschützten ‚Betrüger‘ Hames und Juliar bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Wegen Juliar's Behauptung werde auch gegen 20 Zeitungsträger aus der Partei ermittelt.“³⁴⁹

Der kurze Neuanfang in Achim

Karlheinz Gerhold fasst die Zeitspanne von 1933 bis 1945 kurz zusammen. „Nach seiner ‚Beurlaubung‘ als Senator zog der Politiker zunächst nach Quelkorn, Quelkorn Landstraße 5, wo er ca. zwei Jahre lang als Verwalter im landwirtschaftlichen Familienbetrieb der Fahrenholz und als Gastwirt tätig war. [...] Als langjährige Haushälterin beschäftigte er bis zu seinem Tode Johanne Kahrens. Nach der Episode in Quelkorn schloß sich noch ein Aufenthalt in einem kleineren Orte bei Sehnde/Nähe Hannover³⁵⁰ (dort züchtete er Enten und Kaninchen) an, bevor Fahrenholz schließlich nach Achim ins Elternhaus zurückzog – so schloß sich der Kreis. Ab ca. 1937 wohnte er dann in der Paulsbergstraße. Er bestritt seinen Lebensunterhalt als Rentier aus Pensionsansprüchen offenbar aus der Zeit als Hildesheimer Senator.“³⁵¹

In Achim beschäftigte er sich wieder wissenschaftlich mit der Insektenkunde. 1938 wurde er 2. Vorsitzender des Entomologischen Vereins Bremen. Er veröffentlichte wieder – wie vor dem Ersten Weltkrieg – Aufsätze in Fachzeitschriften:

- Fahrenholz, H.: Die Anoplurengattung *Polyplax*. In: Zeitschrift für Parasitenkunde, Berlin 1938, S. 16 ff.
- Fahrenholz, H.: Beiträge zur Kenntnis der Anopluren IV. In: Mitteilungen aus dem entomologischen Verein Bremen. Bericht für das Jahr 1938. Bremen 1939, S. 32 ff.
- Fahrenholz, H.: Die Läuse der Schweine. In: Zeitschrift für Infektionskrankheiten, parasitäre Krankheiten und Hygiene der Haustiere. 1939. S. 134 ff.
- Fahrenholz, H.: *Haematop. suis sardiniensis*. In: Jahrbuch der Hamburgischen Wissenschaftlichen Anstalten, Bd. 34, 2. Beiheft, S. 10 ff.
- Fahrenholz, H.: *Haematopinus*. In: Zoologischer Anzeiger, Bd. 48, S. 90

³⁴⁷ Arndt, Klaus, Dr. Hermann Muhs (1894-1962) – Eine biographische Skizze in zwei Teilen. Teil 1: Vom Göttinger Jurastudenten zum nationalsozialistischen Regierungspräsidenten in Hildesheim. In: Herbert Reyer (Hg.): Hildesheimer Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim, Bd. 81. Unter Mitarbeit von Michael Schütz. Hildesheim 2009, S. 75–116; Schmid, Hans-Dieter, Hildesheim in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine Stadt zwischen Angst und Anpassung. Hildesheim 2015 (Veröffentlichungen des Hildesheimer Heimat- und Geschichtsvereins e.V, Bd. 2), S. 44–45. Deutschland-Berichte der SoPaDe 3, 1936, S. 231 f.

³⁴⁸ Deterding, Die NSDAP in Hildesheim, S. 57.

³⁴⁹ Deterding, Die NSDAP in Hildesheim, S. 60–61.

³⁵⁰ Gemeint ist Wehmingen bei Bolzum, Landkreis Hildesheim.

³⁵¹ Gerhold 1997, S. 12.

Im Achimer Kaninchenzüchterverein hielt Fahrenholz mehrmals Vorträge über Kaninchenkrankheiten und -parasiten. Die regelmäßigen Mitgliederversammlungen verließ er vorzeitig, um nicht den ‚Hitler-Gruß‘ am Schluß der Veranstaltung erwidern zu müssen. Ende Juli 1944 – in der Woche nach dem Attentat auf Hitler – wurde Fahrenholz nach Zeitzeugenberichten als bekannter Antifaschist von den Nazis verhaftet und kurze Zeit im Gefängnis in Verden und in Bremen-Farge interniert. Im März 1944 hatte er in einer Tischrede anlässlich einer Hochzeit betont, es sei ‚nicht nur kühn, sondern tollkühn, in dieser Zeit zu heiraten‘³⁵².

Wie sein Senatorenkollege Franz Eger, der in Hildesheim an vorderster Stelle als Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor in die Kommunalpolitik zurückkehrte, oder wie Bürgermeister Wilhelm Gerbaulet, der in seiner Heimatstadt Paderborn Landrat wurde, betätigte sich Heinrich Fahrenholz sofort beim demokratischen Neuaufbau Deutschlands. Er gehörte er der Achimer Gemeindevertretung an, die von der britischen Militärregierung eingesetzt wurde. Die erste Sitzung fand schon am 4. Mai 1945 statt, nachdem Achim am 21. April von den Engländern besetzt und befreit worden war. Das Protokoll enthält drei Anregungen von ihm: die weitere Eröffnung der Schlachter- und Bäckerläden zur Vermeidung des Schlangenstehens auf den Straßen, die Bildung einer Bau- und Aufräumungskommission „wegen Inordnungbringung“ und in Rücksicht darauf, dass das staatliche Arbeitsamt nicht mehr arbeitete, die Bildung eines lokalen Arbeitsamtes, in dessen Kommission er auch gleich gewählt wurde.³⁵³ Am 27. August 1945 wurde er Mitglied des Finanzausschusses.³⁵⁴

In der SPD galt Heinrich Fahrenholz auch in Achim als versierter Redner, der es verstand, seine Zuhörer zu fesseln und von den Inhalten seiner Rede zu überzeugen. Am 10. Mai und 5. August 1945 referierte Fahrenholz während der ersten und zweiten Mitgliederversammlung der SPD Achim nach dem Ende des III. Reiches über die Ursachen der von den Nationalsozialisten herbeigeführten Katastrophe und über „unsere nächsten Aufgaben“. Bei der ersten SPD-Unterbezirkskonferenz am 10. Juli 1945 ging er als Vorsitzender in längeren Ausführungen auf die augenblickliche große Politik ein.³⁵⁵

Im September 1945 setzte ihn die britische Militärregierung als Landrat des Kreises Rotenburg/Wümme ein.³⁵⁶

Zu erwähnen ist auch die Vormundschaft, die Fahrenholz für den einzigen nach Achim aus dem Konzentrationslager zurückgekehrten jüdischen Bürger Kurt Anspacher übernahm, der später in die USA auswanderte und dort als Curt Parker lebte.

Sein Senatoren-Kollege und Genosse Franz Eger hatte im fernen Hildesheim von alledem nichts mitbekommen. Er schickte als von den Engländern eingesetzter Oberbürgermeister am 9. Oktober 1945 die Aufforderung an „Herrn Senator a. D. H. Fahrenholz, Achim, Paulsbergstr. 465“, entweder eine ärztliche Dienstunfähigkeitsbescheinigung vorzulegen oder den Dienst in der Stadtverwaltung Hildesheim wiederaufzunehmen. Der Vermerk auf der Rückseite vom 20. November 1945 enthält lapidar den Verhinderungsgrund „Fahrenholz ist inzwischen verstorben“³⁵⁷

Er starb am 28. Oktober 1945.



358

³⁵² Gerhold 1997, S. 8, 16.

³⁵³ Gerhold 1997, S. 13–14.

³⁵⁴ Gerhold 1997, S. 15.

³⁵⁵ Gerhold 1997, S. 18–19.

³⁵⁶ Gerhold 1997, S. 15.

³⁵⁷ StadtA Hi, Best. 102 Nr. 11177, S. 80c.

³⁵⁸ Gerhold 1997, S.23.

Zusammenfassung und Würdigung

Heinrich Fahrenholz führte persönlich, politisch und beruflich ein Leben mit vielen vergeblichen Bemühungen. Die schwere Erkrankung und der frühe Tod seiner Frau und die Entfremdung von seinem Sohn verhinderten ein beglückendes Familienleben. Der unermüdliche Einsatz für die Festigung der jungen Republik konnte ihren Untergang nicht verhindern. Viele seiner Wahlkampfeinsätze endeten nach der Stimmenauszählung als Niederlagen. Seine Versuche, den Menschen die Ideale der Aufklärung, der Freiheit und der Demokratie nahezubringen, blieben am Ende erfolglos. Der städtische Verwaltungsbericht 1928 bis 1936, der auch über die fünf Jahre seiner Zuständigkeit für das Wohlfahrtswesen Rechenschaft ablegte, verschwieg seinen Namen und negierte seine Leistungen: „Aber alle diese Maßnahmen waren natürlich nur Tropfen auf den heißen Stein und führten zu keinem durchschlagenden Erfolge auf dem Gebiet der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Diese Erfolge nachhaltig zu erreichen, blieb dem Dritten Reich, der Regierung Adolf Hitlers, vorbehalten.“³⁵⁹ Fahrenholz hätte diesem Satz heftig widersprochen, weil die „Nachhaltigkeit“ mit Mitteln erreicht wurden, die direkt in den Zweiten Weltkrieg führten. Aber auch sein Appell „Nie wieder Krieg!“ erreichte die Massen nicht. Trotz alledem ließ er sich nicht entmutigen oder verbittern.

Er glaubte an die bewusstseinsbildende Kraft der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse, setzte aber auf die Vernunftbegabung der Menschen. Fahrenholz argumentierte, auch dann, wenn er agitierte. Er ging in die Tiefe, wo andere Redner oberflächlich und phrasenhaft Stimmung machten. Dabei wollte er auch die Herzen der Menschen erreichen, aber mit adäquaten Mitteln: mit der Ästhetik der Dichtung und der Musik. Seine Liederbücher und seine Anthologie versammelten Texte, die Gemeinschaft stiften sollen, genauer: Solidarität. Sie sollen Selbstbewusstsein stiften, weil sie den Zugang zu verschütteten Traditionen und zu den großen geistigen Ahnen der Emanzipationsbewegung und zu einem freiheitlichen, friedfertigen Patriotismus öffnen. Das Selbstbewusstsein sollte das Wissen einschließen, dass nichts geschenkt, sondern alles erkämpft worden ist.

Dem ureigensten Fühlen und Denken des deutschen Volks entspricht nach seinem Credo der freie Volksstaat, der das genaue Gegenteil des völkischen Staates ist. Weil der Feudalismus das Volk von sich selbst entfremdet hat, ist es eine Erziehungsaufgabe, es wieder zu sich hinzuführen. Der Kant'sche Gedanke, dass Aufklärung die Herausführung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit ist, leuchtet im Denken und Handeln Fahrenholz' immer wieder auf.

Im Zusammenhang mit seiner Rednertätigkeit fallen Attribute wie „lehrreich“, „gründlich“ oder „tiefgründig“. Sie charakterisieren Fahrenholz' Ansatz, mit den Mitteln der Aufklärung für den republikanischen Gedanken zu werben. Andere Attribute betreffen seine rhetorischen Qualitäten: Er konnte „fesseln“, sprach „flüssig und verständlich“, „klar und packend“, „schneidig und doch sachlich“. In manchen Veranstaltungsankündigungen lockte der Hinweis, Fahrenholz sei als „glänzender Redner“ bekannt.

Die von ihm vorgetragene Gedanken waren seiner Zeit weit voraus. Wo die Schutzzölle das Einigeln der Wirtschaft in nationalen Grenzen bezweckten, wollte er der Industrie Märkte jenseits der Landesgrenzen öffnen. Er sah „Globalisierung“ nicht als Bedrohung, sondern als Chance. In seinem Zuständigkeitsbereich führte er im Gesundheits- und Pflegewesen kostensenkende Maßnahmen ein, die Wirtschaftlichkeit mit Wirksamkeit verbanden. Er forderte die Zusammenfassung der Aufgaben der öffentlichen Wohlfahrt in einer Hand, wohl wissend, dass der Wildwuchs auf dem Feld der Sozialsysteme viele davon profitierende Akteure hervorbrachte. Er machte sich mit dieser Forderung also keine Freunde. Er wollte Entscheidungskompetenzen auf die Ausführungsebene verlegen, was man heute mit dem Begriff „flache Hierarchien“ belegen würde. Die heute so aktuelle Diskussion um die Höhe der „freiwilligen Leistungen“ führte er nicht mit der Forderung nach mehr Geld, sondern nach mehr Effizienz. Heute würden in diesem Zusammenhang die Begriffe „Budgetierung“ und „Kosten-Leistungs-Rechnung“ fallen. Seine Gedanken zur Vernetzung von beratenden, ambulanten und stationären Gesundheitsdiensten waren richtungsweisend. Er dachte an Vergleichsringe und an Benchmarking, ohne diese heute aktuellen Begriffe zu kennen. Fahrenholz war ein glühender Verfechter der kommunalen Daseinsvorsorge, deren Rahmen er sehr weit zog: Auch der Schlachthof, der Milchhof und der Wohnungsbau gehörten selbstverständlich dazu.

³⁵⁹ Stadt Hildesheim 1937, S. 105.

Trotz seiner vielen herausgehobenen Funktionen, die ihm gleichsam angetragen wurden, weil Hinweise auf Protektion oder Ämtergerangel und -gekungel vollständig fehlen, blieb er bodenständig und gesellig. Er züchtete Geflügel und Kaninchen. Er war Mitglied im Kaninchenzüchterverein, Bezirksvorsitzender der Kleingärtner. Er leitete kurz vor seinem Tod noch einen Gesangverein. Ein „Lebemann“, als den ihn Karlheinz Gerhold, wohl augenzwinkernd, bezeichnete, sieht anders aus. Allerdings darf davon ausgegangen werden, dass Fahrenholz einen guten Tropfen und eine gute Zigarre nicht verschmähte und sicher auch nicht ein Glas Bier nach getaner Arbeit.



360

Für Hildesheim bringt die Beschäftigung mit Heinrich Fahrenholz Gewinn, weil sie Zugänge zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, zum Deutschen Republikanischen Reichsbund und zur SPD erschließt und damit zu den politischen Kämpfen in Hildesheim zwischen 1918 und 1933. Für diese Organisationen liegen für diese Zeit und diesen Raum kaum eigene archivalisch erfasste Überlieferungen vor. So ist es Heinrich Fahrenholz, der durch ihre Geschichte führt. Sein Leben und Wirken verdient, in Erinnerung zu bleiben.

³⁶⁰ Gerhold 1997, S.21.